BAHAMAS Nr. 22 Frühjahr 1997 7,50 DM

Soziale Frage und autoritäre Bewegung



Kritik des Antifaschismus, Lob des Vansittartismus

„Weißer Herbst" in Belgien – Mauss-Affäre – Adornos Orthodoxie

Inhalt

Impressum

Die Bahamas erscheint ca. alle 3 Monate.
Redaktion: Postfach 62 06 28, 10796 Berlin
Tel./Fax: 030 / 623 69 44
Preis: Einzelheft 7,50 DM, Nur Vorauskasse in Briefmarken oder auf unser Konto:
E. Müller, Berliner Volksbank
Kto.:12005270, BLZ: 100 900 00
Für Wiederverkäufer gibt es Sonderrabatte
V.i.S.d.P.:Karl Nele
Eigendruck im Selbstverlag
Teilansichten unter:http://www.berlinet.de/trend/

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abobestellung

Hiermit bestelle ich die *Bahamas*. Das Abo gilt für je drei Ausgaben, verlängert sich automatisch und ist jederzeit schriftlich kündbar. Das Abo kostet zur Zeit 22,50 DM für 3 Ausgaben, bei Rechnungsstellung und Mahnung berechnen wir 2 DM mehr. Für Wiederverkäufer gelten Sonderkonditionen.

Abobeginn mit Nr.: ..... **Ich will ...... Exemplare**

Name: ☐ **Ich will ein Förderabo für 40 DM**

Straße: ☐ **Ich zahle per Einzugsermächtigung**

PLZ/Ort: ☐ **Ich habe das Geld überwiesen**

Hiermit ermächtige ich E. Müller, jeweils den Preis für drei Nummern der *Bahamas* im voraus von meinem Konto abzubuchen (ab 5 Exemplaren buchen wir auf Wunsch ausgabenweise ab).

KontoinhaberIn: **Konto Nr.:**

Bank: **Bankleitzahl:**

Ort/Datum: **Unterschrift:**

Editorial

Verzicht, Gemeinsinn und Zusammengehörigkeitsgefühl – dieser Dreiklang bestimt den ideologischen Alltag der Gesamtgesellschaft. Die Liberalität gegenüber dem blühenden Individualismus, die die scheinbar krisenfernen sozialdemokratischen Jahrzehnte geprägt hatte, gilt heute als Standortnachteil. So wie jeder Rausch mit einem Kater bestraft wird, erscheint die Krise als Strafe für Mangel an Selbstdisziplin und Anpassung an die Zumutungen der formierten Gesellschaft. Nach dem gleichen Mechanismus erklärt sich die Linke ihre Bedeutungs- und Orientierungslosigkeit. Wie der bürgerliche Leitartikel das verlorene gesellschaftliche Ziel beklagt und zu mehr Solidarität drängt, so meint auch die Linke sich „folgenlose" Debatten nicht mehr leisten zu können. Mit dem traditionellen Appell an die Einigkeit vollzieht sie die krisentypische Selbstverleumdung der urbürgerlichen Eigenschaft des Eigensinns nach. Wo die Bürger ihrer Ratlosigkeit mit mehr Gemeinschaft abhelfen wollen, erinnert sich eine Linke, die in ihrer Mehrheit Bernsteins Losung: „Der Weg ist das Ziel" verpflichtet ist, der Organisation, ihrer Form von Gemeinschaftsstiftung.

Nicht zufällig lautete das Motto, einer Podiumsdiskussion, die im Rahmen des „Kongresses kritische Psychologie" am 8.2.97 in der Berliner FU stattfand: „Intellektuelle, individuelles Handeln und politische Organisation: Brauchen wir neue Organisationsformen?" Neben der Einheitsfront aus AABO, der KPF und der Ökologischen Linken, wurde als advocatus diaboli auch die Bahamas geladen.

Obwohl es hätte bekannt sein müssen, daß die Bahamas zu Organisation und Massenpolitik, Theorie und revolutionäre Praxis, Subjektivität und Subjektform zwar sehr viel, aber jedenfalls nichts „Konstruktives" beitragen würde, reagierte die Mehrheit der Zuhörer und Mitdiskutanten empört. Empörung hat dann, wenn sie frei von jeder Spontanität als Ritual zelebriert wird, die Funktion feindseliger Einigung gegen einen Popanz. Dem rituellen Charakter der Inszenierung entsprachen die verwendeten Worthülsen und Denkschablonen wie „Zynismus", „Elfenbeinturm" oder „Idealismus" und wenn es ganz dick kam: Nihilismus.

Was Nihilismus bedeutet, erklärt das „Etymologische Wörterbuch des Deutschen" (Berlin Ost, 1989): „Anschauung von der Nichtigkeit und Sinnlosigkeit aller Werte, Normen und Ziele ... Im Deutschen meint es seit der zweiten Hälfte des 19.Jhdts. ‚Mißachtung aller geltenden politischen und sittlichen Autorität'", in der Zeit der französischen Revolution „wer keiner politischen Partei angehört". Jean Paul verwendete es als „Gegenwort zu Materialist". „Im Munde von Reaktionären" – belehrt uns dieses letzte lexikalische Produkt der DDR – „dient diese Bezeichnung dagegen gerade der Diskreditierung fortschrittlicher Bestrebung."

Nihilistisch ist die Bahamas im Sinne all dieser Definitionen. Uns geht es um die Denunzierung der Nichtigkeit und Sinnlosigkeit aller Werte, Normen und Ziele jeder Zwangsgemeinschaft, also auch jener, der sich die traditionelle, revolutionär sein wollende Linke verschreibt. Wir mißachten alle geltenden politischen und sittlichen Autoritäten, auch wenn sie antifaschistisch oder sonst bewegungslinks gewandet sind. Wir gehören keiner Partei an und werden ganz sicher keine gründen. Es überrascht auch nicht, daß Materialismus, verstanden als radikale Kritik alles Bestehenden, von jenen „Materialisten", die sich in die gegenwärtig unbegründbare Vorstellung historisch notwendigen Fortschritts verbissen haben, als Nihilismus verschrien wird.

Wer sich von Nihilismus bedroht wähnt, hat etwas zu verlieren, das ihm heilig ist. Weil alles Heilige nur durch Glauben seinen Nimbus erhält, kennen Gläubige keine Kritiker, sondern nur Ketzer.

So wollen sich viele ihren Glauben daran erhalten, daß in der französischen Streikbewegung vom Dezember 1995 die soziale Frage zu revolutionär emanzipatorischer Kraft herangereift sei, und erklären das Modell für importreif. Daß der Gehalt dieser Bewegung eher vom Gegenteil kündet, ist die nihilistische Wahrheit („Über die Lähmung", S.10). Gern wird auch geglaubt, daß Adornos Werk bestenfalls kulturpessimistische Marxologie eines Großbürgers am Abgrund sei, und keinen Erkenntniswert besäße, um so je nach Geschmack die Geschichtsmetaphysik oder ihre modernen Surrogate zu retten („Adornos Orthodoxie", S.44).

Weil jeder Glauben sich seine Fetische schafft, werden die Toten des kommunistischen oder antifaschistischen Kampfes zu Heiligen verklärt, deren Leben Beispiel, deren Ermordung Märtyrertod und Auftrag zugleich seien. So wird Rosa Luxemburgs theoretisches und praktisches Tun nicht etwa kritisch analysiert, sondern auf aktuelle Handlungsanweisungen hin abgefragt. Luxemburg und Liebknechts Tod mahnen uns dann, den Weg der Arbeiterbewegung besinnungslos weiterzugehen. Die Ermordeten sind moralisches Unterpfand einer volksdemokratischen Bewegung, die vor der faschistischen Gefahr warnt, um den wenigen organisierten Faschisten, das zuzuschreiben, was aus dem Staatsvolk – um dessen Gunst man buhlt – auch ohne diese erwächst (Artikel auf S.24–35).

Daß die Ikone im Zeitalter der Massenmedien ihrem Original nicht mehr gleicht, sondern als das weiterlebt, wozu die Ideologie sie gemacht hat, hat vor Jahren Gremliza illustiert, als er für einen Artikel über die zapatistische Bewegung nicht eine Photografie Emilio Zapatas verwendete, sondern den Film-Zapatta Marlon Brando. So lebt auch die argentinische Volksheldin Evita Peron als Madonna im doppelten Sinn des Wortes fort. Der peronistischen Madonna den Kopf der kommunistischen aufzusetzen, die dem Berliner Gespensterumzug vom 12. Januar 97 den Kampfauftrag erteilt, erscheint als angemessene Devotionalie für die deutsche, revolutionäre Glaubensbewegung.

Runder Tisch mit Koks und Kämpfern

„Affäre Mauss“: Deutscher Export in den US-Hinterhof

Seit der Bonner Multiagent Werner Mauss am 17. November in Bogotá verhaftet und in einem Hochsicherheitsgefängnis zwischengelagert wurde, besteht in Bonn nur ein Interesse: die peinlichen Hintergründe der Affäre verborgen zu halten, den tatsächlichen Zusammenstoß mit der Hegemonialmacht USA in einem Wortschwall über den Frieden, den die beteiligten deutschen Stellen Kolumbien bringen wollten, zu verdecken.

Nach Darstellung von Winfried Wolf (PDS-Bundestagsabgeordneter) wird die Bonner Politik in Kolumbien durch fünf Punkte charakterisiert. Seit 1984 habe die Bundesregierung die Aktivitäten von Mauss in Kolumbien „positiv begleitet“, wie Geheimdienstkoordinator Schmidbauer in der Bundestagdebatte am 14.12.1996 zugab. Entscheidender Hebel für die Einflußnahme Bonns sei der Einstieg von Mauss in die „Entführungsindustrie“ in Kolumbien – einer in diesem Land höchst lukrativen Branche – gewesen, was zum einen Kontakte zu den in Kolumbien tätigen Konzernen, zum andern Kontakte zu der in dieser Industrie tätigen Guerillagruppe ELN mit sich brachte. Bis 1994/95 hätte sich die Bundesregierung in dieser Branche so weit vorgearbeitet, daß Bonn international als erste Adresse bei Entführungsfällen von Firmenvertretern galt. Belegt sind sogar Anfragen aus Argentinien an die Bundesregierung beziehungsweise das Bundeskanzleramt im Jahr 1996, sich um die Freilassung entführter Mitarbeiter der Firma Techint zu bemühen. Der wachsende Einfluß Bonns hätte andrerseits den Nachteil, daß die Aktivitäten von Mauss der Konkurrenz, beispielsweise dem CIA, nicht verborgen bleiben konnten.

Mitte der neunziger Jahre sei der in Kolumbien erreichte Einfluß der Bundesregierung groß genug erschienen, einen großen Coup zu landen: in dem Land, das seit Jahrzehnten in einem mal offenen, mal verdeckten Kriegszustand lebt, im Dezember 1996 einen Runden Tisch zu etablieren und die Bürgerkriegsparteien zu versöhnen. Geplant war, den nicaraguanischen Sandinistenchef Daniel Ortega, mit dem es in Bonn laut Schmidbauer ein langes Gespräch gab, als einen der Vermittler anzuheuern. Der Vorbereitung diente ein Treffen von Schmidbauer mit dem kolumbianischen Präsidenten Samper in New York im Sommer 1996, an dem auch Mauss teilnahm. Pikanterweise war auf dem Flug Sampers nach New York in der Präsidentenmaschine ein Päckchen mit einigen Kilo Heroin aufgefunden worden, was als deutlicher Hinweis auf die Verbindungen zwischen kolumbianischer Drogenmafia und Samper interpretiert wurde. Zudem hatten die USA Samper zuvor ein Einreiseverbot in die Vereinigten Staaten verpaßt, so daß dieser sich ein Einreisevisum verschaffen mußte – nach Wolf schon ein deutliches Indiz für den nur mühsam verborgenen Interessenskonflikt zwischen Bonn und Washington. Teil des Friedensplanes sei es auch gewesen, den Drogenbossen eine legale Basis zu verschaffen. Diesen wurde in einem am 29. Mai 1996 entworfenen „inoffiziellen schriftlichen Angebot“, das laut der kolumbianischen Zeitung *El Espectador* (Ausgabe vom 1.12.1996) gemeinsam von einem Beauftragten der kolumbianischen Regierung und Schmidbauer entworfen wurde, garantiert, bei Selbststellung nicht an die USA ausgeliefert zu werden und Teile ihres Vermögens behalten zu dürfen. Die Interessen deutscher Konzerne wie Siemens und Mannesmann hätten in der Bonner Politik ebenfalls eine Rolle gespielt. Schließlich sei auch die kolumbianische Regierung in den Konflikt involviert gewesen. Spätestens seit 1987, als Bonn sie gebeten habe, Mauss nicht zu enttarnen und im Gegenzug die Hilfestellung des Bundeskriminalamtes bei der Aufstellung einer kolumbianischen Sondereinheit anbot, sei sie über die Bonner Politik offiziell informiert gewesen. Mindestens bis Oktober 1996 sei die Samper-Regierung auch geneigt gewesen, das Bonner Spiel mitzumachen – Kolumbiens Innenminister Horacio Serpa war zumindest an einem der rund sechs Sondierungsgespräche beteiligt.

Der konspirative Aufwand für diese Art der Außenpolitik war beträchtlich. Die beschriebenen Treffen mit Mauss und kolumbianischen Vertretern in Bonn waren geheim, ebenso, daß Mauss und seine Ehefrau Ida bei dem Treffen Samper-Schmidbauer in Washington beteiligt waren. Mauss sei, so Wolf, der kolumbianischen Regierung als offizieller Vertreter der Bundesregierung präsentiert worden. Ein bei Mauss im Zeitpunkt seiner Verhaftung gefundenes Schreiben, das von der deutschen Botschaft in Bogota ausgestellt worden war, wies ihn als „in offizieller Mission“ reisend aus. Mauss war zudem mit mehreren echten falschen deutschen Pässen ausgestattet, die von „ehemaligen“ BND-Mitarbeitern erstellt worden waren, was, so Wolf, unnötig gewesen wäre, hätte Mauss nicht auch gegenüber der kolumbianischen Regierung ein doppeltes Spiel gespielt. Die Behauptung Bonns, mit Mauss habe „kein dienstlich-offizielles Dienstverhältnis“ bestanden, brachte es zudem mit sich, daß über Mauss' Aktivitäten nicht einmal in der Parlamentarischen Kontrollkommiossion (PKK) berichtet werden mußte – jenem Gremium zur Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit, in dem die Beratungen geheim und die Mitglieder zur Geheimhaltung verpflichtet sind. Schließlich hätten auf Vermittlung von Bundesregierung und Mauss im Juni 1995 drei führende VertreterInnen der ELN in Deutschland geweilt: Manuel Perez, Comandante Nicolas und Comandante Antonia Garcia. Schmidbauer hierzu im Bundestag: Nach seiner Kenntnis hätten die Gespräche nicht stattgefunden, er könne dies aber auch nicht ausschließen und glaube nicht, daß man in jedem einzelnen Fall dieser Gespräche irgend jemandem Rechenschaft ablegen müsse.

Zu einem Eklat auf diplomatischer Ebene kam es im Januar, als der US-Botschafter Myles Frechette, in einem Interview mit der kolumbanischen Zeitung El Tiempo auf angebliche Vermittlungsversuche Bonns im Sommer 1996 hinwies: „Ungefähr in der zweiten Juliwoche 1996 teilte dieser Minister Schmidbauer amerikanischen Diplomaten in Deutschland mit, daß er in Deutschland mit der kolumbianischen Regierung und dem Cali-Kartell zu verhandeln gedenke, und fragte, ob die amerikanische Regierung an einer solchen Verhandlung interessiert sei. Wir lehnten das sofort strikt ab.“ Die deutsche Botschaft in Bogota dementierte: „Die Erklärung von Botschafter Frechette über den Inhalt der Gespräche von Staatsminister Schmidbauer mit einem Vertreter der US-Botschaft in Bonn trifft nicht zu.“ Schmidbauer dazu in der letzten Bundestagsdebatte: „Herr Frechette hat gesagt, es seien Emissäre abgesandt worden. Wir erfinden solche Emissäre nicht.“ Schmidbauer gab also nur ein Scheindemento, das sich nur auf den direkten Kontakt zwischen ihm und amerikanischen Stellen bezieht. Und die Erklärung des deut-

schen Botschafters in Bogota zu dem heiklen Punkt von Verhandlungen mit dem Cali-Kartell spricht Bände: „Ich sehe keinen Sinn darin, dieses Thema weiterzubehandeln. Bonn und Washington haben deutlich erklärt, daß sie keine Befürworter von Verhandlungen mit dem Cali-Kartell oder mit irgendeinem anderen Drogenkartell sind. Deutschland und die USA haben ausgezeichnete diplomatische bilaterale Beziehungen. Der gegenseitige Umgang ist freundschaftlich." So freundschaftlich, daß die Telefonate von Mauss im Entführungsfall der Firma FLS in Kolumbien möglicherweise von amerikanischen Dienststellen aufgezeichnet und zwecks Unterbindung von Mauss' Aktivitäten gezielt an kolumbianische Behörden übermittelt wurden. Laut Schmidbauer ist der Bundesregierung darüber nichts bekannt.

Kein Wunder ist es, daß gerade in der Frage eventueller Vereinbarungen mit den Narcobossen die Bundesregierung von den USA unter Druck gesetzt werden. Die USA wollen seit jeher deren Auslieferung in die Vereinigten Staaten durchsetzen, die Narcobosse fürchten nichts so sehr wie gerade das. Hingegen ist jeder Versuch, zu einem Friedensarrangement in Kolumbien zu kommen, ohne die Narco-Kartelle einzubeziehen, von vornherein zum Scheitern verurteilt: zu groß ist die Macht der Narcobosse, die die dritte bewaffnete Macht neben dem Staat und den fortlaufend größere Gebiete kontrollierenden Guerillagruppen darstellen. Genau diese Situation mangelnder innerstaatlicher Souveränität des von den USA gestützten Staatsapparates ruft imperialistische Konkurrenten mit eigenen politischen Konzepten auf den Plan. (1)

Schmidbauer und die Guerilla

Was die angepeilten Verhandlungen der Bundesregierung mit Guerillagruppen angeht, ist zweierlei zu bedenken: Für die Guerilla-Organisation ELN, die mit der weit größeren FARC in einer mehr oder weniger brüchigen Koordination verbunden ist, sind die Vereinigten Staaten der Hauptfeind. In einer Zeit, in der sich das sogenannte sozialistische Lager aufgelöst hat, scheint sie sich der BRD und perspektivisch der EU als Gegengewicht gegen die US-Dominanz bedienen zu wollen. Die europäische Variante eines spätkeynesianischen Kapitalismus erscheint irgendwie humaner als der „Neoliberalismus" made in USA und die knallharte amerikanische Repressionspolitik, die laut Noam Chomsky rund die Hälfte der für Lateinamerika zur Verfügung gestellten Militärhilfe nach Kolumbien leitet. Verdeutlicht wird dies durch eine von ELN-Chef Manuel Perez unterzeichnete Erklärung. In dieser Erklärung, die Mitte Dezember an den kolumbianischen TV-Sender CMI gerichtet wurde, teilte die ELN mit, sie habe Brigitte Schoene, Frau eines Ex-BASF-Managers in Kolumbien, in deren Begleitung Mauss verhaftet worden war, nicht entführt; vielmehr habe sie auf eine ausdrückliche Bitte der Bundesregierung bei den Bemühungen um die Freilassung von Brigitte Schoene mitgeholfen. Mauss habe dabei als Unterhändler fungiert. Zudem habe er als „Friedensvermittler" im Bemühen um eine Beilegung des Guerillakrieges in Kolumbien gewirkt und Kontakte zur Bonner Regierung hergestellt.

Für Bonn hingegen eignen sich Organisationen wie die ELN prinzipiell als potentielle Einflußfaktoren. Ihr grundsätzlicher Dissens mit dem US-amerikanischen Einfluß nach Wegfall der Partner für ihre traditionelle „internationalistische" Orientierung und die Tatsache, daß eine eigenständiges nationales Entwicklungsmodell innerhalb der „Neuen Weltordnung" nicht mehr möglich ist, bringt sie in eine Situation, in der es ihnen ratsam erscheint, sich der Unterstützung mächtiger Paten zu versichern. Aus Bonner Sicht können daher lateinamerikanische Befreiungsbewegungen im Hinterhof des mächtigsten Konkurrenten eine ähnliche Rolle spielen wie die nationalistischen Bewegungen in Osteuropa: zunächst als Agenturen deutschen Einflusses, und später, nach gelungener Integration in den Staatsapparat, als BRD-freundliche Fraktion der neuen Eliten. Deutlich wird dies am politischen Schicksal von Daniel Ortega. Dereinst als nationaler Befreiungskämpfer angetreten, mutierte er unter dem Einfluß der SU und Kubas zwischenzeitlich zum Marxisten-Leninisten, später erfolgte unter dem erfolgversprechenderen Patronat der Sozialistischen Internationale die Metamorphose zum demokratischen Sozialisten europäischen Zuschnitts. Nach dem Scheitern des sandinistischen Projekts steht er nun als dienstbarer Geist für allerlei „unkonventionelle Lösungen" zur Verfügung (2).

In Kolumbien sollte nach den Vorstellungen der Bundesregierung offenbar der deutsche bzw. europäische Exportschlager „Am Runden Tisch erreichen wir die Zivilgesellschaft" ein weiteres Mal zum Einsatz kommen. Bei der Übergabe der Macht an deutschfreundliche Eliten in Polen hatte sich dieses Möbel bewährt, in der ehemaligen DDR wurde mit ihm der Anschluß an die BRD eingeleitet. Attraktiv für lateinamerikanische Intellektuelle, die auf eine nicht US-dominierte Entwicklung setzen, könnte dieses Modell vor allem deshalb sein, weil es den direkt und brutal ausgetragenen Machtkampf mit den alten Eliten zu vermeiden scheint – einen Machtkampf, der „fortschrittlichen" Konzepten in Lateinamerika in der Tat bisher – sieht man einmal von Kuba ab – nur Niederlagen bereitet hat. Da diese Konzepte in der Regel auf eine staatlich vermittelte Modernisierung abzielten, die an der Waffenbrüderschaft zwischen den USA und den alteingesessenen Kompradoren-Regimes scheiterte, liegt es für die politischen Organisatoren der Verarmten – als potentielle neue Elite – nahe, sich für die scheinbar alternativen europäischen Konzepte zu interessieren. Insoweit ist die Vermutung nicht aus der Luft gegriffen, daß an die Stelle der Orientierung an staatssozialistischen Entwicklungsmodellen eine ebenso fatale Hinwendung zu Rechtsstaat und Zivilgesellschaft „hecho en Alemania" tritt.

Auffällig ist, daß gerade dieser Aspekt von der deutschen Lateinamerika-Solidaritätsbewegung weitgehend ignoriert wird. Das unkritische Verhältnis, das sie in früheren Zeiten zu den staatssozialistisch orientierten Bewegungen hatte, setzt sich heute fort in einer ebenso unkritischen Begleitung der Affirmation von Demokratisierung und Zivilgesellschaft südlich des Rio Grande sowie aller möglichen marktkonformen NGOs. Vielleicht kommen Überreste dieser Bewegung nun ihrem langjährigen Ideal des „gemeinsamen Kampfes" real nahe. Wenn es den ehemaligen Kadern der Befreiungsbewegungen unter deutsch-europäischer Protektion gelingen sollte, demokratisch legitimierte Verantwortung auszuüben, kommen vielleicht auch ihre metropolitanen Verbündeten in ihrer Eigenschaft als unvergleichlich qualifizierte Lateinamerika-Experten zu ihrem wohlverdienten Einsatz in der deutsch-europäischen Außenpolitik.

Bernd Beier

Anmerkungen:

1) Eine gewisse Analogie bietet die wachsende Einflußnahme Japans in Peru über Fujimori, der in einer eskalierten Bürgerkriegssituation an die Macht kam.

2) Beispielhaft sind in diesem Zusammenhang die politischen Entwicklungswege ehemaliger lateinamerikanischer Guerilleros: „Anfang Januar (1994) ... nahm Salinas de Gortari, (der damalige Staatspräsident Mexikos; Anm. „Beute") Kontakt zu den Chefs einiger revolutionärer und exrevolutionärer Kräfte Mittelamerikas auf. Und als er feststellte, daß diese den Aufständischen [gemeint sind die Zapatisten, Anm. d. Red.] nicht etwa behilflich waren, und im Namen der *Realpolitik* (deutsch und hervorgehoben im Orig., Anm. „Beute") sein Regime unterstützen würden, bat er sie um wirksame Hilfe. Der nicaraguanische sandinistische Ex-Comandante Tomás Borge berät alsdann seinen ‚Freund Carlos' (Salinas de Gortari; Anm. „Beute"). Der salvadorenische Comandante Joaquín Villalobos, Ex-Chef der FMLN, der sich ebenfalls nach rechst entwickelt hat, ging sogar soweit, in den Kriegstagen das am stärksten umkämpfte Gebiet zu überfliegen und dabei die mexikanischen Militärs zu beraten." Aus der linken mexikanischen Tageszeitung *La Jornada* vom 16.12.1994, zitiert nach *Die Beute* 2/95, Seite 10/11.

Bulgarien am Rande

Der schillernde Mythos der „Globalisierung" scheint alles zu erklären, was den Kapitalismus aktuell ausmacht. Der Triumpf des Freihandels und der internationalen Kapitalbewegungen prägen die Maßstäbe. Wo Freihandel als Möglichkeit zur Eigenverantwortlichkeit schöngeredet wird, entdeckt die Linke gegen die Weltmarktkonkurrenz das Gemeinwohl wieder und daß sie wieder gebraucht wird. Die Feststellung, Wertverwertung mache vor Staatsgrenzen nicht Halt, ist ein denkbar dünner Boden für die Festlegung auf Abwehrkämpfe. Längst wird gemeinsam mit *Zeit*, *Spiegel* und anderen Blättern eine patriotismusverdächtige Kapitalismuskritik gepflegt: Gegen die mörderische Konkurrenz müssen *wir* zusammenhalten.

Während der Prosperität der 80er Jahre stand eine Bedrohung durch den Weltmarkt nicht im Zentrum der Wahrnehmung. Erst durch die Rezession der späten 80er und frühen 90er Jahre und die Unmöglichkeit, über angebotsorientierte Wirtschaftspolitik ein Wachstum aufrecht zu erhalten, wurde die „Globalisierung" als nationale Herausforderung in den Vordergrund gerückt. Gleichzeitig kam zu den globalen Erscheinungen, wie der ökonomischen Südausdehnung und dem Auftauchen ostasiatischer Schwellenländer, noch das Problem der Integration des europäischen Ostens hinzu. Dies führte nicht nur zur Krise der Sozialdemokratien in Europa, sondern auch zur Krise nationaler Befreiungsbewegungen und ihrer staatlichen Projekte. Wer nun nicht bereit ist, sich flexibel und schnell, ohne den hinderlichen Schutz von sozialen und ökologischen Regulierungen, den Weltmarktbedingungen anzupassen, wird mit sozialem Abstieg bestraft. Wer aber alle Besitzstände aufzugeben bereit ist, dem bleibt dieses Schicksal gleichfalls nicht erspart. Und so ist die Grundlage der Sozialdemokratie, bei der Standortsicherung sei auch eine soziale Sicherung durch Verteilung möglich, gänzlich unterhöhlt. Es bleibt ihr noch die vermeintliche Sicherung von Errungenschaften. Und wenn Abstriche bei der sozialen Sicherung gemacht werden, möchte man wenigstens die Konkurrenz durch Ausländer mildern. Doch was soll dabei eine Auswirkung der „Globalisierung" sein, die Abschottung des Arbeitsmarktes oder dessen Liberalisierung? „Globalitäre Regimes", eine Bezeichnung, die in *Le Monde Diplomatique* (*taz*-Beilage, 17.1.97) benutzt wird, soll ein Regime des Weltmarkt-Sachzwanges bezeichnen und wird als Modell der Zukunft angesehen. Dabei verschwinden hinter dem Sachzwang die staatlichen Akteure mit ihrer politischen Macht. Deutsche oder europäische Balkanpolitik ist nicht die Exekution von Globalisierungs-Sachzwängen, sondern die Ausnutzung einer durch internationalen politischen und ökonomischen Druck geschaffenen Krise. Der Fall Bulgarien ist ein Beispiel dafür, daß sowohl Anpassung als auch Verweigerung in solcher Situation für die Schwachen zum gleichen Ergebnis führt.

Reformkommunismus

Im Zuge von Glasnost und Perestroika haben die bulgarischen Kommunisten bereits 1987 in der „Juli-Konzeption des Sozialismus" auf einer Tagung des Zentralkomitees Reformen für eine „sozialistische Marktwirtschaft" beschlossen. 1988 wurden die rechtlichen Grundlagen für eine Wirtschaftspolitik gelegt, in deren Mittelpunkt die eigenverantwortliche Wirtschaftstätigkeit der Betriebe stand. (1) Der Reformprozeß strebte eine „sozialistische Bürgergesellschaft" an. Im Januar 1989 bewirkte ein Erlaß die Zulassung von Privateigentum an Produktionsmitteln und die Möglichkeit von Firmengründungen durch Privatpersonen. Damit wurde nicht nur der realsozialistischen Schattenwirtschaft eine Legalisierungsmöglichkeit eröffnet, sondern der Systemwechsel war eingeleitet. Die BKP hat sich dann etappenweise selbst entmachtet und die Westausrichtung eingeleitet und getragen. Sie war der politische Motor der Wende. Mit einer Säuberung der Partei, Rehabilitierung von Opfern des alten Regimes und dem Prozeß gegen Schivkov wurde eine Sozialdemokratisierung eingeleitet. Mit der in der Folgezeit entstandenen Opposition stritt sich die BKP über den Weg, auf dem sich das Privateigentum zum dominierenden Wirtschaftsfaktor entwickeln und über die Rolle, die dem Staatssektor dabei zufallen sollte. Durch die starke Stellung der BKP auch nach 1989 fand kein vollständiger Elitenwechel statt. Die alte Wirtschaftselite konnte sich auch nach dem Systemwechsel behaupten. In der BKP und ihrer im April 1990 gebildeten Nachfolgerin, der Sozialistischen Partei (BSP), existieren Flügel von Radikalreformern und Reformern nebeneinander. Die BSP ist nach wie vor eine der stärksten KP-Nachfolgeparteien im ehemaligen Ostblock, auch wenn sie derzeit an Einfluß verliert.

EU-Integration und Reform

Im März 1990 verkündete der kommunistische Ministerpräsident Andrej Lukanow, „daß es in der heutigen Etappe der menschlichen Gesellschaft zur Marktwirtschaft keine Alternative gibt". (2) Seine Partei förderte den Aufbau eines „freien Marktes" mit konvertibler Währung und gab ca. 40% der staatlich fixierten Preise frei. Zeitgleich mit den damals noch existierenden Staaten CSSR und DDR schloß Bulgarien ein Handels- und Kooperationsabkommen mit der EU. Daraufhin trat eine Koalitionsregierung unter wesentlicher Beteiligung der Kommunisten massiv für die Auflösung des RGW ein, obwohl Bulgarien 80% seines Handels mit dem RGW abwickelte.

Daß nicht einfach nur Globalisierungszwänge auf der bulgarischen Gesellschaft lasten, läßt sich an den Folgen der Bodenprivatisierung zeigen. In Bulgarien, dem ehemaligen Agrarexporteur, gibt es heute Hunger. Es sind zwar Nahrungsmittel vorhanden, da diese aber zu einem nicht geringen Teil gegen Devisenzahlung importiert werden, sind sie für viele Bulgaren nicht erschwinglich. Zwar wurde das Land durch das UNO-Embargo gegen Serbien und Montenegro, an dem es sich aus EU-Loyalität beteiligen mußte, seiner Exportwege beraubt und mußte während des Krieges die größten wirtschaftlichen Belastungen in Europa tragen. Doch ist dies nicht der wesentliche Grund für den Hunger. Im April 1991 verabschiedete die Koalitionsregierung aus Sozialisten (BSP), der Bulgarischen Bauernunion und dem antikommunistischen Bündnis der Union der Demokratischen Kräfte SDS ein Gesetz, daß die vom IWF geforderte Reprivatisierung der nach 1946 verstaatlichten landwirtschaftlichen Nutzfläche beinhaltete. Da jedoch, im Gegensatz etwa zu Ungarn oder der CSSR, im Bulgarien der Zwischenkriegszeit kaum Großgrundbesitz existierte, machte dieses Gesetz ca. 6 Mio Bulgaren, d.h. zwei Drittel der Bevölkerung zu Eigentümern an Grund und Boden. Diese Zerstückelung der landwirtschaftlichen Nutzflächen bewirkte einen Produktionseinbruch. Eine Gesetzesnovelle der anschließenden SDS-Regierung vom März 1992 vervollständigte die Wiederherstellung der alten Eigentumsverhältnisse, indem alle Genossenschaften aufgelöst wurden. Dies führte zu einem erneuten Einbruch der Agrarproduktion. In der Folge mußte Bulgarien Grundnahrungsmittel gegen Devisen einführen. Heute sind 91% der Grundstücke nicht größer als 1 Hektar und weitere 8,5% umfassen zwischen 1,1 und 5 Hektar. Die Auflösung der landwirtschaftlichen Kollektive führte damals zu Bauernprotesten und brachte Zulauf für die Sozialistische Partei auf dem Lande.

Die ersten Wahlen im Juni 1990 gewann die BSP mit 47% der Stimmen. Ein Jahr später verlor sie zwar rd. 1 Mio Wähler, wurde aber hinter der SDS mit 33% die zweitstärkste Kraft. Die SDS-Regierung scheiterte aber im Winter 1992 und die BSP trug eine Interimsregierung bis Dezember 1994 mit. Im März 1993 wurde unter der sog. Expertenregierung ein Assoziierungsvertrag mit der EU geschlossen. Diese Verträge wurden, im Gegensatz z.B. zur Türkei, für die osteuropäischen Länder mit einer politischen Anbindung an die EU verbunden, weshalb eine Zustimmung der EU-Mitglieder nötig wurde, was bis Februar 1995 dauerte. Im Dezember 1995 wurde ein Antrag auf Vollmitgliedschaft gestellt.

In Bulgarien leben schon seit 1994 etwa 80% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze und 65% unter dem Existenzminimum. 28,8% sind Rentner, die zwischen Ende 1991 und Mitte 1993 durchschnittlich 65% ihrer Monatsrente einbüßten. Bulgarien ist mit Ungarn unter den EU-assoziierten Staaten 1995 das Land mit der höchsten Auslandsverschuldung (74,4% vom BIP), weswegen der IWF die Auszahlung weiterer Kredite an die drastische Reduzierung staatlicher Ausgaben koppelte.

Als Zan Videnov nach dem Wahlsieg der BSP im Dezember 1994 Anfang 1995 Regierungschef wurde, gab es 17% Arbeitslose, eine Inflation von 120%, es kamen kaum Investitionen aus dem Ausland und die Kriminalität hatte erheblich zugenommen. Videnov griff nun rhetorisch auf die Vorwendezeit zurück und kritisierte die vorherige Politik seiner eigenen Partei als restaurativ. Er präsentierte sich selbst als den effizienteren und sozial verantwortungsvolleren Transformierer. Videnovs Kurs bestand in dem Versuch, mit staatlichen Mitteln die gröbsten Auswirkungen des Zusammenbruchs abzufedern. Die Bilanz zeigte am Ende des ersten Jahres ein starkes Absinken der Inflationsrate auf 30 bis 50%, eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit auf ca. 11%, und es wurde ein Wachstum von 2,5% erzielt. Allerdings gab es eine Teuerungsrate für den Konsum von 33%. Die Privathaushalte wurden mit ständigen kräftigen Erhöhungen der Energiekosten belastet (allein im März 95 für Strom um 47% und Heizung um 80%). Die Nahrungsmittelpreise wurden so stark erhöht, daß auf Basis der zwischen 1991 und 1996 um 49% gesunkenen Realeinkommen die Grundnahrungsmittel zu Luxusgütern wurden. Im Mai 1996 kam ein akuter Brotmangel hinzu. Die Inflationsrate 1996 betrug 310%.

Bei Regierungsantritt der Sozialisten waren von 3500 Betrieben 450 privatisiert, das staatlich-genossenschaftliche Eigentum erwirtschaftete 1994 noch zwei Drittel der Gesamtproduktion des Landes. Bis März 1996 erhöhte sich die Zahl der privatisierten Betriebe auf 586. Um neue Kredite zu bekommen, stimmte die BSP-Regierung der Stillegung von 64 der Staatsbetriebe zu, die die höchsten Defizite im Staatshaushalt verursachten. Das bedeutete 20.000 zusätzliche Arbeitslose.

Obwohl die BSP sich EU und NATO zuwandte, wurde Bulgarien nach dem Wahlsieg der Sozialisten (mit absoluter Mehrheit und Rückhalt besonders in Kleinstädten und auf dem Land) im Dezember 1994 in Deutschland als unsicherer Kandidat angesehen. (3)

Besonders wurden Befürchtungen einer Anlehnung an Rußland laut, da die BSP-Regierung zwar die NATO-Politik ihrer antikommunistischen Vorgängerin weiterführte, aber der Meinung war, Rußland dürfe in Europa nicht isoliert sein. Im Gegensatz zu den postkommunistischen Regierungen in Polen und Ungarn zögerte die BSP mit der Erklärung, formales Mitglied der NATO werden zu wollen. Bulgarien nahm aber an der „Partnerschaft für den Frieden" der NATO teil. Auch wurde der Staatspräsident Zelev (BSP), als er Verständnis für die Bombenangriffe der NATO auf die bosnischen Serben äußerte, in der Presse dafür heftig kritisiert. Daß große Teile der Bevölkerung mit einer NATO-kritischen Haltung sympathisierten, ließ im Westen den Unwillen wachsen. In der deutschen Presse wurde bereits der Abfall Bulgariens vom Westen beschrieben (*SZ* 14./15.6.95). Die Bundesrepublik will sich angesichts der Tatsache, daß Bulgarien in zwei Weltkriegen auf deutscher Seite stand, nicht die Option auf eine gedeihliche Zusammenarbeit von einer Ex-KP verderben lassen. Daß es mit Parteien, die einen langsameren Reformkurs anstreben und für eine antirussische Front nicht ohne weiteres zu haben sind, keine Zusammenarbeit geben soll, demonstrierte die *FAZ* (27.1.) am Beispiel Slowenien. Weil bei der Neubildung einer „Regierung der Nationalen Einheit" Vertreter der Vereinigten Liste der Sozialdemokraten (ZLSD) für Verteidigung und Angelegenheiten der Europäischen Integration zuständig sein sollen, rücke eine EU- und NATO-Mitgliedschaft „in weite Ferne".

Geopolitik

Deutschland ist Motor der EU-Osterweiterung. Fast alle Länder Osteuropas wenden sich an Kanzler Kohl mit der Bitte, sich für die jeweilige Integration zu verwenden. Das heißt, ohne deutsche Zustimmung geht nichts. Mit einem deutschen Hinterhof verbindet Bonn auch seine eigene Stellung im zukünftigen Europa. Dabei soll gewährleistet sein, daß diese Länder auf Dauer einem deutschen Abstimmungsblock zugeschlagen werden können, zumal wenn es um Mehrheitsentscheidungen in den EU-Gremien geht. Dafür muß jeder möglichen antideutschen Haltung vorgebeugt werden. Daher die Bedeutung der deutsch-tschechische Erklärung; Deutschland erwartet viel mehr als die anderen Verbündeten eine explizite Loyalität der einzelnen Regierungen gegenüber deutschen Interessen, z.B. bei ihrer antirussischen Politik. Dies gilt für alle zukünftigen EU-Mitglieder, in besonderer Weise aber für die assoziierten Länder.

Wurde nach der Wende die Ostausdehnung noch geopolitisch begründet (Eindämmung Rußlands), so wurde, nachdem die osteuropäischen Länder eine EU-Integration anstrebten, mit nichtdefinierten wirtschaftlichen und politischen Zugangsbedingungen für eine Integration eine Schwelle geschaffen, die um so mehr auf Fürsprache angewiesen macht. Dies wurde auf dem Essener Gipfel des Europäischen Rates vom Dezember 1994 bekräftigt.

Seit 1991 gibt es deutliche Hinweise darauf, daß Bulgarien nicht zu den Ländern gehört, an deren Vollintegration die EU interessiert ist. Das geopolitische Interesse bleibt aber bestehen. Durch die EU der „konzentrischen Kreise" oder der „verschiedenen Geschwindigkeiten" ist die Möglichkeit gegeben, daß den äußeren Ring die assoziierten Länder Osteuropas besetzen werden und damit durch die Abstufung der Strukturhilfen eine reale Verschlechterung gegenüber dem jetzigen Status in Kauf nehmen müssen.

Deutschland belegte im ersten Halbjahr 1994 den ersten Platz bei den Investitionen in Bulgarien (40,6%). Die deutschen Investitionen sind aber absolut gesehen nicht bedeutend und unterstreichen eher die geopolitisch begründeten Interessen.

Aktuelle Lage

In allen Ländern Osteuropas geht die Nachwendeentwicklung in Richtung anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, niedrige Steuereinnahmen und Anstieg der Wirtschaftskriminalität. Die vermeintliche (rote) Mafia, von der so viel in der Berichterstattung über Bulgarien die Rede ist, hat sich mit dem Videnov-Kurs der staatlichen Förderung der Großbetriebe arrangiert, und profitiert gleichfalls von den vergangenen und anstehenden Privatisierungen, durch die ihre Einflußbereiche legalisiert werden.

Als am 10.1.97 eine Menschenmenge das Parlamentsgebäude in Sofia stürmte, hatte Regierungschef Videnov bereits seinen Rücktritt angekündigt. Es wurden Parolen gegen die BSP und gegen jede mögliche Regierung gerufen. Die *FAZ* (13.1.) wurde sofort deutlich: „Daher nimmt es nicht wunder, daß in Sofia nun offenbar ernsthaft die Zustimmung zu einem Vorha-

ben erwogen wird, das Weltbank und Währungsfonds schon seit längerem für unerläßlich halten: Bulgarien zur Befreiung aus seiner gravierenden Finanz- und Wirtschaftsnot internationaler Kuratel zu unterstellen." Die BSP erklärt sich am 13.1. mit der Einrichtung eines Übergangskabinetts einverstanden, welches „das radikale Anti-Krisen-Programm durchführen muß" und einen Währungsrat installieren soll. (4) Unter diesem Anti-Krisen-Programm wird es nach übereinstimmender Ansicht aller Beteiligten noch schlimmer werden.

Noch vor den Parlamentsunruhen hatte die populistische Oppositionspartei SDS gefordert, die BSP habe sich aufzulösen, wenn sie Forderungen des IWF zustimme. Nach den Unruhen forderte die SDS dann die Einsetzung einer Interimsregierung und spätere Neuwahlen. Die Interimsregierung soll die unangenehmsten Arbeiten erledigen, wie die in den nächsten Wochen fälligen Rückzahlungsforderungen eines großen Teils der Auslandsschulden, und sie soll das Krisen-Programm verabschieden. Die antikommunistische Orientierung des sich anschließend über drei Wochen erstreckenden Protestes richtete sich gegen jede von der BKP angeführte „Expertenregierung". Die Forderungen der Opposition wurden auch von den meisten westlichen Botschaften in Sofia unterstützt. Das heißt nicht, daß sich der Westen in jeder Hinsicht einig ist. So heißt es z.B. zu der im Rahmen des Krisen-Programms beabsichtigten Kopplung des Bulgarischen Geldes an eine Hartwährung im *International Herald Tribune* (1./2.2.), daß dies der Dollar sein wird, während die *FAZ* (5.2.) anmerkt daß dies die DM sein wird.

Am Tag nach den Parlamentsunruhen kündigten die ersten Gewerkschaften bereits einen landesweiten Streik an. Am 15.1. riefen die Gewerkschaften (Promja, Prodkepa und die Konföderation der Unabhängigen) zu Warnstreiks auf, um den Forderungen nach vorgezogenen Parlamentswahlen in absehbarer Zeit Nachdruck zu verleihen. Inzwischen gab es viele Streiks und Verkehrsblockaden, die aber nie den Charakter eines Generalstreiks annahmen.

Von den Studenten, denen nachgesagt wird, sie würden über die Hälfte der Protestierenden stellen, sind keine linken Forderungen bekanntgeworden. Eher solche: „Vertreibt uns nicht aus unserer Heimat! Wir wollen nicht ungeliebt und heimatlos unser Glück anderswo auf der Welt suchen. Gebt uns eine Chance, durch unser Wissen und Können dieses Land aufzubauen." (*TAZ* 17.1.) Das einer Berliner Love-Parade durchaus kompatible Aufgebot „kreativer" Jugendlicher und die absichtsvoll unpolitische Geste dieses Protestes zeigt, daß die eigentlichen Entscheidungen anderswo getroffen werden. Für deutsche Beobachter ist die „kreative" Jugend ein Beweis dafür, daß sich in Bulgarien so etwas wie eine „Zivilgesellschaft" herausbildet, zumal die Proteste gegen den „roten Müll" gerichtet sind.

Die *NZZ* (18./19.1.) triumphierte: überall, wo die Nachfolger der kommunistischen Parteien noch an der Macht seien, gerieten diese ins Wanken. Auffallend sei, daß der „Prozess der Demokratisierung" in jenen Ländern auf die größten Schwierigkeiten stieße, in denen die Kommunisten vor 1989 einen von Moskau unabhängigen Kurs steuerten. Dieser Kurs führte zur stückweisen Adaption des westlichen Modells und behinderte die vollständige politische Übernahme durch eine radikal westlich ausgerichtete Opposition. Besonders Deutschland verlangt eine verstärkte politische Kontrolle, weshalb in der hiesigen Presse das Sperrfeuer gegen die vermeintlichen Kommunisten der BSP besonders stark ist. Dabei wird auf eine Spaltung der BSP gesetzt, denn ihre Flügel sind angesichts der widerstreitenden Konzepte zwischen Markt und dirigiertem Markt tatsächlich spaltungsanfällig. Solange diese Spaltung nicht vollzogen ist, hat die radikal westlich orientierte Opposition, auch die kleine sozialdemokratische Partei (OSD), die noch in der BSP mitmacht, keine hinreichende Perspektive. „Viele von uns haben die Schnauze voll von den Betonköpfen, wollen eine neue Partei gründen" gab der OSD-Vorsitzende einer deutschen Zeitung zu Protokoll. (*TSP* 17.1.)

Als die Proteste sich ausdehnten, verkündete der scheidende Staatspräsident Schelju Schelev (SDS) am 14.1., weder er noch die Opposition kontrolliere die demonstrierenden Menschenmengen. Die Verfassung sei ungeeignet für die Behebung der Krise und Bulgarien sei „der erste postkommunistische Staat, der am Übergang zu einer Marktwirtschaft gescheitert und dabei ist, am Übergang zur Demokratie zu scheitern". Er fordere deshalb eine Präsidialrepublik. (5) Er setzte sich jedoch nicht durch und gab turnusgemäß am 22.1. seinen Posten an den schon gewählten Nachfolger Petar Stojanov (SDS) ab, der bereits angekündigt hatte, die Sozialisten mit der Bildung einer Übergangsregierung zu beauftragen. Zwar hatte Schelev die Zeichen der Zeit erkannt, seine nur noch kurze Amtszeit hat ihn jedoch voreilig handeln lassen. Auch der Westen setzt derzeit nicht auf Annulierung der Verfassung, sondern auf eine Regierung der nationalen Einheit.

Angesichts der zu erwartenden Verschlechterung der allgemeinen Versorgungslage durch das unabwendbare Krisen-Programm bereitet der Westen das Terrain für eine möglicherweise repressivere Regierungsform vor. Die BSP ist für eine autoritäre Regierung allein nicht stark genug. Diese Partei, die den Anspruch erhebt, eine Partei der Verlierer des Transformationsprozesses *und* der ehemaligen Elite zu sein, die obendrein noch die strengen Auflagen der internationalen Finanzorganisationen erfüllen will, muß notwendigerweise scheitern, zumal ihr die Unterstützung des Westens fehlt und inzwischen auch die der Bevölkerung. Die Opposition wäre erst stark genug, wenn die BSP an Einfluß verlöre und ihr die Schuld für die Misere zugeschoben werden könnte. Wenn in den deutschen Zeitungen beständig wiederholt wird, die BSP habe möglicherweise selbst die Parlamentskrawalle mit Brandstiftung als Vorwand in Szene gesetzt, um eine erneute Diktatur zu installieren, sagt das nichts über die BSP, sondern über die Optionen der Westorientierung aus. Dieses in der deutschen Presse oft und gern wiederholte „Gerücht" soll gerade im Land des Reichstagsbrandes die BSP dämonisieren.

Die Versuche der Verdrängung der in den Marktvollzug eingespannten exkommunistischen Sozialdemokratie und die Mobilisierung der Bevölkerung gegen sie kennzeichnen einen fatalen Prozeß. Neben dem Elendsprotest, für den die Demonstrationen trotz ihres „Volksfestcharakters" in Bulgarien auch stehen, klammern sich die freigesetzten Individuen an einen Markt, den es nicht gibt. Sie bieten von vornherein vergeblich ihre Arbeitskraft an und glauben, das bestehende Übel mit der BSP, „die alten Kader mit den überkommenen Tugenden – etwa zu verdienen ohne zu arbeiten" (*TSP* 17.1.), beseitigen zu können. Während der noch anhaltenden Proteste hat sich die wirtschaftliche Lage weiter verschlechtert, auffallend ist der rasante Währungsverfall. Die der Opposition von der BSP angetragene Machtbeteiligung wurde bisher abgelehnt. Daraufhin wurden erste westliche Stimmen laut, die Opposition trage ebenso viel Schuld an der Misere wie die regierenden Sozialisten (*TSP* 3.2.), die sich sowieso einer „radikalen" Lösung verpflichtet fühlen. Wird dieser Appell an die prinzipiell vorhandene nationale Eintracht richtig verstanden, dürfte sich eine „autoritäre Lösung" erübrigen.

Karl Nele

Anmerkungen:

1) Ivo Georgiev, Der Reformsozialismus als Voraussetzung für die Wahlerfolge der Bulgarischen Sozialistischen Partei in: Südosteuropa 6-7/1996, S. 475ff

2) Sabine Riedel, Konzepte zur Osterweiterung der EU. Eine kritische Analyse am Beispiel Bulgariens in: Südosteuropa 6-7/1996, S. 417

3) Anelia Bozkova, Bulgarische Hoffnungen auf die EU in: Südosteuropa Mitteilungen 2/1995

4) Deutsche Welle Monitor-Dienst Osteuropa 15.1.97

5) Deutsche Welle Monitor-Dienst Osteuropa 16.1.97

Bemerkungen über die Lähmung vom Dezember 1995

Der massive Streik in Frankreich vom Dezember 1995 hat (nicht nur) bei Linksradikalen in Deutschland eine bis heute anhaltende Euphorie ausgelöst. Umso bemerkenswerter ist die Radikalität, mit der die in der Tradition der Situationisten stehende „Encyclopédie des Nuisances" aus Paris die immanenten Schranken der Streikbewegung ausleuchtet. (Die Red.)

I. Verflüchtigung

[...] Nachdem sie wie ein Hauch einmütiger Euphorie aufgestiegen war, ist „die bedeutendste soziale Bewegung seit Mai 68" auf die gleiche Weise in sich zusammengefallen und hat nichts zurückgelassen, was auch nur ein wenig greifbar gewesen wäre; und wir sprechen offensichtlich nicht von sozialen Errungenschaften im gewerkschaftlichen Sinn, sondern von wahrnehmbaren Spuren eines klareren Bewußtseins über den wirklichen Zustand der Welt und des Lebens. Nach 68 hatte Aron von „unauffindbarer Revolution" reden können, um diese Bewegung zu verspotten, die an den existierenden Institutionen nichts verändert hatte. Er hatte zur Erklärung seines Buches die *Souvenirs* von Tocqueville mit ihrer ironischen Beschreibung der revolutionären Chimären zitieren können („Der eine wollte die Ungleichheit der Reichtümer zerstören, der andere die Ungleichheit des Wissens, der Dritte unternahm es, die älteste der Ungleichheiten zu nivellieren, die zwischen Mann und Frau ..."). Es brauchte nichtsdestotrotz Jahre, um die Freiheitsgedanken auszurotten und in Fäulnis übergehen zu lassen, die dort entsprungen waren und als *gemeinsame* wiedererkannt wurden. Nach Dezember 95 konnte man von „vollständig vorgefundener" Revolution sprechen, da ja das Programm, die Ziele, der Sinn von allen Spezialisten formuliert wurden, und die Protagonisten selbst – Streikende und Demonstrierende – sehr schnell nurmehr die Rollen, die man ihnen zuwies, zu übernehmen und dann nach Hause zu gehen hatten, ebenso schnell, wie sich die Demonstrationen am Ende der Routen aufgelöst hatten. Und dies umso freiwilliger, als es tatsächlich nicht mitreißend ist, eine Rolle zu rezitieren, die andere geschrieben haben; aber es wurde auch kaum versucht, sie selbst zu schreiben.

[...] Auf ziemlich seltsame Weise hinterließ diese unvorhergesehene soziale Bewegung, wenngleich sie vorgab, siegreich in ihren Forderungen zu sein, einige Tage nach ihrer Verflüchtigung einen Eindruck von Niederlage und sogar von Zusammenbruch. Und diejenigen, die hatten abtreten müssen, erschienen wie Sieger. Sie waren es tatsächlich: den anderen blieb die Bitterkeit der verpaßten Gelegenheiten und vor allem der, daß keine der Ängste, die alle teilten, dort formuliert worden war. Eines war von nun an für alle Welt klar: daß es keinen „Ausweg aus der Krise" geben würde; daß die ökonomische Krise, die *Depression*, die Arbeitslosigkeit, die Prekarität aller, etc. gerade zur Funktionsweise der planetarisierten Ökonomie geworden waren; daß dies mehr und mehr so sein würde; daß man nur die Wahl hatte zwischen der Anpassung und, zunächst, der Resignation darüber. Nichts hatte sich also geändert: die trüben und verhängnisvollen Fluten des ökonomischen Laufs der Dinge spülten uns weiter irgendeinen Flußlauf hinunter, mit der einzigen Perspektive, Tag für Tag die eigene materielle Existenz zu reproduzieren. Aber das Neue war, daß niemand sich dies mehr verheimlichen konnte: daß man sich seine Angst und seine Mutlosigkeit eingestehen mußte, seine Ungläubigkeit gegenüber all den alten Versprechungen, daß alles schließlich gut enden würde, daß all die Müdigkeit und die Ängste eines immer aufgezwungenen, beschränkten Lebens eines Tages ihre Entschädigung finden würden, zumindest die eines ruhigen Rentnerdaseins. So ging alles weiter, obwohl nichts so war wie zuvor: es war sogar noch mehr wie zuvor, denn es gab weniger die Illusion eines *danach*.

In einer Epoche, die ihre Zukunft derart ernüchtert betrachtet, würde revolutionärer Prophetismus verzweifelt hohl klingen; im übrigen hat außer mumifizierten Linksradikalen niemand mehr Lust, Weissagungen über die großartigen Perspektiven zu machen, die sich uns eröffnen, aus dem einfachen Grund, weil sie alles andere sind als großartig. Der Prophetismus mit seinem orakelnden Ton wissenschaftlicher Unfehlbarkeit ist schon immer die schwächste Seite der sozialen Kritik gewesen; die Härte der Epoche ist mit ihm fertiggeworden, ebenso wie mit dem naiven Glauben an den emanzipierenden Charakter des technischen Fortschritts – umso besser. Wie es ein Dialektiker in anderen finstren Zeiten ausgedrückt hatte: Die Theorie, die alles von den Menschen und ihren Taten erwartet, prophezeit nicht. Aber gerade weil es unangebrachter ist als je zuvor, im Namen der Zukunft zu sprechen, muß man umso besser wissen, was man will, und es sagen: im Namen welcher Konzeption des Lebens, für welche Form gesellschaftlichen Lebens man sich schlägt. Darum drehte sich alles im Dezember, und darum wird es sich jedesmal drehen, wenn kollektiv versucht wird, die Demoralisierung und die Isolation zu überwinden, die jeden in seinem privaten Elend einschließen.

Wenn man behauptet, [...] daß ein „Gesellschaftsideal" gefehlt hat, wird ein orthodoxer Marxist, der aus seiner Tiefkühltruhe gekrochen kommt, sofort das gebräuchliche Zitat abspulen, daß, *um ihre eigene Emanzipation und mit ihr die höhere Lebensform zu verwirklichen, zu der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigene ökonomische Struktur unwiderstehlich drängt,* die Arbeiterklasse *kein Ideal zu verwirklichen, sondern nur die Elemente der neuen Gesellschaft zu befreien hat, mit denen die alte, zusammenbrechende bürgerliche Gesellschaft schwanger geht.* Diese ruhige Konzeption der Revolution als Entbindung – blind für alles, was ein Jahrhundert der Geschichte seit Marx schwerwiegend bewiesen hat, blind für das Wissen, daß die Warengesellschaft nur mit sich selbst schwanger war, und daß das, wozu sie unwiderstehlich „durch ihre eigene ökonomische Struktur" drängte, sicher nicht eine höhere Lebensform war – ist auf legitimere Weise von den Erleuchteten der computergestützten Emanzipation wieder aufgegriffen worden. [...] Diese haben bessere Gründe, die neue Gesellschaft vorherzusagen, die im Schoß jener entsteht, in der wir vegetieren, sowie die

Aufhebung all der Widersprüche, in die sich die Irrationalität der Ware verwickelt hat, durch die Ankunft des kybernetischen New Age zu prophezeien. [...]

II. Globalisierung

„Die Interessen und die Erinnerungen, die aus den lokalen Gewohnheiten stammen, enthalten einen Widerstandskeim, den die Autorität nur ungern duldet und den auszureißen sie sich beeilt. Sie hat die Individuen lieber; ohne Anstrengung rollt sie ihr enormes Gewicht über sie wie über Sand."

(Benjamin Constant, *De l'esprit de conquête et de l'usurpation*, Kap. „De l'uniformité")

Die Reformen, die der Grund für die Dezember-Agitation waren, hatten unter anderem das Ziel, der Bevölkerung ausdrücklich den unausweichlichen Charakter des „globalen" Stadiums der ökonomischen Modernisierung im XXI. Jahrhundert zu verstehen zu geben. Nach dem „französischen" Stadium vom Anfang der achtziger Jahre, und noch nach dem „europäischen" einige Jahre später, immer unter dem Vorwand, auf dem Kurs zu bleiben, ist dies in Wirklichkeit das Eingeständnis, daß die Ökonomie unkontrollierbar geworden ist, daß *sie von ganz alleine läuft.* Aber diese simple Evidenz haben die Streitereien der Spezialisten des Sozialen und der Finanzexperten übertönt; die einen riefen die Bevölkerung auf, Widerstand zu leisten, um den *status quo* zu retten, und waren daher gezwungen, über die Ökonomie zu lügen, um sie nicht als solche kritisieren zu müssen. Die anderen, die diese Evidenz für sich besitzen, die sie weder aussprechen noch wirklich vor Augen haben wollen, beriefen sich lieber auf den Sinn der Geschichte und ermahnten die Bevölkerung, sich in diesen Krieg zu werfen, der jedenfalls die „lokalen Gewohnheiten" des gewöhnlichen Lebens wegfegen wird. Durch diese Mahnungen und diese Drohungen wird die Angst als fast ausschließliches Mittel zum Regieren genutzt. Denn ähnlich der Atomenergie ist die globalisierte Ökonomie eine Macht, die allen mit ihren planmäßig gelenkten Verwüstungen die irreversible Zeit der Katastrophe, den „Countdown", aufzwingt, und nur noch Fristen, Notbehelfe, Verfallszeiten zur Diskussion zuläßt.

„Mit Archaismen aller Art trägt die Million, die vorbeimarschiert, ihren Rückzug vor der modernen Welt zur Schau, ihre Angst vor einer liberalen Gesellschaft, die überall auf der Welt Fuß faßt. In Frankreich hat sie noch nicht ihre Kultur freier und erwachsener Menschen verankert ..." (*Le Point*, 16. Dezember 1995). In diesem Sinn war ebenso von „erster Revolte gegen die Globalisierung" die Rede, und sogar von „antimoderner Revolution". So haben die Partisanen der Modernisierung der Ware, indem sie ihre Befürchtungen veröffentlichten – denn zweifellos wundern sie sich manchmal über die Leichtigkeit, mit der all das *durchgeht* – viel mehr über den latenten Inhalt dieser Bewegung gesagt, als es ihr selbst gelungen ist. Abgesehen von dem vagen Gefühl für alles, was verloren ging und korrumpiert wurde, jenem allgemein verbreitete Gefühl, das um den Streik wie eine Aura schwebte, gab es nichts, was klar und deutlich formuliert wurde, und sicherlich keine Kritik des modernen Lebens. All das, was als Grundlage hätte dienen können, um sich wirklich der „ökonomischen Logik" zu widersetzen – nach dem alten Scherz: um zu revoltieren, muß ein Volk konservativ sein, es muß zumindest die Gründe für die Revolte bewahrt haben –, all das ist hinterhältig ruiniert worden; was bleibt zu verteidigen? Laut Professor Bourdieu die „Kultur des öffentlichen Dienstes". Diese wurde uns so beschrieben: „Europa hat den Vorsorge-Staat erfunden. Wie nirgendwo anders auf der Welt ziehen die Bürger der Fünfzehn Vorteil aus Altersversorgung, Familienbeihilfen, Arbeitslosenversicherung, ebenso wie aus den Bestimmungen zum Recht auf Arbeit. Dieses Arsenal sozio-ökonomischer Garantien, das von der Arbeiterbewegung erobert wurde, macht das Herz der europäischen Zivlisation aus." (*Le Monde diplomatique*, Januar 1996) Man muß wirklich ein Autofahrer von links sein, um sich ein XXI. Jahrhundert vorzustellen, das noch die alte Welt des ständigen Fortschritts wäre, wo eine mit Ökologismus und Telepartizipation gekreuzte Sozialdemokratie diese „Kultur des öffentlichen Dienstes" vor den Klauen der totalen Produktion retten würde; wo, mit ihren an die Ära der Telearbeit angepaßten sozialen Errungenschaften, die *Festung Europa* der ewig strahlende Leuchtturm der Menschenrechte und der Arbeiterschaft in der finsteren Nacht des Rests der Welt bliebe etc.

Zweifellos muß man Marxist am Collège de France sein, um zu ignorieren, daß die Ware in ihrem Wesen, als soziale Beziehung, die Vernichtung jeder qualitativen Eigenart, jeder lokalen Besonderheit zugunsten der abstrakten Universalität des Marktes ist. Wenn man die Ware akzeptiert, muß man ihr Welt-Werden akzeptieren, deren Agent jede besondere Ware ist, sogar bevor sie in Taiwan fabriziert wurde. Damit die dynamischen Werte des integralen Handels sich vollständig ausspielen können, braucht man selbstverständlich eine „offene" Welt; offen für das Endlose des ökonomischen Erfolgs, der immer wieder neu zu erringen ist; offen auch für die Kooptierung – auf all den hierarchischen Stufen – derer, die auffallend ähnliche Züge mit der herrschenden Elite aufweisen: Nihilismus, Mangel an Vorstellungskraft, leidenschaftlicher Konformismus und Kälte der sadistischen Charaktere. Im Gegenzug werden die Aufsässigen sich wieder dem Ausschuß der Überzähligen und Zurückgebliebenen in den Verliesen der Unter-Konsumtion, des mehr oder weniger alimentierten Umherirrens, zugesellen. „In Los Angeles hat der Turbo-Kapitalismus die Familienstruktur vollständig zerstört. Selbst euer Bruder kommt euch nicht zu Hilfe. Aber die Ökonomie ist dynamisch und die Arbeitsgelegenheiten zahlreich." (Edward Luttwak, *Croissance*, April 1996). Die übergroße Mehrheit muß sich daran gewöhnen, sich so zu sehen, wie die Ökonomie sie sieht: als Menschenmaterial. Genau das entdecken die Überlebenden der Restrukturierungspläne: Ihr Strafaufschub ist eine vorläufige Zufälligkeit. Alle wissen, daß sie austauschbar sind, niemand ist in Sicherheit; ein hohe Qualifikation erfordernder Arbeitsplatz kann von heute auf morgen von einem Computerprogramm ersetzt werden. Keine „Begleitmaßnahme" wird diese Bewegung der emanzipierten Ökonomie mildern können. Jeder fürchtet, daß Murren, das Hegen schlechter Gedanken und Vorbehalte gegenüber dem Warenleben hieße, die Rache des Weltgeistes auf sich zu ziehen. Und deswegen umgibt man sich mit technischen Fetischen, denen man seine Ehrerbietung erweist, um seinen ernsthaften Glauben an diese unsichtbare, wenngleich sehr offensichtliche Macht zu beweisen. Man glaubt, sich einen Schutz zu sichern, indem man sich absorbieren läßt, indem man sich mimetisch in die Anonymität der verwalteten Kollektivität einfügt – man weiß, daß die Herrschaft *en gros* deren Überleben garantieren wird, weil gerade diese Masse sie existieren läßt: so ist es die Knechtschaft selbst, die wie ein magischer Schutz erscheint. Aber diese Sicherheit wird nichts anderes sein als eine noch weitergehende Anpassung an die Unsicherheit des künstlichen Lebens.

„Die Staaten und die diversen Kräfte der Konterrevolution hatten gewöhnlich kein Bedürfnis, die ganze historische Tragweite ihrer Taten zu begreifen, und sie fanden in ihrer bedrohten Situation leicht den Inhalt und den Stoff ihrer Aktivität: Es genügte ihnen, unter dem Druck des Protestes das ganz zu vollenden, was sie in der Euphorie des sozialen Friedens begonnen

hatten, und all ihre besonderen repressiven Aufgaben flossen spontan in das Unternehmen ein, die Gesamtheit des Lebens den Forderungen der Ökonomie zu unterwerfen, die sich für sich selbst entfaltete [...] Im Gegenzug konnte die soziale Bewegung, die das Proletariat veranlaßte, sein modernisiertes Elend zu bekämpfen und an seine verlorene Geschichte wieder anzuknüpfen, ihre Kohärenz nur aus dem Bewußtsein über ihr Projekt ziehen." („Histoire de dix ans", *Encyclopédie des Nuisances*, Nr. 2, Februar 1985) Da die Entscheidungen, die die Lohnabhängigen und die Arbeitsbedingungen betreffen, „durch den weltweiten Wettbewerbsdruck diktiert" werden, müssen nun überall die sozialen Sicherungssysteme und die erkämpften Regelungen fallen, die für die Warenflüsse ebensosehr „Rigiditäten" sind. Insbesondere in Frankreich hatte man mehr und längere Zeit zahlen müssen, um so die Unterwerfung zu kaufen: aber diesen Preis *kann* der Kapitalismus künftig nicht mehr zahlen (um auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu sein), und er *will* ihn nicht mehr zahlen, weil er nicht mehr durch die Drohung proletarischer Subversion dazu gezwungen ist. Die Gewerkschaften, die die soziale Sicherheit mitverwalten, begriffen somit am 15. November, daß die schönen Tage vorbei waren, und daß sie, um etwas von ihren Pfründen und ihren Bestechungsgeldern zu retten, am Arbeitsplatz ihre Anerkennung als repräsentative Vermittler wiedergewinnen müßten. Sie lancierten also den Streik des öffentlichen Dienstes, und wenngleich seine Ausweitung, seine Dauer und seine subversivsten Initiativen (wie die wilden Senkungen der Tarife beim Konsum von Elektrizität) das Werk der Basis waren, verloren sie dennoch nie die Kontrolle bis hin zu den Verhandlungen, zur letztlichen „Unterbrechung", zur Farce des „sozialen Gipfels".

Der anfängliche Einklang der defensiven Interessen, zwischen den gewerkschaftlichen Bürokratien und der Basis der Streikenden, hätte nur durch einen neuen Inhalt wieder in Frage gestellt werden können. Aber die Gelegenheit, die der latenten Unzufriedenheit geboten wurde, hat die Kristallisierung eines kollektiven Bewußtseins vom wirklichen Zustand der Welt nicht provoziert; das Verständnis dessen, was sie sein würde, diese Welt, wenn erst einmal die von einer früheren Epoche geerbten Schutzsysteme gefallen sind, machte im Gegenteil blind gegenüber dem, was sie schon ist, was man sie werden ließ. Diese „Modernisierung" erschien so als das, was sie *auch* ist, Regression in Richtung früherer Formen der Unterdrückung, aber nicht als das, was sie wesentlich ist: das logische Endergebnis einer Enteignung, die man lieber für bequem gehalten hatte. Und die generelle Verarmung des Lebens durch die Ökonomie wurde nur als strikte Pauperisierung im Innern der nicht kritisierten Ökonomie wahrgenommen. Schon im Verlauf ähnlicher defensiver Kämpfe der vorherigen Jahre hatte die scheinbare Neuigkeit außergewerkschaftlicher Organisationsweisen nur besonders rückständigen Linksradikalen das hoffnungslose Schweigen über die Absurdität und die Inhumanität der Aktivitäten verbergen können, die man so, manchmal gewaltsam, verteidigen wollte. Hat man in jenen Momenten jemals von den Krankenpflegerinnen gehört, daß sie ihre Wut an der wissenschaftlichen Medizin auslassen, von den Fernfahrern, daß sie sich gegen das schwachsinnige Wachstum des Warentauschs wenden, oder von den Fischern, daß sie die Ausplünderung denunzieren, deren Agenten und Opfer sie gleichzeitig sind? Oder von den Beschäftigten des Flugtransports, daß sie die Flüsse der globalisierten Ökonomie kritisieren, die den Himmel mit ihren gehetzten Verwaltern und ihrem Massentourismus überfüllt? Und noch einmal, hat man im Dezember viel von dem besonderen Gefühl gehört, das einen beschleicht, wenn man mit dreihundert Stundenkilometern an einem Atomkraftwerk vorbeifährt?

Der Abwehrkampf, der sich nicht ausdrücklich das Ziel setzt, dem, was er angeblich verteidigt, eine weiterreichende Bedeutung zu verleihen, fällt in seine anfänglichen Schranken zurück und wird eine Beleidigung für das, was er hätte sein können. So hat die Einschränkung der Kampf*formen* (die naive Gerissenheit zahlreicher Streikender ließ sie glauben, daß sie die Gewerkschaften benutzten und daß sie sie lenkten, wo sie nur wollten; d.h. das genaue Gegenteil von dem, was wirklich geschah) *letztlich* dem Inhalt des Streiks entsprochen.

III. Selbstbeschränkung

[...] Angesichts der Modernisierung der Ware gelingt es den Armen nicht mehr, das Leben in anderen Begriffen als denen, die ihnen die Ökonomie diktiert, zu begreifen, und noch nicht einmal zu träumen. Sie versuchen das zu bekämpfen, was ihnen exzessiv erscheint, während die Ökonomie der realisierte Exzeß ist; sie ziehen im Moment die Furcht "in Deckung" (...) den Gefahren des offenen Kampfes vor.

Der sonderbare Eindruck von „Realitätsverlust", den dieser Streik vermittelt hat, ist der Tatsache geschuldet, daß er, während er „das Land lähmte", wie die Zeitungen berichteten, selber im Hinblick auf das gelähmt war, was ihm selbst zugrunde lag: Die Bewegung der Streiks und Demonstrationen wurde durch das, was sie schon getan hatte – der alltäglichen Flucht nach vorn eine Zeit des Stillstands aufzuzwingen –, nicht vorangetrieben, sondern ist im Gegenteil in einer nicht vorankommenden Mobilisierung erstarrt, während sie immer blutleerer geworden ist, jedes eigenen Inhalts entleert, am scheinbaren Leben gehalten durch die gewerkschaftlichen und medialen Transfusionen. Man kann viele psychologische Erklärungen für diese Art der Flucht vor den Konsequenzen dessen, was man schon begonnen hatte, geben. Man kann sagen, daß alle Welt fürchtete, den relativen Komfort, den das europäische Dach noch gewährt, zu gefährden, wenn man „zu weit" ginge, während so viele schlimme Stürme über den Planeten fegen; man kann auch sagen, daß die Entschlossenheit und der Schwung insgeheim unterminiert.wurden durch die innerste Überzeugung, daß es auf jeden Fall zu spät ist, der Schuß losgegangen, der Wein verschüttet, das Kind in den Brunnen gefallen ist, etc. Man kann vor allem sagen, daß das, was im Gedächtnis hängenbleibt, eben das Entsetzen vor einer Welt ohne Garantie irgendeiner Art; das gleiche Entsetzen ist, das zunächst dazu antreibt, die alten und bankrotten Schutzsysteme zu verteidigen, das aber, kaum wird es kollektiver Widerstand, den Konflikt als *Vorwegnahme* dessen, was es fürchtet, einzuführen scheint.

Nie konnte man sich der Herrschaft widersetzen, ohne auf irgendeine Art gezwungen zu sein, schnell die Gründe des Widerstandes zu erfassen. Heute jedoch findet sich jeder Versuch von Opposition an diesem Punkt in all den aufrecht erhaltenen geheimen Einverständnissen mit der modernen Welt so befangen, daß er die Situation von Bruch und offenem Konflikt nicht erreichen kann, die eine solche Klärung zugleich erlauben und notwendig machen würde. Die Gesänge der Herrschaft funktionieren umso besser, weil sie tatsächlich eine nährende und schützende Mutter geworden ist: Die Staatsbürger machen ihre Einkäufe in den riesigen Geschäften; wenn nicht, wie soll man sich ernähren, woher soll die Nahrung und der ganze Rest kommen? Für das integrierte Individuum ist der Besitz einer besonderen „Subjektivität" die notwendige Illusion für die Intensivierung seiner Enteignung, im Konsum und in der Produktion. Diese Subjektivität, mit der er sich identifiziert, gehört nicht zu ihm, sondern zu der sozialen Organisation, die sie so ausgerüstet und zugerichtet hat: das ist der Grund, warum es für ihn schwierig ist, eine Existenz ohne Waren, Zwänge und

Meinungen zu entwerfen, die sein bewußtes Leben geformt haben und dessen Inhalt ausmachen. Eine kritische individuelle Reflexion stößt ebenso schnell wie eine oppositionelle soziale Bewegung an diese Grenze. Sie übertreten zu wollen heißt schon, aus dieser verwalteten Welt auszubrechen, heißt, außerhalb voranzugehen, wo es nichts gibt, was uns leitet, keine wie auch immer geartete Garantie; wo jeder *persönlich* die Konsequenzen dieser Verweigerung auf sich nehmen muß. [...]

Die Eigentümlichkeit unserer Epoche besteht gerade darin: Früher tat die Macht, sich der revolutionären Drohung bewußt, alles, um zu verhindern, daß ein Kampf den Punkt der Klärung erreichte. So trug sie dazu bei, daß ihre repressive Tätigkeit unversöhnliche Lager schuf. Heute kann die Macht die Revolte, die so grausam der Ideen und Mittel beraubt ist, sozusagen laufen lassen, damit die Verzagtheit vor der ungeheuren Anstrengung, die aufzuwenden ist, vollständig einsetzt, um deren Ablehnung dauerhaft zu machen.

Wenn wir hier von der Macht sprechen, schließen wir wohlverstanden die Gewerkschaften mit ein. Was sie betrifft, konnte man bemerken, daß sie im Verlauf der Dezember-Streiks erfolgreich das Aufkommen einer Selbst-Organisation der Streikenden, in Form von „Koordinationen", verhindert hatten, indem sie sich selbst als Koordinationen verkleideten, das heißt indem sie all die demokratischen Formen in ihre Einkreisungsarbeit einbrachten. Aber diese einfache Feststellung hat Konsequenzen für alle, die in dieser abgetriebenen Revolte eine Art Radiographie vom Zustand des Bewußtseins sehen. Denn die Gewerkschaften konnten so Koordination spielen, und das ungestraft, da sie nicht mehr allzusehr fürchten müssen, daß die demokratischen Formen (tägliche Vollversammlungen, etc.) sich mit der Basis eines subversiven Inhalts ausgestattet finden. Die gewerkschaftlichen Hierarchien ließen also zu, daß die Neo-Basisgewerkschafter sich an der Arbeiterdemokratie und am Versammlungsfetischismus weiden, in der Sicherheit, den Schluß des Rennens zu bestimmen, nach so vielen so wenig schlüssigen Debatten.

Eines der wichtigsten konterrevolutionären Resultate des tiefen Eindringens moderner Illusionen ist, daß die Diskussionen, die versuchen, das Schicksal wieder in Frage zu stellen, der Karikatur schließlich ziemlich ähnlich werden, die die Reaktionäre schon immer davon gezeichnet haben: endlose Plaudereien ohne Zugriff auf die Realität, etc. Die Streikenden, bewaffnet nur mit ihren guten Absichten, sind sehr schnell auf diese enorme Schwierigkeit gestoßen, die wie ein unlösbares Problem ist: durch den Kampf die Qualitäten neu zu erfinden, ohne die es nicht einmal Kampf gibt. Die Qualitäten, auf denen sie bestehen mußten, um zu versuchen, weiterzugehen – Geschmack an der Freiheit, Sinn für die Zeit und die Erinnerung, Mut zur minoritären Position –, sind solche, die so gut durch ihren jeweiligen *Ersatz* (deutsch im Original, Anm. d. Übers.) verdrängt wurden – parodistisches Abenteuer, frenetische Suche nach dem Augenblick und seinem emotionellen Konsum, Fetischismus der „Differenz" –, daß ihr Fehlen kaum mehr verspürt wurde. [...]

IV. Virtualisierung

[...] Im Fall des Dezemberstreiks wie in so vielen anderen sieht man, wie die revolutionären Methoden *umgedreht* werden können: während man in anderen Zeiten Extremisten isoliert und Randalierer abgestempelt hatte, künstlich für eine ERhöhung des Einsatzes gesorgt hatte, ließen dieses Mal die Versuche in diesem Sinn lange auf sich warten. Seien es die Demonstrationen unzufriedener Benutzer oder die wiederholten „Ausschreitungen", gut genug kanalisiert, um auf die Abendnachrichten im Fernsehen programmiert zu sein; und sehr schnell hat sich stattdessen in der spontanen Übereinstimmung all der Träger des falschen Bewußtseins zur Organisierung der Popularität dieses Streiks geführt, dem die Illusionisten der Medien die besten Gründe zu geben sich beeilten. Und dies umso effektiver, als es in bestem Glauben geschah: gerade weil sie von dieser immensen Mittelklasse ausgegangen sind, die den Hauptteil der Bevölkerung ausmacht, deren Illusionen und deren Unruhe sie naturgemäß teilen, und weil ihre Funktion darin besteht, darüber zu wachen, daß diese jene nie völlig entnerven, verkörpern die Journalisten die Avantgarde der Welt, wie sie sein wird. Da die Erziehung durch das Spektakel nicht viel Verschiedenheit in die Gehirne pflanzt, ist es diese aktive Anhänglichkeit, die es ihnen gewöhnlich erlaubt, so gut den Duft der Zeit zu wittern, sich so scharfsinnig „gesellschaftlicher Phänomene" anzunehmen, Diagnosen zu stellen, in denen sich alle Welt wiedererkennt: Es ist das schlechte Gewissen, das sich selbst betrachtet und sich selber beichtet; und gerade das erlaubt ihnen in unvorhergesehenen Umständen, auf die Schnelle plausible Erklärungen und Darstellungen zu finden, die das durchschnittliche Bewußtsein nicht stören, die es sogar verbessern müssen. Schließlich beschäftigt die gegenwärtige Gesellschaft ihre Journalisten zu keinem anderen Zweck. Man kann zu diesem Thema den besonders formenden Charakter des Linksradikalismus anführen: Die Journalisten, die in ihren jüngeren Tagen sich an seinen unrealistischen Deklamationen weideten, haben hier die Gelegenheit gefunden, ihre bezaubernden Klischees zu recyceln und zu versuchen, uns *ihre* Wünsche für die Wirklichkeit nehmen zu lassen (insbesondere Le Guilledoux von *Le Monde*, dem es einige Tage gelungen ist, die Seiten dieser Tageszeitung denen eines arbeitertümelnden Blättchens aus den siebziger Jahren ähneln zu lassen). Die schöne Spontaneität der Sache, die subjektive „Authentizität" dieser Medienangestellten, das heißt die Tatsache, daß sie, als neues Personal in den Beruf kletternd, in einer Epoche ausgebildet worden sind, die in der Simulation, der Selbsttäuschung und dem Fanatismus des Konsenses weiter fortgeschritten ist, haben der Operation ihren wirklich modernen Charakter verliehen. Der bestand darin, die Leute des Inhaltes ihres Kampfes durch dessen Verherrlichung zu berauben, und nicht mehr nur durch dessen Verleumdung. Man erinnere sich an die besondere Fröhlichkeit, die in den ersten Tagen über dieser enormen Unordnung schwebte: Als die Routine des programmierten Lebens unvermutet unterbrochen war, kostete man sofort von jener besonderen Intensität, die die lebendige Zeit bietet. Viele gingen auch deshalb zur Arbeit, um einen Eindruck davon zu erhaschen und ihn zu teilen: das Erstaunen, in einer an Eindrücken viel reicheren Welt zu leben. [...] Und das Spektakel produzierte in Echtzeit die Repräsentation von Zusammenleben, deren Konsumenten sie nur noch zu sein hatten, Konsumenten, die man für ihren Mut und ihre Schlauheit beglückwünschte, für ihre Großzügigkeit, die Streikenden zu unterstützen, für ihren schönen Humor und ihren Verantwortungssinn.

Und tatsächlich hat diese Art lobender Repression Erfolg gehabt, im einhelligen Nebel der guten Gefühle die simpelste Einsicht in die – weniger euphorischen – Möglichkeiten und in die – rauheren – Realitäten zu ertränken; während die Gewerkschaften uns sogar das Lied über die „Unkontrollierten" ersparten, im Hinblick auf die illegalen Akte der Streikenden. All das ist ausreichend im Stil der neuen, „weiblich" genannten Managementtechnik, die uns als die zukünftige angekündigt wird und die sich so definiert: „Worum handelt es sich? [...] um ein Modell, in dem die physische Kraft und die materielle Gewalt der moralischen Kraft und dem gefühlsmäßigen und spirituellen Charisma weichen; in dem der Geist der Aggressivität, des Wettbewerbs zugunsten der Kooperation, der Hilfestellung schwindet, und in dem der Respekt der allein befehlenden Autorität den Platz räumt für eine ‚andere Form von Autorität, anregender, weniger autoritär,

eher überzeugend, in Samthandschuhen [...] Das *ad hoc* Management wird also eher Animateur, Katalysator sein, fügte Mike Burcke hinzu, und so den gewöhnlichen, unflexiblen Übergängen ein Ende machen.' Der Manager von morgen, derjenige, der erfolgreich die Lohnabhängigen zusammen arbeiten lassen wird, stünde also nicht mehr auf dem Gipfel einer hierarchischen Pyramide, sondern im Zentrum." (*Le Monde*, 6. Februar 1996)

Selbstverständlich funktioniert eine solche repressive Methode nur, weil niemand vergißt, daß eine andere, eher klassische, jederzeit angewandt werden kann: „Vigipirate" (1) war da, patrouillierte im Hintergrund und in den Hintergedanken derjenigen, die festliches Ambiente konsumierten, während sie versuchten, an diesen „virtuellen Mai" zu glauben. In dem Maße, wie sie in Wirklichkeit zurückwich, machte sich die Bewegung die Atmosphäre der beschallten Demonstrationen zu eigen, bis sie nichts anderes mehr war; und bei ihrer letzten Parade konnte man sehen, als die gewerkschaftlichen Lautsprecher triumphierend die Zahlen der Teilnehmer durchgaben, die vom Fernsehen gesendet wurden, das direkt die Bilder dieses Marsches ins Nirgendwo verbreitete, daß die Demonstrierenden sich nun selbst bejubelten, nach Art der „menschlichen Welle", die manchmal die Zuschauer der großen Sportveranstaltungen bewegt (welche, in Erscheinung getreten mit dem modernen Totalitarismus, mit ihm durch Satellitenübertragung prosperieren).

[...] Als die „Lohnabhängigen mit Streikrecht" (des Öffentlichen Dienstes, Anm. d. Übers.) zur Maloche zurückgekehrt waren, wechselten die Medien die Tonart: Nach der geselligen Einhelligkeit der demonstrierenden Verteidiger des öffentlichen Dienstes war dies die Rückkehr der Wilden des Überflusses. Die Kamera schwenkte zu den Schulen, um dort unter denen, die sie ein bißchen frequentieren, jene zu finden, die am ungeduldigsten waren, die ihnen zukommende Rolle zu spielen: die reine Brutalität zu verkörpern, gegen die dringend der Rechtsstaat verteidigt werden muß. So kam die Gewalt, von der man in einem kollektiven Kampf weder Gebrauch zu machen wußte noch es wollte, ihres Sinns beraubt zurück, als terrorisierende Drohung für die atomisierte Menge.

V. Regression

[...] Alle Welt stellt fest, daß man heute, in jeder Hinsicht, schlechter lebt als vor vielleicht nur zwanzig Jahren. Alle Welt sieht, daß um uns herum sich das Universum zusammenzieht und sich schneller ruiniert als vorhergesehen: der Alptraum, den man niederträchtig den Generationen nach sich zu hinterlassen glaubte, nimmt plötzlich vor unseren Augen Gestalt an. Alle Welt findet es deprimierend, daran zu denken; es ist folglich sehr günstig, daß man uns künftig drängt, nicht mehr daran zu denken: „Die Zukunft ist eine alte Idee, wir müssen die Gegenwart erfinden", annonciert ein Multinationaler des elektrischen Glücks, der es auf sich nimmt, das ganze Zubehör zu liefern, um besser von dieser falschen Gegenwart zu profitieren, die von der Zukunft befreit ist, dem alten Horizont der gesetzten Existenzen von früher. Aber dieses Leben im Augenblick braucht andere Arten der Beschäftigung, eine neue *Doktrin des gerechten Lebens*, die man uns darlegen will:

„Wie auch immer, die unter 25jährigen – und nunmehr zunehmend auch die unter Dreißigjährigen – werden massiv zur Prekarität verdammt, aus der sie eine Lehrzeit machen, inner- wie außerhalb der öffentlichen Programme. Im Negativen sind sie abonniert auf alle Formen atypischer Beschäftigung, von den Zwischenbeschäftigungen bis zu den befristeten Verträgen und, selbstverständlich, den Praktika. Die Anstellungen, wenn sie zustandekommen, setzen voraus, sich Probezeiten zu unterziehen, die ewig werden.

Nach und nach gewöhnen sich die Jugendlichen auch an diese Prekarität, Synonym für Galeere. Im Positiven eignen sie sich dadurch unfreiwillig eine wirkliche Fähigkeit zum Umgang mit der Instabilität an und lassen sich darauf ein, die Unsicherheit zu meistern, indem sie schließlich die „kleinen Jobs" den verschiedenen Formen sozialen Gehalts vorzuziehen, die sie als Parken wahrnehmen. Damit legen sie zugleich Beweis für Klarsichtigkeit wie für eine Form momentaner Zuversicht ab, die sie lehrt, zu leben, ohne zu wissen, was der nächste Tag bringen wird.

Auf diese Weise experimentieren sie mit den Beschäftigungsverhältnissen der Zukunft, indem sie die weniger versicherten, flexibleren und unsicheren Situationen vorwegnehmen. Aber obwohl dieser schmerzhafte Initiationsparcours sie in die Lage versetzen könnte, von diesen Grundlagen aus wieder eine Zukunft aufzubauen, sagen die Umfragen auch, daß die gleichen Jugendlichen ihre Hoffnungen auf Eintritt ins Leben und ihre Ziele einer festen Arbeit auf später verschieben, in der Absicht, die Geleise ihrer Eltern und die Modelle von früher wiederzufinden. Während sie an eine Rückkehr zu einer besseren, aber vergangenen Welt glauben wollen, vergeben sie vielleicht die einzige Chance auf einen Ausweg. Ausgehend von dieser Galeere, die sie so gut kennen, wären sie tatsächlich die einzigen, die die sozialen Organisationsformen von morgen extrahieren können." (Alain Lebaube, *Le Monde*, 25. Oktober 1995)

[...] Unter der Herrschaft der Ökonomie muß man lernen zu leben, ohne zu wissen, was das Morgen bringen wird, und jede Hoffnung aufgeben, daß dieses Morgen besser sein könnte. Keine Errungenschaft wird es geben, denn das Funktionieren selbst der Warenmaschinerie ist eine unendliche Zerstörung, die nie bei einer stabilen Form, einem *Resultat*, stehenbleiben kann. Die Instabilität von allem, die Abwesenheit jeglicher Sicherheit hinsichtlich der Zukunft, das Ende der Illusionen des garantierten Lebens, all das ist künftig die Grundlage der gewöhnlichen Existenz. Wenn sich die Einheit der Bewegung auflöst, ohne die es ganz einfach keine Zivilisation gegeben hätte – und die zugleich den Ihren einen Schutz bieten und vorwärts gehen wollte –, bleibt das Bedürfnis, geschützt zu werden, sowie die Regression, die die Führungskräfte zur Einrichtung eines permanenten „Notstands" verleitet, während sie die Geführten auf den Grund der kathodischen Höhle stößt. Daß die abgeschmackten Versprechungen der Epoche des „Welfare State" wie ein goldenes Zeitalter beschworen werden, und daß das Überleben einen Staat reklamiert, der besser schützt, sagt viel über das moderne Elend, jedoch nichts über das, was wirklich kommen wird.

Was im Verlauf dieses Dezembermonats aufblühte, ist genau dieses Gefühl, das in normalen Zeiten von der Routine zensiert wird: daß die Vergangenheit nicht mehr die Zukunft erhellt, und daß einfach niemand weiß, was passieren wird; während alle Welt gespürt hat, daß das Erstbeste aus dem Hexenkessel des Kapitalismus herauskommen kann, selbstverständlich angefangen bei dem Schlimmsten. Die charmanten Prinzen der Öffentlichkeit haben sich in Kröten verwandelt, und die Kröten sind dabei, zu etwas anderem zu mutieren, was noch nie unter der Sonne gesehen wurde. Die Euphorie der Ware, des garantierten Glücks und der Integration aller dankt ab. Und der Gedanke verbreitet sich, daß der Kapitalismus, nachdem er alles zerstört hat, was bis dahin dem menschlichen Leben einen Sinn gegeben hatte, uns an den Rand des Abgrunds geführt hat, und uns noch auffordert, „einen großen Schritt vorwärts zu machen".

Zweifellos ist das mediale Stimmengewirr darauf zurückgefallen, und diese traurige Wahrheit, mit der man künftig leben muß, würden alle lieber vergessen, so sehr vergällt sie all die Befriedigungen, die die

Ökonomie anbietet; aber diese verlorene Naivität wird nicht mehr zurückkehren, und vielleicht hat die soziale Herrschaft sie nicht mehr nötig, um sich zu versichern, daß die Bevölkerungen ihr unterworfen bleiben: In der völlig zersetzten Welt, in der wir uns bald befinden werden, wo jeder Gedanke an irgendeine Zukunft erlischt, wird sie der Angst Schutz und Vorschriften im Tausch gegen Gehorsam anbieten müssen. Aber sie muß unterdessen die Modernisierung des sozialen Lebens nach den Anforderungen des Weltmarktes verfolgen, und dies wird für einige Jahre eine delikate Aufgabe gegenüber einer so ernüchterten Bevölkerung: Um die Passivität in ihr aufrechtzuerhalten, wird sie die Unruhen in ziemlich schreckliche Bilder übersetzen müssen, Unruhen, die sie schon zur Hand hat, und die sicherlich nicht zu vernachlässigen sind.

Und genau daran müssen die Partisanen der Warenvereinheitlichung, des gelobten Landes, in dem die Gesetze der Ökonomie für die Bevölkerungen wie ein Naturzustand wären, denken, die exakt nichts vorschlagen im Tausch gegen den Verlust all der Garantien, mit denen sie die Unterwürfigkeit erkauften. Da dies nicht aus Ehrlichkeit herrühren kann, noch aus dem Mangel, plausible Lügen zu finden – jede beliebige vorübergehende Illusion wäre gerade recht –, so muß dies vielmehr daran liegen, daß sie davon ausgehen, daß dies nicht mehr der Mühe wert ist; daß die Gegenwart so furchterregend geworden ist, daß es nicht mehr nötig sei, uns von Hoffnung zu Hoffnung zu schleppen, und daß die autonom gewordene Ökonomie – emanzipiert nicht nur von jedem menschlichen Zweck, sondern auch von jeder Notwendigkeit, sich zu rechtfertigen oder auch nur einen Vorwand zu liefern – schließlich ohne sprachliche Vorsichtsmaßregeln für sich selbst sprechen und sagen kann: „Ich werde sein, was ich sein werde." Als könnte, da sich nichts zwischen sie und die atomisierten menschlichen Massen stellt, die soziale Herrschaft nun verbreiten, daß sie kein anderes Ziel hat als sich selbst, daß der Fortschritt kein anderer ist als einer der, die Entfremdung, die das Leben glücklich macht, unumkehrbar zu machen, während der ganze Rest – die menschliche Gattung und ihre Geschichte, das Leben auf der Erde – im Hinblick darauf unbedeutend und wertlos ist.

Deshalb ist es absurd, nutzlos und sogar sehr dumm, der entfesselten Ökonomie *gut zureden* zu wollen, indem man ihr darlegt, daß sie, außer der Natur, die Gesellschaft der menschlichen Gattung zerstöre; das hieße zu ignorieren, daß gerade das ihr Zweck ist: für das menschliche Vieh eine Totalität zu werden, aus der auszubrechen es nicht mehr in Betracht ziehen kann. Wie man auch wenig intelligent sein muß, um sich vorzustellen, daß aus der informatischen Verkabelung des Planeten eine Gegenmacht zur ausgedehnten Hegemonie des Rationalismus entstehen könnte, der mit Hilfe des Computers regiert. Übrigens sind diese Utopien eines Warenfortschritts „mit menschlichem Anlitz", bevölkert mit verantwortlichen Bürger-Konsumenten, so trübsinnig, so langweilig und verdummend, daß man ihnen fast eine sensationelle Katstrophe vorziehen würde; aber die Frage stellt sich nicht einmal, aus dem einfachen Grund, weil die Katastrophe der klimatischen Veränderung begonnen hat und der Vorhang sich hebt vor einer neuen Welt mit ihren vollkommen neuartigen Bedingungen, über die uns die Maschinen der instrumentellen Vernunft nichts sagen können:

„Lester R. Brown, Vorsitzender des Worldwatch Institutes von Washington, das bedeutendste internationale Forschungszentrum zu Umweltfragen, ist beunruhigt. Nach zwanzigjähriger Erforschung der Auswirkungen menschlicher Aktivitäten auf natürliche Gleichgewichte, schätzt er, daß die ökologische Krise dabei ist, den point of no-return zu erreichen: das weltweite Angebot an natürlichen Ressourcen, auf der Basis der ökonomischen Aktivität und der sozialen Stabilität des Planeten, kann die Nachfrage der Bevölkerungen nicht mehr befriedigen, insbesondere, was die Lebensmittel betrifft. ‚Der Krieg zwischen Mensch und Natur hat schon begonnen', hat er uns erklärt." (*Le Monde*, 27. Februar 1996)

Es geht allein darum zu wissen, ob das kollektive Überleben sich auf die disziplinierende Weise einer unendlich fortgesetzten *totalen Mobilmachung* abspielen wird, die den leitenden Klassen eine Art Ewigkeit sichert: wo jedes neue Desaster, jede neue Knappheit in den Augen der Bevölkerungen die Notwendigkeit der organisierten Herrschaft attestiert, diesen *Sezessionskrieg* zwischen der Menschheit und der Natur zu führen; oder ob es die Sache einer vom ökonomischen *fatum* und seinen unverantwortlichen Hierarchien emanzipierten Menschheit sein wird, die für ihre eigene Sache kämpft, das heißt für die Rettung der biologischen Grundlagen des Lebens auf der Erde.

Diese Alternative wird zweifellos denen naiv oder schwachsinnig erscheinen, die sich vor der Auflösung der wirklichen Welt durch die Simulationsprogramme der virtuellen Realität geschützt wähnen, die versichern, daß alles bestens läuft. Die andern belastet sie mit ihrer Isolierung und ihrer Ohnmacht vor der fortschreitenden Objektivität des Existierenden, der Schnelligkeit des katastrophischen Laufs der Dinge, der sozialen Anomie, wo sie die Indiviuen sich auflösen sehen; sie lädt sie so dazu ein, sich von dieser unerfreulichen Gesellschaft zurückzuziehen und sich auf sich selbst zu beschränken, im Kreis ihrer privaten Genüsse.

Trotzdem weiß man, daß man sich in einer so desaströs vereinheitlichten Welt nicht ganz alleine retten kann; nicht nur aus dem Grund, daß es keinen Ort gibt, um sich vor ihr zurückzuziehen, und keine Art, sich vor ihr zu schützen; sondern auch deswegen, weil es umsonst wäre: Wir brauchen, um glücklich zu sein, die Gesellschaft von menschlichen Wesen. Man hat also nur die Wahl, an ihrer Rettung zu arbeiten. Aber womit beginnen? Sagen wir, daß man *beginnen* muß, sich ganz alleine zu retten; daß dies eine Verpflichtung sich selbst gegenüber ist, sich über all die Leichtgläubigkeiten des modernen Lebens klar zu werden, seine falschen Freuden und seine Ersatzangebote, seine angeblichen Notwendigkeiten und seine täuschenden Repräsentationen, die uns beunruhigen und verwirren; daß dies nicht eine ernste Pflicht ist, sondern daß es im Gegenteil sehr angenehm ist, den Widerspruch seines Geistes zum Nichts dieses mimetischen Lebens kennenzulernen, eines immer schändlichen und oft lächerlichen Lebens, das übrigens vergiftet ist und nicht einmal lebt. Und es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn man nicht bald andere *Bremer Stadtmusikanten* treffen würde, die das gleiche interessante Geheimnis teilen*: Etwas besseres als den Tod finden wir überall.* Worauf man daran denken kann, die Gültigkeit jener anderen Maxime zu untersuchen, die weit führen kann, und sogar bis zu dem Gedanken, daß es schließlich möglich wäre zu leben: *Die Menschen werden durch nichts als durch Meinungen eingeschränkt.*

Encyclopédie des Nuisances

Übersetzt aus dem Französischen von Bernd Beier.
Gekürzte Fassung des gleichnamigen Textes vom März 1996. Der vollständige französische Text ist erhältlich über:
Editions de l'Encyclopédie des Nuisances – 74, rue de Ménilmontant, 75020 Paris

Anmerkung:
1) Notstandsplan des französischen Staates in kraft gesetzt nach den Bombenanschlägen vom Sommer 1995 (Anm. d. Übers.)

Kollektivprojektion als Soziale Bewegung

Ein „weißer" Herbst in Belgien

I. Verkehrte Welt. Oder: Wie deutsch wird Belgien?

Als am 13. August 1996 Marc Dutroux und zwei Komplizen unter dem sich rasch bestätigenden Verdacht der Entführung, des sexuellen Mißbrauchs und der Ermordung von Kindern im belgischen Charleroi festgenommen werden, hätte dieser Fall an sich nicht viel mehr hergegeben als eine voyeuristische Gruselnachricht; eine Nachricht, die nur als Fußnote nutzbar gewesen wäre, im besten Falle für eine Kampagne der Therapeutenlobby zur Schaffung von mehr strafbegleitenden Therapieplätzen, im schlimmsten Falle für eine weitere Episode im periodisch aufflammenden antiliberalen Kulturkampf der letzten Jahre.

Anders aber, als im ebenfalls 1996 aufgedeckten Fall des englischen Sexualmörders West, der sich in seinem von der Presse so getauften „Horrorhaus" vergleichbarer Straftaten wie Dutroux schuldig gemacht hatte, handelte es sich bei letzterem nicht um den Typus des fleißigen Vorstädters, der sich in Mr. Hyde verwandelt. Dutroux war im Gegensatz zu West ein – im Rahmen des in Belgien erst in jüngerer Zeit liberalisierten Strafvollzuges – vorzeitig aus der Haft entlassener Sexualstraftäter, bezog Sozialhilfe und verfügte dennoch über ein beachtliches Einkommen, indem er seine Gewaltakte abfilmte und an den Brüsseler Geschäftsmann Nihoul verhökerte, der sie dann in Umlauf brachte. Nihoul wiederum, nur nebenberuflich Pornohändler, bekam offensichtlich von der Brüsseler Verwaltung diverse Aufträge zugeschanzt, eigentlich nicht ungewöhnlich für einen Immobilienspekulanten, der er hauptsächlich war.

Dafür, daß aus dem Kriminalfall Dutroux die Staatsaffäre Dutroux werden konnte, sorgten nicht zuletzt diese Ingredienzen. Sie ließen stereotype Wahrnehmungsmuster, wie sie der autoritäre Charakter als Projektionen der eigenen mißlungenen Vergesellschaftung, der eigenen unterdrückten und umgeleiteten Wünsche, zu konstruieren gezwungen ist, wie gut geölte Scharniere einrasten. Die Stereotypie, die Hand in Hand mit vorurteilbeladener Personalisierung auftritt, leidet für gewöhnlich darunter, daß den Projizierenden eine schwache Ahnung davon erhalten bleibt, daß „Stereotypie und Personalisierung beide der Realität gegenüber unzureichend (sind)." (Adorno 1980, 190) (1) Da die Projektionen von „Stereotypen ...", wie die einer verborgen-verschwörerischen Weltherrschaft der Juden, „ ... sich völlig von der Realität lösen und wild umherschweifen ... treten unsinnige Verzerrungen auf ... wenn die Stereotypen wieder mit der Realität konfrontiert werden" (Adorno 1980, 115), mit dem realen Elend des osteuropäischen Ghettos beispielsweise. Bei der Wahrnehmung (2) der Affäre Dutroux hingegen konnte die Projektion den gelinden, „verzerrenden" Selbstzweifel abschütteln, der sie sonst zu fadenscheinigen, „rationalisierenden" Hilfskonstrukten (als solche sind die Rothschilds oder „Die Weisen von Zion" dem Antisemiten notwendig) zwingt. Selten zuvor gab es wohl einen singulären Anlaß, der unterschiedliche Stereotypen zugleich bediente: Der genußfeindlich-masochistische Neid auf den nichtarbeitenden Sozialschmarotzer, der sexuell aufgeladene sadistische Wunsch nach dem autoritären, sowohl disziplinierenden wie auch strafenden Staat; ein Staat, der in seiner heutigen Gestalt von sinistren Mächten und Verschwörern insgeheim beherrscht wird, wie es der Verfolgungswahn argwöhnt, und der seine unschuldigen Opfer grausam dahinmetzelt, wie es der Verfolgungswunsch sich mit Wonne geradezu rituell ausmalt („Mußte man sie auf dem Altar der Justiz opfern?", fragt sich beispielsweise ein Lütticher Polizist, laut Spiegel 43/96).

Das Volk: einig, anständig und „weiß"

Die sich aus diesen Komponenten zusammensetzende „autoritäre Aggression" (Adorno) bringt in Belgien in großer Geschwindigkeit, spontan und ohne öffentliche Aufforderung oder feste Organisation, eine Volksbewegung reinsten Wassers auf die Beine. Der „weiße Marsch" gegen Kindesmißbrauch und für eine Justizreform am 20. Oktober 1996 ist nur ein Höhepunkt von Aktionen, an denen sich „alle anständigen" Belgier beteiligen. Unternehmerverband und Gewerkschaften fordern gemeinsam zu Arbeitsniederlegungen aus Protest auf, denen sich Lütticher Stahlarbeiter genauso wie die Feuerwehr Brüssels anschließen.

Offiziell fordert die „weiße Bewegung" die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschußes zur „Affäre Dutroux" und die Ernennung des Untersuchungsrichters Connerotte (3), der eben erst wegen offenkundiger Befangenheit das Verfahren Dutroux hatte abgeben müssen, zum Überwacher des Ausschusses. Inoffiziell forderte dieser Marsch, wie so viele andere kleinere, die gerne auch das Haus Dutroux' – mittlerweile der meistbesuchteste Wallfahrtsort der Beneluxregion – besuchen, die Wiedereinführung der erst im Juni 1996 abgeschafften Todesstrafe. Der König, von dem viele ein autoritäres Signal erwarten, mit dem er sich über den als zu lax empfundenen Justizapparat und die als zu interessengruppengebunden (sprich, zu demokratisch) verachteten politischen Institutionen stellt, und nach kurzem Zögern auch der belgische Premier Dehaene solidarisieren sich mit den o.g. offiziellen Forderungen.

Doch der unverhüllt zum Ausdruck kommende, sehnliche Wunsch der „weißen Bewegung", daß irgendein hochrangiger politischer Repräsentant auch nur irgendwie als „Täter" gebrandmarkt werden könne, wird immer aufs neue enttäuscht. Umso erpichter bastelt man an der Konstruktion einer Art „indirekter" Täterschaft: Dafür wird so ziemlich jeder etwas spektakuläre Kriminalfall der letzten 15 Jahre ausgegraben und mit Mafiaeinfluß im zu laschen Staatsapparat (vorzugsweise Walloniens), Geheimfronden in der zu zurückhaltenden Gendarmerie, ominösen Erpres-

sungsversuchen nach Schickeriaorgien und/oder internationalen Schieber- und Pornoringen in Verbindung gebracht. (4) Unter diesem Druck fanden sich schließlich im Dezember alle belgischen Parteien zu einer „Konferenz zur Erneuerung der politischen Sitten" zusammen. Die Unmengen an Dossiers, die im Zuge des parlamentarischen Untersuchungsausschusses und seiner Säuberungskampagne zusammengekommen waren, bedurften der nationalen Weihe, obwohl sie nur so großartige Dinge zum Vorschein brachten, wie, daß Parteispenden veruntreut und am Fiskus vorbeigemogelt wurden (Spiegel 48/96).

Dessen ungeachtet klingelt das „grüne Telefon" weiter, eine Erfindung des Volkshelden Connerotte, auf der anonym und gratis Sexualstraftaten denunziert werden können – bis Mitte Dezember 96 wurden auf solche Anrufe hin 1.500 mal Nachforschungen eingeleitet (NZZ, 15.12.96). Daß der sich offen zu seiner Homosexualität bekennende Wirtschaftsminister Di Rupo, obendrein Sohn süditalienischer (!) Einwanderer, dabei am stärksten unter (mittlerweile offenkundig haltlosen) Verdacht geriet, überrascht nicht. Beeindruckend aber ist schon, daß mittlerweile aufgrund von Denunziation gegen fünf (!) Bundesminister in Sachen Sex mit Minderjährigen Ermittlungen anhängig sind (FAZ, 20.1.97) – ein Ende des Volkszorns ist also nicht in Sicht. Im Gegenteil: Eine von Meinungsforschern im Auftrag der belgischen Zeitung „Dimanche Matin" frei erfundene Partei „Die Weißen" würde laut Umfragen bei Parlamentswahlen in Wallonien 56%, in Gesamtbelgien über 60% der Stimmen erhalten (Berliner Zeitung, 8.1.97).

Deutsche Genugtuung

Mit äußerstem Wohlwollen und einer großen Portion Häme blicken in vorderster Linie diejenigen bürgerlichen Blätter Deutschlands, die sich einer moralischen Erneuerung Wickertscher Prägung – Gemeinwohl geht vor Eigennutz, Bürgersinn vor Anspruchshaltung – am meisten verschreiben, wie eben der „Spiegel" oder die „Zeit", auf die „Moralischen Helden" (Spiegel 37/96) jenseits der Grenze. Tief sitzt der Ärger über den Spott, den das westliche Ausland in den 80er Jahren über die Mutter aller hysterischen Basisbewegungen, Deutschland, goß, als Hunderttausende von Verantwortung Beseelte gegen mindere oder völlig irreale Gefahren, wie den raketenbewehrten amerikanischen Kulturimperialismus, das Ende des deutschen Waldes und radioaktive Molke zu Felde zogen und allseits lautstark die gemeinwesenzersetzende Flickaffäre und Lafontaines Puffbesuche beklagt wurden. Zu tief, als daß man nicht mit Genugtuung die eigenen Ressentiments aus dem Munde der Spötter von gestern vernähme, wie aus der „laisser-faire-Republik" Belgien, dem „Steuerhinterziehungsparadies, das sein Gemeinwesen verrotten ließ" (Zeit, 49/96). Noch deutlicher wird der „Spiegel": „Belgien ... im eigenen Selbstverständnis eine ordentliche, gereifte (!) Demokratie ... kam sich plötzlich wie eine Bananenrepublik vor" (39/96), „ein einzigartiges Biotop aus Korruption, Fahrlässigkeit und surrealistischem Föderalismus", in dem „balkanische Zerrissenheit" und „kongolesische Zeiten" herrschten (38/96). Aber nicht nur, daß die „gereiften Demokratien" demselben Taumel unterlägen, wie die „XY-ungelöst"-Nation; mehr noch, kann man sich selber zum Bollwerk der wahren, sprich gefestigten Demokratie gleich in zweierlei Hinsicht stilisieren: Einerseits vermag man von der hohen Warte vor Hysterie (und Rechtsradikalismus, wie in der Berichterstattung über Frankreich und Le Pen), „dem Gift der Gerüchte" und dem „kompletten Umsturz" (FAZ,20.1.97) zu warnen, andererseits sich die eigene Raserei nachträglich als gar vorbildlich bestätigen lassen, wie beispielsweise durch eine Intima des belgischen Königshauses, deren Äußerungen „Die Zeit" am 29.11.96 gebauchpinselt kolportiert: „Die Wende", hofft sie, hat in Brüssel begonnen: „Wie damals bei euch in Leipzig. Die Belgier, Flamen, Wallonen und Deutschsprachigen standen zusammen als ein Volk!" So recht nach Art des Hauses, fährt sie fort: „Der König hat begriffen, daß es um eine Sinnkrise geht, während der erste Minister ... nichts als Materialismus im Kopf hat."

Verkehrte Welt also? Tanzen jetzt die anderen den Carl Schmitt und Moeller van den Bruck, den Haß auf die unechte, dem Volksorganismus entfremdete Demokratie, auf das zerstrittene, führungsschwache Parteienwesen, während Deutschland weise den Kopf schüttelt ob soviel Ungestüms? Dieser Eindruck kann durchaus entstehen angesichts Hunderttausender (von der „schweigenden" Mehrheit potentieller Wähler der „Weißen" nicht zu reden), die die überkommene Gestalt der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer liberalen Phase verteufeln und skandalisieren: Hunderttausende, die ihrer Sehnsucht nach dem autoritären Staat freien Lauf lassen, die den Schutz der Privatsphäre vor der Justiz als Verbrechen empfinden (5), die die Gewaltenteilung als Beihilfe zur Verschwörung werten, die die Exekutive nicht mehr dem auszuhandelnden Kompromiß gesellschaftlicher Interessengruppen der Legislative unterstellen wollen (6), sondern einem einheitlichen Volkswillen, verkörpert in den Helden-Staatsanwälten und -Richtern (7). Nur neigt der berechtigte Ekel vor dem Volkszorn dazu zu übersehen, daß dieser Zorn in Belgien immerhin noch einer – zumindest formal – bestehenden Distanz zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Bürger und Staatsbürger (8), gilt; in den Worten der „Zeit" vom 13.9.96: „Die Emotionen des Volkes, die Nüchternheit der Intellektuellen drücken die gleiche Distanz aus, den großen Abstand der Belgier zum politischen System, ihre tiefe Fremdheit gegenüber dem Staat, die objektive Gründe hat – historische und aktuelle."

Keineswegs ist es so, daß die Massenprojektion in Deutschland etwa schwächer wäre; Russenmafia und Sexmonster hinter jeder Ecke sind fester Nachrichtenbestandteil. Doch das jeweilige Eigenleben der gesellschaftlichen und politischen Sphäre, ihre Distanz und ihre stetige Vermittlung, sind in Deutschland seit langem bereits in die Dialektik von Volksstaat und Staatsvolk, der „Wertegemeinschaft" und dem „Gemeinwohl", aufgehoben, wobei die Ressentiments des Volkes sich in der Staatsraison ausdrücken, die Staatsraison aber die Basis der Ressentiments abgibt. Belgische Zustände seien hierzulande schwerlich möglich, tönt man; wie wahr, wo doch der von den „weißen Belgiern" erstrebte Zustand lange bereits sowohl im deutschen Staatsrecht kodifiziert (9), als auch in Form der öffentlichen Meinung habitualisiert ist: Keiner Volksbewegung bedurfte die Strafrechtsverschärfung, deren meistbeachteter Teil natürlich die Erhöhung des Höchststrafmaßes für Kindesmißbrauch von 10 auf 15 Jahre war. Mit ihr beeilte sich der Staat, dem Rachebedürfnis seines Volkes zuvorzukommen (das jedem rationalen Argument Hohn spricht) (10). Auch den neuen Gesetzen zur Bekämpfung der „organisierten Kriminalität" werden sicherlich keine ernsthaften Hindernisse bürgerlich-liberaler Art – wie im Vor-Dutroux-Belgien – im Wege stehen.

II. Krise des intervenierenden Staates und des wahrnehmenden Subjektes.

In der berüchtigten „Kriegszielrede" vom 5.4.1916 erkor Reichskanzler Bethmann-Hollweg das wallonische Kohle- und

Stahlrevier um Lüttich zum Hauptobjekt deutscher Begierde. 1996 hingegen erfüllt Wallonien, der frankophone Teil Belgiens und die Heimat Marc Dutroux', die deutschen (und flämischen) Betrachter mit Gruseln: „Dem maroden Wallonien – einst eine wichtige Industrieregion – könnten die Todesfälle den Todesstoß versetzen. Denn die Sozialisten, die traditionell diesen Teil Belgiens regieren, sind jetzt heillos diskreditiert. Dabei waren sie bisher das verläßliche Bollwerk gegen alle Bestrebungen des wohlhabenderen Flandern, den Finanzausgleich unter den belgischen Regionen zu verändern. Nun da Filz, Korruption und Mißwirtschaft weltweit publik wurden, scheint die Entsolidarisierung der zwei Landesteile kaum noch aufzuhalten. Angewidert wenden sich viele Flamen von den Schmuddelgeschichten ihrer frankophonen Landsleute ab. ‚Einer wie Dutroux und seine Frau' empört sich der Vorsitzende der flämischen Christdemokraten, Marc van Peel, habe monatlich 4000 DM Sozialhilfe kassiert – aus Steuergeldern, die vor allem in Flandern aufgebracht würden. Das müsse ein Ende haben. ‚Dem wirtschaftlichen Tod', prophezeite die flämische Zeitung De Standaard, ‚folgt jetzt der soziale Tod.'" (Spiegel, 38/96)

Nicht erst 1996 wurde die Wahlverwandschaft zwischen diesen Tönen und dem padanisch-sezzesionistischen Donnergrollen vom 14.09.96 in Italien augenfällig. Bereits am 20.09.95 hatte Theo Waigel mit der Äußerung Aufsehen erregt, daß weder Italien noch Belgien Gründungsmitglieder der 1999 zu bildenden Währungsunion sein würden, da Belgiens Staatsschuld 134% des Bruttoinlandsproduktes betrage (11) (60% ist die Maastricht-Marke) und damit noch die italienische Rate von 120% übertreffe. Wie in Italien ist eine der Hauptursachen dieser Staatsschuld das starke staatliche Subventionsengagement in den krisengebeutelten Zweigen der Schwerindustrie. Sind in Italien Subventionen und Transferleistungen in den agrarischen Süden zwei getrennte Komplexe der Staatsschuld, so fallen diese im Fall Walloniens in eins und machen es zu einem postindustriellen Mezzogiorno, dessen Produkte, v.a. Stahl, dennoch nach wie vor – trotz stetig fallender Weltmarktpreise – das Hauptexportgut Belgiens darstellen. Und wiederum Italien nicht unähnlich, ist durch den hohen Verflechtungsgrad mit Wohl und hauptsächlich Wehe der Schlüsselindustrien (bereits 1970 wurde die Kohlenförderung in Wallonien eingestellt) die politische Legitimationsbasis des intervenierenden Staates äußerst fragil.

Da im Interventionsstaat „keynesianischer" Prägung die organisierten gesellschaftlichen Interessengruppen im öffentlichen Sektor, bei den Staatsbanken, den öffentlichen Unternehmen und den sozialen Sicherungssystemen direkt nach politischem Proporz das Personal stellen (12), bekommt die enttäuschte staatsbürgerliche Erwartung, daß der Staat die allgemeine Zweckmäßigkeit der konkreten Arbeit gegenüber der als äußerlich-partikular empfundenen Tauschabstraktion und ihrem unverstandenen krisenhaften Resultaten verkörpere, das Feindbild frei Haus geliefert. Der Doppelcharakter eines jeden Staates, der auf der entfalteten Wertform, der Schrankenlosigkeit der allgemeinen Ware beruht, einerseits die „Klammer des abstrakten Reichtums" (R. Kurz) zu sein, und dessen Zwangsläufigkeit zugleich in konkret-persönlicher Herrschaft zu exekutieren, bedient von Beginn an ein bestimmtes Wahrnehmungsstereotyp. Dieses löst das Problem, einerseits handgreiflicher konkreter Herrschaft zu unterliegen, andererseits eine mysteriös abstrakte Geschehenslogik am Werke zu ahnen, auf seine Weise: Es erhält sich das Trugbild eines über dem Marktgeschehen thronenden Souveräns, indem es die herrschaftsförmigen Konsequenzen der dort waltenden Abstraktion (z.B. Arbeitslosigkeit) bestimmten intermittierenden Instanzen im politischen Apparat, die eine an sich gerechte Herrschaft verzerrten, zuschreibt.

Der „Usurpator Komplex"

Anders als in Deutschland, wo ein per definitionem über den gesellschaftlichen Fraktionen stehender Volksstaat auch propagandistisch beansprucht, diese Fraktionen an die Kandare zu nehmen und so nur einem dumpf-grollenden Ressentiment gegem die ominösen „Politiker" Raum gibt, ermöglicht der einen organisatorischen Kompromiß gesellschaftlicher Fraktionen verkörpernde Staat, wie in Belgien, leicht zu personalisierende Schuldzuweisungen. Diese skizzierte, klassisch-interventionistische Gestalt des Staates stellt die ideale Projektionsfläche für den von Adorno so genannten „Usurpator-Komplex" (Adorno 1980, 219ff.) (13) bereit. Dieser Komplex malt sich das bestehende politische System als Verrat an der, wenn man so will, Idee des Staates aus; dieser scheint von selbstsüchtigen Interessen „usurpiert" zu sein, gefangen von Verschwörungen, die sich an der ehrlichen Arbeit der Steuerzahler bereichern, und das sauer erbrachte Steueraufkommen zum Frommen nichtsnutziger Klientelen durchbringen. Der Nimbus des Staates als Garant des Allgemeinwohls, sprich der Existenzsicherung, die sich das Marktsubjekt von ihm zu versprechen gezwungen ist, bleibt dabei unangetastet, wird sogar idealisiert im Wunsch, der Staat möge ja autoritärer werden.

So ähneln sich in einem gewissen Maße auch die italienischen und die belgischen Krisenverläufe bis zu diesem Sommer. Zielstrebig wurde in beiden Fällen das Schlangennest, aus dem das Verderben kriecht, seit Jahr und Tag lokalisiert. Wie den „arbeitssamen" Padaniern klar vor Augen zu stehen schien, daß sie durch die „afrikanischen Zustände" in Süditalien ruiniert werden, wo das Geld in dunklen, kriminellen Kanälen verschwindet und sich eine faule, inkompetente Bürokratie und Klüngelwirtschaft mästet, stimmt seit Jahren ein großer Teil der Flamen in den Chor, daß Wallonien ihr Verderben sei, mit ein. Landesweit konnten die radikalen und „gemäßigten" Separatisten, „Vlaams Block" und „Volksunie", zusammen 12% der Stimmen bei den 95er Wahlen auf sich vereinigen (14). Und nicht nur sie, sondern auch starke Fraktionen der flämischen Liberalen und Christdemokraten fordern eine Veränderung des geltenden Finanzausgleichs zwischen den Regionen, in dem das belgische Gesamtsteueraufkommen nicht proportional den erbringenden Regionen zukommt (wie es sich die Flamen wünschen), sondern zu nicht unerheblichen Teilen ins „strukturschwache" Wallonien geleitet wird. Die Parti socialiste, im wallonischen Industrierevier traditionell stärkste Partei, wovon ihr flämisches Pendant (15) nur träumen kann, steht auf Gedeih und Verderb hinter der Beibehaltung dieses Ausgleichssystems, und damit auch hinter der Beibehaltung des letzten verbliebenen Restes der politischen Einheit Belgiens. (16) Denn dem wirtschaftlichen Niedergang Walloniens seit den späten 60ern folgte nicht zufällig bis heute eine regionalistische Reform nach der anderen – begleitet vom kontinuierlichen Aufschwung des Separatismus. (17)

Nach flämischer Diktion, die der „Spiegel" getreulich wiedergibt, ist Lüttich (Liege), die Metropole Walloniens, das „Palermo des Nordens": „Trotz der Milliardensubventionen aus dem reichen Norden für den armen Süden wird das Wohlstandsgefälle immer steiler: Flandern, ein moderner High-Tech- und Dienstleistungsstaat, Wallonien ein tristes graues Land, eine rückwärtsgewandte sklerotische Agglomeration in den Fängen des sozialistischen Klüngels und der sizilianischen Mafia, die hier wegen der vielen italienischstämmigen Einwanderer ihre stärkste Bastion außerhalb Italiens hat." (38/96). Alle Ingredienzen, die der staatsbürgerliche Menschenverstand benötigt für eine umfassen-

de sezessionistische Bewegung der Flamen und entsprechende Reaktionen der Wallonen (18) wären also gegeben. Selbst die Ethnifizierung der Verursacher der „Schmuddelgeschichten“, der das Gemeinwesen unterhöhlenden und die Währungsunion versauenden Schmarotzer und Sozialhilfeempfänger ist gegenüber den frankophonen Wallonen seitens der niederländisch sprechenden Flamen ein leichtes (im Gegensatz zum italienischen Sezessionismus); eine traditionelle Animosität zwischen den Regionen, überaus erfolgreiche Separatistenparteien und der undurchsichtige Skandal von der Machart des „Paten“ um die Ermordung des ehemaligen Vorsitzenden der wallonischen Sozialisten, Cools, sollten ein übriges tun. (19)

Obwohl das belgische Szenario im Übermaß alle Züge trägt, die an die hoffnungslosen Retribalisierungsschübe im Bereich des ehemaligen Comecon, und mehr noch an die Selbstinszenierungen von sogenannten Padaniern, Katalanen und Frankokanadiern erinnern, tritt im Spätsommer 1996 gerade nicht das zu Erwartende ein. Eben weil die „weiße Bewegung“ Belgiens nicht die – horribile dictu – vertrauten Züge klassischer sezessionistischer Bewegungen trägt, sondern weil Flamen und Wallonen im am singulären Ereignis sich entzündenden Volkszorn noch einmal einig wurden, zwingen „Die Weißen“ der linken, politischen Beobachtung einen anderen als den gewohnten Maßstab auf.

An jenen nämlich – noch offensichtlicher als am „Padanismus“ – geht die liebgewordene Ideologienlehre zuschanden; eine Lehre, die besagt, daß die in einer sozialen Bewegung sich artikulierenden Bedürfnisse einen – durch ideologische Intervention – fortschrittlich zu wendenden Hintergrund hätten, Verzerrungen eines klassenkämpferisch zu deutenden Anliegens seien. So scheint gerade noch denkbar, bei entsprechender Verbohrtheit, daß einige der Aktivisten der Lega Nord vielleicht einer vulgären Kapitalismus- und Staatsfeindlichkeit frönen, die erst durch Propaganda und charismatische Führer ihre irrwitzige Ausdrucksform erhält. Nimmt der padanische Separatist an, daß mysteriöse Banden den Staat usurpierten, und daß deswegen ein neuer, eigener Staat hermüsse, so kommt dem Usurpatorkomplex immerhin zugute, daß der schrumpfende staatlich verwaltete Verteilungsspielraumraum aus Lobbies tatsächlich Banden macht. Aber: Dieser Prozeß tatsächlicher politischer Regression steht zur Projektion NICHT wie Ursache zu Wirkung, sondern ist der Projektion höchstens Geschmacksverstärker, da das ihr zugrundeliegende Wahrnehmungsstereotyp viel konstitutiver zum Subjekt (als Funktion des generalisierten Tauschs) gehört, als ihr vordergründiger, aktueller Anlaß.

Die Scheinplausibilität der Ideologienlehre zehrt von einem Phänomen, das Adorno so beschrieb: „Noch die schlimmste und unsinnigste Vorstellung von Ereignissen, die wildeste Projektion enthält die bewußtlose Anstrengung des Bewußtseins, das tödliche Gesetz zu erkennen, kraft dessen die Gesellschaft ihr Leben perpetuiert ... Die offene Narretei des einen ruft irrtümlich im anderen die Narretei des Ganzen beim richtigen Namen.“ (Adorno 1978, 215) Diese „Irrtümlichkeit“ sorgt häufig dafür, daß manchen Sophisten noch eine, wenn auch haarige Konstruktion – wie die im vorhergehenden Abschnitt angedeutete – gelingt, in der für eine Widerspiegelung, sei es der Leninschen Materie, sei es des Althusserschen Erkenntnisobjekts, ausgegeben wird, was das Subjekt in Wahrheit aus sich selbst heraus als Wahrnehmung (Vgl. Anm. 2) produziert.

Eine solche Konstruktion von sozialer Bewegung stellen die Geschehnisse des „weißen Herbstes“ allerdings vor schier unüberwindliche Aufgaben. Das offenkundige Auseinanderklaffen des Anlasses der belgischen Volksbewegung, Dutroux' Sexualdelikt, und der Wirkungsmacht, mit der er alle vorgängigen „politischen“ Stereotypen synthetisierte („Der Horror von Charleroi hat das Sezessionsgespenst wiederbelebt“, Spiegel 38/96), erzwingt definitiv, die jeglicher Scheinplausibilität von Widerspiegelung zugrundeliegende Ursache bloßzulegen: Den Zusammenhang von Projektivität und Subjektivität unterm Warenfetisch. Einen Zusammenhang, dessen Wirkung Wolfgang Pohrt prägnant beschreibt: „Weltweit, wäre die Schlußfolgerung daraus, reagieren die Menschen auf die weltweite Krise offenbar mit schweren Störungen ihrer Wahrnehmungsfähigkeit, noch schneller als die Organisation der Ökonomie bricht die Organisation des Subjektes zusammen.“ (Pohrt 1990, 278)

III. Autoritäres Syndrom: Projektion und Entdifferenzierung

Fatalerweise läßt sich nicht vom Standpunkt des konventionellen „gesunden Menschenverstandes“ gegen die „pathogene Meinung“ (Adorno) weder des vom Usurpatorkomplex besessenen Staatsbürgers, noch gegen jene des mysteriöse Kräfte fürchtenden Esoterik- und Ökopsychotikers opponieren. Weil zwischen dieser Meinung „und der Realität eine fatale Wahlverwandtschaft sich herstellt, die dann der Verstocktheit der Meinung zugute kommt“, weil deren Projektion „nachträglich von derselben Vernunft honoriert wird, der ihr psychotischer Charakter sich entzieht (und) die objektive Welt sich dem Bild (nähert), das der Verfolgungswahn von ihr entwirft“ (Adorno 1963, 168), scheint jeder Öko- und Korruptionsskandal die Meinung nachträglich mit dem Prädikat sensibel zu adeln. Obwohl die Psychose (nach der klassischen Definition endogen bedingte Wahrnehmungsstörung) die politischen und ökonomischen Krisentendenzen nur in dem Sinne „wahrnimmt“, wie eine stehengebliebene Uhr zweimal am Tag die richtige Zeit zeigt, fühlt sich der gesunde Menschenverstand – nicht fähig, die unverstandene Irrationalität des Ganzen mit der zunächst offensichtlichen Irrationalität der Einzelnen zu verknüpfen – genötigt zu glauben, daß „doch etwas daran sei“. Getreu folgt dieser Verstand dem bekannten Vorbild Max Webers, der aufgrund des empirischen Belegs, daß die Vermögensgröße der Bürger jüdischen Glaubens über der des Bevölkerungsdurchschnitts lag, meinte, dem Antisemitismus Rationalität zubilligen zu können. Solch monströse Mißverhält-nisse, die wie gesehen in keinerlei strukturellem Gegensatz zur positivistischen Erkenntnistheorie stehen, gehören ursächlich zu dem von Pohrt festgestellten Vorsprung des Subjekts in der Logik des Zerfalls.

Ein solches „Mißverhältnis“, das sich in der größten zur (Vernichtungs)Politik gewordenen Massenprojektion der Geschichte niederschlug, bewog in den 40er Jahren den „American Jewish Congress“ dazu, die Forschungsarbeit des emigrierten Sozialwissenschaftlers Adorno und seines Teams finanziell zu unterstützen. Es sollte die Frage untersucht werden, woher die Triebkräfte eines solchen Exzesses in einer aufgeklärten Gesellschaft stammen. Zu diesem Zweck wurden einer großen Anzahl von Versuchspersonen Fragebögen vorgelegt, die zu bejahende oder zu verneinende Aussagen über oberflächlich völlig unzusammenhängende Themenkomplexe, wie allerlei privat scheinende Moralprinzipien und Grundsatzurteile, aber auch geschickt durch einschränkende Rationalisierungen akzeptabel gemachte soziale Vorurteile gegen sogenannte Randgruppen, beinhalteten. Es zeigte sich, daß mit dem sozialen und politischen Vorurteil systematisch andere Reaktionsmuster korrelierten, die mit dem Vorurteil weder in der Sache,

noch durch möglicherweise generalisierte persönliche Erfahrungen zusammenhingen – an denen also „nichts daran war". Diese sich stets wiederholenden „stereotypen" Muster waren nicht durch formale Logik mit dem Konzept von Ideologien, die nur die Oberfläche des Individuums berühren, verknüpfbar, und mußten deshalb zwangsläufig mit „psychischen Dispositionen im Individuum" (Adorno 1980, 38) zusammenhängen. Adorno ordnete diese „vorpolitischen" Ansichten des „Vorurteilsvollen" in verschiedenen Gruppen von Behauptungen, aus denen er die berühmte F(aschismus) – Skala entwickelte, eine Liste von Urteilen, in denen nicht ein einziges Mal expressis verbis Bezug genommen werden mußte auf die eigentlichen Ideologien, wie beispielsweise den Ethnozentrismus.

Typologien des autoritären Charakters

Mit Hilfe dieser F-Skala gelang es, Rückschlüsse zu erlangen darüber, wie tief das Vorurteil im Individuum verankert war, d.h. wie stark es mit der Charakterstruktur korrelierte, wie sehr es Bedürfnisse, die aus der psychischen Organisation des Subjekts stammen, befriedigte, sprich durch Projektion kanalisierte. Es konnte anhand der jeweiligen „Stärke" der Projektivität, d.h. in welchem Maße der Stereotyp sich von der Reflexion, dem gedanklichen Rückbezug auf den zur Debatte stehenden Tatbestand, gelöst hat und offene Wahrnehmung durch verfestigte Meinung ersetzt (20), eine Bandbreite von Typologien des autoritären Charakters entwickelt werden. Stark vereinfacht lassen sich ein „konventionelles" und ein „autoritäres" Syndrom unterscheiden (Adorno 1980, 319ff.): Ersteres entspricht dem Typus des einigermaßen harmlosen, nicht von aggressiven Wünschen gebeutelten Konformisten. Sein stetes Lob autoritärer Erziehung beispielsweise geht nicht auf Sadismus zurück, sondern auf den Wunsch, sich möglichst nicht von der „normalen" Eigengruppe zu unterscheiden; das Ich ist zwar geschwächt, aber das Über-Ich bleibt dem Ich als individuell gesetztes Ich-Ideal noch so weit verhaftet, daß das Es, das kindliche Reich der Omnipotenz, der Unmöglichkeit von Empathie und Triebaufschub, zumindest eingezäunt bleibt.

Ganz anders dagegen das „autoritäre Syndrom": Im Gegensatz zum „Konventionellen" hat Stereotypie hier „eine echte ‚ökonomische' Funktion in der eigenen Psyche des Individuums: sie hilft seine libidinöse Energie den Forderungen des gestrengen Über-Ichs entsprechend zu kanalisieren." Als „Pseudokonservativismus" bezeichnet Adorno die politisch-normative Stereotypie des sozusagen modernen Autoritären. Dessen Art von Oberflächen-Konformismus ist widersprüchlich, „die autoritäre Unterwürfigkeit in der bewußten Sphäre (wird) begleitet von Gewalttätigkeit und chaotischer Destruktivität in der unbewußten." (Adorno 1980, 205) Das Über-Ich, psychische Instanz gesellschaftlicher Autorität, entzieht sich dem Horizont des Ichs, verfestigt und veräußerlicht sich zugleich. Das Ich, zum Erfüllungsgehilfen des veräußerlichten, nach dem Spiegelbild der Gesellschaft anonym-repressiven Über-Ichs regrediert, kann das Es nur noch ungenügend rationalisieren, geschweige denn zivilisieren. Die nur „unterdrückten Triebe" brechen an den Ventilen, die das veräußerlichte Über-Ich, die gesellschaftliche Autorität, zuläßt, mit gestauter Energie durch. Der Widerspruch des Pseudokonservativismus zwischen unterwürfiger Oberfläche und dem aufbegehrenden – im wahrsten Sinne des Wortes – asozialen Es „ist keine bloße Reaktionsbildung gegen verdeckte Rebellionsgelüste; sie läßt vielmehr indirekt gerade diejenigen destruktiven Tendenzen zu, die das Individuum durch starre Identifizierung mit einem veräußerlichten Über-Ich in Schach hält." (Adorno 1980, 206) Ein ausgeprägter Sadomasochismus (21) ist die Folge: Verlangt die dem Es fremde Zurückhaltung, die das starre Über-Ich erzwingt, danach, diese Unterdrückung libidinös – masochistisch – zu besetzen (Ursache des übermäßigen Scheinkonformismus), so entladen sich die „verbotenen" Wünsche umso heftiger in einer überbordenden Projektivität, auf der zwanghaften Suche danach, das Verbotene an anderen zu bestrafen.

Psychoanalyse und Wertkritik

Diese Entdifferenzierung in der Organisation des Subjektes wirft dieses aufs Infantile zurück. Die Reinfantilisierung forciert „das zwanghafte Wiederaufleben irrationaler Mechanismen, die das heranwachsende Individuum niemals überwunden hatte." (Adorno 1980, 189) Die beiden typischen Mechanismen infantiler Umweltsystematisierung aber sind auch der Wertkritik wohlbekannt : Stereotypie und Personalisierung. An diesem Punkt greifen die sich zur gesellschaftlichen Totalität materialisierende Wertform und die Entdifferenzierung des Subjekts wie Zahnräder ineinander. Die aus dem Fetischcharakter der Ware entspringende „verzauberte, verkehrte und auf den Kopf gestellte Welt" produziert eine subjektive Konstellation, deren Projektivität ins Übermaß schießt. Die letzterer zugrundeliegende Wahrnehmungsunfähigkeit, wächst in derselben Geschwindigkeit an, in der „die Versachlichung der Produktionsverhältnisse und ihre Verselbständigung gegenüber den Produktionsagenten" (MEW 25, 838f.) die „Ich-Stärke" des einstmals als Herr seines Geschickes und Eigentumes sich wähnenden Bürgers kassiert. Schlagend bestätigt denn auch der Warenfetischismus die irreversiblen Stereotypen, die zur Personalisierung (22) drängen: „Es ist ferner schon in der Ware eingeschlossen, und noch mehr in der Ware als Produkt des Kapitals, die Verdinglichung der gesellschaftlichen Produktionsbestimmungen und die Versubjektivierung der materiellen Grundlagen der Produktion, welche die ganze kapitalistische Produktionsweise charakterisiert." (MEW 25, 887) .

Die Eigenbewegung und Selbstläufigkeit („Versubjektivierung"), die die Dinge als Waren gegenüber ihren Besitzern annehmen, läßt die Bedingungen der eigenen Reproduktion, die dem Subjekt den Imperativ des „Verwerte Dich selbst" aufherrschen, zum unheilvollen Hexensabbat werden. Die zunehmend undurchdringlichere Herrschaft des Warenfetisch über das gesellschaftliche Dasein, die der Unberechenbarkeit der gesellschaftlichen Anforderungen zugrundeliegt, erzwingt deren Personalisierung. Das Maß dieser „Unberechenbarkeit" bestimmt den Übergang vom konventionellen zum autoritären Syndrom, weil dem Über-Ich als psychischer Inkorporation der Gesellschaft mit einem in sich schlüssigen, aufs Private ungebrochen zu übertragenden Normenkatalog nicht mehr genügt wird, sondern das Über-Ich undurchsichtig, uneingrenzbar und widersprüchlich ist. In der Zwiespältigkeit des ‚Pseudokonservativismus' drückt sich der Verlust auch des letzten Scheins von Marktautonomie des Subjektes bei gleichzeitiger komplettierter Abhängigkeit vom Marktgeschehen aus. Daß diese aber nur durch „bestimmte gesellschaftliche Charaktere, die der gesellschaftliche Produktionsprozeß den Individuen aufprägt" (MEW 25, 887) zur Geltung gelangt, entspricht der Ersetzung der Wahrnehmungsfähigkeit durch projektierte Stereotypie aufs Haar. Die notwendigerweise in Menschengestalt verhüllten „versubjektivierten" (personalisierten) Produktionsbedingungen zwingen auch der potentiellen Arbeitskraft die Linearität und Norm des Prozesses auf. Die Stanzung der Individuen auf die „sozialen Eigenschaften dieser Dinge" (MEW 26.3, 498) prägt ihnen deren Ste-

reotypie ein, die den Individuen obendrein von ihrer realen Ohnmacht (23) gegenüber diesen „sachlichen Mächten“ höhnisch bestätigt wird. So ist die paradox erscheinende Tatsache, daß der Verfolgungswahn nur allzu oft a posteriori seine Bestätigung erfährt, die Welt dem Wahn ähnlich zu werden droht, nicht einem Rest unverstellter Wahrnehmung, sondern gerade der nicht vorhandenen Wahrnehmungsfähigkeit geschuldet, die Erfahrung verhindert. Der Projizierende deliriert im Einklang mit der vom Tausch verhexten Welt.

In der Rearchaisierung der Gesellschaft zu einer „zweiten Natur“, rearchaisiert sich auch das Subjekt. So wie seine Handlungen vom „automatischen Subjekt“ der Gesellschaft, dem Kapital, diktiert sind, büßt es auch seine Ich-bestimmte Steuerungsfähigkeit ein. Das emporsteigende selbstreferentielle und selbstläufige Es wirft die Triebsteuerung so ab, wie „die Lieb im Leibe“ des wirklichen Subjekts Kapital im Begriff ist, die Intentionen des empirischen Subjektes auf bloße Makulatur zu reduzieren. Adornos F-Skala, die Anhaltspunkte für das Maß der Zwanghaftigkeit der Projektion gab, wurde selbst im Falle des Pseudokonservativismus noch deshalb gebraucht, weil eine Ich-Filterung Charakterstrukturen, die sich im vorideologischen, vorpolitischen Bereich offenbarten, von ihren „stereopathischen“ Ausformungen im ideologisch-politischen Bereich trennte.

Noch die beiden Gruppen von Aussagen auf der F-Skala, die am stärksten dem „autoritären Syndrom“ entgegenkommen, diejenigen, welche Projektivität sans phrase und Sexualität (24) behandeln, gehorchen der zugrundeliegenden Annahme, daß das politische Vorurteil sich nur Ich-vermittelt aus diesen Quellen speiste. Bei den im folgenden vorgestellten Skalensätzen schränken zwar keine vordergründigen Rationalisierungen, wie bei anderen Variablen, die Projektion mehr ein; aber selbst die ausgeprägte Ich-Schwäche, die sie illustrieren helfen sollen, indem sie auf Pseudoeinschränkungen im Sinne wenigstens instrumenteller Vernunft (Rationalisierungen) der vorgestellten Urteile im Gegensatz zu anderen Variablen verzichten, schien noch nicht bis zum Punkt des völligen Wegfalls des Ich-Filters gediehen zu sein.

„25. Sittlichkeitsverbrechen, wie Vergewaltigung und Notzucht an Kindern, verdienen mehr als bloße Gefängnisstrafe; solche Verbrecher sollten öffentlich ausgepeitscht oder noch härter bestraft werden.

35. Die sexuellen Ausschweifungen der alten Griechen und Römer waren ein Kinderspiel im Vergleich zu gewissen Vorgängen bei uns, sogar in Kreisen, von denen es man am wenigsten erwarten würde.

38. Die meisten Menschen erkennen nicht, in welchem Ausmaß unser Leben durch Verschwörungen bestimmt wird, die im Geheimen ausgeheckt werden.“ (Adorno 1980, 84)

Ein Blick auf diese drei Variablen genügte um zu sehen, daß sie vollständig Motivation, Stoßrichtung und Programmatik der belgischen Volksbewegung beschreiben. Wie der Massenkurzschluß vom Sexualdelikt zur Verschwörungsjagd abläuft, läßt sich auch an dieser Stelle nochmals in verdichteter Form, anhand der Person des Privatdetektivs André Rogge, illustrieren. Rogge forscht seit Jahren im Auftrag der Elterninitiative „Marc et Corinne“ (Vgl. Anm. 3) nach Verflechtungen zwischen mutmaßlichen Sexualdelikten an ca. einem halben Dutzend längerfristig verschwundener Kinder, internationalen Banden und dem hochrangigen Staats- und Parteienpersonal. Trotz der Vergeblichkeit, die den Ermittlungen des Poirot-Nachfahren beschieden war und ist, stieg er in Belgien zum Volksheld, Leitartikler und Fernsehstar auf.

Von Sexmonstern umstellt

Auf Rogges Angaben basierend erklärte „Der Spiegel“ (43/96) die belgische Volksbewegung wie folgt: „Eine Bürgerbewegung ist entstanden, die rücksichtslose Aufklärung fordert – nicht nur über das Monster Marc Dutroux und seine Komplizen, sondern auch über Hintermänner und zahlungskräftige Kunden ... Das Volk weiß, daß auch die Justiz längst zur Beute der Parteien geworden ist. ... Mehr als ein halbes Dutzend Häuser nennt der Sozialhilfeempfänger (Dutroux, U.K.) sein eigen ... Im Gefängnis von Arlon hat er die Börsenzeitung abonniert. Und wahrscheinlich (!) bot er mit Drogen vollgepumpte Kinder auf sogenannten Partouzes an, privaten Sexpartys, die in Belgien eine gewisse Tradition haben ... Ins Blickfeld der Ermittler von Neufchateau (warum? U.K.) geraten jetzt auch wieder die ‚rosa Ballette‘ – Sexfeste der gehobenen Stände, auf denen sich Ärzte, Advokaten, Politiker, Staatsschützer und hohe Justizbeamte vergnügten. Die Orgien waren Anfang der achtziger Jahre gerichtskundig geworden, nachdem eine Frau auf mysteriöse Weise umgekommen war – sie hatte auf einer der Partouzes damit gedroht, über die Teilnahme Minderjähriger (keine Kinder? U.K.) auszupacken ... Nihoul, der Mann mit den weitreichenden Beziehungen, hatte auch an diesen Festen teilgenommen ... Die Sexpartys, die er in der Brüsseler Rue des Atrébates 124 veranstaltete, waren so laut, daß sich Anwohner über den nächtlichen Lärm beschwerten. Die Polizei schritt niemals ein (!) ... Der prominente belgische Detektiv André Rogge, der ... schon vor Jahren auf ein internationales pädophiles Netzwerk (für das er – außer mit im TV kurz gezeigten Pornokasseten – jeden Beweis schuldig blieb, U.K.) stieß, glaubt nicht, daß der Fall Dutroux ganz aufgeklärt wird, trotz aller Bemühungen der tapferen Richter von Neufchateau: ‚Da stecken zu viele drin, das ist zu explosiv‘“.

Die sexuelle Projektion, als am unmittelbarsten dem Es verbundene, bündelt die Projektivität. Die Grenze zwischen dem politischen Vorurteil und den Triebregungen, die es rationalisiert, scheint im Gegensatz zu der autoritären Struktur, die Adorno in den 40er Jahren noch vorfand, zu fallen. Gibt es durchaus Extrembeispiele jener Zeit in der antisemitischen Propaganda (am stärksten im deutschen „Stürmer“), die jene Grenze überschreiten, so blieben diese randständig, und mit Peinlichkeitsempfindungen bei der Mehrzahl behaftet. Hier hingegen hat der Es-Impuls, die Projektivität, die Vermittlung abgestreift, die zuvor der Filterung des wie auch immer geschwächten Ichs unterlag. Diese Typologie, die noch in Adornos Augen, nur in Folterkellern und Randbereichen der Gesellschaft auftritt, und ein völliges Scheitern der Differenzierung dokumentiert (Adorno 1980, 328ff.), besitzt jetzt eine Massenbasis, die sich sogar ohne nennenswerte manipulative Beeinflussung (seitens geschickter Agitatoren) im Selbstlauf mobilisiert. (25)

Daß es der reprimierten, d.h. von keinerlei Hinwendung zum Objekt geformten, zugleich sadistischen und autistischen, Sexualität gelingt, sonst eher disparate und von Rationalisierungen eingeschränkte Projektionen zu synthetisieren, weist darauf hin, daß die „Autoritäre Persönlickeit“ keineswegs – auch nicht „falsch“ – „aufgehoben“ (26) wurde, sondern, daß das „autoritäre Syndrom“, wie es Adorno umriß, zwar den entscheidenden Umschlagspunkt, aber keineswegs einen Endpunkt in der Entdifferenzierung des Subjekts darstellt. Beim pseudokonservativen Autoritären wurde der „Angriff des Es“ noch durch ein zwar bereits veräußerlichtes Über-Ich, das aber einigermaßen konsistent (und grausam) war, in ein Überlaufbecken mit – wenn auch mehr schlecht als recht – definierbaren Notventilen umgeleitet. Diese Konsistenz „verdankt“ sich in erster Linie der gesellschaftlichen Struktur des allgegenwärtigen Interventionsstaates: Massenarbeit, fordistische Disziplinierung, und die durch Familien- und Sozialpolitik über

ihre Verfallszeit hinaus verlängerte Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit, von Familie und Markterfordernissen ans Individuum; all das diente dort als Zwangsklammer, wo die interne Organisation des Subjekts bereits in heller Auflösung begriffen war. Die äußerst labile Balance, in der auch das veräußerlichte Über-Ich die aufsteigende projektive Destruktivität des Es noch halten kann, weil die Autorität als konkrete im Leben des Individuums auftritt, gerät in dem Augenblick aus dem Gleichgewicht, wo diese steuernde Autorität sich zurückzuziehen scheint. Die Abstraktion des Über-Ichs in Kombination mit dem Wegfall des selektierenden Ichs öffnet die Schleusen, die das lebens- wie gesellschaftsgeschichtliche Archaische zurückhielten.

Einstürzende Altbauten

Die Krise des Interventionsstaates geht also nicht zufällig mit der Krise der Wahrnehmung einher. Der schleichende oder, wie im Comecon abrupte Zusammenbruch der Spielräume, die der „selbstverwertende Wert" der politischen Steuerung anfangs aufherrschte, gegen Ende aber nur noch zugestand, mündet mit Konsequenz im hypertrohen Wuchern der Projektivität, das die Reste von Wahrnehmungsfähigkeit in rasender Geschwindigkeit unter sich begräbt. Das Wort von der „Deregulierung", Konsequenz der „maßlosen" Beschleunigung, die „die Zirkulation des Geldes als Kapital (zum) Selbstzweck" (MEW 23, 167) macht, erhält durch die gleichzeitige Deregulierung des Subjekts eine unheilschwangere Bedeutung. Die postkeynesianische Dauerkrise zementiert – sowohl durch die Vollendung der autoritären Persönlickeit, als auch durch die Vollendung der scheinbaren Naturgesetzlichkeit, in die die „Ware als Produkt des Kapitals" die lebenden Produktionsfaktoren einsperrt – den psychotischen Charakter von Volksbewegungen.

Der den staatlichen Notstand einfordernde „lynch-mob" in Belgien stellt dabei nur eine der Spitzen des Eisbergs dar. Der schlagartige Kollaps der „real-sozialistischen" Staaten, die bis 1989 wie graue Riesen aus der Vorzeit des durch und durch konventionalisierten Alltags in der politischen Landschaft standen, hinterläßt eine ebenso durch und durch traumatisierte Subjektivität, deren zusammenbrechende Organisation Schritt hält mit den zusammenschrumpfenden Weltmarktchancen. Die durch nichts mehr rationalisierte Projektivität entschlägt sich eines festen Vorurteils und wird genauso chaotisch, wie das Es, dem sie Abfuhr gewährt. In einem stets beschleunigten Karussel wechseln die Schuld- und Strafprojektionen – allzuhäufig befeuert durch echtes Elend – von den „roten Verbrecherbanden" zu den „historischen Feinden" und vice versa.

Das linke Bewußtsein aber, das jetzt, nach dem 89er Schock, selbstverständlich so weitermachen möchte, wie bis dahin; dieses Bewußtsein, das mit Hilfe realitätsresistenter, inhaltsleerer Kategorien die immer offenkundigere Pathologie der Subjektivität krampfhaft verdrängt, um zumindest am Rande auch der nachkeynesianischen Volksbewegungen mitzuschwimmen, hat die ihm heute mehr denn je gebührende Antwort bereits vor mehr als 20 Jahren erhalten: „Das Verlangen nach positiven Vorschlägen wird immer wieder unerfüllbar, und darum Kritik desto bequemer diffamiert. Genügen mag der Hinweis darauf, daß ... die Versessenheit aufs Positive ein Deckbild des unter dünner Hülle wirksamen Destruktionstriebs ist ... Der kollektive Zwang zu einer Positivität, welche unmittelbare Umsetzung in Praxis erlaubt, hat mittlerweile gerade die erfaßt, die sich in schroffstem Gegensatz zur Gesellschaft meinen ... Dem entgegenzusetzen wäre ... daß das Falsche, einmal bestimmt erkannt und präzisiert, bereits Index des Richtigen, Besseren ist." (Adorno 1971a, 19) Das „Falsche" ohne Vorbehalt zu „präzisieren", ist das Maß, welches Kritik von Affirmation trennt.

Uli Krug

Im Text in Kurzform angegeben:

- Adorno 1963: Meinung, Wahn, Gesellschaft, in: Ders.: Eingriffe, Frankfurt
- Adorno 1971: Die Freudsche Theorie und die Struktur der faschistischen Propaganda, in: Ders.: Kritik, Frankfurt
- Adorno 1971a: Kritik, in: Adorno 1971
- Adorno 1978: Minima Moralia, Frankfurt
- Adorno 1980: Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt
- MEW: Marx-Engels-Werke, Berlin
- Pohrt 1990: Der Weg zur inneren Einheit, Hamburg

Anmerkungen:

1) Diese „Ahnung" bedeutet keineswegs, daß, beispielsweise in der klassischen Form der Projektion, dem Antisemitismus, damit auch das Ressentiment gemildert würde. Im Gegenteil: Sollte sich das Projektionsobjekt, die empirischen Juden also, der Projektion sperren, so steigert das nur die Wut, die nicht zögert, statt die Meinung zu revidieren, das Objekt passend zuzurichten.

2) Im Fortgang des Textes wird eine Antithese von Wahrnehmung und Projektivität entwickelt, die einer grundsätzlichen Erläuterung bedarf: Selbstverständlich ist jede Wahrnehmung, die über das allerunmittelbarste Reiz-Rektionsschema hinausgeht, auch eine Projektion, denn Wahrnehmung erfolgt durch „Objektbesetzung" (was dem kruden „sinnlichen" Materialismus Feuerbachs, Lenins und ihrer Epigonen entgeht). Ob die Wahrnehmung ihrer subjektiven Beschaffenheit innewird, und durch Reflexion sich möglichst hütet, zu stereotypisieren, hängt wiederum von der Beschaffenheit des Subjektes ab. Verliert dieses die Fähigkeit zur Selbstreflexion („Ich-Schwäche"), unterliegt die „Objektbesetzung" also dem Unbewußten, so verselbständigen sich die Projektionen; die Ordnung der Umwelt, die das Individuum vornimmt, löst sich komplett von dieser ab, um nur noch der Triebdisposition des Individuums zu genügen. Statt zwischen beispielsweise reflexiver Projektion und ich-schwacher Projektion zu unterscheiden, was exakt wäre, setze ich, um der Verdeutlichung des Unterschiedes willen, Wahrnehmung als Gegensatz zur Projektivität.

3) Connerotte hatte an einer öffentlichen Veranstaltung des Komitees „Marc et Corinne" teilgenommen. Diese Komitee wurde 1992 vom Vater zweier bei einem Raubüberfall erschossener Teenager gegründet, der hinter den ihm zu lasch erscheinenden Fahndungsmethoden und Strafmaßgaben die Umtriebe einer Staatsmafia vermutet. Nach einer Massenhysterie und der folgenden Intervention des Ministerpräsidenten Dehaene verblieb der Fall Dutroux wider geltendes Recht bei der nichtzuständigen Behörde Connerottes in Neufchatel.

4) Das herrschende zwanghafte Assoziieren völlig unzusammenhängender Skandale und Kriminalfälle geben kongenial insbesondere die „Zeit" vom 13.9.96 („Korruption und Sexskandale sind Symptome jener belgischen Krankheit, die tief im Staatsapparat nistet") und der „Spiegel 38/96 („Kidnapping, Korruption, Mord – Entsetzen über das organisierte Verbrechen läßt die Belgier an ihrem Staat verzweifeln") wieder. Die Hauptkomplexe in diesen Klittereien sind „die Supermarktmörder von Brabant", ein bisher ungeklärtes Massaker in einem Supermarkt in den 80ern, und die Ermordung des ehemaligen stellvertretenden Ministerpräsiden-

ten Cools, die möglicherweise mit dem Augusta-Skandal (einer Art belgischer Starfighter-Affäre, die 1995 den ehemaligen Nato-Generalsekretär Claes stolpern ließ) im Zusammenhang steht. Wie das mit insgesamt 13 verschwunden Kindern und Jugendlichen seit 1990 (Spiegel 37/96) in Begriffen wie „Sumpf" oder „Fäulnis" in Zusammenhang gebracht wird, sagt nur etwas über die Gemütsverfassung der zitierten belgischen Medien und Interviewpartner und ihrer deutschen Kolporteure aus, nicht aber über irgendwelche realistischerweise anzunehmende Tatbestände.

5) Fast überall, wo man Untätigkeit und Korruption der Polizei- und Justizorgane unterstellte, handelte es sich schlicht um eine in Deutschland unbekannte Achtung der Persönlichkeitsrechte, die in Belgien sogar Ex-Sträflingen zukam; die parlamentarische Untersuchungskommision, deren Sitzungen live (!) im Fernsehen übertragen werden, hat bis jetzt nichts Rechtswidriges bei den Ermittlungen im Fall Dutroux zutage gefördert – was allerdings die Verschwörungsphantasien nur noch erbitterter macht (vgl. FAZ v. 20.1.97: „Das Gift der Gerüchte"). Probeweise werden Postboten von der Gendarmerie verpflichtet von allem, was ihnen verdächtig vorkommt, Meldung zu machen. (NZZ, 15.12.96)

6) Auf Druck der Proteste und mit Unterstützung Dehaenes wird ein Gesetz vorbereitet, daß der Justiz und Polizei das Öffnen der Post und das Abhören der Telefone von Parlamentariern und Ministern ohne Zustimmung des Parlaments ermöglicht. (NZZ, 15.12.96)

7) Eine Forderung des „weißen Marsches" aufgreifend forderten die flämischen Liberalen die Einsetzung Connerottes als „Nationalen Magistrat", eines oberhalb jeder parlamentarischen Legitimation und Kontrolle stehenden Sittenwächters mit Schnüffelbefugnis. (Novo 6/96).

8) Beispielsweise wird in Belgien die Arbeitslosenversicherung zu einem großen Teil durch die Gewerkschaften gewährleistet. Zur „keynesianischen" Beschaffenheit des (sozial)politischen Systems des Nachkriegsbelgiens gibt A. Cossart, Belgien, Eine Landesgeschichte in 12 Epochen, Berlin 1985 Auskunft

9) Vgl. Bahamas 18/95: C. Nachtmann: "Acht Arschlöcher und ein Halleluja"

10) Daraus macht nicht einmal der Bundesjustizminister einen Hehl. Laut FAZ vom 3.2.96 läßt er verlauten, es sei „völlig absurd zu glauben, daß ein potentieller Täter ins Strafgesetzbuch schaut und sich von einer Höchststrafe von 15 Jahren so beeindrucken läßt, daß er sagt, ich lasse das mal wieder.' Schmidt-Jortzig plädierte für eine deutliche Verbesserung der Therapie für Sexualstraftäter."

11) Angabe nach: Munzinger-Archiv/Internationales Handbuch: Belgien – Chronik 1995

12) Im Brustton preußischer Empörung charakterisiert das „Zeit"-Dossier vom 13.9.96 das als „Verfilzung im öffentlichen Apparat. Im Mittelpunkt stehen die Parteien ... Nach (deren) Strickmuster wird überall ein lähmender Proporz praktiziert ... Die mächtigen Gewerkschaften folgen dem Grundmuster der Parteien ... sie sind omnipräsent. Über drei Viertel der Arbeitnehmer sind organisiert, in der Regel zahlt der Arbeitgeber den Mitgliedsbeitrag. Große Teile des Systems der sozialen Sicherheit sind in Gewerkschaftshand, man ist entweder christlich, sozialistisch oder liberal gegen Krankheit oder Invalidität versichert. Auch die Arbeitslosenunterstützung wird von der Gewerkschaft ausbezahlt."

13) Vgl. insb. S. 222: „Am Ende fällt die Usurpationsidee mit der vom Verschwörer zusammen, der geheime, für das Land schädliche Abmachungen trifft. Die Häufigkeit und Intensität der Usurpatoridee und die absurden Behauptungen, in denen sie sich äußert, berechtigen uns, sie einen „Komplex" zu nennen, das heißt, nach einer weitverbreiteten und stabilen psychischen Konfiguration zu suchen, die sie am Leben erhält."

14) Der Vlaams-Block war 1995 im Wahlkreis Antwerpen zum zweiten Mal in Folge stärkste Partei; die Region Antwerpen erbringt in Belgien das höchste Pro-Kopf-Steueraufkommen; nach: Munzinger, a.a.O.

15) Die drei klassischen politischen Parteien in Belgien, die Christdemokraten, die Liberalen und die Sozialisten sind traditionell organisatorisch zweigeteilt in je eine flämische und eine wallonische selbständig operierende Partei. Im Gebiet des „flämischen Rates", der Wahlkreise, die nach der Wahlrechtsreform das flämische Parlament wählen, rangierten die Sozialisten 1995 nur an dritter Stelle; Nach: Munzinger, a.a.O.

16) Das mag auch die Beharrlichkeit erklären, mit der die PS in der großen Koalition mit den Christdemokraten bleibt, obwohl der rigorose Deregulierungskurs, den Belgien seit 1995 betreibt, dem Stimmenanteil in der wallonischen Hochburg nicht gut bekommt.

17) 1970 gibt es eine ersteVerfassungsänderung in diese Richtung, die Flamen und Wallonen kulturelle Autonomie als Verfassungsrecht zubilligt; 1974 erfolgt die Bildung von drei Regionalparlamenten für die genannten Regionen und Brüssel, deren Mitglieder aber nicht direkt gewählt werden; 1980 wählen das flämische und das wallonische Parlament je eine eigene Regierung mit umfassenden semisouveränen Vollmachten. Mit der Reform von 1993 werden die Regionalregierungen direkt gewählt, die deutschsprachige Minderheit in Eupen-Malmedy erhält einen eigenen Miniaturrat.

18) 5 von 150 Sitzen des belgischen Parlaments fielen 1995 dem wallonischen Front National zu; nach: Munzinger, a.a.O.

19) "Unter Cools' Herrschaft hatte sich die verarmte Kohle- und Stahlmetropole Lüttich zu einem Palermo an der Maas entwickelt ... Seine Parteimaschine beherrschte die Stadt bis ins kleinste Detail." (Spiegel 38/96).

20) Adorno hatte zu diesem Zweck die High-Scorer auf der F-Skala noch einmal mit ihrem Abschneiden bei einem Test, der die Fähigkeit prüfte, ein Thema zu erfassen, abgeglichen. Bei diesem Thematic Apperception Test kommt die Projektivität, die mit der zwiespältigen Charakterstruktur des „autoritären Syndroms" einhergeht, voll zum Tragen.

21) Den Sadomasochismus des „Autoritären Syndroms" verknüpft Adorno mit den entsprechenden Studien Fromms zum „Sadomasochistischen Charakter" und Horkheimers zu „Autorität und Familie", die ihn als mißlungene Auflösung der ödipalen Situation begreifen. Beide sehen im nur reprimierten Fortbestand des archaischen, kindlichen Größenselbst die Ursache für die dem Syndrom typische unvermittelte Exterritorialisierung des Über-Ichs aus dem familiären Bereich in die gesellschaftliche Autorität. Mit der marktgesteuerten Entfunktionalisierung der Familie, der „vorzeitigen Vergesellschaftung" (Marcuse) des Über-Ichs, kommen die regressiven Tendenzen des Autoritären voll zum Tragen, die Projektivität „überflutet", nach Adornos Wort, alle Bereiche, die nicht zur allerunmittelbarsten Selbsterhaltung gehören. Deswegen habe ich die Syndrome, wie das des „Rowdies", der als 1945 noch randständiges die Regressionsdynamik antizipiert, im Text dem Autoritären zugeschlagen.

22) Vgl. Adorno 1980, 190: „Überdies werden die Ängste des Individuums, die ihm die Fremdheit ... der politischen Realität bereite(t), auch durch einen Trick (Stereotypie, U.K.) nicht ganz beseitigt, der selbst den bedrohlichen, unaufhaltsamen Prozeß der wirklichen sozialen Welt widerspiegelt. So verlangt Stereotypie ... nach ihrem genauen Gegenteil: nach Personalisierung. Der Ausdruck erhält hier eine präzise Bedeutung: die Tendenz, objektive gesellschaftliche und ökonomische Prozesse, politische Programme, innere und äußere Spannungen mittels Personen zu bezeichnen, die mit dem jeweiligen Fall identifiziert werden, anstatt sich selbst der Anstrengung der unpersönlichen geistigen Arbeit zu unterziehen, die die Abstraktheit der gesellschaftlichen Prozesse erfordert."

23) Vgl.MEW 23, 634: „Alle Kräfte der Arbeit projektieren sich als Kräfte des Kapitals, wie alle Wertformen der Ware als Formen des Geldes."

24) Vgl.: Adorno 1980, 45. Es handelt sich um die Variablengruppen h) und i), die sich überschneiden: „h) Projektivität: Disposition, an wüste und gefährliche Vorgänge in der Welt zu glauben; die Projektion unbewußter Triebimpulse auf die Außenwelt. i) Sexualität: Übertriebene Beschäftigung mit sexuellen ‚Vorgängen'".

25) Damit übertrifft die psychische Konstellation, wie sie bei der belgischen Volksbewegung zu unterstellen ist, noch Adornos Befürchtungen: War er noch in den frühen 50ern davon ausgegangen, daß es des Führers bedürfe, um die Veräußerlichung des Über-Ichs und die „sekundäre Archaisierung" zu dynamisieren, knüpfte er dementsprechend Hoffnung an die aufklärerische Bekämpfung des im Führer verkörperten Vater-Imagos.(Vgl.: Adorno 1971, 63ff.). Deutlich schlägt hier der Einfluß Horkheimers und Pollocks durch, aufgrunddessen Adorno als Entwicklungstendenz der Gesellschaft in den „Studien" den „faschistischen Staatskapitalismus" prognostizierte. Da die Dynamik des Werts auch diese Herrschaftsformen in die „vaterlose Gesellschaft" und das „lean government" flexibilisiert, sinkt auch die Bedeutung des faschistischen Agitators für die autoritäre Psyche.

26) Bezieht sich auf F. Böckelmanns an sich sehr verdienstvolle Schrift gleichen Titels (Reprint d. Originals von 1971: Freiburg 1987), die allerdings, wie die meisten Verlautbarungen aus dem Umfeld des Situationismus zum Thema, unter der Tendenz leidet, Konventionalismus und Pseudokonservativismus zu verwechseln.

Vom Landwehrkanal nach Wurzen

Ein deutscher Holzweg

„Der Hauptfeind steht im eigenen Land". Karl Liebknechts Losung wurde zum Motto des antifaschistisch geprägten Bündnisaufrufs zur diesjährigen „revolutionären" Luxemburg/Liebknecht-Demonstration in Berlin. Diese Losung offenbart die hoffnungslose Situation des Rests der Bewegungslinken heute. Er hat sich auf den Antifaschismus als Bündnisklammer geeinigt und konstruiert sich einen „Hauptfeind" zurecht, um vom offenkundigen Gegner emanzipatorischer Bestrebungen nicht reden zu müssen.

Schon Liebknecht und Luxemburg hatten als Feind allein die Herren von Politik und Kapital ausgemacht, denen sie 1914 noch die Führung der SPD als korruppte Erfüllungsgehilfen zuschlugen. Das freiwillige Mitmachen der Bevölkerungsmehrheit, also auch großer Teile des Proletariats, veranlaßte sie nicht zum Bruch mit dem Grundprinzip des Sozialdemokratismus: Die Unterstellung fortschrittlicher, emanzipatorischer Potentiale bei der lohnabhängigen Bevölkerungsmehrheit wegen ihrer Lohnabhängigkeit. Dies eint die Begründer der KPD mit ihren mißratenen Nachfahren von heute. Unverbrüchlich wird an der Dignität des deutschen Proletariats festgehalten, das man sich nur als von seinen Führern verratenes vorstellen kann. Wenn Luxemburg von der SPD als einem „stinkenden Leichnam" sprach, drückte sich im starken Wort ihre tiefe Enttäuschung über den endgültigen Verlust einer Organisation aus, der sie bis dahin ihr ganzes Leben gewidmet hatte und zugleich die trotzige Überzeugung, daß zwischen Führung und Mitgliedschaft ein dicker Trennungsstrich zu ziehen sei. Die Lösung des Problems sahen die Kommunisten der ersten Stunde in einer neuen Organisation, die sich von der alten durch eine prinzipienfeste Führung unterscheiden sollte. Heute auftrumpfend mit der gleichen Leichnams-Parole anzutreten, nun aber die PDS damit zu belegen, zeugt dagegen nicht von zeitbedingtem Irrtum, sondern von tiefersitzender Verstocktheit. Luxemburgs Fehler war kaum vermeidbar, es gab kein marxistisches oder sonstwie revolutionäres Denken, das in der Lage gewesen wäre, die nationale Integration der europäischen Sozialdemokratien (mit weitem Abstand voran die deutsche und die deutsch-österreichische) anders zu deuten als durch den Verratsvorwurf gegen eine vermeintlich korrumpierte Führung.

Wenn heute Liebknechts Diktum vom Hauptfeind von spätgeborenen Revolutionären zum Revival einer Gedenkübung gemacht wird, die im Zeichen des revolutionären Klassenkampfes gegen den deutschen Imperialismus einen Sarah-Wagenknecht-Gedenkmarsch ableisten, dann ist nicht die kritische Auseinandersetzung mit Liebknecht und der Revolutionärin und Theoretikerin Rosa Luxemburg gewünscht und schon gar nicht mit der Katastrophe der revolutionären Bewegung in Deutschland. Die Identifikation mit den Märtyrern soll den eigenen Durchhaltewillen mit parareligiösen Anrufungen ans Gefühl festigen. Angeknüpft wird an ein abgeschmacktes Heldengedenken, das die Toten zu Ikonen macht und ihren Leidensweg zur Bekräftigung einer Sache, für die gekämpft zu haben ihnen von den selbsteingesetzten Erben stets unterstellt wurde, weil deren Tagespolitik dies so erforderte.

Auftrag Antifaschismus

Die Anleihe beim DDR-Totenkultus für Liebknecht und Luxemburg, den die westgeprägte Antifa heute macht, liegt nur vordergründig in der gewitzten Besetzung verlassenen Terrains. Die Staatsantifa der DDR und die westdeutsche, autonom geprägte wußten um die substituierende Bedeutung, die der Totenkult für eine Möchtegern-Massenbewegung hat. Das Pfund, mit dem die Antifa im Konkurrenzkampf um die politische Hegemonie wuchern zu können glaubt, ist ihre demokratische und zugleich kämpferische Tradition, ausgedrückt in ihren Toten.

Daß diese Übung mit einem realsozialistischen Credo genauso zu haben ist wie mit striktem Grundgesetzpatriotismus, hat bereits seit 1991 der Verband der Antifaschisten der DDR unter Beweis gestellt. Kaum war dieser wie die DDR abgewickelt und ihm in Gestalt der ehemals DKP-orientierten, aber rechtzeitig gewendeten VVN ein West-Pendant gegenübergestellt, hat er sich ebenfalls gewendet, ohne an die Wurzeln seines Selbstverständnisses gehen zu müssen. Ein Fehler sei es gewesen, daß in der DDR der kommunistische Widerstand so sehr in den Vordergrund gestellt wurde, so die eilfertig geübte Selbstkritik. Das gelte es zu korrigieren, denn der Antifa sei ein bedeutender Teil des demokratischen Erbes des ganzen deutschen Volkes. Und als im 20.-Juli-Jahr 1994 der kommunistische Antifaschismus als genauso totalitär wie der Faschismus aus dem offiziellen Erinnern ausgeggrenzt werden sollte, war es der hessische Ministerpräsident Eichel, der auch den kommunistischen Toten „einen würdigen Platz im Ehrenhain der deutschen Nation" zusichern wollte.

Mit solchem Demokratismus wollen die immer noch revolutionär sein wollenden Antifas natürlich nichts zu tun haben und sind ihm gleichwohl ausgeliefert. Trotzig halten sie dagegen und verweisen umso heftiger auf die kommunistische Tradition, ohne deren Wesensverwandschaft mit der demokratischen auch nur zu ahnen. Bei der Bestimmung von Freund und Feind weichen sie kein Jota von der Linie der Alt-Herren-Riege ab. Von niemandem ist entschiedenere Zurechtweisung zu erwarten als von den AABO-Antifas und ihrem Umfeld, wenn der Hauptfeind einmal nicht gut dimitroffisch als die reaktionärsten und am meisten imperialistischen Kreise etc. ausgewiesen wird und stattdessen auf die herrschende Solidargemeinschaft in Deutschland gedeutet wird.

Gewiß hat die autonome Antifa einmal anders angefangen. In strikter Abgrenzung zum DKP-inspirierten Traditionsantifaschismus ging sie die Sache radikaler an. Das drückte sich in der Bereitschaft zum handfesten Angriff auf Nazi-Strukturen genauso aus wie in einer brachialen Rhetorik. Darin war nichts vom Auftrag des Grundgesetzes zu vernehmen, dafür umso mehr von rasanter Faschisierung und der dringend gebotenen revolutionären Notwehr gegen die Übergriffe des („faschistischen") Staates und seiner Repressionsor-

gane. In der Sache kam sie jedoch nie über eine „Analyse" hinaus, die am Kapitalismus seine Monopolisierungstendenzen bemängelte und Faschisierung als Präventivprogramm gegen Aufstandstendenzen der Massen begriff. Womit ihr Antifaschismus bis hin zum darin angelegten Bündnis mit den Massen mit dem demokratischen Programm der DKP größtmögliche Gemeinsamkeiten hatte.

Das praktische Bedürfnis nach effektivem Angriff auf Nazinester ließ die in autonomen Kreisen immer wieder aufflammende Organisationsdebatte zu einem Dauerbrenner werden, doch setzte sich das autonome Selbstverständnis klandestiner „Zusammenhänge" immer wieder durch. Das jetzt zu beobachtende unmittelbare Anknüpfen am kommunistischen Parteikonzept ist das Ergebnis des völligen Wegbrechens jedes bewegungspolitischen Ansatzes außerhalb der Antifa nach 1989, verbunden mit der gewachsenen Attraktivität traditioneller ML-Positionen nach dem Untergang der DDR, mit deren Staatsantifaschismus man sich früher auf gut westdeutsch nie gemein machen wollte.

Solang die Mörder leben auf der Welt

Die Ehrung der Toten geht einher mit dem trotzigen Durchhaltewillen, wie er sich in Ernst Buschs Nachkriegssong „Solang die Mörder leben auf der Welt" ausdrückt, in dem die Seelen der ermordeten Kommunisten als Rauch aus dem Kreamtorium mahnend über dem Land liegen, solange nicht mit den Mördern und ihren Nachfolgern abgerechnet wird.

Die Ernst-Busch-Fan-Gemeinde ist vor der Botschaft dieses Lieds zwar erschauert, hat aber keine Rückschlüsse auf das Land der Mörder gemacht. Im Einverständnis mit dem Sänger wußte sie zu unterscheiden zwischen wirklichen Mördern (Nazifunktionären, Industriemagnaten, Junker und KZ-Wächter) und unfreiwilligen, die man als Mitläufer oder Verhetzte einstufte und zu erziehen gedachte. Dabei wußten gerade Kommunisten der Generation Ernst Buschs, daß sie sich etwas vorlogen.

Liebknecht und Luxemburg hatten noch einigen Grund, von der Verhetzung des Proletariats durch seine Führung auszugehen. Das bestätigten nicht erst die Ereignisse von 1918/19 sondern schon der 1. Mai 1916 in Berlin und zahlreiche andere Bekundungen mangelnden Patriotismus. Ihre Reduzierung der Mörder auf eine Herrschaftsclique und ihre willfährigen Mordgesellen offenbarte wenigstens einen Teil der Wahrheit. Buschs Lied steht für die Übereinkunft der Kommunisten, die Cliquentheorie von 1914 über 1933 hinaus zu verlängern. Es bleibt beim Hauptfeind im eigenen Land und schweigt von der Volksgemeinschaft.

Die pathetische Anklage, daß immer noch Nazimörder auf der Welt lebten, nicht in die evidente Wahrheit „wir leben in einer Welt von Mördern" umkehren zu können, macht auch den Fixpunkt einer Rächerhaltung an den angeblich wenigen unmittelbar Schuldigen aus. Nie wirklich mit den Verhältnissen aufgeräumt zu haben, die Auschwitz und Dachau bedingten, ging einher mit dem Weißwaschen der eigenen Klientel und führte zur um so haßerfüllteren Anklage gegen jene führenden Nazis, derer man nicht habhaft wurde.

Daß die Reihe der Märtyrer mit Liebknecht und Luxemburg eröffnet wird, ist konsequenter Ausdruck eines fatalen Geschichtsbildes. Die Volksgemeinschaft, die im Faschismus aufging, begann sich im Januar 1919 erst herauszubilden. Liebknechts und Luxemburgs Ermordung erfolgte mithin tatsächlich eher auf Geheiß einer Clique und war nicht durch die begeisterte Zustimmung des ganzen Volkes gedeckt. Die Januarmorde von 1919 begangen von den Killern einer siegreichen Konterrevolution gleichzusetzen mit dem Mordprogramm ab 1933, macht die eigentliche Geschichtsverzerrung aus. Man darf nicht zugeben, daß die Niederlage von 1933 eine totale war und von der revolutionären Arbeiterklasse danach noch weniger übrig geblieben war als von den kommunistischen Kadern. Der Rosa-und-Karl-Kult nach 1945 dient dazu, den Gleichschritt aller Deutschen ab 1933 beim Vernichtungsfeldzug nicht nur gegen aktive Kommunisten vergessen zu machen und so die „dialektische" Legende vom Proletariat und seiner Avantgarde aufrecht zu erhalten.

Mit der justizförmigen Schuldzuweisung an bestimmte Verantwortliche (die in jedem Fall auch verantwortlich waren), präsentierte sich der staatgewordene Antifaschismus als Vollstrecker der Gerechtigkeit. Ein Antifaschismus, der in der bloßen Personaliserung des Schreckens sein „Nie wieder!" ertönen ließ und als Bollwerk Staat und Partei vorwies, deren Personal oft nur durch einen Zufall überlebt hat. Hinter der personellen Integrität des Antifaschismus schlummert seine objektive Komplizenschaft mit dem Unheil. Je schmutziger die Kumpanei mit Volk und Nation wurde, desto herrlicher erschienen die Märtyrer und ihre Organisation, welche die Wiederkehr des Schreckens zu verhindern sich verpflichtete.

Der Auftrag

„Die Toten bleiben jung" betitelte Anna Seghers ihre 1949 erschienene antifaschistische Partei- und Familiensaga, die unversehens zur Volksdichtung geriet. Darin geistert einer, der schon auf den ersten Seiten ermordet wird, als Ahnherr eines Heldengeschlechts mahnend und beflügelnd durch die Kämpfe seiner Nachfolger. Vorgestellt als klassenbewußter Arbeiter und Kampfgefährte von Luxemburg und Liebknecht und wie jene im Januar 1919 ermordet, pflanzt er seinen Klassenauftrag, eine ominöse Mischung aus Geschichts- und Naturmetaphysik, per Sperma noch rechtzeitig in den Leib der Geliebten. Sein Sohn erfährt erst spät die Wahrheit über seinen Erzeuger, das Blut aber ist stärker und treibt ihn in die Front der Klasse, für die er im Kampf gegen die Nazis natürlich heldenhaft umkommt, nicht ohne zuvor einer Frau sich schwängernd mitgeteilt zu haben, so einen Nachwuchs heraufbeschwörend, der dann endlich in Blut und Auftrag die Saat der Toten aufgehen lassen wird.

In Seghers' Roman wird mustergültig erzählt, was Antifaschismus bis heute noch ausmacht. Der Kampf gegen die Konterrevolution 1919 als Beginn jener langanhaltenden Geschichte der Kämpfe, die gegen Freikorps, dann gegen die Hitlerfaschisten und schließlich quasi verlängert gegen den BRD-Imperialismus, der sich seinerseits wieder auf unmittelbaren Terror zu stützen gezwungen sieht (zum Beispiel in Form von Industriespionage und Sabotage zum Nachteil der DDR, wie Seghers in ihren späten Romanen „Das Versprechen" und „Das Vertrauen" zu berichten weiß). Die Niederlage 1919 entsprang danach dem Verrat der mehrheitssozialdemokratischen Führung und dem Terror der herrschenden Klasse, die sich beide der Freikorps bedienten. Der Faschismus war schließlich eine Folge dieser die Niederlage bedingenden Spaltung. Doch Anna Seghers' literarischer Aufguß parteikommunistischer Geschichtsschreibung und Heilserwartung ist eine biologische Konstante eingeschrieben und das nicht zufällig.

Die Ernennung eines Bevölkerungsteils zur qua sozialer Stellung mit Notwendigkeit zur revolutionären Vollendung der Geschichte berufenen Klasse, war schon vor dem ersten Weltkrieg Überzeugung jener Sozialdemokraten, die an der revolutionären Übernahme der Staatsmacht

durch das Proletariat festhielten. Der Einbruch 1914 hat sie gezwungen, ihre Überzeugung mit Glauben zu festigen. Meinten der alte Engels und seine jüngeren Zeitgenossen noch, die Richtigkeit ihrer Überzeugung an den deutschen Wahlergebnissen ablesen zu können, verwiesen Spätere auf die Zunahme des Bevölkerungsanteils, der kraft sozialer Stellung entweder direkt zum Proletariat gehörte oder doch verdammt war, in ihm aufzugehen. Die bittere Erfahrung, daß das Bewußtsein der Klasse dieser Verheißung immer weiter hinterherhinkte, hatte keine Analyse der wirklichen Gründe der Niederlagen 1919ff zur Folge – wenn man einige Erwägungen in „Geschichte und Klassenbewußtsein" (Lukacs) mal beiseite läßt. Es galt einfach mehr Arbeit am Bewußtsein zu leisten, es wachzurütteln etc., was vorwiegend durch Organisation und Agitation zu leisten war. Die sich strukturell militarisierende und gleichzeitig bürokratisierende Kaderpartei war die Antwort auf die unbegriffene Unzuverlässigkeit der Massen. Ihre besten Kämpfer, zu Helden stilisierte Führer wie Liebknecht und Luxemburg und unbekannte wie Anna Seghers' Romanheld, wurden zu Staffetenläufern verklärt, die den Auftrag, den sie durch ihren Märtyrertod noch adelten an ähnlich verantwortungsbewußte Genossen weitergaben. Die traumatisierende Erfahrung der politischen Unzuverlässigkeit der Klasse, selbst großer Teile der Kader, mußte die Standhaften umso mehr auf die moralischen Qualitäten der Unbeirrbaren fixieren. Die besondere Eigenschaft, die deren Durchhalten ermöglichte, schien von ebenso besonderem Stoff zu sein, und nichts ist dicker als Blut. Blut in der doppelten Bedeutung des Wortes: als Chiffre für Vererbung und vergossen als Zeugnis größten Heldenmuts bis in den Tod. So wurde das „vererbte" Blut zum Beweis des Führungsanspruchs der SED-Kader, die sich nicht zufällig auf den Luxemburg-Mitstreiter aus dem zweiten Glied Wilhelm Pieck einiges einbildete. Noch Honecker hat in seiner Autobiographie stolz auf den Vater hingewiesen, der zu den Gründungsmitgliedern der saarländischen KP gehörte. Das vergossene Blut wiederum war Beweis des moralischen Anspruchs auf die Führung, um die Linie der Toten fortzusetzen.

So bleiben die Toten jung, und die ganz Jungen schmieden heute mit den Uralten ihr Bündnis, wenn Emil Carlebach und Fritz Teppich als moralischer Unterpfand ihres Antifaschismus auf die Bühne geholt werden. Es waren nie allein Anerkennung oder etwa Rührung über den Mut der Alten, die so viele Zuhörer bescherten. Es ist der gespenstische Gleichklang in ideologischen Fragen, der kaum 20-jährige heute von allem Zweifel unbeeindruckt die Partei- und Kampfprogramme der KPD aus den letzten Jahren vor 1933 studieren und Ungeheuerlichkeiten wie die Organisationsdebatten der Antifa M in Göttingen oder AABO vom Zaum brechen läßt.

Die revolutionäre Organisation, die je nach Konjunktur stärker als Wahlverein oder als klandestiner Kampfverband in Erscheinung tritt, wird endgültig zum Fetisch, wo die Marginalisierung den Massenkämpfern evident wird und der reale Mißerfolg durch die Selbstbespiegelung als auserwähltes Mitglied eines zu höherem berufenen Kollektiv ausgeglichen wird. Aus Heinz Keßler, von dem man nur sagen kann, daß er als Verteidigungsminister der DDR weder gegen deutsches noch internationales Recht verstoßen hat, wird ein Märtyrer der Revolution gemacht, und auch die junge Antifa hat ihre authentischen Helden. So wurde zum Beispiel in Göttingen eine junge Frau namens Conny, deren Unfall-Tod aufs Konto der Polizei geht, nicht etwa betrauert, wie es sich für eine Freundin gehört hätte, sondern die Tote schon am Tag nach ihrem Ableben zur Genossin und szeneeigenen Rosa Luxemburg zurechtstilisiert.

Das Erbe der Partei

Die Erhöhung ihres tatsächlichen Kampfes gegen die Nationalsozialisten zur Theorie des Antifaschismus durch die revolutionäre Arbeiterbewegung geschah nicht nur rein pragmatisch. Zwar war sie nach dem 30. Januar 33 auf antifaschistische Kooperation mit Nicht-Kommunisten angewiesen. Der Versuch einer antifaschistischen Erziehung der Deutschen war indes die Verlängerung einer Nationalisierung des deutschen Kommunismus, die spätestens mit der Übernahme der Führung durch Ernst Thälmann die Linie der Partei, wenn auch nicht sofort das Gros ihrer Mitglieder, prägte. Die nationale Linie, die schließlich im Antifaschismus kulminierte, brachte den eminenten Vorteil eines praktischen und ideologischen Terraingewinns mit sich, der mit der Klassenkampfprogrammatik früherer Jahre nicht zu haben gewesen wäre. Damit ist die KPD in die größte Falle, die nichts destotrotz in ihrer eigenen Geschichte angelegt war, hineingetappt. Eine Falle, die ihr mehr noch als die physische Vernichtung ihrer erfahrensten Kader endgültig das Kreuz gebrochen hat. Kraft des gewaltigen Opfers (so nannte sie die 50.000 ermordeten Kommunisten selbst) einzige wirklich organisierte deutsche Gegnerin der Nazis, beanspruchte sie ein besonderes Anrecht auf Führung in einem antifaschistischen Bündnisprojekt. Das geriet unter ihrem Einfluß angesichts der tatsächlichen Marginalität des kommunistischen Gedankens notwendig zu einer ebenso beachtlichen Volksweißwäscherei wie die in den Westzonen betriebene Persilscheinpraxis.

Nach 1945 etablierte die DDR drüben die antifaschistische Demokratie, die ihre Versuche, ein sozialistisches Deutschland zu schaffen immer mit einem Geschichtsauftrag an das ganze deutsche Volk legitimierte, also immer nur um der besseren Gemeinschaft willen antrat; und hüben die antifaschistischen Mahner vor Aufrüstung und autoritärem Staat, die sich mit den Herrschenden um den wahren Auftrag des Grundgesetzes balgten. Beide Varianten bedurften des Verweises auf die faschistische Barbarei, um Verhältnisse herzustellen und zu stabilisieren, die weit entfernt von der Überwindung dessen waren, was den deutschen Faschismus einmal ermöglicht hatte. Beide begnügten sich mit dem warnenden Hinweis auf die immer noch nicht gänzlich beseitigte Gefahr des Faschismus und machten dabei genau das stark, was ihn erst ermöglichte, das Produktivitätskollektiv Staatsvolk. Während die DDR das Volk zunächst umerziehen wollte und schließlich einfach die Geschichte umdichtete, um das Volk auf ihre Seite zu ziehen, machte der westdeutsche Antifaschismus in Friedensbewegung (erst gegen die Wiederaufrüstung dann gegen Atomwaffen) und Demokratiemahner und trug dadurch erheblich zur Modernisierung eines postfaschistischen Modells bei, das tatsächlich keiner Nazis in der Art der Hitlerfaschisten mehr bedurfte.

Antifaschismus und soziale Frage

Hatte die KPD vor 1933 mit einem übermächtigen Feind zu tun, den sie in der Hoffnung verharmloste, ihm Teile der Klientel abspenstig zu machen, so wehrt sich die Antifa heute gegen einen Feind, der wieder jenseits der Masse in einigen hundert Exemplaren der Gattung organisierter Faschisten ausgemacht wird. Sie fandet nach braunen Netzwerken, wo die Massen zum offenen Pogrom schreiten wie in Rostock. Eine Demonstration gegen Nazizentren wie in Wurzen ist willkommener Anlaß, dem Staat grundsätzlich Pakkelei mit der braunen Brut zu unterstellen. In Rechtsradikaler oder neofaschistischer Gesinnung und Handlungsbereitschaft erkennt der zünftige Antifa die Praxis straff organisierter Gruppen, die ähnlich verschwörerisch agieren wie Staat und Kapi-

tal, die er sich auch nur als verbrecherische Geheimbünde zur Knechtung und Ausbeutung des Volkes vorstellen kann. Die offensichtliche Identifikation weiter Kreise der Bevölkerung von Wurzen, Grevesmühlen, Fürstenwalde etc. etc. mit ihrer aktivistischen Jugend, die in der Regel keine von außen gesteuerte Anleitung für ihre deutschen Überzeugungen benötigen, darf ihr nicht zum Hauptmerk des Interesses werden, will sie nicht ihre Unterscheidung von Auftraggebern, Verführern und Verführten aufgeben. So wie die KPD nicht verstand, daß die Nazipartei die Mehrheitsstimmung im Land repräsentierte und daß ihre eigene Programmatik diese eher begünstigte denn bekämpfte, glauben heutige Antifas, daß die aktiven Nazis durch antifaschistische Agitation von der Bevölkerungsmehrheit zu trennen seien. Die Bevölkerungsmehrheit 1996 unterscheidet sich aber wesentlich von der von 1933 nur dadurch, daß ihre völkische Gesinnung nicht auf die Errichtung eines faschistischen Staates gerichtet ist, weil es dessen längst nicht mehr bedarf. Gleichwohl erkennt sie, daß der staatliche Wille zur Errichtung von mehr Volksgemeinschaft durchaus Basis-Impulsen gegenüber empfänglich ist. Die Mehrheit artikuliert die ihr eigene Mischung aus Mitmachbereitschaft für einen erfolgreichen deutschen Weg nach innen und außen und Totschlagsbereitschaft gegen portugiesische Bauarbeiter und andere Schädlinge als soziale Frage. Hatte die KPD den Nazis attestiert, daß die geschickt die soziale Frage als eine nationale ausgaben, während man selber in dieser Disziplin Defizite hatte, verkennt die heutige Antifa, daß spätestens seit dem Triumph der Nazis die soziale als eine nationale Frage gestellt wird und versucht sich in der Inszenierung und Majorisierung von Massenprotest gegen das Bonner Spardiktat.

Damit endet das kommunistische Zwischenspiel wieder bei seiner sozialdemokratischen Wurzel. Wenn heute unter der Führung des Arbeiterführers Blüm die sozialdemokratische Solidargemeinschaft enger gegen die Bedrohung der völligen Deregulierung zusammenrückt, dann wird keine radikale Linke der Gefährlichkeit solcher Abwehrkämpfe etwas entgegensetzen. Stattdessen wird aus der grassierenden sozialen Misere der Schluß gezogen, nun müsse und könne man links von der Blüm-Linie radikalen Massenprotest gegen die Bonner Sparpolitik organisieren. Selbst wenn dies gelänge, der solchen Bestrebungen notwendig eingeschriebene Ruf nach dem Staat als Garanten sozialer Alimentierung wird sich eben als der Ruf deutscher Staatsbürger an Deutschland gerieren.

Der Antifaschismus und Franz Schandl

Das garantiert pluralistische Zentralorgan für den Mainstream links von der PDS-Mehrheitsströmung, die „junge Welt", exerziert vor, warum die Linke vom Antifaschismus und seinen massenfreundlichen Verheißungen nicht lassen kann. Natürlich verfiel ihr Ost-Experte Holger Becker im Sommer 1996 am Ende eines Kommentars über die Umtriebe der braunen Jugend auf Mecklenburgischen Campingplätzen in die Klage über geschlossene Jugendzentren und hohe Jugendarbeitslosigkeit. Warum sie aus ihrer unbestrittenen Misere nicht auf andere Umtriebe kommen, etwa zusammen mit Asylbewerbern den Supermarkt plündern, statt denselben gegen die ausländische Gefahr zu schützen, wäre die richtige Fragestellung gewesen, der er geflissentlich auswich.

Auch ein Debatten-Versuch in der „JW" über die Perspektiven des Antifaschismus nach der Wurzen-Demo im Dezember ließ die Probleme nur schwach aufblitzen. Daß der Antikapitalismus der Antifa einer ist, der den Feind im Finanzkapital sieht und deshalb der einzige Stein nicht zufällig gegen die Dresdner Bank geworfen wurde, hat Jürgen Elsässer, der den Streit eröffnet hatte, gesehen. Er warf den Antifas die bräsige Bravheit ihres Umzugs vor und beklagte die mangelnde Militanz gegen die richtigen Objekte. Sein Aufruf nach einer besseren Antifa mußte jedoch genauso ins Leere gehen wie der Versuch, der PDS oder ihrer kommunistischen Plattform eine antideutsche Ausrichtung anzuempfehlen. Das Übel in den „Browntowns" ist wirklich nur handgreiflich zu bekämpfen. Aber das wäre trotzdem kein Angriff gegen den Neo- oder sonstigen Faschismus, sondern Ausdruck des Kampfes gegen eine Spielart der allgemeinen deutschen Verhältnisse.

Den Abschluß des „JW"-Disputs machte ein Kommunist, der teilweise richtig zu argumentieren schien: „Wer in den Faschisten eine Hauptgefahr wahrnimmt, kann die wirklichen Elementarprozesse des demokratischen Auseinanderbrechens und der barbarischen Zersetzung bürgerlicher Formprinzipien nicht mehr richtig deuten und bewerten. Somit die wirklichen Gefahren, die von der Mitte der Gesellschaft ausgehen, demnach gerade von Marktwirtschaft und Freiheit, Geld und Demokratie herrühren, nicht mehr adäquat erfassen. Das alles ist grauslich, hat aber mit Faschismus nichts zu tun." Diesen Sätzen Franz Schandls (jW, 19.12.96), der seine Einsichten aus den Glaubensbekenntnissen der österreichischen KPÖ und der Wertkritik der Nürnberger Zeitschrift „krisis" zusammengebraut hat, wäre beizupflichten, wenn sie nicht zur Legitimierung der Haltung der neuen deutschen Jugend dienten: „Die Getretenen treten zurück, da sie aber – und dies sei unwidersprochen – in die falsche Richtung treten, ist in Elsässers Folgerung noch mehr auf sie einzutreten, anstatt ernsthaft die Bedingungen zu diskutieren, wie sie sich aus diesem fatalen Kreislauf lösen könnten. Dieser und die ihr zugrunde liegende Logik der Kapitalverwertung müssen also zum fundamentalen Kritikpunkt werden, nicht die braunen Umtriebe." Wo der Wertkritiker, ganz in der Tradition der Nürnberger Schule, die Wurzel des Übel in Demokratie und Marktwirtschaft ausmacht (ohne freilich zu Staats- und Ideologiekritik auch nur im mindesten befähigt zu sein), ist ihm beizupflichten. Wenn er aber schon ein paar Sätze vorher das „Grausliche" zum bedauerlichen, aber korrigierbaren Fehlverhalten zurechtstilisiert, dem er immerhin die sympathische Qualität des „Zurücktretens" attestiert, landet er genau dort, wo mit anderem theoretischen Hintergrund die KPD ihr Programm zur sozialen und nationalen Befreiung formulierte. Und wenn er auch mit einigem Recht eine sehr grob geschnitzte antideutsche Haltung lächerlich macht, die das Schlagwort „Kraft der Negation" zu hilflosem Bekennertum mißbraucht und kraftmeierisch zum handfesten Widerstand gegen die gesamte Bevölkerung aufruft, wieviel falscher und vor allem wie perfide ist sein Eintreten für die Täter, die pathetisch als „Getretene" firmieren und nur der Erlösung aus dem fatalen Kreislauf der Gewalt harren. Wenn Schandl eine nicht näher ausgeführte „emanzipatorischen Praxis" empfiehlt, in der Antifaschismus keine Rolle habe, lernen wir zweierlei. Erstens daß er notwendig in der Volksgesundbetung via sozialer Frage angekommen ist und zweitens, daß unter dem Markenzeichen Wertkritik der gleiche Unsinn verkauft werden kann, wie unter dem des Antifaschismus.

Man kann das Erbe der ewig jungen Toten schließlich nennen wie man will, Verpflichtung zum „antifaschistischen Kampf" oder etwas feiner zu „emanzipatorischer Praxis", solange die willigen Vollstrecker, verständnisvoll als Getretene aus der Schußlinie genommen und nicht als freiwillige Mitglieder des „Nationalvereins freies Deutschland" kritisiert werden, wird die Stafette des Auftrags fürs falsche Programm weitergegeben werden.

Justus Wertmüller

Rosa Luxemburg und die Demokratie – über einen linken Mythos

I. Rosa Luxemburgs Staatsauffassung

Rosa Luxemburg bereicherte die sozialistische Staatsauffassung um eine moralische Note. Als Sozialdemokratin stand sie in der Tradition der französischen Revolution und war in die russische Revolution involviert, die russische, die im Unterschied zur französischen von einer sozialistischen Bewegung durchgeführt wurde. Zeit ihres Lebens trat sie für einen bewaffneten Aufstand und die Übernahme der Staatsmacht durch das Proletariat ein. Eine Kritik der Arbeiterbewegung, ihres Verhaltens zum Staat und ihres Scheiterns muß Rosa Luxemburg mit einschließen.

Die zwei fundamentalen Fehler der Arbeiterbewegung bestanden in einer unzureichenden Kapitalkritik, die zwar vom Kapital redete, aber die Zirkulationssphäre meinte, sowie einer völligen Fehleinschätzung des Verhältnisses von Fabrik, Markt und Staat. Auf letzteres werde ich näher eingehen.

Die Diskussion über Demokratie schließt den Staat immer schon selbstverständlich mit ein und zielt auf die Verwaltung von Herrschaft. Der historische Inhalt der Demokratie-Frage ist die Versöhnung zwischen Kapital und Arbeit, vermittelt über den Staat. Im Kaiserreich fand er seinen Ausdruck in der Bewegung für die Abschaffung des Zensuswahlrechts und der Forderung nach einer Eigentumsgarantie für die Ware Arbeitskraft.

Das allgemeine Wahlrecht und die freie gewerkschaftliche Betätigung, nicht die soziale Revolution waren die Hauptsorgen der deutschen Arbeiter. Der Bedürfnislage der Arbeiter korrespondierte auf Seiten der Sozialdemokratie, daß 12 Jahre Sozialistengesetze eine Funktionärsbürokratie hervorgebracht hatten, die mit einer sozialen Umwälzung nichts mehr im Sinn hatte. Hinzu kommt, daß, ungleich mehr als die Marxsche Theorie, Lassalles Ideen die sozialdemokratischen Aktivitäten während des Kaiserreiches prägten. Bei Lassalle verkörpert der Staat das sittliche allgemeine Interesse. Der Arbeiterbewegung fällt die Aufgabe zu, durch das allgemeine Wahlrecht, die Verstaatlichung der Eisenbahnen und schließlich den Staatssozialismus, die „wahre Demokratie", den „freien Volksstaat" herbeizuführen. Ab 1877 waren diese Forderungen die Essenz des sozialdemokratischen Programms. Spätestens das von Rosa Luxemburg verteidigte Erfurter Programm von 1890 verlangte vor allem die Demokratisierung des Staates und besiegelte damit Lassalles Sieg über Marx. Eine eigenständige Rezeption der Marxschen Theorie fand in der deutschen Arbeiterbewegung hingegen nicht statt. So wurde die deutsche Sozialdemokratie – Rosa Luxemburg eingeschlossen – zu dem, was sie schon immer war: zu einer lassalleanischen Bewegung. Luxemburgs Emanzipationsvorstellungen waren noch mehr als die ihrer Genossen in den Formen der bürgerlichen Gesellschaft und ihres Staates befangen.

> Dieser Beitrag wurde als Referat auf der Tagung „Zur Aktualität Rosa Luxemburgs 80 Jahre später" am 11.1.97 in der Humboldt Universität Berlin gehalten und bereits gekürzt in der Tageszeitung „junge Welt" veröffentlicht.

Nach ihrem organisatorischen Bruch mit der Partei – den inhaltlichen hat sie nie vollzogen – beschwor Rosa Luxemburg auf dem Gründungsparteitag der KPD das kommunistische Manifest von 1848 als neues revolutionäres Programm. Statt mit der bürgerlichen Gesellschaft radikal zu brechen, hielt sie das Proletariat darin gefangen und verdonnerte es dazu, die sogenannten demokratischen Aufgaben zu lösen, wozu sich das Bürgertum 1848 als unfähig erwiesen habe. Daß Demokratie nur eine kapitalfunktionale Form staatlicher Organisation darstellt, interessierte Luxemburg dabei wenig bzw. wurde von ihr nicht durchschaut. Darin liegt ihre historische Beschränktheit und der Grund, warum sie für die Emanzipation aus der heutigen Vergesellschaftung wenig zu bieten hat.

Ihr oft moralisch begründetes Eintreten für demokratische Freiheiten bestimmt ihre heutige Rezeption, die ihr dennoch in keinem Punkt gerecht wird. Ganz in diesem Sinne überschrieb die Modezeitschrift „Vogue" 1993 ein Bild von ihr: „Kühne Schmerzensmutter der Linken". Vielleicht wäre dies ein passender Veranstaltungstitel gewesen.

II. Rosa Luxemburgs falscher Nachruhm

beruht auf der These, daß die Sozialdemokratie 1914 ihre sozialistischen Ideale verraten habe, während sie, Luxemburg, ihnen treu geblieben sei. Beides ist falsch. Der deutsche Kaiser hatte sich den Burgfrieden dadurch erkauft, daß er für die Zeit nach dem Krieg das allgemeine Wahlrecht versprochen hatte. Lassalles Forderung, daß die Allgemeinheit den Staat anerkennen und in ihm sich wiederfinden solle, hatte gesiegt: die Lassalleaner waren durch den Krieg zufriedengestellt, während Luxemburg in der Billigung der Kriegskredite einen Verrat des Erfurter Programms erblickte. Dabei verschmolz schon im Erfurter Programm die Klassen- mit der Volksbewegung: Minimal- und Maximalprogramm waren de facto bereits fein säuberlich getrennt, und die Durchsetzung demokratischer Freiheiten sollte das Proletariat übernehmen. Kautskys dazugehöriger Kommentar sah den Sozialismus als großen Betrieb, der sich dem Staat unterzuordnen habe. Das Görlitzer Programm von 1921 besiegelte dann endlich die ausschließliche Fixierung auf die institutionelle Macht.

Rosa Luxemburg erkannte bis 1914 die SPD als Vertreterin der Demokratie und der Arbeiterbewegung an. Die Beteiligung der Sozialisten am 1. Weltkrieg bedeutete für sie den Bruch mit der Partei. Ihre Kritik am Chauvinismus der SPD blieb, obgleich berechtigt, völlig unzulänglich, denn es handelte sich dabei nicht um Verrat, sondern der Chauvinismus entsprang der Logik sozialdemokratischer Politik, der sie sich ansonsten weiter verpflichtet fühlte. Rosas rosarote Demokratie war identisch mit dem Begriff des Arbeiterstaates und blieb, wenn auch eine radikale, so doch eine der bürgerlichen Gesellschaft immanente Revolutionsvorstellung. Luxemburg unterschied sich von der Sozialdemokratie der Zeit weniger in ihren Zielvorstellungen als in den anzuwendenden Mitteln.

In der Revisionismusdebatte hielt sie an einem bewaffneten Aufstand fest. In ihrer Rede zum Programm der KPD kritisierte sie das Vorwort von Engels zu den „Klassenkämpfen in Frankreich“, weil er den revolutionären Straßenkampf durch die parlamentarische Aktion ersetzen wolle.

Im Gegensatz zu den heutigen Luxemburg-Freunden ging es der Revolutionärin nicht darum, dem Parlament so zuzusetzen, daß es hin und wieder gewillt ist, einige Reformen zuzugestehen – obgleich sie nichts gegen Reformen einzuwenden hatte – sondern, – es kann in diesem Rahmen nicht oft genug betont werden – um eine andere Form der Vergesellschaftung, die durch einen gewalttätigen Sturz der bisherigen eingeleitet werden, aber weder das Lohnarbeitsverhältnis noch den Staat abschaffen sollte.

Wie allen damaligen Revolutionären gelang es auch Rosa Luxemburg nicht, das Verhältnis der proletarischen Revolution zur bürgerlichen zu klären. Die Spanne der dazu vertretenen Positionen reichte von Kautskys Evolutionstheorie bis zur blanquistischen Variante der Bolschewiki. Ziel war, daß jede Köchin den Staat verwalten könne, nicht seine Aufhebung. Luxemburg setzte dazu mehr auf den revolutionären Willen, Lenin mehr auf die Partei – beide erstrebten die Eroberung der Staatsmacht sowie die Kontrolle, nicht die Abschaffung der kapitalistischen Ökonomie. In der deutschen Sozialdemokratie existierten dazu drei Strategien: Die Rechte, angeführt von Bernstein, suchte das Bündnis mit dem Bürgertum; Bebel und Kautsky warteten auf eine friedliche Evolution zum Staatssozialismus, während Luxemburg den Massenstreik zur Förderung der Demokratie einsetzen wollte. In ihrem bornierten Zweck liegt die historische Grenze der Arbeiterbewegung, Rosa Luxemburg eingeschlossen.

III. Rosa Luxemburgs Rolle in der Revolution von 1918

Bis zu ihrem Tod strebte Luxemburg eine bürgerliche Revolution mit proletarischen Mitteln an: die Frage, wie der Staat demokratisch zu organisieren sei, war für sie eine entscheidende. Das Proletariat sollte die Versprechen der bürgerlichen Aufklärung endlich einlösen. Dabei fiel sie nicht nur hinter Marx zurück, der genau dies einmal als „Albernheit“ der Sozialisten verspottet hatte. Selbst ein Vertreter der damaligen Soziologie, Robert Michels, erkannte, daß bei der „Demokratisierung des Staates“ nur der Kapellmeister wechselt, die Musik aber die gleiche bleibt.

Luxemburgs Festlegung auf die Nationalversammlung als Organisator der Revolution war aus heutiger Sicht konterrevolutionär, ist aber vor ihrem theoretischen Hintergrund konsequent. Dabei befand sie sich in ihrer Organisation zunächst in der Minderheit, denn als der Spartakusbund 1918 die Nationalversammlung boykottierte und auf die Arbeiter- bzw. vor allem auf die Soldatenräte setzte, wollte die erste Spartakistin sich zuerst noch an der Konstituante beteiligen, bevor sie ihre Position änderte und noch kurz vor ihrer Ermordung die Räte als höchste Form der Demokratie anerkannte.

Der Spartakusbund trat mehrheitlich für die Räte ein und gestand allein den Arbeitern und Soldaten das Wahlrecht zu, anders als in der Pariser Kommune, wo es alle Bürger wahrnehmen konnten. Für Luxemburg und den Spartakusbund war es also offenbar kein Widerspruch, für konsequente Demokratie einzutreten und die Einschränkung von Demokratie im klassischen Sinne zu befürworten.

Daraus ergibt sich vor allem, daß sich bei Rosa Luxemburg nichts von jenem Demokratie-Begriff findet, den man ihr so gerne andichtet. Demokratie – darin ging sie mit den Sozialisten ihrer Zeit unbedingt konform – war für sie eine Klassenfrage. Danach benötigt das Proletariat Demokratie bzw. demokratische Rechte als Mittel, um sich zu emanzipieren und zu herrschen, d.h. die Diktatur des Proletariats auszuüben. Genauso wie Demokratie ein Mittel zur menschlichen bzw. proletarischen Emanziption sein kann, so kann sie auch ihre Negation, nämlich die vorübergehende Entrechtung der Feinde der Revolution bedeuten.

In ihrer Kritik an der Oktoberrevolution verteidigte Luxemburg die Diktatur des Proletariats, – bei ihr sozialistische Demokratie genannt – gegen eine Diktatur der Partei bzw. der Bürokratie. Sie beanspruchte einzig für die Arbeiterbewegung demokratische Rechte und beklagte keineswegs die fehlende Duma. Luxemburgs Kritik galt dem nicht eingehaltenen Versprechen der Bolschewiki, die Konstituante einzuberufen, die jene nach der Februarrevolution ständig gefordert hatten. Vehement lehnte sie die menschewistische Forderung nach einer bürgerlichen Revolution ab und kritisierte als Lenins Genossin den Ruf Kautskys nach Demokratie in Rußland als deutschen Kathedermarxismus. Luxemburg sah wie der Historiker Alfred Rosenberg in den Bolschewiki die eigentlichen Retter der Demokratie. Ihr Aufsatz über die russische Revolution entspricht eher einer Apologie einer idealen Revolution oder einem idealisierten Ablauf einer Revolution als einer grundlegenden Kritik der russischen. Der sowjetische Staatssozialismus hatte einige Gewaltmaßnahmen zur Voraussetzung, die

sie mit großer Selbstverständlichkeit akzeptierte.

Luxemburgs Kritik an den Bolschewiki in der Demokratiefrage speist sich also aus einer marginalen Differenz. Gerade jedoch weil sie mit ihnen die Grundannahme teilt, Sozialismus sei die Realisierung der „bloß formalen" Demokratie, Demokratie demzufolge ein hohles Gefäß, das sich mit bürgerlichen als auch proletarischen Inhalten füllen lasse – aus diesem Grund war Luxemburg zur Kritik der Herrschaftsform Demokratie so unfähig wie die Leninisten.

IV. Die Rezeption Rosa Luxemburgs

Auf Rosa Luxemburg wird eine Fülle von diffusen Vorstellungen projiziert, mit denen sie nie etwas gemein hatte. In den letzten Jahren wurde das gesamte Spektrum der Projektionen abgespult: die Feministin (die sie nie sein wollte), die Pazifistin (die sie nie war), die spontane Gefühlstante als Gegenpart zum eiskalten Machtpolitiker Lenin und neuerdings noch die jüdische Philosophin. Das beliebteste Stereotyp ist jedoch das von der „aufrechten Demokratin" Luxemburg, für das regelmäßig ihre Kritik der russischen Revolution herangezogen wird. Die Gründe dafür, daß man dem Gesamtwerk kaum Beachtung schenkt, sind vielfältiger Natur. Zum einen beziehen sich die Neuen Linken gerne auf Bruchstücke und Facetten der Arbeiterbewegung und der bürgerlichen Revolution, ohne ihren Gesamtanspruch zu begreifen und eine vernünftige Kritik daran zu formulieren. Dabei fallen sie weit hinter Rosa Luxemburg zurück. Vor 10 oder 20 Jahren hätte man diese Vorgehensweise noch schlicht Idealismus genannt.

Für die selektive Wahrnehmung sind zum anderen wohl auch linke Theoriefeindlichkeit und der Wille zur Politikfähigkeit verantwortlich. Der Versuch, bei Luxemburg einen unteilbaren, uneingeschränkt positiven Demokratie-Begriff zu finden, ist eine uralte Hilfskonstruktion, um langweilige Realpolitik durch revolutionäre Vorbilder, die sich in historisch völlig anderen Situationen befanden, zu legitimieren. Rosa Luxemburg wird dazu herangezogen, die Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft auf eine Kritik der ihr angeblich mangelnden Demokratie zu reduzieren. Eine solche Demokratie-Emphase ist nichts weiter als eine hohle, affirmative Phrase. Luxemburg, die für die Beglaubigung von solchem Demokratismus herhalten muß, erläuterte dagegen in ihrer Bernstein-Kritik immerhin, wie blödsinnig es ist, Demokratie von ihrer sozialen Grundlage zu lösen. Im traditionellen Duktus der Arbeiterbewegung entlarvt sie Bernstein, dessen Bekenntnis zur formalen Demokratie nichts anderes sei als die Aufgabe der sozialen Revolution. Zugegebenermaßen liegen die diversen mißglückten Interpretationen von Luxemburgs Demokratie-Verständnis auch in ihrer eigenen analytischen Unschärfe begründet. Gleichwohl darf nicht übersehen werden, daß Luxemburgs Überlegungen sich immer auf unwiederbringlich vergangene historische Situationen beziehen und deshalb heute so hinfällig sind wie die ganze Arbeiterbewegung.

Drittens schließlich ergibt die Tatsache, daß Luxemburgs Demokratie-Verständnis von ihrem übrigen Werk getrennt wird, aus der Konfusion sogenannter linker Diskussionen. Befragt man Linke danach, was sie denn unter Demokratie verstehen, würde man in etwa dieselbe Auskunft erhalten, wie der „Brockhaus" sie gibt: die parlamentarische Demokratie genauso wie die unvergessenen Volksdemokratien und die grauenhafte Basisdemokratie nach Art der „Grünen". Und auch beim Thema Sozialismus würde man diverse Antworten erhalten, die von utopischen Entwürfen bis hin zum Realsozialismus reichten. Mit allerlei Wunschträumen gehen die Linken hausieren, während ihre Kritik am Jetztzustand über ein allgemeines Gejammer über Sozialabbau und Ausländerhaß nicht hinausgeht. Eine Kritik von Kapital und Demokratie, die über die Arbeiterbewegung inklusive Rosa Luxemburg hinausginge, existiert nicht.

Rosa Luxemburg besaß eine eindeutige Sozialismusvorstellung, nämlich die der Arbeiterbewegung: eine soziale Revolution durch das Proletariat und seine Partei, die die Macht im Staate übernehmen, die Industrie verstaatlichen, Arbeiterkontrolle einführen und die vormals herrschende Klasse unterdrücken. Sie nannte das genau wie ihre Genossen Lenin und Liebknecht: Diktatur des Proletariats.

Die Person Rosa Luxemburg von der Arbeiterbewegung zu lösen ist falsch. Die historische Berechtigung dieser Bewegung hat mit dem Nationalsozialismus, spätestens aber 1989 aufgehört. Der Zusammenbruch des realen Sozialismus symbolisierte das Ende ihrer historischen Wahrheit und Wirksamkeit. Anstatt der grauen Realität der alten DDR nur nachzutrauern bzw. die verdienten Protagonisten der Arbeiterbewegung postmodern aufzupeppen, sollten wir ein für alle Mal einen Bruch mit dieser Tradition vollziehen, sonst gehören wir, ehe wir uns versehen, mit Steigerwald und der PDS zu ihrem Strandgut.

Elfriede Müller

Toten-Tango mit Rosa, Karl und Evita

Gedenken als höchstes Stadium der Gedankenlosigkeit

„Ein Ort des Bekenntnisses war die Gedenkstätte der Sozialisten schon immer. In DDR-Zeiten auch des unfreiwilligen Bekenntnisses zum eigenen Opportunismus. Nicht immer, aber häufig. Wer heute kommt, tut es freiwillig.“ Neues Deutschland 13.1.1997

Die Erinnerung an Vergangenes und an Verstorbene ist eine sehr subjektive Angelegenheit. Stellt sie für die unmittelbar an Ereignissen und Schicksalen beteiligt Gewesenen, für die mit den Toten in unmittelbarem Kontakt Gestandenen möglicherweise eine direkte Reproduktion der Vergangenheit dar, so kann sich der um Rekonstruktion des Geschehenen bemühte Dritte nicht ohne weiteres auf sie verlassen. Weiß er doch um die Existenz der mannigfaltigen Bedürfnisse und Interessen, die, meistens uneingestanden und unbewußt, dem Blick zurück seine höchst eigene Richtung weisen. Dies gilt sowohl für die individuelle wie für die kollektive Erinnerung. Erinnerungen sind vor allem Dokumente der Lebenden über ihr *eigenes* Leben. Um so mehr gilt dies, wenn die Erinnerung Ereignisse und Existenzen aus vergangenen, vor- und vorvorvergangenen Generationen betrifft – wenn also die Erinnerung schon lange im Zustand der manifesten Mythologisierung verharrt oder auf der Basis dieses Zustandes erst aktiviert wird.

Als Zeugnisse *eigener* Existenz der Erinnernden können gerade kollektive Erinnerungen behilflich sein, Aufschlüsse über den *nationalen Sozialcharakter* der Erinnernden zu ermöglichen. Zu diesem Zweck liefert beispielsweise *Die Zeit* in ihrer Beilage vom 10.1.97 eine wichtige Information aus Argentinien, die ungewöhnlich konkrete Erinnerung gewöhnlicher Menschen an Evita Perón betreffend. *„Ihre [Evitas] Schreibunterlage war berühmt, weil sie 50-Peso-Scheine darunter hervorzog und den Bittstellern in die Hand drückte.“* Obwohl sich heute nur noch mit Mühe der Tauschwert von 50 argentinischen Pesos der damaligen Zeit ermitteln läßt, fällt doch der materielle Gehalt dieser Unterklassen-Erinnerung auf: Das Idol realisiert einen zwar bescheidenen, jedoch realen Nutzen für zu ihm vordringende Glückliche. Mit der Erinnerung der Deutschen an Rosa Luxemburg – und diese Analogie ist nur fast so willkürlich wie der Inhalt von Erinnerungen – scheint es da völlig anders bestellt. Hier gedenkt man nicht der Wohltaten, die man selbst oder irgend welche Vorgänger von der einst noch Lebenden empfing, man schreitet nicht zum wiederholten Mal über die ausgetretenen Flure des Gedächtnisses hin zum gelungenen Moment, da man ausnahmsweise nicht der ewige Verlierer war, sondern als Auserwählter der Aura des kollektiven Idols teilhaftig wurde und obendrein noch einen Wochenlohn ohne Arbeit in die Hand gedrückt bekam. Wer in Deutschland Rosa Luxemburgs gedenkt, der verliert sich nicht in den Tiefen einer verklärten Vergangenheit, der *träumt vorwärts* von Kampf, Entbehrung und Verzicht in der Zukunft. In Deutschland gilt: *„Die Toten mahnen uns.“*

Rache für Rosa?

Doch halt, geht das nicht zu weit? Schließlich handelt es sich bei Rosa Luxemburg ebenso wie bei Karl Liebknecht und vielen anderen, derer gedacht werden soll, um *ermordete Revolutionäre*; es sind also offene Rechnungen aus der Vergangenheit noch zu begleichen. Schließlich handelt es sich bei ihnen auch um tatsächlich *vorbildliche Revolutionäre*. Wurden sie nicht ermordet, weil sie den Bruch mit Sozialdemokratie und deutscher Nation vollzogen (1), die Arbeiter als Klasse wieder in ihr revolutionäres Recht einsetzen wollten? Sind nicht vielleicht die januartrüben Friedhofsgänge, von denen hier die Rede ist, legitime Versuche, etwa im Sinne Walter Benjamins, sowohl den Haß wie den Opferwillen der Arbeiterklasse *„als die rächende Klasse“* neu zu entfachen? Wenn Benjamin wußte, daß beide großen Affekte *„sich an dem Bild der geknechteten Vorfahren, nicht am Ideal der befreiten Enkel [nähren]“*, warum sollten nicht auch die Initiatoren der Gedenkveranstaltungen sich diese Erkenntnis zueigen gemacht haben? Ja, aber warum müssen die Toten dann *mahnen*?

In der bürgerlichen Gesellschaft werden säumigen Schuldnern von ungeduldigen Gläubigern Mahnungen zugestellt. Undisziplinierte in ihren vielfältigen Erscheinungsweisen werden von zahlreichen dazu Berufenen zur Disziplin gemahnt, Schwache werden zum Durchhalten, Faule zum Arbeiten und Zweifelnde zum Glauben gemahnt. Die umfangreichste und wirkungsvollste Mahnung stellt gewiß das Strafgesetzbuch dar. In epischer Breite mahnt es die Bürger zur Vermeidung der in ihm als *Delikte* beschriebenen Handlungen. Ihre Wirksamkeit gewinnt diese Mahnung allerdings daraus, daß seine Verfasser vermittels der von ihnen angedrohten *und* praktizierten *Strafen* sicher sein können, daß es nicht bei mahnenden Worten bleibt, das Angemahnte also von den Gemahnten auch aktiv in konkretes Handeln umgesetzt wird. Der Staat garantiert durch seine Gewalt die Einhaltung von Verträgen und Gesetzen; seinen Bürger erscheint diese Einhaltung als Tugend, zu der sie eigentlich nicht gezwungen, sondern durch den Geist der Gesetze inspiriert, gemahnt werden brauchten. Die Affirmation eines vorgefundenen, die eigenen unmittelbaren Interessen (2) tangierenden Gewaltverhältnisses als tugendhafte Einrichtung kann als idealtypisches Beispiel für das Wirken von *Ideologie* im Sinne von *notwendig falschem Bewußtsein* gelten. Es ist falsches Bewußtsein aus *Notwendigkeit*, weil es mit seinen eigenen Mitteln nicht in der Lage ist, sich selbst zu begreifen und deshalb Vorgefundenes immer nur nach Maßgabe

einer unterstellten Funktionalität beurteilen kann.

Eine Mahnung ist also kein Mittel argumentativer Überredung. Ihre Überzeugungskraft gewinnt sie aus dem in der Kommunikation von Mahnern und Gemahnten stets anwesenden gewalttätigen Potential der Mahner. Wenn Tote mahnen, bedienen sie sich in der Regel des schlechten Gewissens, des Eindrucks von schuldhaften Versäumnissen und eigener Unzulänglichkeit seitens der Gemahnten. Weil Tote aber tot sind, bedürfen sie für ihre Mahnungen der stützenden Arme Lebender; solchermaßen geführt, leisten sie dann als Gespenster nützliche Dienste. Wohl jeder Staat verfügt über ganze Abteilungen dieser dienstbaren Schattenwesen, erlauben sie ihm doch, auf die ständige Auszahlung von 50 Pesos Handgeld für dokumentierte Gefolgschaft zugunsten eines ideellen Lohnes zu verzichten. Evita Peróns schlechter Ruf als Verschwenderin in der Galerie großer Staatslenker rührt auch aus ihrer plebejischen Unfähigkeit, subtilere Formen staatsbürgerlicher Loyalität als solche auf der Grundlage des schnöden Mammons zu ersinnen. Was allerdings nicht heißen soll, die Einführung eines argentinischen Totenkultes, also die inszenatorische Vorwegnahme des durch kollektive *automatische* Verklärung bewirkten Schicksals ihrer eigenen Leiche hätte daran etwas geändert. Im Gegenteil: Das Ausmaß der souveränen Fähigkeit eines Staates, seine Bürger zum staatsbürgerlichen Funktionieren anzuhalten, bemißt sich daran, wieweit er dafür mit einem möglichst geringen Einsatz seines Arsenals an materiellen und immateriellen Strafen und Belohnungen auskommt. Staatliche Mahnung, Strafe und Belohnung verweisen auf Disfunktionalitäten in der gesellschaftlichen Organisation eines Staatswesens. Ihr Einsatz bringt Differenzen zwischen der Gemeinschaft der miteinander konkurrierenden Bürger und dem die konsequente Wahrnehmung dieser Interessen beschneidenden gemeinschaftlichen Projekt des Souveräns zum Ausdruck und soll sie zugleich eindämmen.

Bürger und Moral

Die Differenz zwischen den *egoistischen* Interessen der durch den Warentausch konstituierten Subjekte und dem vom Staat definierten *Gemeinwohl*, welches – nur scheinbar paradoxerweise – von ihnen als einzig möglicher Austragungsort ihrer Konkurrenz gewollt werden muß, erschafft quasi selbstläufig, neben den Apparaten von Politik, Jurisprudenz und Exekutive, ein *moralisches* System der Beurteilung staatsbürgerlichen Handelns. Je entwickelter die Mechanismen von Warenproduktion und -zirkulation mit der Selbstverständlichkeit sogenannter Naturkräfte sich entfalten, umso selbstverständlicher entfaltet sich eine gesellschaftliche Moral, die *unwillkürlich* das durch Zwang bewirkte Los zur Tugend verklärt. Diese Moral ist unter den Bedingungen des in der Demokratie idealerweise entfalteten Marktes immer eine grundsätzlich affirmative. Sie verklärt Produktivität und reibungsloses Funktionieren, sie verachtet alles nicht unmittelbar Produktive und mißgönnt den „faulen" Arbeitslosen ebenso ihre Armut wie einer „korrupten" Elite ihren Luxus.

Umgekehrt gilt: Je mehr eine warenproduzierende und -tauschende Gesellschaft von personaler oder sonstwie unmittelbar identifizierbarer Herrschaft geprägt ist, umso mehr widmet sich die moralisch negative Beurteilung dem Herrschaftspersonal, seinen Institutionen und Mitteln selbst. Auch hier werden Produktivität und Mitmachen verklärt, doch wird hier der Grund für den unzureichenden Erfolg der Konkurrierenden in der Organisation der Gesellschaft durch den Staat gesehen. In solchen Gesellschaften findet sich die Herrschaft vor die niemals endende Aufgabe gestellt, gegen die negative moralische Bewertung von unten, selbst *willkürlich* eine positive Gemeinschaftsmoral zu kreieren und auch materiell durch Mahnung, Strafe und Belohnung erkennbarer durchzusetzen, als dies unter den Bedingungen vollständig entfalteter Wertverwertung erforderlich ist. Hier kommt es dann zu Situationen, in denen manche Bürger, wie im Eingangszitat beschrieben, *„unfreiwillige Bekenntnisse zum eigenen Opportunismus"* ablegen. Womit wir in der untergegangenen DDR angelangt wären.

Nicht nur an den Gräbern von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg heißt es: *„Die Toten mahnen uns."* Auch an den zahlreichen antifaschistischen Gedenkstätten war diese Losung präsent, in Schriften, Reden, vielen politischen Zeugnissen der bildenden und darstellenden Kunst in der DDR wurde sie wiederholt. Gemeint waren Tote, deren gewaltsamer Tod auf das Konto derjenigen deutschen Herrschaftstradition geht, zu der sich die DDR in schärfster Opposition begriff. Wenn es heute an der zentralen Kranzabwurfstelle der BRD-Regierung, der sog. „Neuen Wache" in Ostberlin heißt: *„Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft ...* ", so konnte man an der gleichen Stelle zu DDR-Zeiten lesen: *„Den Opfern von Militarismus und Faschismus"*. Der deutsche Siegerstaat verzichtet auf eine klare Benennung der Toten und ihrer Todesursachen. Daß er sich damit die Freiheit genommen hat, diejenigen Nazi-Mörder, die verdienterweise im Krieg umkamen oder danach von der „Gewaltherrschaft" der Sieger hingerichtet wurden, in sein Opfer-Klientel aufzunehmen, ist eine Sache. Eine andere Sache ist es, daß sich gerade in der platten Allgemeinheit von *„Krieg"* und in dem dummen Pleonasmus *„Gewaltherrschaft"* ein durchsetzungsfähigerer Anspruch an die Welt ausdrückt, als ihn die DDR jemals zu formulieren wagte (3). Kriege werden ja nicht nur immer von den jeweils anderen verschuldet, sie sind auch in der Tat der nationalen Reichtumsvermehrung nur mittelbar dienlich und bergen die Gefahr, im Falle eines ungünstigen Verlaufs den Nationalreichtum zu schmälern. Deutschland wurde in diesem Jahrhundert bekanntlich zweimal „Opfer" einer diesbezüglichen Fehlkalkulation. Wenn Kriege schließlich doch – und dann selbstverständlich mit kollektiver Begeisterung – geführt werden müssen, dann, weil die Verbreitung des deutschen Konzepts der Wertverwertung an die nationalen Grenzen anderer Konzepte stößt. Diese Grenzen verkörpern dann die Gewalt, deren Herrschaft es zu brechen gilt. Sie verkörpern eine Herrschaft, die nicht aus der fraglosen Einsicht in die Notwendigkeit von Kaufen und Verkaufen entspringt, wie sie der das Gemeinwohl stiftende Staat auf seine höchst originelle Weise organisiert. Solche Grenzen sind die letztendliche Ursache dafür, daß bürgerliche Staaten die gewöhnliche Wertverwertung zugunsten einer risikoreicheren Option unterbrechen. Weil der Zweck solchermaßen geführter Kriege immer in der Sicherung und Ausbreitung des eigenen Konzepts der Wertverwertung besteht, welches ja auch für alle anderen ein Segen wäre, wenn sie es nur einsähen, sind sie eigentlich gigantische Friedensmissionen und werden auch zunehmend so genannt; wirkliche Kriege führen nur die anderen.

Das bessere Deutschland

Gegen den imperialistischen Anspruch der Huldigung der *„Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft"* hatte das in der DDR gepflegte Andenken an die *„Opfer von Militarismus und Faschismus"* keine Chance. In der Besonderheit der geehrten Opfer sollte der besondere Gegner der DDR ausgedrückt werden. In dessen militaristischen und faschistischen Charaktereigenschaften sollten schließlich die besonderen Züge des DDR-Sozialismus spiegelbildlich aufscheinen. Das, was die

Termini Faschismus und Militarismus phänomenologisch ausdrückten, wurde analytisch nicht dem Wirken von Markt und bürgerlicher Staatlichkeit zugeschlagen, es wurde abgespalten und personalisiert, identifizierbaren Gruppen der kapitalistischen Gesellschaft, wie beispielsweise *Finanzkapital* und *militärisch-industriellem Komplex* angerechnet (4). Die DDR verstand sich lange Zeit ausdrücklich als der bessere Teil einer auch nach staatlicher Aufteilung in einem metaphysischen Sinne weiterexistierenden deutschen Nation. Als dieser bessere Teil der Nation inszenierte sie ihre sozial(istisch)e Marktwirtschaft mit allen dazugehörigen Institutionen und Charaktermasken. Der realsozialistische Glaube, Kapitalverwertung als ein menschenfreundliches Unternehmen im Interesse der traditionellen Unterklassen aufziehen zu können, brachte nicht nur die Kapitalverwertung selbst ins Stocken, er mußte auch bei den sozialistischen Untertanen grundsätzliche Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Veranstaltung hervorrufen. Zu alltäglicher Lohnarbeit, Konkurrenz und Geldwirtschaft angehalten, sollten sie diese nicht oder nur eingeschränkt als Mittel eigener Bereicherung auf Kosten ihrer Konkurrenten nutzen, sondern sich solidarisch in den Dienst der philantropisch gemeinten Projekte der Staatspartei stellen. Dies konnte von ihnen auf Dauer nur als gewaltsamer Eingriff in die selbstverständlich gegebene „Wirklichkeit" eines naturhaft begriffenen Wirtschaftsprozesses erscheinen. Daß *Arbeit sich nicht lohnt*, bemerkten postfaschistische deutsche Werktätige groteskerweise erstmals, als der Versuch unternommen wurde, diese Arbeit zu ihrem Nutzen zu organisieren (4a). Als Kompensation des fehlenden materiellen Anreizes bot die DDR eine Anzahl ideeler Belohnungen auf. Nicht nur die Arbeiterklasse und die Werktätigen in ihrer Allgemeinheit sowie die Verdienste einzelner Vorbilder für das Ganze wurden permanent öffentlich lobend beurteilt, auch Tradition und Geschichte kamen wie in jedem gewöhnlichen Staat zu allgemeinen Ehren. Und damit auch die Toten.

Die Geschichte des deutschen Parteisozialismus und -kommunismus ist für diesen Zweck allerdings ein recht undankbares Objekt. Außer einer Reihe von erbärmlichen Fehlschlägen, Niederlagen und Kapitulationen hat sie wenig Spektakuläres vorzuweisen. Dafür aber jede Menge Opfer. Opfer, die auf das Konto des deutschen Staates gehen, der komplementär zur Befangenheit und Verzagtheit seiner Gegner diese mit um so größerer Unnachgiebigkeit und Brutalität auszulöschen trachtete, Opfer eines Staates, dessen Gewalt sich nicht mit der Vernichtung seiner erklärten *politischen Feinde* zufriedengab. Obwohl der deutsche Antifaschismus über die pathetische Deklaration eines banalen *„Nie wieder ..."* kaum hinauskam, beanspruchte die DDR, *„Lehren aus der deutschen Geschichte"* gezogen zu haben. Diese *„Lehren"* beinhalteten außer jenem *„Nie wieder ..."* und gelegentlichen Elementen und Variationen der Dimitroffschen Faschismusdefinition (5) vor allem die Bekräftigung der eigenen Existenzberechtigung. *„Die Toten mahnen uns"* hieß in diesem Zusammenhang: Ohne unseren Staat DDR geht die bekannte deutsche Schlächterei wieder in eine neue Runde. Was ja auch nicht ganz falsch war.

Die Nation denkt anders

Doch für die DDR-Bürger, die endlich konkret das realisieren wollten, was ihnen ihre sozial(istisch)e Marktwirtschaft versprochen, allerdings nur bescheiden in Ansätzen eingelöst hatte – schrankenloser Konsum fürs reine Dabeisein und Mitmachen –, mußte der nicht ganz unwahre Gehalt der Totenmahnung wie eine großangelegte moralische Erpressung erscheinen. Das war sie schließlich auch, und bürgerliche Subjekte, die zu den ihnen vermeintlich zustehenden Rechten gelangen wollen, lassen sich durch das daraus entstehende Ungemach von nicht zum nationalen Kollektiv Gehörenden wenig abschrecken. Die andere Seite der moralischen Erpressung, die von der DDR als dem besseren deutschen Staat stets mitgeliefert wurde, der deutsche Imperialismus habe mit den Konsequenzen seiner Politik immer auch Leid und Elend für die Deutschen selbst gebracht, schien ihnen durch den praktischen Erfolg der imperialistischen BRD widerlegt. Eine solche Situation mußte das Auftreten *„Andersdenkender"* geradezu provozieren.

Als 1988 auf der vorletzten Liebknecht-Luxemburg-Ehrung der DDR Donald und Vera Wollenberger (heute Lengsfeld) gemeinsam mit Gesinnungsgenossen ihr, inzwischen zu einer Reliquie der neueren deutschen Geschichte mutiertes, Transparent *„Freiheit ist immer[!] die Freiheit der Andersdenkenden. Rosa Luxemburg"* entrollten, signalisierte dies in der Tat den Anfang vom Ende der DDR. Die Begriffslosigkeit des Slogans (6) – Freiheit wovon und wozu, was ist der Inhalt des Denkens der einen und der anderen? – verdeutlicht den maßlosen Anspruch bürgerlicher Subjekte, deren Subjektivität von dem denkwürdigen Schicksal gezeichnet ist, sich unter paradoxen Bedingungen entwickelt zu haben. Einerseits legte die DDR Wert darauf, vermittels ihrer inszenierten Marktwirtschaft, ihres *„sozialistischen Wettbewerbs"*, ihres bürgerlich-humanistischen Bildungsideals von der *„allseits entwickelten Persönlichkeit"* gerade jene Gestalten hervorzubringen, die sich einbilden, das Geld, das andere vom Genuß der Dinge aus- und sie selbst mit ihnen kurzschließt, sei direkter Ausfluß ihres unverwechselbaren Geistes. Andererseits sollten die konkreten Formen des Genusses wiederum nach Maßgabe sozialer Prämissen, in einem historisch und klassenmäßig definierten Rahmen verlaufen. Die Auflösung dieses Dilemmas bestand mit Zwangsläufigkeit sowohl für die in den Westmedien exponierte DDR-Opposition wie bald auch für die Masse der Untertanen in der Forderung nach einem *originären* Markt, einem *originären* Staat, mithin Groß-Deutschland. Die in der Begriffslosigkeit der Oppositionsforderungen zutage tretende Maßlosigkeit fand ihr staatliches Pendant in den territorialen Ansprüchen der BRD.

Mit der DDR ist auch ihr spezieller Totenkult gestorben. Wenn heute behauptet wird, die alljanuarlichen Friedhofsbegängnisse führten die nur vermeintlich untergegangene Tradition weiter (7), ist das eine groteske Verkennung. Mit der Einverleibung der DDR durch die BRD wurden die DDR-Bürger zu *Ossis*, d. h. zu sowohl gleichberechtigten Deutschen, die wie alle von der deutschen Staatsgewalt mit Pässen Ausgestatteten, ihre Waren, in der Regel ihre Arbeitskraft, zum Markt tragen dürfen als auch zu besonderen Deutschen, die ihre Tauglichkeit gegenüber den ungefesselten Verwertungsmechanismen des Marktes oft noch durch speziellen mentalen Nachhilfeunterricht entwickeln und festigen müssen. Der *Ossi* ist eine Zwischenstufe in der Metamorphose vom *„gelernten DDR-Bürger"* zum mit allen nationalen und demokratischen Wassern gewaschenen *„mündigen Bürger"* made in Germany. Für viele Ossis stellt sich der Prozeß dieser Metamorphose als ein unerträglich langwieriger dar (8). Dem liegt hauptsächlich der von den oben beschriebenen speziellen DDR-Anstrengungen verschuldete Eindruck zugrunde, eine Ökonomie von Ware und Geld habe sich an den materiellen Ansprüchen der den Reichtum durch Arbeit Produzierenden zu orientieren. Der unter diesem Eindruck von den Ossis entwickelte Irrtum, im endlich vereinigten Deutschland müsse ihr Deutschsein und ihre demokratische Akklamation ähnlich durch soziale Absicherung vergolten werden wie einstmals ihre Existenz als Werktätige in der DDR, wird regelmäßig

auf schmerzhafte Weise korrigiert. Schmerzlindernd wirkt dann die wie ein automatischer Reflex auftretende *„DDR-Nostalgie"*, ähnlich der kolportierten Verklärung Evita Peróns durch vom Neoliberalismus gebeutelte Argentinier. Kaum ein Nostalgiker will aber die traumhaft idealisierte Situation konkret verwirklichen, in der Regel dient sie ihm als Referenz für Aktivitäten in einem akzeptierten Diesseits.

Die Ehre der Ossis

„DDR-Nostalgie" findet ihren staatsbürgerlich produktiven Ausdruck in der *„DDR-Identität"*. Mit ihr ausgestattet, formuliert der Ossi den selbstbewußten Anspruch, als ein Besonderer ins deutsche Nationalkollektiv eingehen zu dürfen. *„Sie haben uns alles genommen, doch unsere Ehre wird uns niemand nehmen können"*, verkündeten verarmte italienische Kleinbauern im 19. Jahrhundert, bevor sie den Kampf gegen eine ungerechte Herrschaft als Sozialrebellen aufnahmen oder nach Amerika auswanderten. Lange Zeit nach ihrem sang- und klanglosen Verschwinden fanden ihre Schicksale dann als folkloristische Farbtupfer Aufnahme in die nationale Mythologie. Am Ende des 20. Jahrhunderts heißt die Ehre der Ossis Identität, und statt Waffen und Auswandererschiffen stehen ihnen Stimmzettel und die PDS zur Verfügung. Die selbstgewählte Aufgabe der PDS besteht primär in der Kompensation des Unvermögens der traditionellen BRD-Parteien, über den nationalen Taumel von 89/90 hinaus in der Zone (9) fraglos akzeptiert zu werden. Wie einst ihre Vorgängerpartei schreibt die PDS ihrer Klientel eine *„historische Mission"* zu. Diesmal besteht das Endziel jedoch nicht in einer klassenlosen Gesellschaft, sondern in einem homogenen Deutschland. Nun muß *„die Einheit wirklich vollzogen"* und die *„Mauer in den Köpfen"* abgetragen werden. Und dieses Ziel soll möglichst bald erreicht, nicht wie in der DDR in eine immer fernere Zukunft vertagt werden. Damit durch das Erreichen dieses Ziels die Partei aber nicht selbst überflüssig wird, ist sie vorerst darauf angewiesen, ihre Integrationsförderung so zu gestalten, daß *„DDR-Identität"* zwar einerseits als Farbtupfer in der allgemeinen deutschen Nationalmythologie sich bescheidet, doch andererseits dies so selbstbewußt vollbringt, daß auch längerfristig noch identifizierbare Haufen von Anhängern und Wählern der Partei ein Gewicht auf der politischen Bühne sichern.

Für das Gelingen einer solchen Gratwanderung sind Manifestationen kollektiver Identität ein geeignetes Mittel. Das Luxemburg-Liebknecht-Friedhofsspektakel verdeutlicht dies auf beispielhafte Weise. Von jeglichem politischen Inhalt gesäubert, der auf die Ambitionen der ikonisierten Toten verweisen könnte, erinnert es doch an die DDR, während Veranstalter und Statisten längst auch geistig der BRD schon ziemlich nahe gekommen sind. Nicht mehr DDR-Bürger, sondern Ossis als Deutsche versammeln sich. Nicht mehr ein *„unfreiwilliges* Bekenntnis zum eigenen Opportunismus" wird hier abgelegt, sondern ein höchst *freiwilliges* und *selbstbewußtes* Zeugnis staatsbürgerlicher Subalternität. Man will nichts anderes als ein Teil der nationalen Hefe sein. Einen Eindruck vom pluralistischen Gären der Osthefe vermittelt eine Impression des *Neuen Deutschland*: *„Man trifft Leute von früher. ‚Ein Kollege', erklärt einer seiner Frau. ‚Aus unserem ersten Leben', ergänzt der grinsend. Stätte der Begegnung im wahrsten Wortsinn. ‚Früher war das eine Pflichtübung, wenn man gesehen worden war, konnte man sich wieder verdrücken', so der Kommentar in einer losen Runde am Rande des Mahnmals, die ihre Nelken schon abgelegt hat. ‚Wir Elektroköhler haben uns nie zu was zwingen lassen', so ein unwirscher Einwurf. Jeder denkt halt anders."* (10) Alle sind jetzt Andersdenkende, weil alle jetzt richtige Deutsche sein dürfen, Ossis sind besonders anders Denkende, weil sie noch besondere Deutsche sein müssen.

Das vereinigte Deutschland ist zur Heimstätte der Andersdenkenden dieser Welt geworden, Berlin zur Hauptstadt der Andersdenken. Wer ein Andersdenkender ist, das bestimmen die Andersdenkenden selbst. Der Gesinnungsgenosse und Parteifreund der in die deutsche Geschichte eingegangenen Andersdenkenden Vera Wollenberger, der Bundeswehrgeneral a. D. und derzeitige Berliner Innensenator Jörg Schönbohm verdeutlicht das so: *„Berlin ist nicht Hauptstadt der Wehrdienstverweigerer, nicht Hauptstadt der Wagenburgen, nicht Hauptstadt der Hausbesetzer, Berlin ist Hauptstadt der Deutschen."* (11) Die PDS würde dazu vielleicht bemerken, auch die vom General Exterritorialisierten seien schließlich Deutsche, so deutsch und andersdenkend wie ihre Elektroköhler. Wahrscheinlich würde sie dieses Dissidententum sogar so lange aufrechterhalten, bis die Last der demokratischen Verantwortung den unverwüstlichen Realitätsinn dieser Partei eines anderen belehrt. Bis dahin gilt allerdings noch: *„Veränderung* beginnt *mit Opposition."*

Straße frei ...

Ein grundsätzlicheres und temporär langfristigeres Oppositionsverständnis haben sich dagegen diejenigen bewahrt, die alljanuarlich mit wachsender Teilnehmerzahl das *„stille Gedenken"* (ND) der DDR-Identität für machtvolle Manifestationen ihres ungebrochenen Glaubens an die revolutionäre Wiederauferstehung der Toten nutzen. Als kollektiver Zeremonienmeister trat in diesem Jahr ein *„Revolutionärer/antifaschistischer Block"* auf. Unter seiner Führung gelangte ein Demonstrationszug zum Friedrichsfelder Friedhof, dem die Bekräftigung seines Vertrauens in die Fähigkeit der Deutschen, im Falschen stets das Richtige zu wollen, Hauptanliegen war. *„Unser Anliegen ist es, den offensiven politischen Charakter dieses Tages über ein stilles Gedenken hinaus zu erhalten."* Das *„revolutionäre Erbe"* Luxemburgs und Liebknechts stehe *„im Mittelpunkt der Ehrung"* und sei ein *„Erfahrungsschatz für die heutige Entwicklung revolutionärer Politik gegen Faschismus, Militarismus und Imperialismus"*.

Die Überzeugung, *Politik* könne gerade in einer Gesellschaft, deren bis an ihre immanenten Grenzen entwickelte kapitalistische Wertverwertung sich vor allem durch die gelungene und ständig sich reproduzierende politische Sozialisation ihrer Mitglieder über Wasser halten kann, Mittel *revolutionärer* Aktivitäten sein, hat ihren Grund in der Weigerung, die gesellschaftliche Totalität zur Kenntnis zu nehmen. Dies führt dann zur komödiantischen Wiederaufführung historischer Tragödien, wenn die theoretisch von der Gesellschaft abgespaltenen Phänomene *„Faschismus, Militarismus und Imperialismus"* auf den *„immer offeneren reaktionären Kurs der politischen und finanziellen Eliten der BRD"* (12) zurückgeführt werden. Nicht zufällig bedient die Wortwahl sich des Dimitroffschen Fundus der 30er Jahre (13). Dieser ermöglicht es, die Illusion einer nicht vorhandenen Komplizenschaft zwischen Bevölkerungsmasse und Eliten aufrechtzuerhalten, eine Illusion die in der Vergangenheit mehrfach zum Scheitern *revolutionärer Politik* beitrug. So kann dann aus dem Mißvergnügen, das die Zelebrierung von DDR-Identität durch die PDS den politischen und publizistischen Autoritäten Berlins (14) bereitet, gefolgert werden, die Totenfeier besäße einen *„offensiven politischen Charakter"*. Wenn die PDS sich davon beeindruckt zeigt und vorsichtshalber auf *„stilles Gedenken"* umschaltet, können sich revolutionäre Politiker als Akteure des immer wieder neu zur Aufführ-

rung gelangenden Stückes *„Korrumpierte Führung verrät gutwillige Basis"* wähnen. Entsprechend wurde das Erscheinungsbild der Demonstration von denjenigen geprägt, die, nach wie vor oder schon wieder, die *Arbeiterklasse* nicht nur als Subjekt einer Revolution, sondern auch als wahre Repräsentantin eines durch lauter Bündnisse und Einheitsfronten herbeizuführenden ideellen sozialistischen und friedliebenden Deutschland abfeierten.

... für die kommunistische Partei

Die Initiatoren des *„Revolutionär/antifaschistischen Blocks"* hatten aber auch ein spezielles Anliegen qualitativer Art: *„... in der Auseinandersetzung mit linker Geschichte richtige Ansätze und Inhalte aufzugreifen und weiterzuentwickeln. Fragen die sich heute für uns ergeben, sind nicht neu und einzigartig."* (15) Fragen, die offenbar nur als rhetorische gestellt wurden, wahrscheinlich Fragen wie: *„Welcher Ansätze und Inhalte bedarf es, um eine revolutionär-antifaschistische Volkseinheit gegen die reaktionären Eliten zu schmieden?"* Fragen, die ausschließlich zur Bestätigung der Absichten der vorgeblich Fragenden dienen. Es ist dies ein Stöbern in der Geschichte, das mehr dem Schnäppchenjagen deutscher Hausfrauen beim Winterschlußverkauf gleicht als einer ernsthaften Auseinandersetzung mit *„linker Geschichte"*. Hätte man wirklich nach den Gründen der Niederlagen und des Versagens der deutschen Arbeiterbewegung sowohl angesichts ihrer vermeintlichen historischen Mission im allgemeinen als auch angesichts ihrer Rolle, die sie bei den katastrophischen Daten 1914, 1933 und 1989 spielte, im besonderen gefragt, hätte man die Friedhofsfeier wohl dem legendären Müllhaufen der Geschichte überantwortet.

Zum Schluß noch einmal eine Impression aus Argentinien. Der heute als Berater für die mexikanischen Zapatisten arbeitende Eduardo Galeano hat von dort eine interessante Konkretion der Benjamischen Idee von der *„rächenden Klasse"* mitgebracht. *„Sie haben sie geliebt, sie lieben sie noch, die Ungeliebten: ... obwohl Evita mit teuren Juwelen behängt war und mitten im Sommer Pelzmäntel trug. Sie verziehen ihr diesen Luxus nicht etwa: Sie feierten ihn. Das Volk fühlte sich durch ihren königlichen Aufputz nicht beleidigt, sondern gerächt."* So früh und abrupt wie Evitas Leben fand auch die Rache der argentinischen Arbeiterklasse ein Ende. Galeano: *„Ohne sie ist das argentinische Volk nackt."* (16) Ohne die Verklärung durch eine volkstümelnde Linke ständen auch die deutschen Arbeiter mit ihren angeblich revolutionären Traditionen ziemlich nackt da, nackt als Deutsche. Deren *„Emanzipation zu Menschen"* (Marx) hätte den Weg radikaler Negation der Übel von Arbeit, Tausch und ihrer Vermittlung durch Politik, mithin den Weg revolutionärer Selbstaufhebung einzuschlagen. Dazu bedarf es keiner Mahnung durch Tote.

Horst Pankow

Anmerkungen:

1) Eine dringend notwendige Erörterung des realen bzw. mythologischen Gehalts dieser weitverbreiteten Ansicht verliefe für viele Verehrer der Revolutions-Ikonen Rosa und Karl ernüchternd. Siehe dazu auch den Beitrag von Elfriede Müller in der vorliegenden BAHAMAS.

2) Als unmittelbare Interessen der Bürger können an dieser Stelle erst einmal das uneingeschränkte Agieren in der Konkurrenz mit anderen Bürgern und das Streben nach ebenso uneingeschränkter Bereicherung gelten.

3) In der Frühzeit der BRD verordnete der BRD-Staat seinen Bürgern Erinnerungsrituale für die *„Opfer des Stalinismus"*, in kleinerem Rahmen auch für die *„Opfer des Nationalsozialismus"*. Mit zunehmender Selbstverständlichkeit der durch die BRD verkörperten Ordnung traten diese Rituale in den Hintergrund. Ein Beispiel dafür ist die seit den späten 60er Jahren abnehmende Bedeutung, später dann die Abschaffung des 17. Juni als Staatsfeiertag. Das Aufgehen des missionarischen Antistalinismus in der allgemeinen Staatsdoktrin des Antitotalitarismus neuerer Prägung verweist jenen zunehmend in das selbstgewählte Aufgabenfeld begrenzter fanatischer Gruppen und Einzelpersonen, die ihrer Leidenschaft weitgehend auf eigene Rechnung und Risiko frönen.

4) Diese Abspaltung nicht vorzunehmen, hätte auch für Parteikommunisten bedeutet, der hekatombenweise anfallenden tagtäglichen Opfer von Markt und Staat in ihrer Allgemeinheit *und* Konkretion zu gedenken. Ein solches Gedenken wäre aber nichts anderes als ein Aufruf zur Revolution gewesen.

4a) Das betrifft zwar konkret den DDR-Versuch, den manche mit Recht als „stalinistisch", „revisionistisch" oder sonstwie „entartet" qualifizieren mögen. Jeder anders inspirierte Versuch innerhalb des magischen Dreiecks von Arbeit Markt und Staat würde allerdings dieselben Resultate zeitigen.

5) Ihr zufolge war der deutsche Nationalsozialismus Resultat der Bestrebungen *„der aggressivsten und am meisten imperialistischen Teile des deutschen Finanzkapitals"*. Eine spätere DDR-Variante ist beispielsweise die Vorstellung von der Macht des *„militärisch-industriellen Komplexes"*.

6) Die allerdings nicht auf die dafür in Anspruch genommene Autorin zurückgeht. Rosa Luxemburg verteidigte im Textzusammenhang des Zitats die politische Freiheit linker, revolutionärer Gruppierungen gegenüber den gerade an die Macht gelangten Bolschewiki.

7) Manche glauben sogar eine noch weiter zurückliegende *echte* revolutionäre Tradition im trüben Licht des Januarmorgens zu erblicken. So das *Bündnis für den antifaschistischen/revolutionären Block auf der LLL-Demonstration*: *„Daß die Tradition des Gedenkens auf dem Friedrichsfelder Friedhof jedoch tiefgehender und langlebiger war als der Mißbrauch durch die SED-Führung, zeigte sich nach 1989."*

8) Unerträglich langwierig erscheint diese Metamorphose besonders den politisch ehrgeizigen Ossis. Man denke an den PDS-Chefideologen André Brie, der das Fußvolk seiner Partei inständig beschwört, doch *„endlich in der Bundesrepublik anzukommen"*.

9) Aus dem ehemals antikommunistischen Schimpfwort ist inzwischen, aufgrund des Anschlusses und seiner politischen wie sozialen Folgen, ein nüchtern beschreibender Terminus geworden.

10) *Neues Deutschland*, 13. Januar 1997. Bezeichnenderweise trägt der Artikel den Titel *„Reigen der Andersdenkenden"*.

11) Zitiert aus *„Der Kommandeur auf dem Senatssessel"* in *Der Tagesspiegel*, 26. Januar 1997

12) Alle Zitate aus dem schon erwähnten Flugblatt des *„revolutionär/antifaschistischen Blocks"*.

13) Siehe FN 5.

14) Eine Kränkung gesamtdeutschen Selbstbewußtseins, durch die eine eigenständige staatsbürgerliche Integration der Ossis vorschnell als *Undankbarkeit* und *Verstocktheit* interpretiert wurde, die aber einer zunehmenden Gelassenheit Platz macht. In diesem Januar gab es weniger Hetze und keinen Polizeieinsatz, dafür eine relativ moderate bis ironische Kommentierung sowohl des „stillen Gedenkens" wie seines *„revolutionär/antifaschistischen"* Pendants in den Massenmedien.

15) Eine Vertreterin des Blocks im Interview mit der *jungen Welt*, 9.1.97

16) Eduardo Galeano, Erinnerung an das Feuer. Band 3. Das Jahrhundert des Sturms, Wuppertal 1988, S. 179/180

Nazismus als Erkenntnisfalle

Warum die Geschichtswissenschaft die denkbar ungeeignetste Methode ist, Auschwitz zu verstehen

„Die Diskussion ist absurderweise jetzt so: Waren die deutschen Judenmörder der Nazizeit a) untertänige autoritäre Opportunisten oder b) sadistische brutale antisemitische Mörder? Es fällt mir auf, daß niemand darauf gekommen ist, daß sie wahrscheinlich untertänige autoritätshörige opportunistische sadistische brutale antisemitische Mörder waren. Die Fakten sprechen dafür. Und insofern Goldhagen einem noch die Wahl zwischen den beiden Möglichkeiten bietet, ist sein Buch inkomplett."

Peter Zadek, Leserbrief, in: *Die Zeit* vom 23.8.1996

Das Problem mit den Deutschen

„Keine Deutschen, kein Holocaust": So klar und einleuchtend, so überaus evident und plausibel ist Daniel Jonah Goldhagens These wie die zwar allemal beweisbare, aber nicht sehr abseitige oder beweispflichtige Behauptung, ohne Henne kein Ei und ohne Wolke kein Regen, so sehr, daß, sollte überhaupt Diskussionsbedarf bestehen, eher die hollywoodreife Titulierung der Massenvernichtung als „Holocaust", d.h. als sinnträchtiges Brandopfer, statt als „Shoah" (Claude Lanzmann) oder „Churban" (Manès Sperber), zur Debatte stünde. Wer nicht von den Deutschen sprechen mag, der soll von Auschwitz schweigen – das ist so wahr wie der unter Historikern längst in Karteikästen begrabene Satz Max Horkheimers, wonach, wer sich weigere, vom Kapitalismus zu reden, über den Faschismus sich auszuschweigen habe. Das Problem mit den Deutschen besteht eben darin, daß sie das Selbstverständliche leugnen, es zum Geheimnis und zum Gegenstand der Wissenschaft machen. Eine pluralistische Gesellschaft verlangt nach vielen guten Gründen für ihren Faschismus; einer allein wäre zu armselig, geradezu beleidigend eindimensional, monokausal, deterministisch. Weil in Deutschland jedes Gefühl für Logik und für die Einsicht in den Zusammenhang von Ursache und Wirkung verloren ging, weil schon die Behauptung, ein derartiger Zusammenhang bestehe nicht nur beim freien Fall des Apfels, sondern auch beim tendenziellen der Profitrate, irgendwie exotisch erscheint und als höhere Philosophie, weil schon der Versuch, wenn nicht strafbar, so doch verdächtig ist, sich einen strikten *Begriff* vom Faschismus zu bilden, der den „Schein der Tatsachen" (1) durchdringt und nicht nur eine so bienenfleißige wie krude *Meinung* über allerhand Daten und Fakten, deren Konstitution Geheimnis bleibt, weil die deutsche Geschichtswissenschaft daher vorgeben kann, sie betreibe Aufklärung über Geschichte statt Verklärung der Nation, weil schließlich deutsche Historiker wie Götz Aly, denen noch niemand vorgeworfen hat, sie seien hervorragende Dialektiker, gegen Goldhagen einwenden, er vertrete einen „bewußt eindimensionalen, extrem deterministischen Ansatz" (2), weil sie das, was der Anfang aller Erkenntnis ist: die Suche nach dem einen und identischen Grund, nach dem Wesen der Sache, als Determinismus denunzieren – kurz und gut: weil die Deutschen, ihre Historiker in vorderster Reihe, die elementaren Gebote der Logik verleugnen, um deutsch sein und bleiben zu können, gerät die Aufklärung in eben die schiefe Lage und unglückliche Konstellation, das Einmaleins noch einmal zu beweisen, d.h. Goldhagens Argumentation zu legitimieren. Daß das Ganze mehr ist als die Summe seiner Teile, obwohl es aus nichts anderem als eben diesen Teilen besteht, war ein Lehrsatz der Philosophie, bevor sie durch den Positivismus guillotiniert wurde. Daß „die Deutschen" mehr und schlimmeres sind, als die Summe aller einzelnen Deutschen, obwohl Deutschland aus nichts anderem als aus lauter Deutschen besteht, ist die unbezweifelbare Konsequenz. Wo soll da ein Problem sein? Hans-Ulrich Wehler etwa bezichtigt Goldhagen des „monokausalen Erklärungsversuchs auf der Grundlage des dezisionistischen Aktes, einen Teil der Menschheit aufgrund der ethnischen, rassistischen, naturalistischen, essentialistischen Zuschreibung des permanent Bösen zu stigmatisieren" (2a). Schlimmeres als Stigmatisierung war, was die Deutschen an den Juden verübten. Und darüber sollten sie nicht wirklich selbst zum Volk geworden sein, d.h. sich nicht selbst aus der Menschheit ausgeschlossen haben?

Ideologie als Methode

Max Horkheimer hatte der heiligen Entrüstung über den Vorwurf der „Kollektivschuld", den leider nie jemand ernsthaft erhoben hat, das camouflierte Interesse abgemerkt, das nationale Wir zu wahren, zu hegen und zu pflegen, d.h. die Volksgemeinschaft über die Nazipleite zu retten. Im nahezu einhelligen Affekt der deutschen Historiker gegen Goldhagen entlarvt sich die deutsche Geschichtswissenschaft als Verlängerung der klassischen Nationalgeschichtsschreibung mit anderen, sei's strukturalistischen, sei's intentionalistischen, Mitteln. Es ist dies eine Art und Weise, die Historie zu schreiben, die ihrer eigenen Methodik und Vorgehensweise trotz aller Akribie und vielmehr wegen allen Fleißes derart unbewußt ist, daß sie Ideologie absondert wie die Raupe den Faden. Die Geschichtswissenschaft überhaupt, die deutsche vor allem, ist der denkbar ungeeignetste Ort, um Aufschluß und Aufklärung über die Geschichte im allgemeinen, und insbesondere über den Nazismus, zu gewinnen. Denn die wissenschaftlich organisierte Vergangenheitsbetrachtung ist, die Goldhagen-Diskussion zeigt es exemplarisch, Ideologie im starken und eigentlichen, im materialistischen Sinne, das notwendig falsche Bewußtsein des nationalen Kollektivs von sich selbst, nichts als systematisierter gesunder Deutschenverstand, nur in Façon gebrachte und mit einer ans Aberwitzige grenzenden Unmasse sogenannter Fakten und Quellen garnierte Selbstreflexion und also Selbstlegitimation einer Akkumalationsgesellschaft, die sich in der Form der Nation und unter der fürsorglichen Aufsicht ihres Souveräns so außerordentlich wohl fühlt, daß sie vor keinem Geschichtsverbrechen zurückschreckt. Die Geschichtswissenschaft begreift buchstäblich nichts; weil sich die

kapitale Gesellschaft in ihr begreift, kann sie nicht einmal sich selbst begreifen. Begriffsstutzig, wie diese Wissenschaft ihrer Natur nach ist, denunziert sie im Namen des Besonderen alle Verallgemeinerungen. Außer ihren eigenen. (3)

Indem die Geschichtswissenschaft derart vehement gegen Verallgemeinerungen überhaupt plädiert, indem sie insbesondere gegen die Verallgemeinerung der Deutschen zu den Deutschen polemisiert, offenbart sie nicht etwa, daß ihr jedweder Maßstab historischen Urteilens abginge, sondern vielmehr, wie sehr ihr notorischer Relativismus ein ausgewachsener Dogmatismus ist, und weiter, wie durchgängig sich ihr chronischer Antifaschismus einem überaus staatstragenden Pluralismus verdankt. Den Nazismus zum Gegenstand einer geschichtswissenschaftlichen Betrachtung zu machen, das bedeutet in Deutschland, Hitler dafür zu kritisieren, daß er nicht Bismarck redivivus war. Das Kriterium, nach dem der Nazismus sortiert wird, entspringt ebenso umstandslos wie rückhaltlos dem demokratischen Ich-Ideal, in dem die kapitalisierte Gesellschaft ihren ausbeuterischen Triebgrund so projektiv wie sublimativ aufhebt und verklärt. Der Pluralismus, vulgo: die postmoderne Zivilgesellschaft, ist die Gesellschaftstheorie dessen, was der Geschichtswissenschaft als rabiater Nominalismus, als Kult des Besonderen und Einzelnen, als Fetischismus der „Quellen" und der „Tatsachen" zur allerdings dogmatisch gehandhabten Methode taugt.

„Heute gegen den Faschismus auf die liberalistische Denkart sich berufen", hatte Horkheimer 1939 festgestellt, das „heißt, an die Instanz zu appellieren, durch die er gesiegt hat."(4) Die Nazi-Diktatur im Auftrag des Pluralismus und mit den Mitteln des Nominalismus geschichtswissenschaftlich zu untersuchen, kann nur – ganz unabhängig von der je eingeschlagenen, sei's „funktionalistischen", sei's „intentionalistischen", Strategie und wie contre cœur auch immer, bedeuten, die methodologische wie soziale Notwendigkeit des Dezisionismus nachzuweisen. Das Elend des Nominalismus liegt in seinem immanenten Umschlag in sein gerades Gegenteil, den Realismus als unvermittelte Allgemeinheit, beschlossen, ein Gegenteil, das doch seine so unabweisbare wie unbewußte Ergänzung darstellt. Gegen den Nazismus, wie es die Bielefelder Historikerin Ingrid Gilcher-Holthey will, auf „das Gegenmodell einer Bürgergesellschaft auf der Basis der Menschenrechte"(5) sich zu berufen, impliziert schon die Rechtfertigung genau des politischen Souveräns, der den praktischen Inbegriff der Geltung dieser Rechte darstellt. Die Menschenrechte sind keinesfalls das Antidot, sie sind die objektive Ideologie der Staatsgewalt (6); sie gleichwohl zum „Gegenmodell" zu erklären, ist irrational, ist bloß Dezision wie ihre Begründung Rationalisierung, d.h.: Ideologie. Die Demokratie der Bürger ist die interessierte Demutsadresse an den autoritären Staat; die philosophische Position, in der sich die Demokratie zu anthropologischen Würden aufschwingt, ist so irrational wie die ihres vermeintlichen Gegners und gar vorgeblichen Todfeindes. Sir Karl Popper, dessen Bürgerbibel „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde" die demokratische Ideologie zur Philosophie des „kritischen Rationalismus" systematisiert hat, muß denn auch bekennen, „daß die rationalistische Einstellung auf einem irrationalen Entschluß oder auf dem Glauben an die Vernunft beruht". (7) Der Glaube an die Vernunft jedoch ist an sich selbst so nichtig wie jeder Glaube, d.h. sein eigenes Gegenteil und damit seine Vernichtung. Darin bekennt die bürgerliche Philosophie, daß ihr die Alternative von Faschismus und Demokratie den gleichen Rang besitzt wie die Wahl zwischen Rhabarberjoghurt und Lakritze: Über Geschmacksfragen läßt sich nicht streiten.

Das Apriori deutscher Historiographie

Der diskrete Dogmatismus der Geschichtswissenschaft, d.h. das relativistische Auftragsdenken, dessen dienstbarer Lakei die Aversion gegen Verallgemeinerungen ist, offenbart sich nicht zuletzt daran, wie fein säuberlich zwischen Nation und Nationalismus unterschieden wird. Man dürfe, wendet Hans Mommsen gegen Goldhagen ein, den deutschen Nationalismus „nicht pauschal"(8) verdammen, man müsse doch differenzieren. Die Unfähigkeit zum Begriff der Nation, d.h. zum Urteil über die deutsche, geriert sich als freundliche Einladung zur undogmatischen Einzelfallbetrachtung. Geschichtswissenschaft, die derart der juristischen Methode sich anbequemt, maßt sich an, das je Besondere zu würdigen und leistet doch nur die Affirmation des Ganzen. Die Form Nation liegt so im Jenseits des Begriffs wie nur die Form Staat, die Nation inauguriert; aus diesem Jenseits der fraglos je schon existenten Verallgemeinerung von Menschen zu Deutschen agiert sie als transzendentale Form, die das Material organisiert, als das unbedingte Apriori jeder historischen Erfahrung, das darüber entscheidet, was als Empirie soll gelten können. Die deutsche Nation ist das Apriori dieser seltsamen Wissenschaft, die vorgibt, nichts zu kennen als Quellen, Quellen und nochmals Quellen, nichts als das lautere Plätschern der Tatsachen und das ungetrübte Sprudeln der Empirie. Die Quelle aber ist der Historie, was der Jurisprudenz das Indiz: Spielmaterial, bloße Illustration des Systemzwangs zum Rechtsfrieden, d.h. empirische Legitimation der vorab existenten letzten Instanz, an der jede Berufung aufhört und jede Revision endet. Egal, wer Recht hat, solange nur Recht ist; was immer die Quellen sagen, ein Beweis gegen die Nation wird sich daraus nie und nimmer folgern lassen.

Hans Mommsen sagt: „Der Versuch Goldhagens, von der Zahl der aktiven Vollstrecker auf die Gesamtnation zu schließen (...), ist methodisch wenig hilfreich und empirisch nicht abgesichert." (9) Historische Wahrheit wird nach dem Modell von Meinungsumfragen vorgestellt; kein Sample jedoch wird je repräsentativ genug sein, um der deutschen Nation als solcher die Taten der Nazis zuzurechnen. Die juristische Methode dieser seltsamen Wissenschaft, die sich die Behandlung der Geschichte anmaßt, weiß so überaus sorgfältig zwischen Intention und Resultat zu scheiden, daß der einzig noch mögliche Weg historischer Wahrheitsgewinnung, der allerdings leider ausgeschlossen ist, Psychoanalyse wäre. Erst dann wäre zu wissen, ob die „aktiven Vollstrecker" tatsächlich aktiv vollstrecken wollten, erst dann wäre klar, was der Führer wirklich wollte. Der Historiker verschanzt sich im Besonderen, macht das je Einzelne zur Barrikade gegen dessen Begriff und plädiert im Namen des Konkreten gegen die Abstraktion. Aus dem Verbot jedoch, von Deutschen auf die Deutschen zu schließen und von Einzelnen aufs Mordkollektiv, spricht die Entscheidung, das Geschichtsverbrechen nicht sich zurechnen zu lassen, es entschlossen abzuspalten. Nicht anders ist zu deuten, daß die Massenvernichtung den Historikern längst zum Sinn, d.h. zum demokratischen Auftrag der Deutschen gerann, daß selbst der Freiburger Historiker Ulrich Herbert, der Goldhagen noch am verständnisvollsten kritisierte, von „uns, den Deutschen" (10) als von einem mit sich identischen Subjekt spricht: Nichts anderes sagt Goldhagen.

Was ein Faktum ist, darüber entscheidet, wenn es mit rechten Dingen, d.h. materialistisch zugeht, die Theorie; was eine historische Quelle ist, darüber befindet die deutsche Ideologie, als deren Schreibautomat der Historiker die Vergangenheit seiner Nation zu Protokoll nimmt. Niemand glaubt weniger als der Historiker, daß sich aus den Akten jemals Aufschluß über den wirklichen Verlauf und irgendwann Aufklärung über die tatsächliche Logik der Geschichte ergeben könne, aber niemand unterwirft sich anstrengenderen Exerziti-

en und gibt sich mehr Mühe, den Anschein des geraden Gegenteils zu erwecken. Seine Fakten dienen der Illustration, sie sind fact fiction. Die Forschungsfrage, die vor dem Gang in die Archive pro forma gestellt wird, ist schon die Antwort selbst; kein Fund wird jemals die Frage kritisieren können. Hans Mommsen etwa fragt, „warum in einem fortgeschrittenen und hochzivilisierten Land wie Deutschland der Rückfall in die Barbarei möglich geworden ist." (11) *Daß* Deutschland vor 1933 „zivilisiert" war und nicht vielmehr kapitalistisch, ist schon die Antwort in der Frage; und es bleibt nur, darüber zu spekulieren, mittels welcher „empirisch abgestützter", anhand welcher „methodisch hilfreicher" Verfahren Mommsen aus dem empirischen Material hat schließen können, daß der Nazismus der „Rückfall" war, nicht die Konsequenz, daß die „Barbarei" nicht das Anti der Zivilisation war, sondern das historische Telos des Kapitals. So wird die demokratische Historie zum da capo des Nazismus. Georg Friedrich Wilhelm Hegel, dessen Geschichtsphilosophie unter Historikern aus gutem Grund einen schlechten Leumund genießt, hat dazu bemerkt: „Das besondere Interesse der Leidenschaft ist also unzertrennlich von der Betätigung des Allgemeinen ... Es ist das Besondere, das sich aneinander abkämpft und wovon ein Teil zugrunde gerichtet wird. Nicht die allgemeine Idee ist es, welche sich in Gegensatz und Kampf, welche sich in Gefahr begibt; sie hält sich unangegriffen und unbeschädigt im Hintergrund." (12) Keine Empirie vermag das Allgemeine je zu widerlegen; bei Hegel allerdings bezeichnete dies die „List der Vernunft", d.h. den Progreß der bürgerlichen Revolution gegen alle feudale Reaktion, während das Allgemeine des postfaschistischen Historikers nur die Penetranz der deutschen Revolution von 1933 gegen alle Evidenz der materialistischen Vernunft verkörpert.

Der Nationalhistoriker polemisiert gegen das Verallgemeinern, denn er selbst besitzt nicht den Schimmer eines Bewußtseins davon, wie die bürgerliche, wie die kapitalisierte Gesellschaft das Besondere und das Allgemeine synthetisiert, wie der transzendentale Schematismus a priori sich konstituiert, der das Besondere zum Ganzen sich fügen läßt, wie es daher, materialistisch gesprochen, um den Nexus von Warenform und Denkform bestellt ist. Er schmiert seinen Faktenbrei auf das dürre Gerüst der Ideologie, die darüber zur bunten Kulisse werden soll, vor der nichts als immer nur Menschen endlose Reprisen des Allzumenschlichen aufführen: die Nation als Lindenstraße, wo viel geschieht und nichts passiert. Die Erkenntnisfalle, in die er sich so verstrickt, ist, weit entfernt, ihm irgend Kopfschmerzen zu bereiten, vielmehr sein Lebenselixier: indem er notorisch zwischen haltlosem Empirismus, also der sprichwörtlichen Fliegenbeinzählerei, einerseits und ebenso leerer Metaphysik, d.h. den unverständigen, nämlich ideologischen Abstraktionen seiner Kategorien, andrerseits schwankt, erfüllt er genau seinen gesellschaftlichen Auftrag. Darin besteht diese Mission, als Vermittler zwischen den traurigen Tatsachen und ihrem höheren Sinn aufzutreten, darin, die Vermittlung der Gesellschaft durch das Kapital zum humanen Sinn der Geschichte zu verdoppeln.

Die Geschichte ist die Beute des Historikers. Die Methode, sie unter den Nagel sich zu reißen, hat, abermals, Hegel denunziert: „Die Grundtäuschung im wissenschaftlichen Empirismus ist immer diese, daß er die metaphysischen Kategorien von ... Einem, Vielen, Allgemeinheit ... gebraucht, ferner am Faden solcher Kategorien weiter fort*schließt*, dabei die Formen des Schließens voraussetzt und anwendet und bei allem nicht weiß, daß er so selbst Metaphysik enthält und treibt und jene Kategorien und deren Verbindungen auf eine völlig unkritische und bewußtlose Weise gebraucht." (13) In den „Formen des Schließens" ist die komplette Gesellschaft, ist die Quintessenz ihrer Totalität enthalten. Wer im Gegensatz von Besonderem und Allgemeinem vermitteln will, statt auf die Konstitution dieses Gegensatzes und also des Vermittlungsproblems selbst zu reflektieren, der hat in dieser Denkform nichts anderes gedacht als das Kapital selbst, d.h. das Kapital mit anderen, mit intellektuellen Mitteln fortgesetzt; eben das meinen Begriff und Sache der Ideologie. Der Empirismus ist, Hegel zufolge, „eine Lehre der Unfreiheit" (14), die Geschichtswissenschaft als die vergangenheitsselige Version dieses Empirismus daher eine Doktrin der bedingungslosen Persistenz der Nation und ihres Staates, die sich durch kein Auschwitz je wird beirren lassen.

Wissenschaft, Wahrheit und Metaphysik

All dies reflektiert sich, vielmehr, da von Reflektion allseits keine Rede sein kann: dies alles spiegelt sich wider in der Weise, in der deutsche Historiker Goldhagen entweder *unkontrollierte Induktion* oder *hemmungslose Deduktion* vorhalten, drückt sich aus in der wildwuchernden Rede von vielfältigen „Bedingungen", komplexen „Faktoren" und hochdiffizilen „Umständen", die ein wohltemperiertes historisches Urteil im Interesse seiner Konsensfähigkeit zu berücksichtigen habe, und schlägt sich schließlich nieder im Vorwurf, aus Goldhagen spräche in Wahrheit gar „kein Historiker, sondern ein Informatiker, der historische Prozesse und Dokumente wie Bestandteile einer gewaltigen Software liest", der einem monokausalen, eindimensionalen und also monomanen Determinismus huldige: Und dies sei, befindet die *Frankfurter Allgemeine* und sagt Frank Schirrmacher, nichts anders als: „Geschichtsmetaphysik" (15), die, sekundiert *Die Welt* und schreibt Jost Nolte, einzig auf einer „Technik der Vereinfachung und Verallgemeinerung" (16) gründen könne.

Die Kritik an Goldhagen manifestiert, wie gewaltig der Abgrund zwischen der deutschen Geschichtswissenschaft und der historischen Wahrheit klafft. Der Historiker scheut den synthetischen Begriff der Geschichte, weil dieser nicht anders sich aussprechen kann denn als kategorisches Urteil über die Zukunft, d.h. als kommunistisches Programm der Abschaffungen. „Geschichtsmetaphysik": Der schlimmste Vorwurf, den Historiker überhaupt erheben können, enthüllt zugleich den ideologischen Charakter dieser obskuren Wissenschaft, deren Anhänger das im Kapitalverhältnis gesellschaftsmächtig gewordene Phänomen der Realabstraktion, d.h. der praktischen Metaphysik und ihrer „gesellschaftlich gültigen, also objektiven Gedankenformen" (17), in einen historischen Prozeß auflösen, der auf der Flucht vor seinem Begriff beständig um die Pole von Interaktion und Struktur, von Geschichte als Handlung und Kommunikation einerseits, als Funktion und System andererseits oszilliert. Diese Bewegung allerdings vermöchte der Informatiker adäquater zu fassen als der Historiker, weil er, wenn er auch sonst nichts weiß, doch immerhin das eine weiß, daß der Prozeß durch die Form determiniert wird. Die Festplatte der Weltgeschichte ist auf das Betriebssystem Kapital formatiert, und die deutsche Geschichte insbesondere gehorcht einer antisemitischen Software.

Das Verhältnis von Induktion und Deduktion, dessen mangelhafte methodische Beherrschung die deutschen Historiker Goldhagen ankreiden, impliziert das Problem der gesellschaftlichen Synthesis, die Frage, wie es möglich sein soll, daß das sinnlich so Verschiedene und schlechthin Inkommensurable doch in *einem* Begriff sich fassen soll, in *einem* synthetischen Begriff, der, weit davon entfernt, von außen oktroyiert, abgehoben oder „abstrakt" zu sein, vielmehr von innen emergiert, wie also Äpfel und Birnen sich zu Obst addieren lassen, wie die differenten Gebrauchsdinge, nur als Waren produziert, in einem quantifizierten Tauschwert sich summieren. Kann in diesem Verhältnis vom Ein-

zelnen aufs Ganze gefolgert werden? Und aus wieviel Einzelnem besteht das Ganze? Oder hat man vom Ganzen auf das Einzelne zu schließen? Und was ist dann das Ganze?

Schließt man, induktiv, von der subjektiven Erfahrung etwa Viktor Klemperers auf das Ganze, d.h. auf ganz Deutschland, dann kann an der Wahrheit der Thesen D. J. Goldhagens so wenig Zweifel aufkommen wie im umgekehrten, deduktiven Schluß von der nazistischen Regierungsprogrammatik auf die Gesellschaft. Klemperers „Forschungsprozeß" führte ihn vom ungläubigen Staunen darüber, „daß Hitler wirklich die deutsche Volksseele verkörpert, daß er wirklich ‚Deutschland' bedeutet", über die fortschreitende Gewißheit, „daß Hitler wahrhaftig der Sprecher so ziemlich aller Deutschen ist" auf die furchtbare Wahrheit, daß „die Seuche in allen wütet, vielleicht ist es nicht Seuche, sondern deutsche Grundnatur". Am Ende schließlich die Erkenntnis: „So bedeutet die Judenfrage für den Nationalsozialismus das Zentrum der ‚Wesensmitte' und seine Quintessenz." (18) Viktor Klemperer verallgemeinert „from the bottom up", während Hitler, wie nicht nur seine Rede zum Jahrestag der NSDAP-Gründung 1942 belegt, mit allen Kräften und in aller Öffentlichkeit entschlossen war, „from the top down" zu besondern: „Dieser Kampf wird nicht mit der Vernichtung der arischen Menschheit, sondern mit der Ausrottung des Judentums in Europa sein Ende finden." (19)

Josef Joffe und die Logik

Der einzige unter Goldhagens Kritikern, der die Frage nach dem erkenntnistheoretischen Status der geschichtswissenschaftlichen Begriffe überhaupt aufgerollt hat, war bezeichnenderweise kein Fachhistoriker, sondern Josef Joffe, Leitartikler der Süddeutschen Zeitung. Er schreibt: „Schon der Talmud sagt ganz knapp: ‚Zum Beispiel ist kein Beweis.' Die Fallstudie, die Zitate (und seien sie auch noch so massenhaft aufgetürmt) summieren sich nicht per se zum Richtspruch. (...) Noch problematischer wird es bei der Logik. Der Satz A, ‚Die Killer waren normale Deutsche' enthält nicht den Beweis, den Goldhagen zu liefern wünscht, also den Umkehrschluß B, ‚Die normalen Deutschen waren Killer' (...). Zwischen Satz und Umkehrschluß tut sich die älteste logische Falle überhaupt auf; A ergibt nicht B, es sei denn, daß die A-Menge identisch mit der B-Menge wäre, was sie aber per definitionem nicht ist. Anders ausgedrückt: (Soziologische) Korrelation ist keine Kausation. (...) Mithin kommt Goldhagen das klassische Problem von der Vermischung verschiedener Analyse-Ebenen in die Quere, zwischen denen kein zwingender Konnex herrscht, in diesem Fall zwischen Individuum, Gruppe und Nation. Formal ausgedrückt: Die Eigenschaften einer Gruppe sind nicht identisch mit den Eigenschaften ihrer Mitglieder, und beide unterscheiden sich wiederum von denen des gesamten Volkes. (...) Oder: ‚Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile.' (...) (Auf Goldhagens) Weise von ‚unten nach oben', von der Stichprobe zur Gesamtkultur räsonieren, geht nicht. Aber man kann auch nicht von ‚oben nach unten', von der präsumtiven Kultur auf das mörderische Verhalten schließen, wie Goldhagen es ebenfalls tut." Joffe folgert, es bedürfe einer „intervenierenden Variablen", also eines Dritten der Vermittlung, das er „das ‚System'" nennt (20), etwas, das die Einheit von Induktion und Deduktion stiftet. Wer oder was jedoch ist „das System"? Offenkundig kann es nur gedacht werden als Identität von Identität und Nicht-Identität, d.h. als Übergreifendes über sich selbst und sein eigenes Gegenteil, d. h. als Einheit der Logik mit der Bedingung der Möglichkeit ihrer eigenen Geltung. Die Logik gilt, da hat Joffe gegen Goldhagen ganz recht, aber sie vermag ihre eigene Geltung nicht logisch zu begründen, und deshalb hat Joffe gegen Goldhagen ganz und gar unrecht. Die Geltung der Logik selbst beruht nicht auf Logik, sondern auf einem dialektischen Paradox dergestalt, wie das klassische vom Kreter es demonstriert. Satz A: Alle Kreter lügen; dann Satz B: Der dies sagt, ist selbst ein Kreter. Was nun? Wahrheit oder Lüge? Die Bedingungen der Geltung von Satz A sind die Kriterien der Unwahrheit von Satz B; und umgekehrt. In diesem Beispiel ist der Kreter die Teilmenge seiner selbst, das Übergreifende über sich und sein Gegenteil. Daraus wiederum folgt: Der Satz C „Alle Kreter sind Lügner" läßt sich in den Satz D „Alle Lügner sind Kreter" umkehren, oder anders: Der von Joffe inkriminierte Schluß Goldhagens kann nie und nimmer von einem Deutschen bestritten werden. Das Paradox allerdings, aus dem die Logik praktisch Geltung gewinnt, ist an sich selbst alles andere als ein Denkproblem, sondern das im Kapitalverhältnis durch die Selbstkonstitution des Werts zum „automatischen Subjekt" (21) negativ gelöste Problem der Vergesellschaftung, d.h. die Identität des Werts als Identität seiner prozessierenden Identität im Geld mit seiner Nichtidentität als Produktion von Gebrauchswert, d.h. die praktische Identität von Mommsen und Nolte im Historiker als ihrem immanenten Allgemeinbegriff. Der kapitale Wert, der im Prozeß seiner Verwertung seine eigenen Voraussetzungen produziert und reproduziert, ist so die Bedingung der Geltung von Logik schlechthin. „Das System" daher, von dem Joffe, wie er freundlicherweise selbst sagt, im „Soziologen-Jargon" spricht und das er eine „intervenierende Variable" nennt, ist weder eine Variable noch interveniert es; es ist die Form der kapitalen Vergesellschaftung selbst, die sich als ihren eigenen Inhalt setzt und reproduziert.

Goldhagens Folgerung, daß, weil die Killer normale Deutsche waren, alle normalen Deutschen potentielle Killer waren, ist daher mit den Mitteln der Logik ebenso angreifbar (nur nicht von Deutschen, die von sich selbst als „wir Deutsche" sprechen) wie sie, dialektisch betrachtet, über jeden Zweifel erhaben ist. Auch nur Historiker, fühlt Goldhagen sich, im eklatanten Unterschied zu seinen deutschen Kritikern, nicht genötigt, den fraglosen Positivismus der historischen Methode nationalistisch zu verbiegen, ein fröhlicher Positivist, der Induktion und Deduktion nicht gegeneinander ausspielen läßt, der sich vielmehr gewiß ist, seinen Gegenstand im Gleichklang der Verallgemeinerung der Quellen wie der Konkretisierung der Allgemeindiagnose gewaltlos in den Begriff zu zwingen. Was „deutsch" ist, wird so mentalitäts- wie ideengeschichtlich zugleich bestimmt, von unten erschlossen wie von oben gefolgert. Seine Ergebnisse sind um so zwingender, als er den Gesellschaftsbegriff seiner deutschen Kritiker teilt, demonstrieren sie doch, wozu selbst Positivisten fähig sein können, wenn ihnen der Poppersche „Glaube an die Vernunft" mehr ist als Lippenbekenntnis.

Goldhagens Wissenschaft

Denn Goldhagen ist ein Positivist, den es mit Macht zum Begriff drängt, ein Positivist, der weiß, daß die Theorie darüber entscheidet, was ein Faktum ist, ein Positivist, der sich vom Kraut und den Rüben der Empirie nicht den Blick verstellen läßt, der überdies, allem Manko eines ideologiekritischen Wahrheitsbegriffs zum Trotz, ganz genau weiß, daß, wenn es schon so sein soll, wie es der Positivismus will, die innere Stimmigkeit einer Theorie das Indiz ihrer objektiven Richtigkeit abzugeben hat, daß diese Theorie dann ökonomisch zu sein hat und elegant, daß sie mit einem Mindestmaß an Argumenten auszukommen hat, daß sie Ockhams Messer ansetzen muß, um rational zu sein. „Der Ruf nach Komplexität ist häufig die letzte Rettung jener, die bestimmte Folgerungen unerträglich finden", doziert er gegen seine Kritiker, und weiter: „Die Vorstellung, daß eine einfache Erklärung eine vereinfachen-

de Untersuchung zur Voraussetzung" haben muß, ist irrig, „viele schreckliche und komplexe Resultate haben einfache Ursachen". (22)

Seine Entschiedenheit nimmt um so mehr wunder, als Goldhagen den liberalen Gesellschaftsbegriff mit allen Konsequenzen vertritt und verteidigt. So überaus resolut outet er sich als Parteigänger der „offenen Gesellschaft", daß sich das vernünftige Resultat geradezu im vollendeten Widerspruch zu seinen theoretischen Grundannahmen ergibt. Daß der deutsche Antisemitismus im Kern „der Wille zu töten" ist, daß er in letzter Instanz auf Vernichtung geht, daß alle seine noch so differenzierten Spielarten und wie immer komplexen Ausdrucksformen vom linken Antizionismus über den liberalen Philosemitismus bis hin zum altgermanischen Neuheidentum in *einem* übergreifenden Horizont, in *einem* logischen Kontinuum stehen, dessen inneres Telos die Liquidation ist – dieser Nachweis ist so stupend, daß man sich fragt, wie er überhaupt mit den Mitteln des Positivismus zu begründen sein sollte, ist so frappant, daß man den Positivismus nachgerade vor lauter Hochachtung vor Goldhagen für die in Deutschland allein noch mögliche Form der Aufklärung selbst halten möchte. Es ist aber nur die Logik der Sache selbst, die sich hierin ausspricht, die als „kognitives Modell", „Mentalität" und „politische Kultur" definiert, was tatsächlich von Begriff und Sache her der Ideologie zukommen würde. Unter dem anthropologisch anmutenden Titel der „Mentalität" reflektiert Goldhagen jedenfalls den Tatbestand, daß die deutsche Ideologie den Deutschen so rigoros zur zweiten Natur geworden ist, daß sie darin wohler sich fühlen als in ihrer ersten Haut, was schon ihre massenhafte Bereitschaft bewies, sie für Führer, Volk und Vaterland zu Markte zu tragen. Goldhagen geht „im Gegensatz zu Marx' bekanntem Diktum davon aus, daß das Bewußtsein das Sein bestimmt" (S. 533), eine zwar billige, aber jedenfalls legitime Polemik gegen den unter Marxisten gängigen Ideologiebegriff, denn vom Zusammenhang von Warenform und Denkform wissen die Marxisten ebenfalls weniger als nichts. Wie ist es nun in Goldhagens Perspektive um den Zusammenhang von Sein und Bewußtsein, von deutschem Sein und antisemitischem Bewußtsein bestellt?

Goldhagen ist, was seine Erkenntnistheorie angeht, radikaler Konstruktivist. Man müsse sich, sagt er, „das kognitive, kulturelle und teils sogar das politische Leben einer Gesellschaft wie ein ‚Gespräch' vorstellen. Alles, was wir über die gesellschaftliche Wirklichkeit wissen, ist dem Strom dieser ununterbrochenen ‚Gespräche' entnommen, die diese Realität konstituieren" (S. 51 f.). Das gesellschaftliche Sein ist eine an sich selbst deutungsfreie Tatsache, die pure Faktizität; was das Sein bedeuten soll, bestimmt das Bewußtsein, indem es die Realität mittels „axiomatischer Themen" (S. 52) als sinnhaft konstruiert und daraus „kognitive Modelle" ableitet, die wohl in etwa dem entsprechen, was Immanuel Kant als transzendentalen, d.h. erfahrungs- und empirieunabhängigen Schematismus der Verstandesbegriffe definierte. Der Antisemitismus sei solch ein Schematismus und kognitives Modell. Über seinen Ursprung schweigt Goldhagen sich aus, seine Fortzeugung und Reproduktion „von Generation zu Generation" soll dem „Gespräch" zuzuschreiben sein, durch das Gesellschaft sich synthetisiert. Kognitive Modelle jedenfalls sind überall, „sie bestimmen die Sichtweise, die Menschen von allen Aspekten des Lebens und der Welt entwickeln, ebenso wie ihre Handlungsweisen" (S. 52); und ein solches Modell ist der Warentausch: „Das kulturelle Modell des *Kaufs* eines Gegenstandes", so zitiert Goldhagen einen amerikanischen Konstruktivisten, „umfaßt den *Verkäufer*, den *Käufer*, die *Ware*, den *Preis*, den *Verkauf* und das *Geld*. Zwischen diesen Teilen bestehen verschiedene Beziehungen; da ist einmal die Interaktion zwischen dem *Abnehmer* und dem *Verkäufer*, die die *Mitteilung* des *Preises* an den *Käufer* umfaßt, möglicherweise kommt es dabei zu *Preisverhandlungen*, zu dem *Angebot*, zu einem bestimmten *Preis* zu kaufen, zur *Einigung* über das Geschäft, zum *Transfer* des Eigentums an der *Ware* und dem Geld et cetera. Dieses Modell muß man verstehen (und praktizieren), nicht nur um *kaufen*, sondern auch um sich an solchen kulturellen Aktivitäten wie *Leihen, Mieten, Leasen, Beschwindeln, Verkaufen, Profitmachen, Läden, Werbung* et cetera beteiligen zu können" (S. 564 f.)

Das Geld soll das eine sein, seine Wahrnehmung aber das ganz andere: Unvorstellbar, daß, wie die Marxsche Wertformanalyse nachweist – d.h. die berüchtigten ersten hundert Seiten des „Kapital", die schon August Bebel sich rühmte, nicht gelesen zu haben –, das Geld an sich selbst so beschaffen ist, daß es, als sinnliche Inkarnation und handgreiflich empirische Darstellung des kompletten gesellschaftlichen Verhältnisses, seine eigene Interpretation und Sinngebung immer schon enthält, daß es nichts anderes darstellt als die Identität von Sein und Sinn. Denn indem der Wert doppelt sich darstellt, indem er als Preis der Ware neben der Ware erscheint, verdoppelt er sich zugleich in materiellen und ideellen Wert, in wirkliches Geld und nur gedachtes Geld. Derart enthält die Ware ihre eigene Sinngebung, sie interpretiert sich selbst und ist ihr autonomer Philosoph. Ihr Wahrheitsbegriff meint die praktisch gelingende Identifikation des sinnlich Verschiedenen. Im Austausch werden Sein und Sinn der Ware zur Deckung gebracht; die Ware denkt sich soi disant zu ihrem logischen Ende, indem sie ihren Wert praktisch in Geld übersetzt, sich aus dem Gedanken in die Wirklichkeit begibt, d.h. indem sie sich, wie es die liberale Gesellschaftstheorie und ihr ökonomischer Troß, die nominalistische Geldtheorie, sagen, im Geld als einem „Medium" reflektiert. (23) Als Identität von Sein und Sinn, d.h. unter der Warenform, die nur sein kann, indem sie unmittelbar zugleich als Denkform erscheint, stiftet der Wert in Gestalt des Geldes und als „bare Münze des Apriori" eben die Verstandesbegriffe, aus denen sich das Vermittlungsproblem der Historiker erst ergibt. Die unendlichen Streitereien zwischen sog. „Intentionalisten" und sog. „Funktionalisten" unter den Historikern verweisen in letzter Instanz auf ihr Unvermögen, das Geld zu denken. Goldhagen wählt die nominalistische Strategie, um nachzuweisen, daß Antisemitismus Projektion ist und in nichts gründet, was irgend den Juden – die in genau diesem Sinne deutungsfreies Sein darstellen – zuzuschreiben wäre, aber indem er diesen Satz der beweisfreien Vernunft nur nominalistisch zu begründen weiß, torpediert er sein eigenes Interesse: „Unser Konzept der persönlichen Autonomie" (S. 52), das Goldhagen dem Antisemitismus entgegenstellen möchte, der das konkrete Individuum unter abstrakte, völkische Kategorien subsumiert, ist ebensowenig in fundamentum humanun verankert wie sein genaues Gegenteil. Wenn „das Wissen eine soziale Konstruktion" (S. 87) ist, wenn nichts existiert, was in sich, wie tatsächlich negativ auch immer, die Einheit von Sein und Sinn stiftet und reproduziert, wenn daher keine Wahrheit denkbar ist, die so unabhängig von Konsens und so wenig irgendeiner Zustimmung bedürftig wäre wie der Satz, daß Juden Menschen sind, mögen auch drei Milliarden das Gegenteil behaupten, dann ist über den Antisemitismus kein kategorisches Urteil möglich, dann ist der Kampf gegen den Antisemitismus nur Ausdruck eines anderen „kognitiven Modells", d.h. einer anderen *Meinung*.

Die Kritik der deutschen Historiker an Goldhagen hat folgerichtig alles mögliche benörgelt, aber nirgends hat sie die erkenntnistheoretische Konstruktion des Antisemitismusbegriffs ihm angekreidet: Es ist ihr eigener, Ausdruck eines liberalen Antifaschismus, der in Deutschland das verkappte Bündnisangebot an den Faschismus enthält. Insbesondere hat die Kritik jenen

Punkt bemängelt, an dem nichts anderes aus Goldhagen spricht als das Bedürfnis der Vernunft, das Bewußtsein nicht von „Faktoren“ und „Bedingungen“ sich zerstäuben zu lassen, sondern nach *einem* Grund zu suchen, nach einer intelligiblen Ursache. „Denn beweisen“, sagt Hegel, „heißt in der Philosophie soviel als aufzeigen, wie der Gegenstand durch und aus sich selbst sich zu dem macht, was er ist.“ (24) *Daß* Goldhagen etwas *beweisen* wollte, d.h. er eine Interpretation vorlegen wollte, die *genau einen* Schluß zuläßt, diese Impertinenz hat die geschichtswirtschaftenden Faktorenverwalter vielleicht noch mehr erschüttert als der Schluß selbst. Im vollen Elan ihrer Empörung haben sie übersehen, daß Goldhagen *ihren eigenen* Positivismus gegen sie wendet, daß er mit der haargenau gleichen Methode – positivistische Logik, d.h.: „Wenn es eine einzige Tatsache gäbe, und zwar eine, die das gemeinsame Motiv erkennen und sich auf die meisten der zu untersuchenden Phänomene anwenden ließe, dann wäre diese jedem mühsam zusammengebauten Erklärungsmosaik vorzuziehen“ (S. 668) –, und mit dem selben historischen Material ihre Trial-and-error-Methode im Umgang mit dem Nazismus als typisch deutsch entlarvt, d.h. als Geschichtsschreibung, die nicht der Wahrheit, sondern deren Gegenteil, der Nation, verpflichtet ist.

Die „Logik des Antisemitismus“

Weil Goldhagen das Geld für eine deutungsfreie soziale Tatsache hält und also das „Profitmachen“ für eine von vielen „kulturellen Aktivitäten“, verfehlt er den Begriff des Antisemitismus. Im Unterschied allerdings zu den Historikern zielt er wenigstens auf *einen Begriff*, und seine Methode, die vorfindlichen Antisemitismusbegriffe daraufhin zu untersuchen, unter welcher Voraussetzung eigentlich *einander widersprechende Definitionen ein und desselben Gegenstandes* möglich sein können, führt ihn so nahe wie nur irgend möglich an die Antwort heran, daß es einen Gegenstand *geben muß*, der, ganz und gar nicht deutungsfrei, an sich selbst die objektive Eigenschaft *haben muß*, nur unter sich einander wechselseitig ausschließenden Denkbestimmungen und Definitionen gedacht werden zu können. Die Bedingung der Möglichkeit der einander widerlegenden Vorstellungen vom Antisemitismus ist, so folgert Goldhagen ganz logisch, der „Wille zu töten“: Nur unter dieser Prämisse ordnet sich der Faktorenstaub, nur mit dieser Annahme hebt sich der Komplexitätsnebel, nur am Leitfaden dieser These wird das „Feld sehr unterschiedlicher Formen des Antisemitismus“ und werden die „Vielzahl von Motiven“, von denen pars pro toto Ulrich Herbert schwatzt, intelligibel und taugt das Bewußtsein zu mehr als zur Büroklammer. Und zwar verständlich als Camouflage eines Willens, der sich selbst sucht, d.h. einer Intention, die objektiv und *an sich* immer schon das ist, was sie durch alle Irrungen und Wirrungen der Geschichte hindurch, heißen sie nun christlicher Antijudaismus oder liberaler Philosemitismus, auch *für sich* sein zu streben sucht. Nur das kann verstanden werden, sagt Goldhagen, was über die Phänomene hinaus und durch die Erscheinungen hindurch seiner eigenen Logik folgt. Eine solche Konstruktion nennt man gemeinhin eine idealistische; und wie wenig Goldhagen zu ihr als Positivist eigentlich befugt ist, zeigt sich daran, daß er kein Kriterium anzugeben vermag, nach dem, was als Gebot des Denkens und was als Schluß aller Logik *sein muß*, auch tatsächlich existiert. Es *muß* etwas geben, das die Identität von Sollen und Sein real darstellt, und dieses Etwas muß die Einheit von Genesis und Geltung sein; d.h. es muß seiner Konstitution gemäß in der Lage sein, sich selbst zu konstituieren, sein eigener Ursprung zu sein und sich selbst in allgemeine Geltung zu setzen. Goldhagen nennt dies Etwas das „kognitive Modell“, aber dessen Reproduktion durch das intergenerative „Gespräch“ bleibt kaum weniger mysteriös als seine historische Abkunft. Was Goldhagen unter dem Titel des kognitiven Modells verfehlt, spricht die Wahrheit des Kapitals als automatisches Subjekt aus, und die Formen des logischen Schließens enthalten und offenbaren so die Gesellschaft in ihrer dialektischen Quintessenz tatsächlich.

So nahe Goldhagen der „Logik des Antisemitismus“ daher kommt, so sehr verfehlt er sie doch. (25) Seiner logischen Notwendigkeit ermangelt die gesellschaftliche Wirklichkeit. Was der Geldbegriff Goldhagens, der alles andere als ein Begriff war, schon durchscheinen ließ, das macht sein Kapitalbegriff unabweisbar: Hier denkt und arbeitet jemand, den nur Zufall und höhere Fügung davor bewahrt haben, das Drehbuch zu „Schindlers Liste“ zu schreiben. Da ist die Rede davon, die „subjektive Vorstellung der Deutschen von den Juden“ hätte sie dazu veranlaßt, „Arbeit – also eine instrumentelle Tätigkeit, die normalerweise der effizienten und rationalen Produktion dient – in ein Mittel der Zerstörung zu verwandeln“ (S. 377), da spricht Goldhagen von einem „Sieg von Politik und Ideologie über das ökonomische Eigeninteresse“ (S. 382) und davon, „daß der eliminatorische Antisemitismus selbst dann das Handeln der Akteure bestimmte, wenn ihnen die normalerweise machtvolle Logik ökonomischer Rationalität gegenüberstand, die doch das deutsche Wirtschaftsleben im großen und ganzen bestimmte“ (S. 471), schließlich noch davon, daß „die Macht des Antisemitismus die ökonomische und für eine moderne industrielle Produktionsweise erforderliche Rationalität außer Kraft gesetzt“ (S. 499) hätten: Reinhard Kühnl, Ernst Nolte und die deutsche Reichsbahn lassen grüßen. Von der Vorstellung, Geld und Kapital seien an sich selbst antisemitisch, erzeugten gar aus eigenem Wesen und eigener Dynamik die objektive Ideologie eben jenes abstrakten und unproduktiven, jenes wurzellosen und kosmopolitischen Un- und Antiwesens, als das die Nazis dann die Juden mörderisch identifizierten, ist Goldhagen so weit entfernt wie nur die deutschen Historiker vom Grundkurs „Marx für Anfänger“. „Die konsequenten Vertreter der Illusion, daß der Mehrwert aus einem nominellen Preisaufschlag entspringt“, notierte Marx für alle, die den Warentausch für ein kognitives Modell halten, „oder aus dem Privilegium des Verkäufers, die Ware teurer zu verkaufen, unterstellen daher eine Klasse, die nur kauft, ohne zu verkaufen, also auch nur konsumiert ohne zu produzieren. Die Existenz einer solchen Klasse ist ... unerklärlich. (...) Das Geld, womit eine solche Klasse beständig kauft, muß ihr beständig, ohne Austausch, umsonst, auf beliebige Rechts- und Gewalttitel hin, von den Warenbesitzern selbst zufließen.“ (26) Darin nimmt die Logik des Antisemitismus ihren Anfang, die durch die Irrungen und Wirrungen der Geschichte hindurch nach ihrer Selbstverwirklichung trachtet, d.h. danach, ihres eigenen objektiven Zwecks auch subjektiv und praktisch innezuwerden, d.h. den nazistischen Aufstand des Konkreten gegen das Abstrakte, die deutsche Revolution des Gebrauchswerts gegen den Tauschwert ins Werk zu setzen, d.h. die Liquidation des monetären Parasiten und „Gegen-Volks“ (Rosenberg). (27) Die historische Gelegenheit dazu ergab sich aus dem Zusammenbruch des deutschen Kapitals im Zuge der großen Krise von 1929. Diese Krise, die nur aus dem allgemeinen Begriff des Kapitals zu erklären ist, setzte das totalitäre politische Potential frei, das in der deutschen Nation und ihrem Staat aufgespeichert war und das sich im Antisemitismus niederschlug. Was folgte, war so „typisch deutsch“, wie das Kapital es nicht ist, denn es gehorchte einer derart zwanghaften, in Barbarei als bis dato unbekannte Gesellschaftsform überschnappenden Logik, daß das Kapital ihrer nirgendwo anders denn eben in Deutschland hätte fähig sein können.

„Die Täter“, sagt Goldhagen, „waren

keine Automaten und keine Puppen" (28), und sie waren erst recht nicht Marionetten des Kapitals. Sie waren ganz gewöhnliche Deutsche, die es definitiv satt hatten, vom Kapital geschurigelt und determiniert zu werden, die sich mit Haut und Haaren dafür entschieden hatten, es in wahnhaftem Elan zu überbieten, um selbst Kapital *zu sein*, um endlich dem Geheimnis der Verwertung des Werts auf die Spur zu kommen.

Auschwitz, Begriff der deutschen Geschichte

Es ist diese überaus negative Dialektik, die es macht, daß Auschwitz mit den geistigen Mitteln des bürgerlichen Verstandes, so wie er sich in der Geschichtswissenschaft ausdrückt, weder zu verstehen noch zu erklären ist. Der Massenmord ist das synthetische Produkt der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland, ihr wie immer vermitteltes Resultat. Im Massenmord ist alles enthalten und aufgehoben. Auschwitz ist die Wahrheit Deutschlands; und eine andere Wahrheit, da können sich deutschen Historiker mühen und quälen, wie sie wollen, wird es niemals gegeben haben. War der Massenmord also der logische Schlußpunkt einer Linie, die von Luther über Nietzsche zu Hitler führt?

Ja und nein. Ja: denn Luther war ein großer Antisemit vor dem Herrn, nein: denn er war es nicht vor dem Gott, der nach ihm kam, dem Kapital, konnte es noch nicht sein – aber die Antwort ist an sich nichtig und egal, denn der historische Prozeß erlischt im Resultat, das Auschwitz heißt, und er verschwindet darin so, wie die Absichten und Motive der am Warentausch Beteiligten erlöschen und gleichgültig werden, wenn Zahltag ist. Es ist das Resultat, das ex post über den historischen Prozeß entscheidet, der dann ex ante zu ihm führte und auf kein anderes führen konnte, d.h. es ist das Produkt, das die Produktion bestimmt. Man kann das Produkt nicht vom Prozeß her denken, und daher identifiziert das Produkt das Ausschlaggebende, das Wesentliche am Prozeß. Die Toten jedoch sind tot, kein Sinn, der ihren Tod ungeschehen machen könnte, keine Interpretation der Entwicklung hin zum Mord, der daran ein Jota ändern könnte. Geschichtswissenschaft, die in „Faktoren" und „Bedingungen" denkt (und anders kann sie, wenn sie überhaupt denkt, überhaupt nicht denken) arbeitet im nationalen Interesse an der Virtualisierung der Massenvernichtung: Je mehr Argumente über „notwendige und hinreichende Bedingungen" sie dafür beibringt, daß alles auch hätte ganz anders kommen können, wenn .... , desto weniger ist, ob Mommsen, Wehler, Jäckel oder Zitelmann, von der fatalen Notwendigkeit der bürgerlichen Gesellschaft die Rede, die es machte, daß ...

Das Produkt der Geschichte des Kapitals in Deutschland ist Auschwitz. Was aber ist Auschwitz? Was ist die Massenvernichtung im Verhältnis zu einer, wie es heißt, von der Zweck-Mittel-Rationalität beherrschten bürgerlichen Gesellschaft, die die Vernichtungslager hervorbrachte? Es ist die Wahrheit dieser Gesellschaft, so, wie sie aus der an sich irrationalen Dialektik von Zweck und Mittel hervorgeht. Die bürgerliche Gesellschaft kann den Nazismus nicht begreifen, denn dieser ist ihr originäres und genuines Produkt, Fleisch vom Fleische. Würde sie ihn begreifen, sie müßte gegen sich selbst revolutionieren, d.h. Selbstmord begehen. Die Geschichtswissenschaft dieser Gesellschaft, d.h. die planmäßige Bilanzierung ihrer verflossenen Taten und Untaten, kann den Nazismus erst recht nicht begreifen, denn sie transformiert, Maß und Maßstab ihrer Urteile, die Zweck-Mittel-Rationalität aus einer Ideologie zur Methode: Nie wird sie damit fertig werden, über die „falsche" Verwendung der knappen Güterwagons zu staunen, niemals damit, in „Schindlers Liste" den produktiven, d.h. recht eigentlich antifaschistischen Gebrauch der Arbeitskraft durch das Kapital zu begaffen. Auschwitz jedoch, das war, in stenogrammhafter Definition, die Selbstaufhebung des Kapitals im Verfolg seiner eigenen Dynamik und auf seiner eigenen Grundlage, d.h. eine qualitativ neue, zwar kapitalgeborene, aber doch kapitalentsprungene Gesellschaftsformation, d.h. Barbarei in einem nicht luxemburgischen, nicht metaphorischen Sinne, d.h. die geoffenbarte Wahrheit der „verrückten Form" (Marx). „Barbarei" allerdings ist bloße Definition, alles andere als Begriff im strengen Sinne, denn begreifen, d.h. verstehen und erklären läßt sich nur, was, wie diskret auch immer, an Vernunft doch immerhin partiziert. Die Toten müßten sprechen; aber wenn sie es denn könnten, würden sie von den deutschen Historikern mit allen Mitteln ihrer „seriösen Holocaust-Forschung" (Mommsen) daran gehindert, bestenfalls in die Abteilung „oral history" deportiert.

Der Antisemitismus ist daher schuld an Auschwitz, und er ist es nicht. Ja und nein. Ja: denn Antisemitismus ist eine Basisideologie der bürgerlichen Gesellschaft schlechthin, und ist es insbesondere in Deutschland, einer Gesellschaft, die sich als bürgerliche nur gegen die bürgerliche Revolution zu konstituieren vermochte, d.h. als Produkt eines erst absolutistischen, dann bonapartistischen, in letzter Instanz nazistischen Staates, der, so klassenübergreifend wie klassennegierend, im Antisemitismus das politische Programm der totalen politischen Integration fand. (29) Der Antisemitismus ist schuld am Massenmord, weil er das notwendig falsche, sprich: praktisch richtige Bewußtsein einer verkehrten Gesellschaft darstellt: Goldhagen hat ganz recht. – Nein: denn der Antisemitismus ist, als objektive Ideologie, nichts ohne die Gesellschaft, die in ihm sich reflektiert, Daher irrt Goldhagen. Der Antisemitismus ist schuld; und er ist es nicht, weil die Vernichtung, die auf die Juden zielte und sie traf, in wahnhafter Verschiebung der Selbstvernichtung der bürgerlichen Gesellschaft wehren sollte. Darin liegt das Anathema der Geschichtswissenschaft, das ihre Bemühungen im Ansatz nichtig macht: Daß Auschwitz eine Tat war, die, nach dem Bild des Amokläufers, keine wie immer geartete Beziehung zwischen dem Täter und seinem Opfer, die irgend in letzterem gründete, zu ermitteln erlaubt, daß diese Tat kein Mittel gewesen ist zu irgendeinem Zweck, sondern das Mittel als autistischer Selbstzweck, d.h. die fatale Konsequenz aus der Todeskrise der Selbstvermittlung der bürgerlichen Gesellschaft durch das Kapital, in deren Konsequenz das automatische Subjekt alle in der Perspektive des Positivismus rationalitätsstiftenden Vermittlungen kassiert und in vollendeter Raserei zum tödlichen Block erstarrt. Darin sind „die historischen Voraussetzungen, unter denen allein das Kapital Gebrauchswert setzt"(30), ebenso vergangen wie die materiellen Bedingungen aufgehoben, unter denen allein es erkennbar ist. Auschwitz liegt im Jenseits des Begriffs, weil sich die kapitalisierte Gesellschaft im Zuge ihrer Selbstaufhebung in Barbarei selbst im Jenseits ihrer menschenmöglichen Begreifbarkeit plaziert hat. Ja und nein daher, pro und contra Goldhagen in einem: Ja, denn der Antisemitismus ist schuld an der Massenvernichtung, weil er, funktional äquivalent, für die Nazis das darstellte, was fdGO, Pluralismus und soziale Marktwirtschaft ihren legitimen Rechtsnachfolgern bedeuten: praktische Geschäftsordnung der Politik und ideologisches Selbstbewußtsein in einem. Und nein, denn Antisemitismus ist nur selbstbewußte Ideologie, d.h. ein Denken, das nicht sich selbst denkt, das gedacht wird. Der „Wille zu töten", dessen Spur Goldhagen mit kriminalistischer Akribie und juristischer Präzision verfolgt, ist in einem der unwiderstehliche und unabweisbare Zwang zu töten.

Zwangscharakter der Freiheit: In völliger Freiheit nicht anders zu können – in diesem Realparadox resümiert sich der Grund, der es macht, daß man niemals wird wissen können, was Auschwitz war, und

warum es war. Auschwitz läßt sich weder erklären noch verstehen, es läßt sich weder erklären und nicht verstehen noch läßt es sich nicht erklären und doch verstehen, weil es die gesellschaftlichen Bedingungen der Möglichkeit dieser Unterscheidung selbst aufhebt. Die Wahrheit der Massenvernichtung kann daher keine in sich selbst noch so schlüssige oder gar vernünftige Theorie sein, sondern nur die praktische Herstellung der „freien Assoziation", d.h. der staaten- und klassenlosen Weltgesellschaft. Es kann keine vernünftige Theorie der vollendeten Unvernunft geben, nur deren Rationalisierung. Auschwitz macht keinen Sinn: Und das ist das Ende der Geschichtswissenschaft.

Joachim Bruhn

Die Seitenangaben in Klammern beziehen sich auf Daniel Jonah Goldhagen, *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust*, Berlin 1996

Anmerkungen:

1) Karl Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. 3, Berlin 1973 (MEW 25), S. 95

2) Götz Aly, *D. J. Goldhagen. Hitlers willige Vollstrecker. Rezension*, in: *Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung* 6/1996, S. 48

2a) Hans-Ulrich Wehler, *Wie ein Stachel im Fleisch*, in: Julius H. Schoeps (Hrsg.), *Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust*, Hamburg 1996, S. 203 f. (zuerst in: *Die Zeit* v. 14.5.96)

3) Vgl. Ulrich Enderwitz, *Kritik der Geschichtswissenschaft. Der historische Relativismus, die Kategorie der Quelle und das Problem der Zukunft in der Geschichte*, Berlin 1988

4) Max Horkheimer, *Die Juden und Europa* (1939) in: Ders, *Autoritärer Staat. Aufsätze 1939–1941*, Amsterdam 1967, S. 34

5) Ingrid Gilcher-Holthey, *Die Mentalität der Täter*, in: Schoeps, a.a.O., S. 213 (zuerst in: *Die Zeit* vom 7.6.1996)

6) Vgl. Joachim Bruhn, *Das Menschenrecht des Bürgers*, in: Ders., *Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation*, Freiburg 1994, S.121 ff

7) Karl R. Popper, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Band 2: Falsche Propheten: Hegel, Marx und die Folgen* (engl. 1944), 6. Auflage, München 1980, S. 285

8) Hans Mommsen, *Die dünne Patina der Zivilisation. Der Antisemitismus war eine notwendige, aber keineswegs hinreichende Bedingung für den Holocaust*, in: *Die Zeit* vom 30.8.96

9) Mommsen, ebd.

10) Ulrich Herbert, *Die richtige Frage*, in: Schoeps, *a.a.O.*, S. 224 (zuerst in: *Die Zeit* vom 14.6.1996)

11) Mommsen, a.a.O.

12) G.W.F. Hegel, *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte* (Werke Bd. 12), Frankfurt 1970, S. 49

13) G.W.F. Hegel, *Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse. Erster Teil: Die Wissenschaft der Logik* (Werke Bd. 8), Frankfurt 1970, S. 109

14) Hegel, a.a.O., S. 111

15) Frank Schirrmacher, *Hitlers Code*, in: Schoeps, *a.a.O.*, S. 104 (zuerst in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 15.4.1996)

16) Jost Nolte, *Sisyphos ist Deutscher*, in: Schoeps, *a.a.O.*, S. 111 (zuerst in: *Die Welt* v. 16.4.1996)

17) Karl Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. 1 (MEW 23), Berlin 1973, S. 90

18) Viktor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1945*, Berlin 1995, Eintragungen vom 17.8.1937, 20.9.1937, 25.10.1941 und 5.9.1944

19) Zitiert nach Max Domarus, *Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945*, Wiesbaden 1973, S. 1992

20) Josef Joffe, *„Die Killer waren normale Deutsche, also waren die normalen Deutschen Killer"*, in: Schoeps, *a.a.O.*, S. 164 f. (zuerst in: *Süddeutsche Zeitung* v. 13./14.4.1996 und *Time* v. 29.4.1996)

21) Marx, *a.a.O.*, S. 169

22) D. J. Goldhagen, *Das Versagen der Kritiker*, in: *Die Zeit* v. 2.8.1996. – Hier liegt der Grund, warum Christopher R. Brownings Studie *Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon und die „Endlösung" in Polen* (Reinbek 1993) so überaus gut ankommt: Es wimmelt darin von „psychologischen und situativen (sozialen, kulturellen und institutionellen) Faktoren" (S. 217), die alle „eine Rolle spielen – allerdings in unterschiedlichem Maße und keineswegs uneingeschränkt" (S. 208). Die Faktoren schwirren umher wie ein Bienenschwarm, nichts, was sie zusammenhält; der ins Äußerste getriebene Empirismus kapituliert: "Das Verhalten eines jeden menschlichen Wesens ist natürlich eine sehr komplexe Angelegenheit, und wer es als Historiker zu ‚erklären' versucht, befleißigt sich automatisch einer gewissen Arroganz. Wenn es nun um fast 500 Männer geht, ist es noch gewagter, den Versuch einer allgemeingültigen Erklärung ihres kollektiven Verhaltens zu unternehmen" (S. 246). Aber er kapituliert nur pro forma: "Die Verantwortung für das eigene Tun liegt letztlich bei jedem einzelnen" (ebd.) Diesem ultraliberalen Credo, daß Erklären Verstehen heißt und letztlich jeder Nazi sein eigener Nürnberger Gerichtshof zu sein habe, folgt der Umschlag in den krudesten Objektivismus. Plötzlich, auf der letzten Seite, tritt sie auf, „die Gesellschaft", „die ihre Mitglieder dazu erzieht, sich der Autorität respektvoll zu fügen", die Gesellschaft, „die ohne diese Form der Konditionierung wohl auch kaum funktionieren" würde, und sie erweist sich in vollendeter Begriffslosigkeit als quasi-anthropologisches Existential, nämlich als Auswuchs der „Komplexität des Lebens". (ebd.)
Der vermeintliche Gegensatz von Erklären und Verstehen (ein Derivat nur der Max Weberschen Scheidung von Tatsachenfeststellung und Werturteil), mit dem sich die Historiker, ob nun als Strukturalisten oder als Intentionalisten, bis heute plagen, erhebt sich zur Apologie. Dächte er wirklich radikal subjektivistisch, hätte der Historiker als Psychoanalytiker zu arbeiten, aber dort, im Innersten des Verstehens, käme ihm in Gestalt der Libido doch nur und wieder um das Kapital entgegen, vor dem er aus guten Gründen schon in den Empirismus geflohen ist. Die Historie ist eine unmögliche Wissenschaft, die, gleichwohl betrieben, nur zur Ideologieproduktion taugt, d.h. zur Abwehr jedes kategorischen Urteils über die Nation: Mommsen (*Die dünne Patina ...*) sagt in diesem Sinne, „daß Goldhagens vorurteilsgeprägtes Herangehen eine differenzierte Analyse, die die unterschiedlichen handlungsleitenden Faktoren gegeneinander abwägt, weitgehend ausschließt, zumal er weniger auf eine Erklärung des Handelns der Individuen als vielmehr den Nachweis ihres schuldhaften Verhaltens abhebt." – Die „Komplexität dieser Vorgänge" (ebd.) ist eben eine so hochkomplexe, daß man nicht Universitäten, sondern Rechenzentren mit dem Nazismus befassen müßte.

23) Zuletzt hat Jochen Hörisch, *Kopf oder Zahl. Die Poesie des Geldes* (Frankfurt 1996) diesen Gedanken ausgeführt. Vgl. jedoch vor allem: Alfred Sohn-Rethel, *Geistige und körperliche Arbeit. Zur Epistemologie der abendländischen Geschichte.* Revidierte und ergänzte Neuauflage, Weinheim 1989. – Geldtheorie ist der Kern von Gesellschaftstheorie nur überhaupt. Nicht nur hängen nominalistische Geldtheorie und pluralistische Gesellschaftstheorie untrennbar zusammen (Hans-Georg Backhaus, *Zur Dialektik der Wertform*, in: Alfred Schmidt, *Beiträge zur materialistischen Erkenntnistheorie*, Frankfurt 1969), sondern die Rekonstruktion dieses Nexus ist es, was einen materialistischen Begriff von Wahrheit erst stiftet. Andernfalls „gibt es soviel prinzipiell verschiedene Wahrheiten, wie es prinzipiell verschiedene ... Lebensanforderungen gibt" (Georg Simmel, *Philosophie des Geldes*, 7. Auflage Berlin 1977, S. 70), also kein einziges Argument mehr gegen den Antisemitismus.

24) Hegel, a.a.O., S. 83

25) Vgl. Moishe Postone, *Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch*, zuletzt in: Michael Werz (Hg.), *Antisemitismus und Gesellschaft. Zur Diskussion um Auschwitz, Kulturindustrie und Gewalt*, Frankfurt 1995, S. 29 ff. Vgl. auch Stefan Vogt/Andreas Benl, *„No Germans, no Holocaust". Zur Kritik von D. J. Goldhagens „Hitlers Willing Executioners"*, in: *Bahamas* Nr. 20 (Sommer 1996), S. 42 ff.

26) Marx, *Kapital*, Bd. 1, S. 176

27) Was Goldhagen den „ökonomischen Antisemitismus" (S. 60 f.) nennt, verfällt zu Recht seiner Kritik: Interessen erklären nichts, ihre Verwissenschaftlichung zur linksparteilichen Soziologie auch nichts. Von den Marxisten kann man tatsächlich nicht lernen, wie der Antisemitismus mit Marx zu deuten wäre: Man lese nur fk., *D. J. Goldhagens „Hitlers Willing Executioners". Wer waren die Täter?* (in: *Linksruck. Jung – sozialistisch – aktiv*, Nr. 30 (März 1996), S. 22), der Goldhagen vorwirft, „die eigentlich Schuldigen im Brei der Allgemeinschuld ungeschoren" zu lassen, oder Reinhard Kühnl, der der Rede von „den Deutschen" eine „Nähe zum völkischen Antisemitismus" ankreidet (*Kampf ums Geschichtsbild*, in: *junge Welt* v. 24.6.1996).

28) Goldhagen, *Das Versagen der Kritiker*, a.a.O.

29) Siehe Ulrich Enderwitz, *Antisemitismus und Volksstaat. Zur Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung*, Freiburg 1991

30) Siehe Wolfgang Pohrt, *Theorie des Gebrauchswerts*, Berlin 1995

keine Automaten und keine Puppen" (28), und sie waren erst recht nicht Marionetten des Kapitals. Sie waren ganz gewöhnliche Deutsche, die es definitiv satt hatten, vom Kapital geschurigelt und determiniert zu werden, die sich mit Haut und Haaren dafür entschieden hatten, es in wahnhaftem Elan zu überbieten, um selbst Kapital *zu sein*, um endlich dem Geheimnis der Verwertung des Werts auf die Spur zu kommen.

Auschwitz, Begriff der deutschen Geschichte

Es ist diese überaus negative Dialektik, die es macht, daß Auschwitz mit den geistigen Mitteln des bürgerlichen Verstandes, so wie er sich in der Geschichtswissenschaft ausdrückt, weder zu verstehen noch zu erklären ist. Der Massenmord ist das synthetische Produkt der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland, ihr wie immer vermitteltes Resultat. Im Massenmord ist alles enthalten und aufgehoben. Auschwitz ist die Wahrheit Deutschlands; und eine andere Wahrheit, da können sich deutschen Historiker mühen und quälen, wie sie wollen, wird es niemals gegeben haben. War der Massenmord also der logische Schlußpunkt einer Linie, die von Luther über Nietzsche zu Hitler führt?

Ja und nein. Ja: denn Luther war ein großer Antisemit vor dem Herrn, nein: denn er war es nicht vor dem Gott, der nach ihm kam, dem Kapital, konnte es noch nicht sein – aber die Antwort ist an sich nichtig und egal, denn der historische Prozeß erlischt im Resultat, das Auschwitz heißt, und er verschwindet darin so, wie die Absichten und Motive der am Warentausch Beteiligten erlöschen und gleichgültig werden, wenn Zahltag ist. Es ist das Resultat, das ex post über den historischen Prozeß entscheidet, der dann ex ante zu ihm führte und auf kein anderes führen konnte, d.h. es ist das Produkt, das die Produktion bestimmt. Man kann das Produkt nicht vom Prozeß her denken, und daher identifiziert das Produkt das Ausschlaggebende, das Wesentliche am Prozeß. Die Toten jedoch sind tot, kein Sinn, der ihren Tod ungeschehen machen könnte, keine Interpretation der Entwicklung hin zum Mord, der daran ein Jota ändern könnte. Geschichtswissenschaft, die in „Faktoren" und „Bedingungen" denkt (und anders kann sie, wenn sie überhaupt denkt, überhaupt nicht denken) arbeitet im nationalen Interesse an der Virtualisierung der Massenvernichtung: Je mehr Argumente über „notwendige und hinreichende Bedingungen" sie dafür beibringt, daß alles auch hätte ganz anders kommen können, wenn .... , desto weniger ist, ob Mommsen, Wehler, Jäckel oder Zitelmann, von der fatalen Notwendigkeit der bürgerlichen Gesellschaft die Rede, die es machte, daß ...

Das Produkt der Geschichte des Kapitals in Deutschland ist Auschwitz. Was aber ist Auschwitz? Was ist die Massenvernichtung im Verhältnis zu einer, wie es heißt, von der Zweck-Mittel-Rationalität beherrschten bürgerlichen Gesellschaft, die die Vernichtungslager hervorbrachte? Es ist die Wahrheit dieser Gesellschaft, so, wie sie aus der an sich irrationalen Dialektik von Zweck und Mittel hervorgeht. Die bürgerliche Gesellschaft kann den Nazismus nicht begreifen, denn dieser ist ihr originäres und genuines Produkt, Fleisch vom Fleische. Würde sie ihn begreifen, sie müßte gegen sich selbst revolutionieren, d.h. Selbstmord begehen. Die Geschichtswissenschaft dieser Gesellschaft, d.h. die planmäßige Bilanzierung ihrer verflossenen Taten und Untaten, kann den Nazismus erst recht nicht begreifen, denn sie transformiert, Maß und Maßstab ihrer Urteile, die Zweck-Mittel-Rationalität aus einer Ideologie zur Methode: Nie wird sie damit fertig werden, über die „falsche" Verwendung der knappen Güterwagons zu staunen, niemals damit, in „Schindlers Liste" den produktiven, d.h. recht eigentlich antifaschistischen Gebrauch der Arbeitskraft durch das Kapital zu begaffen. Auschwitz jedoch, das war, in stenogrammhafter Definition, die Selbstaufhebung des Kapitals im Verfolg seiner eigenen Dynamik und auf seiner eigenen Grundlage, d.h. eine qualitativ neue, zwar kapitalgeborene, aber doch kapitalentsprungene Gesellschaftsformation, d.h. Barbarei in einem nicht luxemburgischen, nicht metaphorischen Sinne, d.h. die geoffenbarte Wahrheit der „verrückten Form" (Marx). „Barbarei" allerdings ist bloße Definition, alles andere als Begriff im strengen Sinne, denn begreifen, d.h. verstehen und erklären läßt sich nur, was, wie diskret auch immer, an Vernunft doch immerhin partiziert. Die Toten müßten sprechen; aber wenn sie es denn könnten, würden sie von den deutschen Historikern mit allen Mitteln ihrer „seriösen Holocaust-Forschung" (Mommsen) daran gehindert, bestenfalls in die Abteilung „oral history" deportiert.

Der Antisemitismus ist daher schuld an Auschwitz, und er ist es nicht. Ja und nein. Ja: denn Antisemitismus ist eine Basisideologie der bürgerlichen Gesellschaft schlechthin, und ist es insbesondere in Deutschland, einer Gesellschaft, die sich als bürgerliche nur gegen die bürgerliche Revolution zu konstituieren vermochte, d.h. als Produkt eines erst absolutistischen, dann bonapartistischen, in letzter Instanz nazistischen Staates, der, so klassenübergreifend wie klassennegierend, im Antisemitismus das politische Programm der totalen politischen Integration fand. (29) Der Antisemitismus ist schuld am Massenmord, weil er das notwendig falsche, sprich: praktisch richtige Bewußtsein einer verkehrten Gesellschaft darstellt: Goldhagen hat ganz recht. – Nein: denn der Antisemitismus ist, als objektive Ideologie, nichts ohne die Gesellschaft, die in ihm sich reflektiert, Daher irrt Goldhagen. Der Antisemitismus ist schuld; und er ist es nicht, weil die Vernichtung, die auf die Juden zielte und sie traf, in wahnhafter Verschiebung der Selbstvernichtung der bürgerlichen Gesellschaft wehren sollte. Darin liegt das Anathema der Geschichtswissenschaft, das ihre Bemühungen im Ansatz nichtig macht: Daß Auschwitz eine Tat war, die, nach dem Bild des Amokläufers, keine wie immer geartete Beziehung zwischen dem Täter und seinem Opfer, die irgend in letzterem gründete, zu ermitteln erlaubt, daß diese Tat kein Mittel gewesen ist zu irgendeinem Zweck, sondern das Mittel als autistischer Selbstzweck, d.h. die fatale Konsequenz aus der Todeskrise der Selbstvermittlung der bürgerlichen Gesellschaft durch das Kapital, in deren Konsequenz das automatische Subjekt alle in der Perspektive des Positivismus rationalitätsstiftenden Vermittlungen kassiert und in vollendeter Raserei zum tödlichen Block erstarrt. Darin sind „die historischen Voraussetzungen, unter denen allein das Kapital Gebrauchswert setzt"(30), ebenso vergangen wie die materiellen Bedingungen aufgehoben, unter denen allein es erkennbar ist. Auschwitz liegt im Jenseits des Begriffs, weil sich die kapitalisierte Gesellschaft im Zuge ihrer Selbstaufhebung in Barbarei selbst im Jenseits ihrer menschenmöglichen Begreifbarkeit plaziert hat. Ja und nein daher, pro und contra Goldhagen in einem: Ja, denn der Antisemitismus ist schuld an der Massenvernichtung, weil er, funktional äquivalent, für die Nazis das darstellte, was fdGO, Pluralismus und soziale Marktwirtschaft ihren legitimen Rechtsnachfolgern bedeuten: praktische Geschäftsordnung der Politik und ideologisches Selbstbewußtsein in einem. Und nein, denn Antisemitismus ist nur selbstbewußte Ideologie, d.h. ein Denken, das nicht sich selbst denkt, das gedacht wird. Der „Wille zu töten", dessen Spur Goldhagen mit kriminalistischer Akribie und juristischer Präzision verfolgt, ist in einem der unwiderstehliche und unabweisbare Zwang zu töten.

Zwangscharakter der Freiheit: In völliger Freiheit nicht anders zu können – in diesem Realparadox resümiert sich der Grund, der es macht, daß man niemals wird wissen können, was Auschwitz war, und

warum es war. Auschwitz läßt sich weder erklären noch verstehen, es läßt sich weder erklären und nicht verstehen noch läßt es sich nicht erklären und doch verstehen, weil es die gesellschaftlichen Bedingungen der Möglichkeit dieser Unterscheidung selbst aufhebt. Die Wahrheit der Massenvernichtung kann daher keine in sich selbst noch so schlüssige oder gar vernünftige Theorie sein, sondern nur die praktische Herstellung der „freien Assoziation", d.h. der staaten- und klassenlosen Weltgesellschaft. Es kann keine vernünftige Theorie der vollendeten Unvernunft geben, nur deren Rationalisierung. Auschwitz macht keinen Sinn: Und das ist das Ende der Geschichtswissenschaft.

Joachim Bruhn

Die Seitenangaben in Klammern beziehen sich auf Daniel Jonah Goldhagen, *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust*, Berlin 1996

Anmerkungen:

1) Karl Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. 3, Berlin 1973 (MEW 25), S. 95

2) Götz Aly, *D. J. Goldhagen. Hitlers willige Vollstrecker. Rezension*, in: *Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung* 6/ 1996, S. 48

2a) Hans-Ulrich Wehler, *Wie ein Stachel im Fleisch*, in: Julius H. Schoeps (Hrsg.), *Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust*, Hamburg 1996, S. 203 f. (zuerst in: *Die Zeit* v. 14.5.96)

3) Vgl. Ulrich Enderwitz, *Kritik der Geschichtswissenschaft. Der historische Relativismus, die Kategorie der Quelle und das Problem der Zukunft in der Geschichte*, Berlin 1988

4) Max Horkheimer, *Die Juden und Europa* (1939) in: Ders, *Autoritärer Staat. Aufsätze 1939–1941*, Amsterdam 1967, S. 34

5) Ingrid Gilcher-Holthey, *Die Mentalität der Täter*, in: Schoeps, a.a.O., S. 213 (zuerst in: *Die Zeit* vom 7.6.1996)

6) Vgl. Joachim Bruhn, *Das Menschenrecht des Bürgers*, in: Ders., *Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation*, Freiburg 1994, S.121 ff

7) Karl R. Popper, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Band 2: Falsche Propheten: Hegel, Marx und die Folgen* (engl. 1944), 6. Auflage, München 1980, S. 285

8) Hans Mommsen, *Die dünne Patina der Zivilisation. Der Antisemitismus war eine notwendige, aber keineswegs hinreichende Bedingung für den Holocaust*, in: *Die Zeit* vom 30.8.96

9) Mommsen, ebd.

10) Ulrich Herbert, *Die richtige Frage*, in: Schoeps, *a.a.O.*, S. 224 (zuerst in: *Die Zeit* vom 14.6.1996)

11) Mommsen, a.a.O.

12) G.W.F. Hegel, *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte* (Werke Bd. 12), Frankfurt 1970, S. 49

13) G.W.F. Hegel, *Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse. Erster Teil: Die Wissenschaft der Logik* (Werke Bd. 8), Frankfurt 1970, S. 109

14) Hegel, a.a.O., S. 111

15) Frank Schirrmacher, *Hitlers Code*, in: Schoeps, *a.a.O.*, S. 104 (zuerst in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 15.4.1996)

16) Jost Nolte, *Sisyphos ist Deutscher*, in: Schoeps, *a.a.O.*, S. 111 (zuerst in: *Die Welt* v. 16.4.1996)

17) Karl Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. 1 (MEW 23), Berlin 1973, S. 90

18) Viktor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1945*, Berlin 1995, Eintragungen vom 17.8.1937, 20.9.1937, 25.10.1941 und 5.9.1944

19) Zitiert nach Max Domarus, *Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945*, Wiesbaden 1973, S. 1992

20) Josef Joffe, *„Die Killer waren normale Deutsche, also waren die normalen Deutschen Killer"*, in: Schoeps, *a.a.O.*, S. 164 f. (zuerst in: *Süddeutsche Zeitung* v. 13./14.4.1996 und *Time* v. 29.4.1996)

21) Marx, *a.a.O.*, S. 169

22) D. J. Goldhagen, *Das Versagen der Kritiker*, in: *Die Zeit* v. 2.8.1996. – Hier liegt der Grund, warum Christopher R. Brownings Studie *Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon und die „Endlösung" in Polen* (Reinbek 1993) so überaus gut ankommt: Es wimmelt darin von „psychologischen und situativen (sozialen, kulturellen und institutionellen) Faktoren" (S. 217), die alle „eine Rolle spielen – allerdings in unterschiedlichem Maße und keineswegs uneingeschränkt" (S. 208). Die Faktoren schwirren umher wie ein Bienenschwarm, nichts, was sie zusammenhält; der ins Äußerste getriebene Empirismus kapituliert: „Das Verhalten eines jeden menschlichen Wesens ist natürlich eine sehr komplexe Angelegenheit, und wer es als Historiker zu ‚erklären' versucht, befleißigt sich automatisch einer gewissen Arroganz. Wenn es nun um fast 500 Männer geht, ist es noch gewagter, den Versuch einer allgemeingültigen Erklärung ihres kollektiven Verhaltens zu unternehmen" (S. 246). Aber er kapituliert nur pro forma: „Die Verantwortung für das eigene Tun liegt letztlich bei jedem einzelnen" (ebd.) Diesem ultraliberalen Credo, daß Erklären Verstehen heißt und letztlich jeder Nazi sein eigener Nürnberger Gerichtshof zu sein habe, folgt der Umschlag in den krudesten Objektivismus. Plötzlich, auf der letzten Seite, tritt sie auf, „die Gesellschaft", „die ihre Mitglieder dazu erzieht, sich der Autorität respektvoll zu fügen", die Gesellschaft, „die ohne diese Form der Konditionierung wohl auch kaum funktionieren" würde, und sie erweist sich in vollendeter Begriffslosigkeit als quasi-anthropologisches Existential, nämlich als Auswuchs der „Komplexität des Lebens". (ebd.)
Der vermeintliche Gegensatz von Erklären und Verstehen (ein Derivat nur der Max Weberschen Scheidung von Tatsachenfeststellung und Werturteil), mit dem sich die Historiker, ob nun als Strukturalisten oder als Intentionalisten, bis heute plagen, erhebt sich zur Apologie. Dächte er wirklich radikal subjektivistisch, hätte der Historiker als Psychoanalytiker zu arbeiten, aber dort, im Innersten des Verstehens, käme ihm in Gestalt der Libido doch nur und wieder um das Kapital entgegen, vor dem er aus guten Gründen schon in den Empirismus geflohen ist. Die Historie ist eine unmögliche Wissenschaft, die, gleichwohl betrieben, nur zur Ideologieproduktion taugt, d.h. zur Abwehr jedes kategorischen Urteils über die Nation: Mommsen *(Die dünne Patina ...)* sagt in diesem Sinne, „daß Goldhagens vorurteilsgeprägtes Herangehen eine differenzierte Analyse, die die unterschiedlichen handlungsleitenden Faktoren gegeneinander abwägt, weitgehend ausschließt, zumal er weniger auf eine Erklärung des Handelns der Individuen als vielmehr den Nachweis ihres schuldhaften Verhaltens abhebt." – Die „Komplexität dieser Vorgänge" (ebd.) ist eben eine so hochkomplexe, daß man nicht Universitäten, sondern Rechenzentren mit dem Nazismus befassen müßte.

23) Zuletzt hat Jochen Hörisch, *Kopf oder Zahl. Die Poesie des Geldes* (Frankfurt 1996) diesen Gedanken ausgeführt. Vgl. jedoch vor allem: Alfred Sohn-Rethel, *Geistige und körperliche Arbeit. Zur Epistemologie der abendländischen Geschichte.* Revidierte und ergänzte Neuauflage, Weinheim 1989. – Geldtheorie ist der Kern von Gesellschaftstheorie nur überhaupt. Nicht nur hängen nominalistische Geldtheorie und pluralistische Gesellschaftstheorie untrennbar zusammen (Hans-Georg Backhaus, *Zur Dialektik der Wertform*, in: Alfred Schmidt, *Beiträge zur materialistischen Erkenntnistheorie*, Frankfurt 1969), sondern die Rekonstruktion dieses Nexus ist es, was einen materialistischen Begriff von Wahrheit erst stiftet. Andernfalls „gibt es soviel prinzipiell verschiedene Wahrheiten, wie es prinzipiell verschiedene ... Lebensanforderungen gibt" (Georg Simmel, *Philosophie des Geldes*, 7. Auflage Berlin 1977, S. 70), also kein einziges Argument mehr gegen den Antisemitismus.

24) Hegel, a.a.O., S. 83

25) Vgl. Moishe Postone, *Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch*, zuletzt in: Michael Werz (Hg.), *Antisemitismus und Gesellschaft. Zur Diskussion um Auschwitz, Kulturindustrie und Gewalt*, Frankfurt 1995, S. 29 ff. Vgl. auch Stefan Vogt/Andreas Benl, *„No Germans, no Holocaust". Zur Kritik von D. J. Goldhagens „Hitlers Willing Executioners"*, in: *Bahamas* Nr. 20 (Sommer 1996), S. 42 ff.

26) Marx, *Kapital*, Bd. 1, S. 176

27) Was Goldhagen den „ökonomischen Antisemitismus" (S. 60 f.) nennt, verfällt zu Recht seiner Kritik: Interessen erklären nichts, ihre Verwissenschaftlichung zur linksparteilichen Soziologie auch nichts. Von den Marxisten kann man tatsächlich nicht lernen, wie der Antisemitismus mit Marx zu deuten wäre: Man lese nur fk., *D. J. Goldhagens „Hitlers Willing Executioners". Wer waren die Täter?* (in: *Linksruck. Jung – sozialistisch – aktiv*, Nr. 30 (März 1996), S. 22), der Goldhagen vorwirft, „die eigentlich Schuldigen im Brei der Allgemeinschuld ungeschoren" zu lassen, oder Reinhard Kühnl, der der Rede von „den Deutschen" eine „Nähe zum völkischen Antisemitismus" ankreidet (*Kampf ums Geschichtsbild*, in: *junge Welt* v. 24.6.1996).

28) Goldhagen, *Das Versagen der Kritiker*, a.a.O.

29) Siehe Ulrich Enderwitz, *Antisemitismus und Volksstaat. Zur Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung*, Freiburg 1991

30) Siehe Wolfgang Pohrt, *Theorie des Gebrauchswerts*, Berlin 1995

Adornos Orthodoxie

Das Fortbestehen der Revolutionstheorie nach ihrem Ende

So aufgeklärt, denkt er, war er noch nie. Der aufgeschlossene Citoyen, die Schwundstufe des engagierten Zeitgenossen unseligen Angedenkens, übt sich in demonstrativer Illusionslosigkeit. Die überlegene, bei jeder Gelegenheit prompt einschnappende Gewitztheit, mit der er seine Ernüchterung zur Schau trägt, verdankt sich freilich nicht einer kompromißlos kritischen Durchdringung dessen, was er als überkommenes „Heilsversprechen" bezeichnen würde. Vielmehr ähnelt diese Versiertheit jener aus Schlauheit und Vertrottelung komponierten Charakterstruktur, die sich bei – freilich immer jünger werdenden – alten Leuten einstellt, die vom Leben nichts mehr erwarten und deshalb auf das Vorbringen hochgespannter Erwartungen nur mit einer wegwerfenden Handbewegung und jenen eingängigen Spruchweisheiten reagieren, die einem das Leben hierzulande so verleiden. Der Kommunismus? Na klar, sagt der Citoyen, eine Ausgeburt jenes totalitären Vernunftdiskurses der Moderne, der zum Gulag geführt habe wie auch zu Auschwitz. Das Subjekt? Ach was, ein „essentialistisches" Konstrukt der abendländischen Metaphysik, das man doch schon längst in Grund und Boden dekonstruiert habe. Fortschritt? Nichts weiter als die eurozentristische Anmaßung, den okzidentalen Vernunftmaßstab als universell zu setzen und anderen überzustülpen. Gesellschaftstheorie? Ach ja, das sind diese metaphysischen „großen Erzählungen", die alles Besondere, Differente gewaltsam in Begriffen der Totalität vereinheitlichen.

Es verwundert nicht, daß die schon früh geäußerten vernünftigen Kritiken (1) an der sogenannten „Postmoderne" dieser nichts anhaben konnten. Wie nämlich die raunende Existentialontologie Heideggerscher Prägung nach erfolgtem kritischen Handstreich nicht einfach verschwindet, weil sie vom gesellschaftlich produzierten ontologischen Bedürfnis genährt wird, so verdankt auch der postmoderne Dekonstruktivismus seine Resistenzkraft der Tatsache, daß ihm gesellschaftlich etwas korrespondiert, was man in Anlehnung an Adorno das dekonstruktivistische Bedürfnis nennen könnte. Auf dieses hätte sich eine Kritik zu richten, denn die postmodernen Theorien sind für sich genommen nicht satisfaktionsfähig. Ihr Inhalt ist das monotone „Hüte dich, über das Bestehende auch nur hinauszudenken!", dessen Trivialität leicht übersehen wird angesichts des beeindruckenden Begriffsapparates, der jedoch ebenso aufgeblasen wie ornamental ist und dessen Verhältnis zum ärmlichen Inhalt sich so ausnimmt, als wolle man eine Konservenbüchse mit der MP öffnen. Freilich ist es gerade das Begriffsornament, das nicht nur den obligaten Hauch von französischem hautgoût vermittelt, sondern auch für jenen rationalistischen, naiv antimetaphysischen Scheinradikalismus einsteht, den die dekonstruktivistischen Meisterdenker versprühen, der – wie Adorno einmal gleich-sam vorausahnend schrieb – „tabula rasa macht, ohne inhaltlich etwas anzugreifen, und der mit jedem inhaltlich radikalen Ge-danken fertig wird, indem er ihn als Mythologem, Ideologie, überholt denunziert."(2)

Durch die mit allerlei poststrukturalistischen Partikeln beschlagene Brille betrachtet, wird jedoch selbst Adornos Gesellschaftstheorie dem Zeitgeist kompatibel zu machen versucht. Hatte man Adorno vorher entweder als Vertreter einer düster-spekulativen Geschichtsphilosophie oder als versponnenen, feinsinnigen Ästheten und Kulturkritiker neutralisieren wollen, so möchte man neuerdings die von ihm ausgehende Irritation dadurch bannen, daß man ihn als jemanden reklamiert, der, avant la lettre, dem „totalitären Diskurs", der bürgerliche Aufklärung und Marxismus gleichermaßen auszeichne, abgeschworen habe. Adorno, so heißt es, habe sich stets gegen das repressive Allgemeine gewandt, sein theoretisches Interesse habe stets dem Besonderen, Abweichenden, Differenten, Unerfaßten gegolten und deshalb sei er der erste Philosoph der Postmoderne gewesen, auch wenn er davon noch gar nichts wußte.

Gegen diese Versuche, die allesamt darin konvergieren, Adornos Gesellschaftstheorie von ihrem Bezug auf die Marxsche abzulösen und sie nun für die poststrukturalistischen Meisterdenkerschulen anschlußfähig zu machen, soll im folgenden herausgestrichen werden, daß Adorno durchaus als ein „orthodoxer Marxist" anzusehen ist. Adornos Orthodoxie zeigt sich nicht nur in einer begrifflichen Strenge seines Denkens, die am direktesten in seinen kunstphilosophischen Arbeiten wirksam wird; in der Hoffnung auf die Realisierung vernünftiger Allgemeinheit, in der die Individuen wie die Dinge zu ihrem Recht kommen, hält Adorno auch an einem geschichtsphilosophischen Begriff von Fortschritt und *universeller* Emanzipation fest, also am revolutionstheoretischen Impetus der Marxschen Theorie.

Intendiert ist dabei selbstverständlich nicht, Adornos intransigente Gesellschaftskritik doch noch ins allseits ersehnte „Positive" zu biegen, um sie den sturen Bewegungsklempnern schmackhaft zu machen. Vielmehr soll polemisiert werden gegen die erstaunlicherweise auch in Teilen der radikalen Linken verbreitete Ansicht, wonach „Kritische Theorie" und Dekonstruktivismus nicht nur im Grunde die gleiche Stoßrichtung hätten, sondern daß dieser einem Adorno an Radikalität noch überlegen sei und deshalb ein geeignetes Instrumentarium abgebe, um traditionellen Marxismus und linke Bewegungspolitik wirksam zu kritisieren und antinationale Kritik zu begründen. In Wahrheit verhält es sich aber so, daß die Linke, wäre sie denn eine, zu den dekonstruktivistischen Instant-Philosophien keine andere Beziehung unterhalten kann als die schärfster Kritik, während sie von Adorno lernen kann, daß eine kritische Theorie der Gesellschaft, die sich aus guten Gründen vom Völkerkundemuseums-ML verabschiedet hat, es mit einer sekundären, gewissermaßen reflektierten Orthodoxie zu halten hätte.

I.

Rückblickend läßt sich der sogenannte „westliche Marxismus", was die Mehrzahl seiner Exponenten betrifft, als ein einziges großangelegtes PR-Unternehmen begreifen. Einen attraktiven, „undogmatischen" und „offenen" Marxismus wollte man kreieren, der sich vom als primitiv, vulgär und orthodox geschmähten östlichen ML unterscheiden sollte. Dabei ging man freilich – verstiegener noch als die befehdeten Kontrahenten – von der falschen Voraussetzung aus, die Marxsche Theorie sei der Ansatz zu einer totalen Welterklärung, zu der Marx selbst nur einen ersten Beitrag auf dem „Gebiet" der Ökonomie geliefert habe. Mit der dummstolzen Zuversicht des notorischen Sozialwissenschaftlers, der nicht ruht, ehe er nicht einen „Ansatz" gefunden hat, den er „ausführen" und „mit Leben erfüllen" kann, machte man sich also daran, die Marxsche Theorie um eine marxistische Philosophie, Psychologie, Kulturtheorie etc. zu „ergänzen".

Adorno, der seine kritische Theorie zeit

seines Lebens als „Philosophie“ charakterisierte, hat jedoch mit solchen Bemühungen um „Vervollständigung“ eines theoretischen „Ansatzes“ nichts zu schaffen, denn er betrieb nicht Philosophie, sondern Philosophiekritik. Daß er sich zu diesem Zweck die idealistischen Systeme des 18. und 19. Jahrhunderts vorgab, hat einen relativ einfachen Grund. Der Anspruch der bürgerlichen Theorie, das Bestehende in einem kohärenten System gedanklich zu entfalten, ist die Voraussetzung jeder ernsthaften Ideologiekritik, die für Marx noch unproblematisch war, da er diesen Anspruch in Gestalt der idealistischen Philosophie und der politischen Ökonomie vorfand. Heutzutage jedoch, wo die sinnverlassen-autistischen Modellrechnungen der Ökonomen und die ranzig müffelnden Werte-Debatten der Philosophen nichts anderes mehr darstellen als Profilierungsstrategien im Konkurrenzkampf um die knapper werdenden akademischen Jobs, ist diese Voraussetzung dahin. Wie sich der „Dialektik der Aufklärung“ unschwer entnehmen läßt, bedeutet in der Geschichte der aufklärerischen Vernunft die jeweils neuere Theorie in aller Regel nur einen Fortschritt in der Zerstörung ihres selbstreflexiven Potentials. Gemessen am Stand des bürgerlichen Bewußtseins verkörpert die idealistische Philosophie deshalb zweifellos die fortgeschrittenere Position. Die höhnische und anmaßende Frage restlos aufgeklärt sich dünkender Zeitgenossen, was einem denn so „alte“ Philosophien wie z.B. die Hegelsche heute überhaupt „noch zu sagen“ hätten, kontert Adorno folgendermaßen: „Nicht wird die umgekehrte Frage auch nur aufgeworfen, was die Gegenwart vor Hegel bedeutet; ob nicht etwa die Vernunft, zu der man seit seiner absoluten gekommen zu sein sich einbildet, in Wahrheit längst hinter seine zurückfiel und dem bloß Seienden sich anbequemte, dessen Last die Hegelsche Vernunft vermöge der im Seienden selbst waltenden in Bewegung setzen wollte.“ (3) Die idealistische Phi-losophie markiert eine Stufe, auf der die Reflex-ion und die Gesellschaft, die sie ausdrückt, noch nicht ganz vernunftverlassen ist.

Adornos Insistieren auf der Notwendigkeit von Philosophiekritik, sein auf den ersten Blick rührend antiquiert anmutendes Vorhaben, sich mit Kant und Hegel auseinanderzusetzen, hat freilich einen noch handfesteren Grund. Es verdankt sich dem Scheitern der Marxschen Intention, Philosophie in verändernder Praxis aufzuheben. Adorno selbst hat diesen Bezug immer wieder hergestellt, am prägnantesten wohl in der Einleitung zur „Negativen Dialektik“: „Philosophie, die einmal überholt schien, erhält sich am Leben, weil der Augenblick ihrer Verwirklichung versäumt ward. Das summarische Urteil, sie habe die Welt bloß interpretiert, sei durch Resignation vor der Welt verkrüppelt auch in sich, wird zum Defaitismus der Vernunft, nachdem die Veränderung der Welt mißlang.“ (4) Aber die Marxsche Intention ist nicht nur real gescheitert, sondern bereits in sich widersprüchlich – und ihre Widersprüchlichkeit kommt in Adornos kritischer Theorie schließlich ungemindert zum Tragen.

Marx: Übergang von Philosophie zu materialistischer Kritik

Marx überführt die Hegelsche Geistphilosophie ihrer Unwahrheit, indem er nachweist, daß die von ihr behauptete Allgemeinheit der Vermittlung zugleich Schein und das Allerrealste ist: Schein, weil sie das Besondere als ihr Anhängsel bloß mitschleppt, anstatt in ihm als Besonderem ihre Substanz zu haben; und das Allerrealste, weil sie das Besondere ohne Rücksicht auf dessen Qualitäten sich gleichgültig subsumiert, ihm eine partikulare Identität aufpreßt und es zur Totalität zusammenzwingt. Entgegen dem Anspruch der Philosophie, ihren Gegenstand als durchgängig vernünftige Objektivität und sich selbst dadurch als objektive Vernunft zu präsentieren, erweist sich zum einen die bürgerliche Gesellschaft und ihre Zusammenfassung in der Form des Staates als Inbegriff subjektlosen Zwangs und eines blinden Verhängnisses, das den Individuen bloß widerfährt. Damit ist zugleich der Totalitätsanspruch der erkennenden Vernunft selbst hinfällig geworden: die angebliche Allmacht der Subjektivität entpuppt sich als gescheiterter Versuch, krampfhaft ihre Ohnmacht dadurch zu überspielen, daß die Versöhnung der Antagonismen in der Sphäre des Geistes angesiedelt wird. Die Versöhntheit von Allgemeinem und Besonderem ist damit objektiv unwahr, die behauptete Identität von Identität und Nichtidentität ist nicht gelungen, weil nichtidentisch in sich selbst. Marx wendet deshalb die Hegelsche Philosophie gegen ihr oberstes Prinzip: die absolute Subjektivität des Geistes, die sich als das konstitutive, vermittelnde Prinzip aufspielt, wird an ihr eigenes Vermitteltsein durch gesellschaftliche Praxis erinnert. (5) Der Geist, die Theorie, maßt sich nun bei Marx nicht länger an, die Totalität des Wirklichen zu umspannen, sondern bekennt umgekehrt seine Verflochtenheit in und Konstituiertheit durch gesellschaftliche Praxis ein. Praxisbezogen und materialistisch ist die Marxsche Theorie zunächst und vor allem in jenem selbstkritischen Sinne, daß sie den materiellen, praktischen Gehalt jener Begriffe dechiffriert, die der Philosophie als apriorische bzw. metaphysische Kategorien galten. Im autonom sich dünkenden, absoluten Geist, der das Reale und Besondere rein aus sich heraus zu setzen beansprucht, erkennt Marx die Reflexionsform des Kapitals als jenes Prozesses, der das je Besondere als Mittel und Bedingung seiner einen, maßlosen Verwertung setzt. Die begrifflichen Abstraktionen sind dadurch nicht länger als positive, in sich ruhende, begriffen, sondern als negative, die das herrschende Unwesen benennen. Philosophie geht über in die materialistische Kritik des Bestehenden.

Widerspruch der praktischen Theorie

Marx versucht nun, die materialistische Wendung, die er auf dem Gebiet der Theorie vollzieht, als von praktischer Notwendigkeit ermöglicht zu begründen. Als objektiv ermöglicht begreift sich die Marxsche Gesellschaftskritik durch die zu seiner Zeit stattfindende revoltierende Praxis des Proletariats; diese ist die „zum Gedanken drängende Wirklichkeit“, die „praktische Kritik“, die die Voraussetzung des kritischen Gedankens darstellt und der dieser sich anzumessen hat, will er sich in äußerster Konsequenz seiner Anstrengungen negieren, d.h. praktisch vollenden. Indem die kritische Theorie von Marx sich bewußt als theoretischer Ausdruck einer bereits bestehenden revoltierenden Praxis begreift (6), degradiert sie sich aber keineswegs zum Instrument für partikulare, ihr äußerliche Zwecke, sondern macht lediglich ihre apriorische Vermitteltheit durch gesellschaftliche Praxis nun auch explizit zur eigenen Sache.

Damit handelt sich die materialistische Kritik aber einen folgenreichen Widerspruch ein. Einerseits muß sie, um den kritischen, negativen Gehalt, den ihre Kategorien transportieren, als objektiv verbindlich auszuweisen, sich als Ausdruck einer über das Bestehende hinausschießenden, praktischen revolutionären Dynamik verstehen – andernfalls wäre sie eine zwar in sich materialistisch intendierte, aber zufällig-unverbindliche theoretische Kritik, wie triftig ihre Erkenntnisse auch immer sein mögen. Andererseits kann diese überschießende revolutionäre Praxis, gerade weil sie der theoretischen Setzung entzogen, aus der Theorie nicht ableitbar ist, auch nicht in den stringenten Ableitungszusammenhang eingehen – wenn dies geschähe, würde sich die kritische Theorie selbst als abschlußhafte Totalität aufspielen und damit in die Hegelsche Identitätsthese zurückfallen, von der sie sich soeben getrennt hat. Kritische Theorie erklärt, wie Horkheimer einmal anmerkte, wesentlich den Gang des

Verhängnisses. Die Marxsche Theorie will durch die „rücksichtslose Kritik alles Bestehenden“ Möglichkeit und Notwendigkeit der revolutionären Umwälzung nachdrücklich zu Bewußtsein bringen, indem sie, von revolutionären Hoffnungen bewußt abstrahierend, das Kapitalverhältnis als objektives Verhängnis beschreibt, das quasi-naturgesetzlich seiner eigenen barbarischen Vollendung entgegentreibt, wenn kein bewußtes Subjekt ihm das gerechte Ende bereitet. Der prekäre Widerspruch besteht darin, daß die materialistische Theorie diese Bedingung, die ihre konstitutive Voraussetzung sein soll, *als Theorie* nur als ihre arbeitsnotwendige Unterstellung bzw. als Antizipation einführen kann, ohne daß Ausmaß, Verlauf oder auch nur die Tatsache emanzipatorischer Kämpfe verbürgt wären. Daß die Negativität des Ganzen der unmittelbaren Erfahrung der Proletarier sich mitteilt und mit der Auflehnung dagegen zusammenfällt; daß der Widerspruch des Bestehenden also mit dem Widerspruch *zu* diesem identisch ist; daß die naturwüchsige Nichtidentität der Proletarier – sie produzieren den allgemeinen Reichtum, von dessen virtuell emanzipatorischen Qualitäten sie als „Exterritoriale“ (Adorno) ausgeschlossen sind – die Identität des Ganzen sprengt, schien für Marx evident zu sein. Das Nichtidentische verstand sich für ihn von selbst und brauchte deshalb nicht extra theoretisch bekräftigt zu werden. An dieser Evidenz des sogenannten „subjektiven Faktors“ hängt die von Marx proklamierte Aufhebung der Philosophie in verändernder Praxis auf Gedeih und Verderb.

Wo die revolutionäre Dynamik erlischt, ist die Einheit von Theorie und Praxis dann nur noch um den Preis aufrechtzuerhalten, daß Theorie ihren Anspruch, die „Kritik *alles* Bestehenden“ zu sein, aufgibt und sich stattdessen dazu herabläßt, eine Praxis, die nicht mehr aus der herrschenden hinaus-, sondern immer tiefer in sie hineinführt, durch interessierte wie fadenscheinige Interpretationen schönzureden. Die Reduktion kritischer Theorie auf ein bloßes Legitimationsinstrument praktisch-politischer Vorab-Entscheidungen geht einher mit ihrer angemaßten Erhöhung zum souveränen Subjekt, das die gesellschaftlichen Prozesse kraft ihrer „wissenschaftlichen“ Einsicht in deren „objektive Gesetzmäßigkeiten“ zu lenken beansprucht. An der materialistischen, kritischen Theorie, der so ihr philosophie- und erkenntniskritisches Selbstbewußtsein ausgebrannt wird, vollzieht sich dadurch dasselbe Umschlagen von Aufklärung in Mythologie wie an ihrem bürgerlichen Pendant. Die stumpfsinnige Liquidation der Philosophie und damit ihres Erfahrungsgehalts ist ein Symptom der schlechten Aufhebung bürgerlicher und proletarischer Subjektivität.

II. Indem die Einheit von Gesellschaftskritik und Revolutionstheorie zerfällt, noch bevor sie überhaupt so recht zustandegekommen ist, behält der Gesellschaftskritiker Marx schließlich gegen den Revolutionstheoretiker recht. (7) Ein Anlaß zur Genugtuung oder gar Freude ist dies freilich nicht, denn die Hoffnung, nicht recht zu behalten, gehört zum innersten Antrieb materialistischer Kritik: „Der Eintritt von Verhältnissen, die aus dem Begriff abzulesen sind, legt dem Idealisten das Gefühl der Befriedigung, dem historischen Materialisten eher das der Empörung nah. Daß die menschliche Gesellschaft wirklich alle Phasen durchläuft, die als Umschlag des freien und gerechten Tauschs in Unfreiheit und Ungerechtigkeit aus seinem eigenen Begriff zu entfalten sind, enttäuscht ihn, wenn es wirklich so kommt ... Die Identität von Ideal und Wirklichkeit ist die universale Ausbeutung.“ (8) Auch die Konsequenzen sind nicht weniger ungemütlich. Was die schönen Seelen an der Theorie, die es mit recht unschönen Dingen zu tun hat, wahlweise als „Pessimismus“ oder „Objektivismus“ beargwöhnen, wird nun erst recht aktuell, da die Menschen nicht mehr nur als Anhängsel der Maschinerie, sondern als Anhängsel der Gesellschaft überhaupt bestimmt sind. Daß die Verhärtung der bürgerlichen Verhältnisse für die materialistische Kritik kein Grund für Resignation oder theoretische Nachgiebigkeit ist, sondern ein Ansporn, ihre Begriffe nun erst recht zuzuspitzen, zu schärfen und in ihrer Negativität weiterzutreiben, war für Adorno stets ausgemachte Sache.

Adorno: Vorantreiben negativer Kritik

Was an Adorno so beeindruckt: das Unschematische, Geschmeidige, Nichtdoktrinäre seiner Analysen, das deren Lektüre zuweilen so fesselnd macht wie die eines Romans, von dem man nicht mehr loskommt, ist seinerseits bedingt durch eine an Marx geschulte begriffliche Strenge. Bei aller notwendigen, weil vom Gegenstand geforderten Differenzierung, die Adorno der Gesellschaftstheorie zubrachte, hat er es sich doch nie ausreden lassen, den Erscheinungen ihre Konstituiertheit durch die kapitalistische Ökonomie auch dort nachzuweisen, wo das verdinglichte Bewußtsein entweder unverschandelte Natur oder einen wie immer autonomen und mit eigenständigen Methoden zu betrachtenden Gegenstandsbereich wähnt. Die scheinheilige Philantropie der beliebten Forderung, Theorie müsse „differenziert“ sein, stets alle möglichen „Aspekte“, „Dimensionen“ berücksichtigen, auf keinen Fall „reduktionistisch“ oder „einseitig“ verfahren, hat Adorno stets als Ausflucht betrachtet, um sich unangenehme Einsichten vom Leib zu halten und in dieser Ausflucht den Verrat an der möglichen Emanzipation gewittert. Wenn überhaupt, dann könnte folgende Äußerung Adornos seinen Arbeiten als Motto vorausgehen: „Kein avancierter Künstler oder Denker entgeht (dem) Vorwurf (der Kälte und Distanziertheit). Weil er die Utopie und ihre Verwirklichung bitter ernst nimmt, ist er kein Utopist, sondern faßt die Realität ins Auge, wie sie ist, um sich nicht von ihr verdummen zu lassen. Er will die Elemente des Besseren, die in ihr beschlossen sind, aus ihrer Gefangenschaft befreien. Er macht sich so hart wie die versteinerten Verhältnisse, um sie zu brechen.“ (9) Adorno, der anhand verschiedenster Phänomene die Marxsche Fetischismuskritik entfaltete, hat diese gegen ihre romantisch-idealistische Vereinnahmung unmißverständlich pointiert. So heißt es in der „Negativen Dialektik“: „Leicht bildet Denken tröstlich sich ein, an der Auflösung der Verdinglichung, des Warencharakters, den Stein der Weisen zu besitzen. Aber Verdinglichung ist die Reflexionsform der falschen Objektivität; die Theorie um sie, eine Gestalt des Bewußtseins zu zentrieren, macht dem herrschenden Bewußtsein und dem kollektiven Unbewußten die kritische Theorie idealistisch akzeptabel. Dem verdanken die frühen Schriften von Marx, im Gegensatz zum ‚Kapital‘, ihre gegenwärtige Beliebtheit, zumal unter Theologen. Nicht entbehrt es der Ironie, daß die brutalen und primitiven Funktionäre, die Lukács wegen des Verdinglichungskapitels aus dem bedeutenden Buch ‚Geschichte und Klassenbewußtsein‘ vor mehr als vierzig Jahren verketzerten, das Idealistische seiner Konzeption witterten.“ (10) Entsprechendes gilt für Adornos Umgang mit der Freudschen Psychoanalyse. Entgegen einem weitverbreiteten Irrtum hat Adorno keineswegs die Psychoanalyse in die Gesellschaftskritik integriert bzw. sie in „Sozialpsychologie“ transformiert, die er vielmehr als psychoanalytischen Revisionismus heftig bekämpfte. Die Wahrheit von Freud bestand für ihn darin, daß dieser „eben durch seine psychologische Atomistik einer Realität, in der die Menschen tatsächlich atomisiert und durch eine unüberbrückbare Kluft voneinander getrennt sind, adäquat Ausdruck verliehen“ (11) hat. Weil das Auseinanderfallen von Individuum und Gesellschaft gesellschaftlichen Ursprungs ist, kann sie nicht durch die Integration der Wissenschaften – durch „Interdisziplinarität“, wie man heute sagen würde – aus der Welt geschafft werden. Vor allem aber sind Ge-

sellschaftstheorie und Psychoanalyse keine gleichberechtigten „Ansätze": „Noch der vulgäre Materialismus, der den individuellen Reaktionsformen handfeste Profitinteressen zugrunde legt, hat recht gegen den Psychologen, der wirtschaftliche Verhaltensweisen von Erwachsenen aus ihrer Kindheit ableitet, die objektiven ökonomischen Gesetzen folgen, und in welche die individuelle Beschaffenheit der Kontrahenten überhaupt nicht oder nur als bloßes Anhängsel hineinreicht." (12) Und in den „Reflexionen zur Klassentheorie" heißt es: „Die Gefahr des Psychologismus – der Autor einer ‚Psychologie des Sozialismus' ist nicht zufällig am Ende Faschist geworden wie der Soziologe des Parteienwesens – ist im Ursprung abgewandt, längst ehe die bürgerliche Philosophie verbissen sich daran machte, ihre Objektivität in der Erkenntnissphäre zu verteidigen. Marx hat sich auf die Psychologie der Arbeiterklasse nicht eingelassen. Sie setzt Individualität, eine Art Autarkie der Motivationszusammenhänge im einzelnen voraus. Solche Individualität ist selbst ein gesellschaftlich produzierter Begriff, der unter die Kritik der politischen Ökonomie fällt." (13) Auch der durchschnittliche Sozialwissenschaftskalauer von der angeblichen „Komplexität" und „Unübersichtlichkeit" der modernen Gesellschaft findet bei Adorno keinen Anhaltspunkt: „In vieler Hinsicht ist die Gesellschaft, durch den Wegfall ungezählter, auf den Markt zurückweisender Mechanismen, durch die Beseitigung des blinden Kräftespiels in breiten Sektoren, durchsichtiger als je zuvor. Hinge Erkenntnis von nichts ab als der funktionellen Beschaffenheit der Gesellschaft, so könnte wahrscheinlich heute die berühmte Putzfrau recht wohl das Getriebe verstehen." (14) Die systematische Verleugnung und Verdrängung dieser Erfahrung ist die Grundlage sämtlicher Spielarten des Positivismus – also einschließlich des Poststrukturalismus – die deshalb eine elaborierte Dummheit produzieren, die noch unter der auftrumpfenden Schlauheit von Putzfrauen rangiert; „das Wissen komplizierter Einzelverhältnisse ist", so Adorno, „einer der wichtigsten Tricks, um wirkliche Erkenntnis zu sabotieren. Die Fakten sind heute tendenziell zu Schleiern vor der Realität geworden." (15)

Zentrale Aporie spätmarxistischer Gesellschaftskritik

Bei aller Identität der Begriffszusammenhänge kann Adorno seiner kritischen Theorie, im Gegensatz zu Marx, ein praktisch wirksames Nichtidentisches nicht mehr zugrundelegen. Für die Theorie liegt darin zweifellos eine Chance, denn spätestens jetzt muß sie sich ihres fatalen Hangs, von sich aus „positiv" zu werden, entledigen und das Aufspüren irgendwelcher „Subjekte" der Revolution als haltlose Projektion des eigenen Willens in die Außenwelt erkennen. Da ihm die zum Gedanken drängende Wirklichkeit abhanden gekommen ist, muß der zur praktischen Vollendung, d.h. Negation seiner selbst drängende Gedanke deshalb noch konsequenter als bei Marx sich aller revolutionären Hoffnungen entschlagen und das gesellschaftliche Verhängnis zum Zwecke der Kritik noch weit schonungsloser darstellen als zuvor – andernfalls wäre er nichts als Affirmation und ausgebuffter Seelentrost. Andererseits muß sich die kritische Theorie, und zwar in Form einer hypothetisch-kontrafaktischen Unterstellung, ein Nichtidentisches doch zugrundelegen – verzichtet sie nämlich auf jeglichen revolutionstheoretischen Impetus, dann würden all ihre Aussagen in ihr Gegenteil verkehrt: sie wären dann eine zutreffende Deskription des unheilvollen Weltlaufs, deren kritischer oder materialistischer Charakter vielleicht noch vom Theoretiker als Gestus beteuert werden könnte – für die Theorie selbst wäre er von keinem konstitutiven Belang mehr und darüber würde diese erst recht affirmativ.

An diesem aporetischen Widerspruch laboriert heutzutage eine jede ernstzunehmende Gesellschaftstheorie, die es noch mit der Marxschen hält und notwendig zum Scheitern verurteilt ist ein jeder Versuch, ihn zu schlichten oder nach welcher Seite auch immer aufzulösen. Adorno jedenfalls hat dies stets vermieden, weil er wußte, daß jene Aporie einen Widerspruch in der Sache ausdrückt: daß die Verhältnisse überreif zur Umwälzung sind und gleichzeitig immun dagegen. Der von Adorno häufiger variierte Gedanke, daß man, wo die Sache selbst uneindeutig sei, nicht auf die Klarheit von Begriffen drängen könne, sondern um der Wahrheit willen lieber methodische Ungereimtheiten in Kauf nehmen müsse, erweist sich nirgendwo so relevant wie an dieser für seine Theorie konstitutiven Stelle. (16)

Adornos erkenntniskritische Reflexionen sind alles andere als genügsame, selbstverliebte akademische Trockenübungen – vielmehr wird in ihnen jener notwendige Widerspruch einer spätmarxistischen Gesellschaftstheorie thematisch. Seine Erkenntniskritik hat Adorno an verschiedenen Stellen explizit als Wiederaufnahme und Radikalisierung der Marxschen Philosophiekritik begriffen. Dabei fällt eine Unentschiedenheit in der Argumentation Adornos auf: die Marxsche Intention, Gesellschaftstheorie als Ausdruck verändernder Praxis zu konzipieren, wird von ihm teils anerkannt – indem gesagt wird, sie sei „nicht mehr" aufrechtzuerhalten – teils in der Retrospektive revidiert – indem bezweifelt wird, ob die Möglichkeit dazu jemals bestanden habe. Auch diese Unentschiedenheit hat freilich einen sachlichen Grund. Zum einen wirft das Scheitern der Marxschen Intention, Philosophie in verändernder Praxis aufzuheben, in der Tat ein Licht auf ihre Unzulänglichkeiten und Widersprüche: so bruchlos war das Kontinuum zwischen der materialistischen Kritik und der verändernden Praxis nie, wie es bei Marx bisweilen den Anschein hat. (17) Adorno bezweifelt daher nicht nur, daß die proletarische Subjektivität jemals der evidente Faktor war, als den Marx ihn zugrundelegte, sondern kritisiert auch dessen Forderung nach Aufhebung von Philosophie als allzu naßforsche These, die das Prekäre der Konstruktion schon damals verdeckt und an die sich Marx auch nicht gehalten habe. (18) Andererseits wußte auch Adorno, daß das Marxsche Konzept mitnichten das Produkt eines an sich irre gewordenen Theoretikers war, sondern sein Realfundament hatte. In ihm ist eine Spur historischer Vernunft gebannt, das Aufblitzen einer dann verpaßten revolutionären Chance, die Antizipation einer befreiten Menschheit. (19) Und aus diesem Grund hält Adorno die von Marx anvisierte Selbstaufhebung der Philosophie für ein Programm, das sich keineswegs erledigt hat, sondern unter veränderten Voraussetzungen weitergeführt werden muß.

Adornos Fortschreibung der Marxschen Philosophiekritik

Adornos Reprise der Marxschen Philosophiekritik setzt an der zentralen Kategorie des Idealismus an, dem autonom sich wähnenden Ich, der transzendentalen Subjektivität. In ihr erkennt er die Reflexionsform naturbeherrschender Arbeit, die ihre eigene Bedingtheit nicht wahrhaben will. Die selbstherrliche Subjektivität wird deshalb mit ihrer eigenen Vermitteltheit konfrontiert: sie fällt von vornherein in das, was sie nach eigener Angabe erst schafft und konstituiert, in das Objekt. Naturbeherrschende Subjektivität setzt ihr Objekt, Natur, als bloßes Substrat, qualitätsloses Material, das sie vermöge der klassifikatorischen, formalisierenden Begriffe zurichtet. In der daraus resultierenden repressiven Vermittlung von Subjekt und Objekt werden beide Seiten um ihr Recht gebracht: Natur wird verstümmelt und negiert, die souveräne Subjektivität schrumpft zur Charaktermaske der abstrakten Identität, hinter der sich die Unterdrückung der empirischen Individuen verbirgt. Die aufgeklärte Naturbeherrschung institutionalisiert die Gesellschaft als blinde zweite Natur. Ge-

gen die romantisch-reaktionäre Naturwissenschafts- oder Technikkritik, die sich auf Adorno berufen zu können glaubt, wenn sie ihr Lamento über die Kälte der technisierten Welt anstimmt, hat dieser jedoch unmißverständlich klargestellt: „Das Feste dem Chaotischen entgegenzusetzen und Natur zu beherrschen, wäre nie gelungen ohne ein Moment des Festen an dem Beherrschten, das sonst ohne Unterlaß das Subjekt Lügen strafte. Jenes Moment skeptisch ganz abzustreiten und es einzig im Subjekt zu lokalisieren ist nicht minder dessen Hybris, als wenn es die Schemata begrifflicher Ordnung verabsolutiert." (20) Noch prägnanter heißt es in der „Ästhetischen Theorie": „Wie sehr die Vulgärantithese von Technik und Natur irrt, liegt darin zutage, daß gerade die von menschlicher Pflege ungesänftigte Natur, über die keine Hand fuhr, alpine Moränen und Geröllhalden, den industriellen Abfallhaufen gleichen, vor denen das gesellschaftlich approbierte ästhetische Naturbedürfnis flieht." (21) Weder Naturbeherrschung noch Aufklärung noch der Anspruch der Menschen, ihr Geschick als freie Individuen selbst zu bestimmen, stehen zur Kritik. Zur Kritik steht der „Zwangscharakter der Selbsterhaltung", die Naturwüchsigkeit menschlicher Selbstbehauptung, die als zwanghaft-naturwüchsige permanent das reproduziert, wogegen sie sich ursprünglich auflehnte: die fetischistische Unentrinnbarkeit des Naturzwangs. Kein Zurück zu einer fiktiven „Einheit von Mensch und Natur", sondern die Befreiung vom Naturzwang steht auf der Tagesordnung. Die bisherige Geschichte war in ihrer Naturverfallenheit bloß Vorgeschichte, der Eintritt der Menschen in die Geschichte steht noch aus – auch darin bleibt Adorno „orthodoxer Marxist".

Entsprechend hat Adorno keineswegs, wie es das populäre Mißverständnis glauben machen will, den Begriff des Fortschritts einfach fallengelassen. Die Stellung seiner kritischen Theorie zum Begriff des Fortschritts hat er in aller Unmißverständlichkeit einmal folgendermaßen charakterisiert: „Keine Kritik am Fortschritt ist legitim, es wäre denn die, welche sein reaktionäres Moment unter der herrschenden Unfreiheit benennt und damit jeden Mißbrauch im Dienst des Bestehenden unerbittlich ausschließt." (22) Was hier programmatisch umrissen und in verschiedenen Arbeiten am Gegenstand entfaltet wird, hat Adorno in einem Aufsatz mit dem Titel „Fortschritt" noch einmal explizit dargelegt. Der 1962 verfaßte Text, dem er selbst einige Bedeutung dadurch zumaß, daß er ihn als „in den Komplex der ,Negativen Dialektik' gehörig" bezeichnete, liest sich streckenweise, als wäre er auf den heutigen Zeitgeist gemünzt, der sich in einer degoutanten Mischung aus raunender Apokalyptik, Larmoyanz und Abgeklärtheit ergeht. Als Ausdruck „obskurantistischer" Gesinnung gilt Adorno die Rede vom „Fortschrittsglauben", die selbst durchgeweichte Marxisten gern im Munde führen, wenn sie mal wieder selbstkritisch aufgelegt sind. Sie ist so „platt und positivistisch", wie sie es dem ideologisierten Fortschrittsbegriff der bürgerlichen Gesellschaft vorzuwerfen beliebt und deswegen in Wahrheit nicht dessen Kritik, sondern dessen ebenfalls ideologisches Pendant. (23) Adornos Rettung des Fortschrittsbegriffs meint selbstverständlich nicht die treuherzige Versicherung, der Fortschritt sei „sowohl als auch", sondern: „Dialektisch, im strengen unmetaphorischen Sinn, ist der Begriff des Fortschritts darin, daß sein Organon, die Vernunft, Eine ist; daß nicht in ihr eine naturbeherrschende und eine versöhnende Schicht nebeneinander sind, sondern beide all ihre Bestimmungen teilen. Das eine Moment schlägt nur dadurch in sein anderes um, daß es buchstäblich sich reflektiert, daß Vernunft auf sich Vernunft anwendet und in ihrer Selbsteinschränkung vom Dämon der Identität sich emanzipiert." (24) Fortschritt sei deshalb „nicht das Andere der Bewegung fortschreitender Naturbeherrschung, ihre abstrakte Negation, sondern erheischt die Entfaltung der Vernunft durch Naturbeherrschung selbst." (25) Gleich den anderen philosophischen Begriffen sucht Adorno die des Fortschritts als negative, als Kategorie des Einspruchs zu bewahren: „Würde wahrhaft der Fortschritt des Ganzen mächtig, dessen Begriff die Male seiner Gewalttätigkeit trägt, so wäre er nicht länger totalitär. Er ist keine abschlußhafte Kategorie. Er will dem Triumph des radikal Bösen in die Parade fahren, nicht an sich selbst triumphieren." (26)

Das Nichtidentische als „revolutionstheoretische" Kategorie

Durch die Wendung zum Vorrang des Objekts, zum Nichtidentischen, will Adornos Selbstkritik der Philosophie einer verändernden, revolutionären Praxis die Tür offenhalten. Adorno weiß, daß man aus dem philosophischen Immanenzzusammenhang – dem geistigen Ausdruck des Funktionszusammenhangs totaler Vergesellschaftung – nicht einfach „hinausspringen", d.h. ihn abstrakt negieren und sich in ein ohnehin illusionäres Refugium zurückziehen kann. Vielmehr sind, an Marx anknüpfend, die philosophischen Kategorien gegen sich selbst und ihr oberstes Prinzip, die Identität als die Vergeistigung repressiver Vergleichung, zu wenden. Die „Demarkationslinie" zum Idealismus ist dabei, „ob Bewußtsein, theoretisch und in praktischer Konsequenz, Identität als Letztes, Absolutes behauptet und verstärken möchte, oder als den universalen Zwangsapparat erfährt, dessen es schließlich auch bedarf, um dem universalen Zwang sich zu entwinden, so wie Freiheit nur durch den zivilisatorischen Zwang hindurch, nicht als retour à la nature real werden kann." (27) Anstatt sich zum allumfassenden Ganzen aufzuspielen, soll das erkennende Subjekt seine Subsumierungsfunktion umlenken in Richtung auf das, woran es seine – verleugnete – Substanz hat: auf das Objekt, auf das nach dem Maßstab von repressiver Identität Nichtidentische. Der Begriff des „Nichtidentischen" ist der Platzhalter für das, was inmitten des Bestehenden und als von ihm wie immer Konstituiertes Potential der Befreiung sein könnte, was die Verhältnisse von innen her sprengen könnte – also der revolutionstheoretische Begriff von Adornos kritischer Theorie. Dafür, daß Adorno mit dem Insistieren auf dem Nichtidentischen am revolutionstheoretischen Gehalt von Gesellschaftstheorie festhält, andererseits jedoch wohlweislich darauf verzichtet, das unterstellte Nichtidentische sogleich wieder zu verdinglichen – als irgendein famoses „Subjekt" o.ä. –, hat auch er – wie ein jeder marxistischer Gesellschaftskritiker – seinen Preis zu zahlen. Das „Nichtidentische" ist eine abstrakte, schemenhafte Kategorie und sie bleibt dies notwendig, solange jenes sich nicht als ein praktisch wirksames, benennbares, die falsche Vermittlung tatsächlich unterminierendes Moment in der gesellschaftlichen Realität zeigt. Der „Vorrang des Objekts" bleibt einstweilen eine nichtidentitätsphilosophische Kategorie, und der Materialismus, den sie verbürgt, deshalb nach dem Maß ihrer Intention immer auch unwahr. Einen Vorwurf gegen Adorno kann dieser Umstand allerdings nicht begründen, denn zu seinem Verfahren gibt es keine Alternative – wie sämtliche Versuche bezeugen, die vorgeben, über es hinauszugehen und dabei immer dahinter zurückfallen.

Was die wahre Vorrangigkeit des Objektiven begründen könnte, ist hier und heute nicht positiv bestimmbar, sondern nur durch die Kritik der falschen Vermittlung als ein Schattenbild zu modellieren: „Was Sache selbst heißen mag, ist nicht positiv, unmittelbar vorhanden; wer es erkennen will, muß mehr, nicht weniger denken als der Bezugspunkt der Synthese des Mannigfaltigen, der im Tiefsten überhaupt kein Denken ist. Dabei ist die Sache selbst keineswegs Denkprodukt; vielmehr das Nichtidentische durch die Identität hindurch. Solche Nichtidentität ist keine ,Idee'; aber ein Zugehängtes." (28) Daß das Nichtidentische nur durch Vermittlung bestimm- und

erkennbar ist, heißt aber zugleich, dessen *eigener* Vermitteltheit gewahr zu werden. Das Nichtidentische ist kein absolut Individuelles bzw. Einzelnes, kein absolut Differentes, keine reine Unmittelbarkeit: „Was ist, ist mehr als es ist. Dies Mehr wird ihm nicht oktroyiert, sondern bleibt, als das aus ihm Verdrängte, ihm immanent. Insofern wäre das Nichtidentische die eigene Identität der Sache gegen ihre Identifikationen." (29) Das Insistieren auf der eigenen Bestimmtheit des Objekts, jenseits seiner falschen Vermittlung, aber nur durch sie erkennbar, unterscheidet Adorno grundsätzlich von allen postmodernen Differenzphilosophen. Deren Glaube, man könne mit den metaphysischen Allgemeinbegriffen durch Akte der „Dekonstruktion" tabula rasa machen und die Differenz unmittelbar dagegen setzen, verkennt nicht nur die Realmetaphysik des Kapitals, die von den allgemeinen Begriffen ausgedrückt wird. Sie will auch nicht wahrhaben, daß das Differente und Besondere in sich durch gesellschaftliche Objektivität vermittelt ist, die es gerade durch das Insistieren auf seiner monadologischen Vereinzelung befestigt. Als absolut Unterschiedenes eingeführt, gerät ihnen die Differenz freilich unversehens zu einem „Sein" eigener Dignität: die Heidegger-Verehrung eines Lyotard oder Derrida ist deshalb nur konsequent. In jeder Hinsicht ist das poststrukturalistische Philosophieren das Gegenteil kritischer Theorie: nicht nur verfehlt es die Erkenntnis des repressiven Ganzen, sondern es sabotiert darüber hinaus einen jeden Versuch, eine Emanzipation zu antizipieren, deren Universalität in der Einheit des Vielen ohne Zwang bestünde.

Adornos Kritik an der falschen Objektivität, am repressiven Allgemeinen und sein Eintreten fürs Nichtidentische zielt hingegen letzten Endes wiederum auf eine gesellschaftliche Allgemeinheit, die vom Besonderen ausgeht, also auf den Verein freier Menschen, die Einheit des Vielen ohne Zwang. Wiederum ein „orthodox" Marxscher Gedanke und Adorno stellt den Bezug auch explizit her: „In Marx bereits spricht die Differenz zwischen dem Vorrang des Objekts als einem kritisch Herzustellenden und seiner Fratze im Bestehenden, seiner Verzerrung durch den Warencharakter sich aus." (30) „Vorrang des Objekts" ist also doppeldeutig zu begreifen: Denunziation des Bestehenden und Antizipation des Neuen in einem. Vorrangig ist die Analyse des Objekts, weil eine kritische Theorie die Verselbständigung der gesellschaftlichen Verhältnisse gegen die Individuen beim Namen zu nennen hat. Die kompakte, zeitlos erscheinende, Übermacht der Verhältnisse in den und gegen die vergesellschafteten Individuen verwehrt diesen zugleich die ungeschmälerte Erfahrung dessen, was in den Verhältnissen sich, als Resultat ihrer Arbeit, als eine Spur von Fortschritt, Erkenntnis und Befreiung niedergeschlagen hat, aber vergessen wurde und versteinerte, weil es dem Bestehenden als Moment seiner Selbsterhaltung einverleibt wurde. Angesichts des Absterbens unreglementierter Erfahrung kommt dem Objekt mit all seinen Implikationen ungleich größere Bedeutung zu als den Anschauungen der Subjekte: deshalb ist es Aufgabe der kritischen Theorie, die in den sozialen Objektivationen sedimentierte Geschichte, die vergessenen, verstreuten, disparaten Momente des Nichtidentischen, Überschießenden, die in ihnen festgebannt sind, freizulegen. Die Analyse von Kunstwerken kann dabei besondere Relevanz beanspruchen, weil sie „zur Reflexion nötigen, woher sie, Figuren des Seienden und unfähig, Nichtseiendes ins Dasein zu zitieren, dessen überwältigendes Bild werden könnten, wäre nicht doch das Nichtseiende an sich selber." (31)

Die Theorie will dem Nichtidentischen, der ihrer Realisierung harrenden immanenten Allgemeinheit des Objekts zur Sprache verhelfen. Die Verfahrensweise der Theorie, ihre Begriffe in Konstellationen um den Gegenstand zu versammeln, soll die zufällige, monadologische Existenz der Sache lösen und die Konstellation, in der sie selbst steht, erkennen. Intention solcher Erkenntnis ist nicht das festgezurrte theoretische System, sondern die „Dichte der Erfahrung", in der die Spuren des Nichtidentischen mit der Theorie und der vorangegangenen Erfahrung des Subjekts jäh und unvermittelt zum Ganzen der Erkenntnis zusammenschießen. (32) Das Denken in begrifflichen Konstellationen ist dabei nicht nur eine Erkenntnisform, die dem Stand totaler Vergesellschaftung angemessen ist (33); indem das Ganze der Erkenntnis nicht dadurch zustandekommt, daß das Nichtidentische wieder blank identifiziert, den allgemeinen Begriffen subsumiert wird, sondern indem es zum Ganzen zusammentritt, ist Erkenntnis durch Konstellation zugleich Antizipation des Neuen, einer versöhnten Allgemeinheit.

Freilich nicht schon diese selbst. Die objektive Wahrheit solcher Erkenntnis ist ein ungedeckter Wechsel, den erst eine revolutionäre Praxis einlösen kann. Anders, als die Positivisten von Popper bis Althusser meinen, ist Wahrheit deshalb kein Denkbegriff, kein auf das Verhältnis der theoretischen Sätze zueinander und zu ihren Voraussetzungen zu beziehendes Kriterium: „Das erfahrende Subjekt arbeitet darauf hin, in (der Nichtidentität) zu verschwinden. Wahrheit wäre sein Untergang." (34) Wie die Tatsache, daß die theoretische Gesellschaftskritik der praktischen Kritik entbehrt, auch dem Begriff der Wahrheit ihren Stempel aufdrückt, hat Adorno in den Diskussionsprotokollen zur „Dialektik der Aufklärung" ganz lapidar so charakterisiert: „Wir können ja nicht sagen, das Ganze ist das Wahre, wir können nur sagen, das Ganze, das es nicht gibt, ist das Wahre. Münchhausensituation." (35)

Clemens Nachtmann

Anmerkungen:

1) Richard Saage, Abschied vom Mythos – ein Plädoyer für die Aufklärung, in: Frankfurter Rundschau, 13.9.1988; Eckhard Henscheid, Postmoderne – was ist das? (1986), in: ders., Was ist eigentlich der Herr Engholm für einer?, Zürich 1989

2) T.W. Adorno, Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie, Einleitung, Darmstadt/Neuwied 1969, S.70

3) T.W. Adorno, Drei Studien zu Hegel, Frankfurt a.M. 1974, S. 9

4) Adorno, Negative Dialektik, Frankfurt a.M. 1966, S.15

5) Marx setzt also nicht statt „Geist" einfach „Materie", wie die althergebrachte Metapher von der „Umstülpung" der Hegelschen Philosophie suggeriert: dies wäre die bloße Ersetzung eines ersten und erzeugenden Prinzips durch ein anderes und damit Identitätsphilosophie. Daß die Begriffe der Materie, des Materialistischen etc. kein in sich ruhendes Prinzip bezeichnen, daß Marx also mit der Dialektik als der allseitigen Vermittlung aller gesellschaftlichen Momente Ernst macht, ändert freilich nichts an der Differenz von gesellschaftlicher Basis und ihrem Überbau: auch diese Kategorien sind polemischen Charakters. Sie sind gerichtet gegen alle Versuche, aus der Erkenntnis, daß auch der Unterbau durch menschliche Arbeit und Denken, also Geist, vermittelt ist, idealistische Folgerungen zu ziehen und nach der Devise, daß eh alles mit allem zusammenhängt, Marxens Materialismus zur Geistphilosophie umzufälschen. So hat es auch Adorno stets gehalten (vgl dazu: Jargon der Eigentlichkeit, Frankfurt a.M. 1964, S. 83f.).

6) vgl. Marx/Engels Werke Band 4, Berlin/DDR 1983, S. 475

7) Es ist die Massenvernichtung der europäischen Juden als „das kollektive und klassenübergreifende Geschichtsverbrechen, das den ‚Grundwiderspruch von Kapital und Arbeit' definitiv zum systemimmanenten Motor der Akkumulation transformiert" (Joachim Bruhn, Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation, Freiburg 1994, S.153). Jeglicher Rekurs auf die politisch erledigte Marxsche Theorie, der sich darum herumstiehlt, ist deshalb nicht nur naiv, sondern vorab Müll.

8) Max Horkheimer, Autoritärer Staat, in: Helmut Dubiel, Alfons Söllner (Hrsg.), Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 1981, S. 68

9) Adorno, Die revidierte Psychoanalyse, in: ders., Soziologische Schriften I, Frankfurt a.M. 1972, S. 37

10) Adorno, Negative Dialektik, a.a.O., S.191

11) Adorno, Die revidierte Psychoanalyse, in: ders., Soziologische Schriften I, a.a.O., S. 35

12) Adorno, Zum Verhältnis von Soziologie und

Psychologie, in: ders: Gesellschaftstheorie und Kulturkritik, Frankfurt a.M. 1975, S.102
13) Adorno, Reflexionen zur Klassentheorie, in: ders., Gesellschaftstheorie ..., a.a.O., S. 22f.
14) Adorno, Theorie der Halbbildung, in: ders., Gesellschaftstheorie ..., a.a.O., S. 89f.
15) Max Horkheimer, T.W. Adorno, Diskussionen über Sprache und Erkenntnis, Naturbeherrschung am Menschen, politische Aspekte des Marxismus, in: Max Horkheimer, Gesammelte Schriften, Band 12, Frankfurt a.M. 1985, S. 512
16) Der Unwille, als Gesellschaftskritiker dem ungemütlichen Widerspruch, dem man ausgesetzt ist, standzuhalten, artikuliert sich regelmäßig im Vorwurf mangelnder Konsequenz. So meinen z.B. sowohl der an Adorno geschulte Stefan Breuer als auch die fundamentalen Wertkritiker der Zeitschrift „Krisis“, daß Marx seine revolutionstheoretischen Annahmen auf eine „Ontologie der Arbeit“ gründe und damit zurückgefallen sei hinter seine radikale Kritik von Wert, Ware und Kapital, die auch die Arbeit als kapitalkonstituierten Faktor begreift. Und an die Adresse von Adorno gerichtet lautet der von Breuer und der „Krisis“ gleichermaßen erhobene Vorwurf entsprechend, er habe in seinen Überlegungen zur Kategorie des „Nichtidentischen“ eine mit seiner Subjektkritik unvereinbare Ontologie des Subjekts behauptet. Von der ontologischen Argumentation müsse man sich verabschieden, die Gesellschaftskritik jedoch sei aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln. Daß Ontologie und materialistische Kritik sich ausschließen, ist geschenkt – mit Ontologie aber haben die Marxsche Revolutionstheorie nur am Rande, Adornos Begriff des Nichtidentischen gar nichts zu schaffen. Der Glaube freilich, in den Theorien von Marx und Adorno existierten gleichsam nebeneinander zwei „Schichten“ oder „Argumentationsstränge“, die man fein säuberlich voneinander trennen könne, um dann die gute ins Töpfchen und die schlechte ins Kröpfchen zu stecken – dieser Glaube ist von bestürzender Naivität und gemahnt eher ans soziologische Proseminar als an materialistische Dialektik. Wer vom Marxschen oder vom Adornoschen Werk den jeweils darin einbegriffenen revolutionstheoretischen Impetus subtrahiert, behält eben nicht die reine, unverfälschte Kapitalkritik zurück, sondern eine Gesellschaftslehre unter vielen anderen, die nicht einmal mehr begründen kann, warum sie nun „kritisch“ sein soll und warum sie andauernd von Wert und Kapital und nicht von System und Interaktion spricht. Stefan Breuer hat diese Konsequenz denn auch ehrlicherweise gezogen: wenn man, wie er es tut, bei Adorno jeglichen revolutionstheoretischen Gehalt durchstreicht, dann ist der Rest Systemtheorie und folglich kann Breuer in seinem Buch „Die Gesellschaft des Verschwindens“ „im Horizont einer sich anbahnenden Konvergenz von Kritik und Affirmation“ (S. 65) Kritische Theorie und Luhmanns Systemtheorie als einander gleichwertige, nur noch in der Terminologie unterschiedene „Ansätze“ diskutieren, ohne daß erstere noch fähig wäre, die andere als Ideologie zu kritisieren. Die „Krisis“ wiederum läßt unter dem Vorzeichen „fundamentaler Wertkritik“ die eben erledigte Revolutionstheorie mit allen metaphysischen Schikanen, nur abzüglich des Subjekts „Arbeiterklasse“, wiederauferstehen und biegt damit die „Wertkritik“ in falsche Positivität hinein. Zwei klassische Fälle der „Dialektik der Aufklärung“: radikale Entmythologisierung schlägt, in die Form blinder Konsequenzlogik gebannt, in abgeklärte Affirmation oder Revolutionsmythologie aus zweiter Hand um, die beide, auf je eigene Art, der Theorie ihre *Negativität* austreiben. Adorno hingegen hat lieber einige theoretische Unentschiedenheiten in Kauf genommen war, weil ihm *dieser* Preis zu hoch war.
17) Das übersieht Frank Böckelmann, der die „praktische Theorie“ von Marx bisweilen allzu verständnisvoll rekonstruiert und dafür recht hart mit Adorno ins Gericht geht, wo dies unangebracht ist. Nichtsdestotrotz ist Böckelmanns 1972 im Makol-Verlag Frankfurt erschienenes und mittlerweile längst vergriffenes Buch „Über Marx und Adorno. Schwierigkeiten der spätmarxistischen Theorie“, neben Pohrts „Theorie des Gebrauchswerts“, eine der wichtigsten Schriften, die im Gefolge der Protestbewegung entstanden ist, weil sie versucht, Adornos kritische Theorie als Fortführung der Marxschen zu begreifen und die Konsequenzen, die sich aus dem Auseinanderfallen von Gesellschaftskritik und Revolutionstheorie ergeben, mit kompromißloser Schärfe zu pointieren. Auch der vorliegende Artikel orientiert sich an diesem ganz großartigen Buch.
18) Adorno, Anmerkungen zum sozialen Konflikt heute, in: ders., Soziologische Schriften I, a.a.O., S.183f. sowie: Adorno, Marginalien zu Theorie und Praxis, in: ders., Eingriffe. Neun kritische Modelle, Frankfurt a.M. 1963, S.190f.
19) Adorno, Wozu noch Philosophie?, in: ders., Eingriffe, a.a.O., S. 23f.
20) Adorno, Zur Metakritik der Erkenntnistheorie, Frankfurt a.M. 1970, S. 27 Der partikulare Ursprung naturwissenschaftlicher Kategorienbildung in der Tauschabstraktion besagt also noch lange nichts gegen deren objektive Geltung – gerade von der Verwischung dieser Differenz aber lebt die Naturwissenschaftskritik, die in Teilen des „westlichen Marxismus“ formuliert wurde. Daß die modernen Naturwissenschaften keine a priori objektive, i.S.v. „neutrale“ Erkenntnisform darstellen, sondern bis in ihre Grundbegriffe hinein kapitalistisch formbestimmt sind, ist eine recht triviale Einsicht – wahr und bedeutsam nur als Einspruch sowohl gegen die fetischistische Projektion der selbstgemachten begrifflichen Schemata aufs Naturobjekt als dessen „ablesbare“ oder auf den Betrachter „überspringende“ „Eigenschaft“ als auch gegen den daran anschließenden, unter MLern weit verbreiteten, naiv instrumentellen Bezug auf die Naturwissenschaft, der sich, wie auch bei anderen Phänomenen, um ihre kapitalistische Konstituiertheit gar nicht erst kümmert. Wird jedoch geleugnet, was Alfred Sohn-Rethel noch zugab, daß die naturwissenschaftlichen Schemata „als Mindestbegriff dessen, was überhaupt noch einen Naturvorgang darstellt“, taugen, daß den starren Kategorien, in Adornos Worten, ein „Moment des Festen“ am Naturobjekt entspricht; wird Naturwissenschaft also als rein usurpatorischer, der Natur a priori inkommensurabler Willkürakt verstanden, schlägt die Kritik der Naturwissenschaft in Gegenaufklärung um. Ist das „An sich“ der Natur vermittels der „für uns“ gebildeten Begriffe unerkennbar; fallen Begriff und Naturobjekt unmittelbar auseinander, so fallen sie auch unmittelbar zusammen: „Natur“ ist dann nur noch Inbegriff des gesellschaftlich auf sie Projizierten, ein rein gesellschaftliches Produkt, keine von Gesellschaft distinkte und von ihr verfehlte oder erkannte Qualität. Anstatt den idealistischen „Trug konstitutiver Subjektivität“ (Adorno), dem das Subjekt als das absolute und erzeugende Prinzip und die Natur als unqualifiziertes Material gilt, zu durchbrechen, wird diese Hybris bloß negativ gewendet, in ihren Grundzügen aber bekräftigt: an die Stelle des subjektiven tritt ein „soziologischer Idealismus“ (Sohn-Rethel). Unter dieser Voraussetzung läßt sich zwar eine historische Abfolge verschiedener Arten von Naturaneignung beschreiben – begründen, warum z.B. die moderne Physik von den Riten der Schamanen nicht nur verschieden ist, sondern ihnen gegenüber auch einen unbezweifelbaren Fortschritt an Erkenntnis darstellt, kann man dann nicht mehr.
Daß solche Pseudokritik dem postmodernen Dekonstruktivismus kräftig vorgearbeitet hat, liegt auf der Hand. Hätten die Linken die erkenntniskritische Banalität, daß ein jeder Begriff sich notwendig auf ein Objekt als auf sein Substrat bezieht, das in seiner „Konstruiertheit“ nicht aufgeht, nicht schon längst verleugnet und verdrängt, dann stünde dessen leeres und tautologisches, weil dem Objekt jegliche Eigenexistenz absprechendes Gerede, von der „diskursiven“ oder „sozialen Konstruiertheit“ von allem und jedem bei ihnen nicht so hoch im Kurs. In der Hoffnung, daß die dekonstruktivistischen Aktien bald wieder fallen, sei also nochmals angemerkt: wird Natur restlos in „Diskurs“ und „Gesellschaft“ aufgelöst, gerinnt die Gesellschaft ihrerseits zur – wie die Poststrukturalisten selbst einräumen: absolut determinierenden, unüberwindbaren – Natur. Daß der derart fetischisierte Zwangscharakter kapitalistischer Reproduktion auch noch zu einer positiven Bedingung für Selbstverwirklichung umgelogen wird, müßte zureichen, um den Dekonstruktivismus als das kenntlich zu machen, was er ist: bürgerliche Lifestyle-Philosophie für den gehobenen schlechten Geschmack.
21) Adorno, Ästhetische Theorie, Frankfurt a.M. 1973, S.107
22) Adorno, Philosophie der Neuen Musik, Vorrede, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1978, S. 6
23) vgl. Adorno, Fortschritt, in: ders., Stichworte. Kritische Modelle 2, Frankfurt a.M. 1969, S.40f.
24) Adorno, Fortschritt, in: ders., Stichworte, a.a.O., S. 39
25) ebenda
26) Adorno, Fortschritt, in: ders., Stichworte, a.a.O., S. 49f.
27) Adorno, Negative Dialektik, a.a.O., S.150
28) Adorno, Negative Dialektik, a.a.O., S.189
29) Adorno, Negative Dialektik, a.a.O., S.164
30) Adorno, Negative Dialektik, a.a.O., S.190
31) Adorno, Ästhetische Theorie, a.a.O., S.129
32) M. Horkheimer, T.W. Adorno, Diskussionen über Sprache und Erkenntnis ..., in: Horkheimer, Gesammelte Schriften, Band 12, a.a.O., S. 508f.
33) „Gerade die zunehmende Integrationstendenz des kapitalistischen Systems jedoch, dessen Momente zu einem stets vollständigeren Funktionszusammenhang sich verschlingen, macht die alte Frage nach der Ursache gegenüber den Konstellationen immer prekärer; nicht erst Erkenntniskritik, der reale Gang der Geschichte nötigt zum Aufsuchen von Konstellationen“ (Adorno, Negative Dialektik, a.a.O., S.168).
34) Adorno, Negative Dialektik, a.a.O., S.189f.
35) Max Horkheimer, T.W. Adorno, Diskussionen über die Differenz von Positivismus und materialistischer Dialektik, in: Max Horkheimer, Gesammelte Schriften, Band 12, a.a.O., S. 478

Marxistische Dialektik im 20. Jahrhundert

1. Teil: Lenin überwindet eine Depression

Im Rückblick auf die 80-jährige Geschichte des „Westlichen Marxismus“ scheint dessen Suche nach einem theoretischen Unterpfand, das zweifelsfrei revolutionäre Subjektivität auch noch im 20.Jahrhundert verbürgt, gescheitert. Wo immer das Unvermittelte, der Archimedische Punkt der Systemaufhebung, auch lokalisiert wurde, erging es den Vordenkern – von Lukács bis Lefébvre – wie dem Hasen mit dem Igel: ob es nun das „menschlich-seelische Wesen des Arbeiters“ oder die „Kraft des Wünschens“ war, immer sind diese Instanzen durch die Totalität der Wertform hindurch vermittelt. Eine in der Tat depressiv stimmende Situation ...
Unser Gastautor Michael Koltan unternimmt in seiner Serie – die auf einer Reihe von Vorträgen innerhalb des Veranstaltungsprogramms der Berliner *Jour-fixe-Initiative* basiert – den Versuch, die wichtigsten Stationen der Dialektik im 20. Jahrhundert anhand ihrer Vordenker (und Feinde) nachzuzeichnen. Sein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Hypothese, daß diese Suche nach einer Möglichkeit, geschichtlichen Fortschritt und Totalität wieder zusammenzudenken, ihr Ziel vielleicht doch nicht vollkommen verfehlte ...
Mit der an dieser Stelle beginnenden Serie ensprechen wir einem häufig geäußerten Wunsch die gehaltenen Vorträge zugänglich zu machen. (Die Red.)

In einer losen Folge von Artikeln werden in den nächsten Heften eine Reihe unterschiedlicher Konzepte von Dialektik (und Anti-Dialektik) vorgestellt und diskutiert werden. Dabei sollen nicht nur die Vorstellungen von Marxisten wie Lenin, Lukács, Horkheimer, Marcuse, Sartre und Adorno referiert werden, sondern auch prominente Antikommunisten wie Heidegger oder Foucault ihr Fett wegbekommen.

Was sich zunächst wie eine mehr oder minder willkürliche Aufzählung anhört, dient nicht irgendeinem marxistischen Pluralismus, wo sich dann am Schluß jeder das herauspicken kann, was ihm in den Kram paßt. Vielmehr werden die unterschiedlichen theoretischen und – damit verbunden – politischen Positionen abgeklopft werden, damit am Ende das Licht Adornos umso heller erstrahlen kann.

Es gibt einige Leitmotive, die den gesamten Gang der Darstellung strukturieren. Das erste hängt mit der zeitlichen Begrenzung zusammen. Warum die Beschränkung auf das 20. Jahrhundert? Warum nicht die gesamte Geschichte der marxistischen Dialektik in der Folge Hegels aufgreifen? Vieles spräche natürlich dafür, eine historische Darstellung bei Hegel beginnen zu lassen; der Grund, warum hier trotzdem anders vorgegangen wird, ist darin zu finden, daß die Dialektik um die Zeit des ersten Weltkriegs einen grundlegenden Funktionswandel erfährt: Aus einer Art wissenschaftlicher „Meta-Methode“ wird zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine „Anti-Wissenschaft“.

Auch wenn Marx gelegentlich über den „Scheißpositivismus“ (MEW 31, S.234) herzog – sein Verhältnis zur bürgerlichen Wissenschaft war relativ ungebrochen. Dummheit, Borniertheit, Einseitigkeit mochte er den bürgerlichen Ökonomen vorwerfen, doch eine grundlegende Ablehnung der bürgerlichen Wissenschaft als solcher wäre ihm nie in den Sinn gekommen.

Anders bei den Marxisten des 20. Jahrhunderts. Diesen ging es nicht darum, die positiven Einsichten der bürgerlichen Wissenschaft mit Hilfe der Dialektik auf ein neues Niveau zu heben (Ausnahmen bestätigen die Regel), sondern vielmehr, mit Hilfe der Dialektik eine fundamentale Kritik an den bürgerlichen Formen des Wissens zu formulieren. Anders ausgedrückt: Die Dialektik des 20. Jahrhunderts ist wesentlich Kritik. Und deshalb ist es sinnvoll, sie sozusagen als eigene Gattung zu behandeln.

Dies erklärt auch, warum sich die Untersuchung auf den sogenannten „westlichen“ Marxismus beschränken wird. Die sich „real-sozialistisch“ nennenden Regimes staatlich organisierter nachholender Akkumulation haben im Bereich dieser kritischen Handhabung der Dialektik nichts Erwähnenswertes hervorgebracht. Selbst der späte Lukács, der noch am ehesten Beachtung verdiente, versucht wieder, die Dialektik als sozialistische „Meta-Wissenschaft“ zu etablieren, was seine Ontologie des gesellschaftlichen Seins so unglaublich affirmativ macht.

Diese Beschränkung auf den kritischen westlichen Marxismus gibt dann auch das inhaltliche Leitmotiv vor, das sich als roter Faden durch alle Folgen durchziehen wird. Der kritisch-antibürgerliche Gestus der marxistischen Dialektik im 20. Jahrhundert wirft nämlich ein Problem auf, das sich für die Dialektik des 19. Jahrhunderts ebensowenig stellte wie für die Philosophen des Staatssozialismus: Die Frage nach dem Verhältnis von Geschichte und Dialektik. Der Begriff geschichtlicher Totalität – gleichzusetzen mit der Vorstellung eines bereits eingetretenen oder zumindest kurz bevorstehenden Endes der Geschichte – kann von der kritischen Dialektik nicht unhinterfragt übernommen werden.

Die entscheidende Frage wird deshalb bei allen zu diskutierenden Autoren sein, wie sie den Begriff der dialektischen Totalität und wie sie den Begriff der Geschichte denken; dabei wird, je nach dem zu behandelnden Theoretiker, einmal mehr das Schwergewicht auf der Totalität, dann wieder eher auf der Geschichte liegen. Und Ziel der Serie wäre es, Geschichte und Totalität auf zeitgemäße Weise wieder zusammendenken zu können. Ob das gelingt, kann nur ihr Fortgang erweisen.

Die Schüsse von Sarajewo und Hegels Logik

Die Geschichte der Dialektik im zwanzigsten Jahrhundert begann am 28. Juni 1914 in Sarajewo: Ein bosnischer Student erschoß, im Auftrag einer serbischen Geheimorganisation, den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand. Die wichtigsten Auswirkungen dieses Terroraktes sind bekannt: Zunächst einmal bot dieses Attentat für Österreich und das Deutsche Reich den Vorwand, ihren lange vorbereiteten Krieg gegen Serbien und Rußland zu beginnen; einen Krieg, der sich schnell zum Weltkrieg auswachsen sollte. Bekannt ist auch, daß in der Folge von Attentat und Kriegsbeginn sich die internationale Arbei-

terbewegung spaltete – in die Masse derer, die die imperialistische Politik der eigenen Nation unterstützte, und eine zunächst kleine Minderheit, die bedingungslos die Unterstützung der kriegführenden Nationen ablehnte.

Eine weniger bekannte Nachwirkung des Anschlags hingegen war, daß in Österreich, nahe der Grenze zum zaristischen Reich, der russische Staatsbürger Wladimir Iljitsch Uljanow verhaftet wurde. Erst als den österreichischen Behörden glaubhaft versichert wurde, daß selbiger Uljanow unter dem Namen Lenin einer der erbittertsten Gegner des Zarismus sei, wurde er freigelassen und konnte in die Schweiz ausreisen. Dort ließ er sich in Bern nieder und begann seine Propagandarbeit gegen den imperialistischen Weltkrieg und für dessen Umwandlung in einen revolutionären Bürgerkrieg.

Betrachtet man näher, womit Lenin sich in den ersten Jahren des Weltkriegs intellektuell beschäftigte, verwundert es kaum, daß es sich dabei in erster Linie um Fragen des Krieges, des Imperialismus und der Nationalitätenpolitik handelte. Wundern muß man sich allerdings, wenn man erfährt, daß Lenin sich zu dieser Zeit auch gründlich mit Hegels Logik befaßt und ausführliche, kommentierte Exzerpte angefertigt hat. Warum wendet sich ein Berufsrevolutionär in dieser schlimmsten Krise der revolutionären Bewegung einem von der praktischen Politik so weit entfernten Thema zu? Hatte Lenin angesichts der Katastrophe resigniert? Einer der Biographen Lenins äußerte sich in diesem Sinn: „Die philosophische Arbeit sollte eine Art Notwehr sein, denn Lenin steckte mitten in einer seiner Depressionen. Seit Mitte Juli [1914] fühlte er sich nicht wohl, und abgesehen von einer kurzen Periode der Aktivität Anfang September nahm er seine politische Betätigung erst wieder am 11. Oktober auf."

Doch so einfach ist es nicht. Es griffe zu kurz, wenn man die Abwendung von den politischen Tageskämpfen und die Hinwendung zur Philosophie nur als eine Art psychischer Notwehr betrachtete. Derartiger Defätismus wäre Lenin fremd gewesen. Richtig ist natürlich, daß Lenin auf die traumatische Erfahrung des Kriegsausbruches reagierte, als er sich mit der Philosophie zu beschäftigen begann. Es würde schwer verwundern, hätte Lenin nach diesem Schock, der sein ganzes Lebensziel in Frage stellte, einfach so weitergemacht, als wäre nichts geschehen. Tatsächlich waren durch den Kriegsausbruch grundlegende Fragen zur historischen Situation und der Rolle der Arbeiterbewegung darin aufgeworfen worden.

Im Gegensatz zu früheren innerparteilichen Auseinandersetzungen, die Lenin bekanntermaßen nie gescheut hatte, konnte jetzt nicht mehr einfach mit politischen Kurskorrekturen innerhalb einer im großen und ganzen bekannten allgemeinen Strategie reagiert werden. Vielmehr hatte sich durch den Kriegsausbruch die gesamte politische Konstellation verändert. Die Auseinandersetzungen, die jetzt innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung begannen, hatten bislang keinen Präzedenzfall. Im Gegensatz zu früheren Kontroversen – etwa der vehement geführten Massenstreikdebatte – konnte man sich nicht mehr darauf berufen, daß es sich zwar um Meinungsverschiedenheiten handelte, diese aber auf dem Boden einer grundsätzlichen Übereinstimmung ausgetragen wurden. Das Problem mußte jetzt tiefer angesetzt werden; es ging nun nicht mehr um taktische Differenzen innerhalb einer einheitlichen Strategie, sondern die Strategie selbst stand zur Debatte. Wollten tatsächlich noch all diejenigen, die sich als Teil der internationalen Arbeiterbewegung begriffen, dasselbe?

Dialektik und Arbeiterbewegung

Lenins theoretische Anstrengungen in der Anfangszeit des imperialistischen Weltkrieges zielten darauf ab, den fundamentalen Bruch in der Arbeiterbewegung herauszuarbeiten und ihm eine theoretische Begründung zu geben. Bei den Studien zum Imperialismus ist offensichtlich, daß diese Frage im Zentrum steht. Man mag zurecht den theoretischen Wert von Lenins Imperialismustheorie bestreiten; klar ist jedoch, daß Antwort darauf gegeben werden sollte, warum die Arbeiterbewegung am Vorabend des Weltkrieges versagt hatte. Doch gilt dies auch für die Hegelstudien?

In der Tat. Auch hier steht die Spaltung der Arbeiterbewegung im Zentrum, wenn auch von einem anderen Blickwinkel aus. Damit dies verständlich wird, müssen wir einige Jahre zurückgehen, zu den Auseinandersetzungen um das Hegelsche Erbe in der Marxschen Theorie, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts in der deutschen Sozialdemokratie geführt worden waren. Schon damals war diese Frage untrennbar mit der Auseinandersetzung um Sozialreform oder Revolution verknüpft worden. Eduard Bernstein, der Vater des Revisionismus und Apostel des allmählichen Übergangs vom Kapitalismus in den Sozialismus, hatte die Frage der Dialektik zu einem zentralen Streitpunkt gemacht. In seinen „Voraussetzungen des Sozialismus" schrieb er: „Die Hegelsche Philosophie ist von verschiedenen Schriftstellern als ein Reflex der großen Französischen Revolution bezeichnet worden, und in der Tat kann sie mit ihren gegensätzlichen Evolutionen der Vernunft als das ideologische Gegenstück jener großen Kämpfe bezeichnet werden. [...] Das radikalste Produkt der großen Französischen Revolution war die Bewegung Babeufs und der Gleichen gewesen. Ihre Traditionen wurden in Frankreich von den geheimen revolutionären Gesellschaften aufgenommen, [...] aus denen später die blanquistische Partei hervorging. Ihr Programm war: Sturz der Bourgeoisie durch das Proletariat mittels gewaltsamer Expropriation. [...] In Deutschland kamen Marx und Engels auf Grund der radikalen Hegelschen Dialektik zu einer dem Blanquismus durchaus verwandten Lehre." (Bernstein 1969, 54f.)

Es wird deutlich: Der Revisionist Bernstein sieht die Übernahme der Hegelschen Dialektik und den Willen zum revolutionären Umsturz als zwei Seiten einer Medaille. Die Spaltung der Revolutionäre von den Reformisten steht somit in einem engen Zusammenhang mit Fragen der dialektischen Methode. Während die Revisionisten in der Vorkriegssozialdemokratie philosophisch eher dem Neu-Kantianismus zuneigten, beriefen sich die überzeugten Revolutionäre auf eine materialistische Dialektik.

Diese höchst merkwürdige Verknüpfung von philosophischer Methode und revolutionärem Willen war jedoch nicht ganz so absurd, wie der von Bernstein suggerierte Zusammenhang zwischen Hegel und Blanqui vielleicht glauben machen könnte. Tatsächlich hatte sie ihren Grund in der fragwürdigen Auffassung von Dialektik, wie er in der Sozialdemokratie vorherrschte.

Im wesentlichen bezogen die Theoretiker der Sozialdemokratie ihr gesamtes Wissen über Hegel und die Dialektik aus Engels' Altersschriften. Und Engels' Beschäftigung mit Hegel ging – im Gegensatz zu der von Marx – schon in seiner Jugendzeit nicht sehr weit. Tatsächlich propagiert Engels in seinen Alterschriften eine Form von „Dialektik", wie sie absurder nicht sein könnte.

Die durch Engels in der marxistischen Arbeiterbewegung popularisierte Auffassung der Dialektik lief im wesentlichen darauf hinaus, eine Liste „dialektischer Gesetzmäßigkeiten" aufzustellen, die in Natur und Gesellschaft wirksam sein sollten. Von den üblichen Naturgesetzen sollten sich diese „dialektischen" Gesetze dadurch unterscheiden, daß sie das Moment des Widerspruches betonten. Entwicklung und Bewegung seien nicht einfach linear, sondern in Kategorien des Kampfes, des Widerspruches, der plötzlichen Umschwünge zu denken. Daß eine derartige Widerspruchsontologie mit Dialektik sehr wenig, mit Darwinismus jedoch sehr viel zu tun hat, ist offensichtlich.

Diese verballhornte Dialektikauffassung läßt jedoch klarer hervortreten, warum die Revolutionäre sich als „Dialektiker" verstanden, während die Reformisten die

Dialektik als krude Metaphysik abtaten. Das Argument der Dialektiker war immer, daß die Ablehnung einer derartigen Kosmologie auf eine „Leugnung der gesellschaftlichen Widersprüche" hinauslaufe, was in letzter Instanz dazu führe, der Revolution abzuschwören und der Verbürgerlichung der Partei Tür und Tor zu öffnen.

Lenins erneute Beschäftigung mit der Dialektik zu Beginn des Weltkrieges muß vor dem Hintergrund dieser Debatte begriffen werden. Einerseits knüpfte er an die alten Streitigkeiten an, indem auch für ihn die Differenz zwischen Reformisten und Revolutionären sich im Verhältnis zur dialektischen Methode ausdrückte: Wer die Dialektik anerkennt, ist Revolutionär, wer nicht, offenbart sich als Revisionist. Andererseits ging Lenin jedoch über die alten Debatten hinaus, indem er sich nicht mehr scholastisch auf den alten Engels berief, der die richtige, dialektische Linie vorgegeben habe. Stattdessen ging er zu den Quellen selbst zurück, zu Hegel. Ganz offensichtlich muß er den Verdacht gehabt haben, daß Engels' Auffassung der Dialektik deutlich zu kurz griff.

In Lenins Hegelexzerpten gibt es einen gern zitierten, aber selten interpretierten Aphorismus. Er lautet: „Man kann das ‚Kapital' von Marx und besonders das I. Kapitel nicht vollständig begreifen, ohne die ganze Logik von Hegel durchstudiert und begriffen zu haben. Folglich hat nach einem halben Jahrhundert nicht ein Marxist Marx begriffen!" (LW 38,170)

Einmal davon abgesehen, daß dieser Aphorimus einfach sachlich richtig ist, sind zwei wenig beachtete Motive hervorzuheben. Das eine ist, daß die Aussage, kein Marxist nach Marx habe dessen Kapital begriffen, ganz offensichtlich Friedrich Engels einschließt: Engels' Altersschriften, die die Marxsche Theorie und Methode popularisiert hatten, werden hier von Lenin als authentische Interpretationen verworfen.

Wiederentdeckung der Totalität

Noch wichtiger jedoch als diese Abkehr von den Engelsschen Altersschriften ist die zweite Implikation dieses Aphorismus: Indem Lenin darauf hinweist, daß die Kenntnis der Hegelschen Dialektik vor allem für das erste Kapitel des Marxschen Kapital von herausragender Bedeutung sei, wird zum ersten Mal das zentrale Thema angeschlagen, das für die Dialektik im zwanzigsten Jahrhundert bestimmend sein wird: Der Zusammenhang der Dialektik mit der Wertform – denn genau diese ist Gegenstand des ersten Kapitels.

Dies ist durchaus neu. Die Debatten in der Vorkriegssozialdemokratie drehten sich immer um das 24. Kapitel im Kapital, der berühmt-berüchtigten Skizze über die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation. Dort hatte Marx geschrieben: „Die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehende kapitalistische Aneignungsweise, daher das kapitalistische Privateigentum, ist die erste Negation des individuellen, auf eigne Arbeit gegründeten Privateigentums. Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigne Negation. Es ist Negation der Negation. Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel." (MEW 23, 791)

Diese Textstelle war von den Gegnern der Marxschen Dialektik immer als Beweis dafür angeführt worden, daß Marx die Revolution nicht wirklich wissenschaftlich begründet, sondern sich als Dialektiker auf das metaphysische Gesetz einer „Negation der Negation" berufen habe. Es nützte auch nichts, daß Marx noch zu eigenen Lebzeiten darauf hingewiesen hatte, daß diese Textstelle keinerlei begründenden Charakter habe, und zwar „aus dem guten Grund, daß diese Behauptung selbst nichts anderes ist als die summarische Zusammenfassung langer Entwicklungen, die vorher in den Kapiteln über die kapitalistische Produktion gegeben worden sind." (MEW 19, 111)

Indem Lenin jetzt das Augenmerk von dieser, was die Marxsche Auffassung der Hegelschen Dialektik betraf, unsinnigen Debatte weg- und auf die Dialektik in der Marxschen Warenanalyse hinlenkte, trat er aus dem Schatten des 19. Jahrhunderts heraus und erwies sich als erster Marxist des zwanzigsten.

Wir haben somit zwei entscheidende Neuerungen, die die Auffassung der Dialektik in der Arbeiterbewegung grundlegend veränderten: Friedrich Engels wird nicht mehr als Autorität angesehen, und die Debatte wird weg von angeblich in der Geschichte wirksamen Gesetzmäßigkeiten hin auf die Marxsche Warenanalyse gelenkt.

Es kommt noch ein drittes Motiv hinzu, das sich in einem etwas später zu datierenden Manuskriptfragment aus dem Jahr 1915 findet. Dort schrieb Lenin: „Spaltung des Einheitlichen und Erkenntnis seiner widersprechenden Bestandteile [...] ist das Wesen [...] der Dialektik. [...] Somit sind die Gegensätze (das Einzelne ist dem Allgemeinen entgegengesetzt) identisch: das Einzelne existiert nicht anders als in dem Zusammenhang, der zum Allgemeinen führt. Das Allgemeine existiert nur im Einzelnen, durch das Einzelne. Jedes Einzelne ist (auf die eine oder andere Art) Allgemeines. Jedes Allgemeine ist (ein Teilchen oder eine Seite oder das Wesen) des Einzelnen." (LW 38, 338ff.)

Damit näherte sich Lenin zumindest ansatzweise dem an, für das Hegel die Formel der „Identität von Identität und Nichtidentität" geprägt hatte. Hier wird über die in der Vorkriegsdemokratie gängige Karikatur der Dialektik, die diese auf eine bloße Wechselwirkung entgegengesetzter Kräfte herunterbrachte, hinausgegangen. Zum ersten Mal taucht der Gesichtspunkt der Totalität auf, und zwar einer Totalität, die durch das Einzelne hindurch sich in sich selbst vermittelt. Im selben Manuskript schrieb Lenin: „Marx analysiert im ‚Kapital' zunächst das einfachste, gewöhnlichste, grundlegendste, massenhafteste, alltäglichste, milliardenfach zu beobachtende Verhältnis der bürgerlichen (Waren)Gesellschaft: den Warenaustausch. Die Analyse deckt in dieser einfachsten Erscheinung (in dieser ‚Zelle' der bürgerlichen Gesellschaft) alle Widersprüche (resp. die Keime aller Widersprüche) der modernen Gesellschaft auf. Die weitere Darstellung zeigt uns die Entwicklung (sowohl das Wachstum als auch die Bewegung) dieser Widersprüche und dieser Gesellschaft im Gesamt ihrer einzelnen Teile, von ihrem Anfang bis zu ihrem Ende." (LW 38 340)

Damit hat Lenin zum ersten Mal das herausgearbeitet, was Georg Lukács dann in Geschichte und Klassenbewußtsein zum Ausgangspunkt machen wird – daß die Warenanalyse der Schlüssel dafür ist, die Totalität der bürgerlichen Gesellschaft zu durchdringen. Lukács' für die Geschichte der Dialektik im zwanzigsten Jahrhundert grundlegender Aufsatz „Die Verdinglichung und das Bewußtsein des Proletariats" begann mit den Worten: „Es ist keineswegs zufällig, daß beide großen und reifen Werke von Marx, die die Gesamtheit der kapitalistischen Gesellschaft darzustellen und ihren Grundcharakter aufzuzeigen unternehmen, mit der Analyse der Ware beginnen. Denn es gibt kein Problem dieser Entwicklungsstufe der Menschheit, das in letzter Analyse nicht auf diese Frage hinweisen würde, dessen Lösung nicht in der Lösung des Rätsels der Warenstruktur gesucht werden müßte." (Lukács 1986, 170)

Michael Koltan

Abkürzungen:

- Bernstein 1969: Die Vorausetzungen des Sozialismus, Reinbek
- Lukács 1986: Geschichte und Klassenbewußtsein, Darmstadt/Neuwied
- LW: Lenin Werke
- MEW: Marx Engels Werke

Volksnationalismus und Klassenkompromiß

Curt Geyer im antideutschen Exil

In Deutschland bestimmt nicht der Klassenkampf die Geschichte sondern, seitdem die Sozialdemokratie eine große Partei ist, der Klassenkompromiß. Das Bürgertum eroberte nicht den Staat sondern stärkt ihn durch die eigene Integration in den starken oder Machtstaat (vgl. BAHAMAS 18, S. 27ff.). Es verfolgt das Ziel, den Staat von seiner Schwäche zu emanzipieren. Für dessen Stärke steht sowohl die machtvolle Intervention als auch die soziale und politische Integration der produktiven Arbeiter als Klasse, nicht unbedingt als Individuen. Mit der staatlich gelenkten sozialen Integration ging nach der Aufhebung des Verbotes der Sozialdemokratie nach 1890 die von der Arbeiterbewegung aktiv betriebene politische Integration einher. Natürlich findet diese Integration nicht ohne Auseinandersetzungen mit dem Teil der Arbeiterbewegung statt, die den Staat erobern wollte, statt sich zu integrieren. Bei den Kämpfen in der Arbeiterbewegung stand ein Teil immer auf der Seite der bestehenden Staatsgewalt. Das hat nichts mit Verrat zu tun ,sondern war ideologischer und programmatischer Bestandteil.

Die Arbeiterklasse kämpfte ebenso wie das Bürgertum nicht um die eigenständige Herrschaft. Beide bringen sich in die Verbindung von Produktiv-Volk und Organisations-Staat ein (BAHAMAS 18 S. 34ff.). Beide machen aus dem Staat ihren Staat. Der soziale Kompromiß der Klassen ist das Mittel, um das Gemeinsame im Staat zu erschaffen. Organisierte Unternehmer und organisierte Arbeiter haben als gemeinsamen Feind alle Begrenzungen der Prosperität, sie zu beseitigen ist der Gegenstand dieses Kompromisses. Der gemeinsame Bezugspunkt ist das Funktionieren des Kapitalismus als nationale Wertschöpfung und Reproduktion seiner Elemente, also auch der Arbeiter.

Den NS macht in seinem Wesen nicht die Zerschlagung der Arbeiterklasse aus, sondern er ist das Produkt des schon vorher bestehenden Klassenkompromisses. Er löste die Parteiapparate gewaltsam auf, weil er als Verkörperung von Staatsmacht und Repräsentant der Volksmasse der Form des Kompromisses nicht mehr bedurfte.

Antideutsche Positionen wenden sich gegen das Andauern des deutschen Kompromisses. Es ist nicht zufällig, daß antideutsche Positionen am Rande der deutschen Arbeiterbewegung, quasi mit deren Ende, als Kritik an nationalistischen Positionen im 2. Weltkrieg außerhalb Deutschlands entwickelt wurden. Sie mußten sich erst angesichts des alliierten Beispiels, wie in Deutschland eine Staatsmacht erobert wird, ohne den Willen zur Kollaboration mit der Staatsmacht oder dem Staatsvolk aus der deutschen Ideologie hervorquälen.

Sonderweg und Verpreußung

Zur Erklärung der deutschen Verhältnisse wurden besonders zwei Modelle populär. Einmal die Sonderwegsthese der Nachkriegszeit (zu deren Kritik vgl. ebenfalls BAHAMAS 18), nach der Deutschland erst verspätet in der Zivilisation ankam. Zum anderen das wesentlich ältere Modell der Verpreußung Deutschlands und der damit einhergehenden Militarisierung von Gesellschaft und Politik. Das Modell der permanenten Verpreußung ist ein Versuch, das Ganze, also Deutschland, zu retten indem ein Teil, also Preußen, für die mißlungene Geschichte verantwortlich gemacht wird. Darin liegt ein offensichtlich legitimatorisches Anliegen. Eine Kritik der deutschen Verhältnisse ist auf einer antideutschen, aber nicht auf einer antipreußischen Grundlage möglich. Antideutsche Positionen wurden im Exil der 30er und 40er Jahre entwickelt. Einer ihrer Vertreter ist Curt Geyer (ex SPD, ex USPD, ex KPD, ex SoPaDe). Geyers antideutsche Position erkannte im Nationalismus der Arbeiterbewegung das Element der aktiven Integration und desavouiert die Kritik an den deutschen Verhältnissen nicht gleich wieder durch einen legitimatorischen Rahmen.

Volksnationalismus und SPD

Curt Geyer hat mit dem 1948 erschienenen Buch *Macht und Masse, Von Bismarck zu Hitler* (1) eine Darstellung des Nationalismus als Kontinuitätsproblem in der deutschen Sozialdemokratie geschrieben. Geyers Buch ist ein Beispiel für eine antideutsche Geschichtsschreibung, die mit dem Wiederaufstieg Deutschlands und der SPD weitgehend dem Vergessen überantwortet oder diffamiert wurde (2).

Gleich zu Beginn seines Buches macht Geyer deutlich, daß Nationalismus und Imperialismus keine ideologischen Rauchbomben der Herrschenden sind. Der „deutsche Volksnationalismus" entstand mit der deutschen Linken und ist mit ihr gewachsen (S. 13). Zu Beginn war dieser insofern gegen Preußen gerichtet, als dessen außenpolitische Schwäche Gegenstand des Zornes der Liberalen wurde. Unter Bismarck erlangte die Krone die Führung des deutschen Volksnationalismus (S. 17). War die Nationalliberale Partei zunächst dessen Führerin, wurde sie, ähnlich wie 50 Jahre später die Sozialdemokratie, als durch und durch nationale Partei in der Machtkonkurrenz als national unzuverlässsig beiseitegeschoben (S. 25).

In der Phase der stärksten kapitalistischen Entwicklung 1890–1914 und den damit einhergehenden massiven gesellschaftlichen Veränderungen entwickelte sich in Deutschland ein „Volksimperialismus" (S. 29). In dieser Phase wird die sozialdemokratische Partei die stärkste im Reichstag.

Angesichts der auch sozialpolitischen Integration wurden die Arbeiter „der Staatsfeindschaft müde". Doch blieb der Stolz auf die Arbeiterorganisation. Die Arbeiter erkannten ihre beruflichen, technischen und organisatorischen Fähigkeiten in den Produkten wieder, in Kriegsschiffen ebenso wie in anderen. Der Nationalstolz des deutschen Arbeiters wurde mit der Überzeugung genährt, daß deutsche Arbeit und deutsche Technik über alles in der Welt gehen (S. 40). Geyer interpretiert die Auseinandersetzung um den Revisionismus nicht als einen Streit um sozialdemokratische Taktik, sondern sieht im Erfolg des Revisionismus eine Parallelentwicklung zum Anwachsen des imperialistischen Denkens und internationaler Krisen im Vorfeld des 1. Weltkrieges. Mit dem Revisionismus Bernsteinscher Prägung bekommt die Abschwächung der revolutionär-intransigenten Haltung und die Abschwächung der Feindschaft der Klassen ein intelektuelles Fundament (S. 41).

Der französische Blick

1911 unternahm der französische Germanist und Historiker Charles Andler eine ausgedehnte Deutschlandreise. Dabei stellte er mit Schrecken fest, wie wenig Widerstand die deutsche Sozialdemokratie der imperialistischen Politik des Deutschen Kaiserreiches in der zweiten Marokkokri-

se entgegensetzte. Er verfaßte daraufhin die Artikelserie „Imperialistischer Sozialismus der SPD“, in der er zu dem Schluß kam, „daß für den deutschen, neo-lassalleanischen Sozialismus die Arbeiterklassen solidarisch sind mit dem Kapitalismus, sie sind solidarisch mit der Kolonialpolitik und sie sind solidarisch mit einer Rüstungspolitik, im Prinzip defensiv, wenn nötig offensiv und wenn das deutsche Reich in einen offensiven oder defensivem Krieg hineingerissen wird, können die deutschen Arbeiter nicht seine Niederlage erhoffen. (...) Dieser Sozialismus ist neu durch das Fehlen von Skrupeln. Er wahrt mit wachsender Sorge die unmittelbaren Arbeiterinteressen. Aber er schämt sich nicht, die Prinzipien zu beugen. Die neue Doktrin verteidigt die Interessen nur eines einzigen Proletariats, des deutschen Proletariats. Es ist wahrscheinlich, daß diese neue Doktrin sich durchsetzen wird. Der deutsche Sozialismus, begierig nach Machterwerb, hat dabei nur allzuviel zu gewinnen.“ (3) An der größten sozialdemokratischen Partei, dem organisatorischen Vorbild des marxistischen Sozialismus Europas, wurde seit den 90er Jahren des vorherigen Jahrhunderts von den Schwesterparteien immer wieder Kritik an ihrer Passivität in der Frage des Kampfes gegen die Aufrüstung und ihrer Ablehnung des Massenstreiks als politischer Waffe laut. Zwar wirkte die SPD wohl „für den Frieden“, wollte aber keine antimilitaristische Agitation betreiben.

Die SPD hat es zu vermeiden gewußt, frühzeitig als kriegstreibende Kraft in der Internationalen eindeutig erkannt zu werden. Das wiederum hat dem Teil der französischen Sozialisten, die sich der Aufrüstung im eigenen Land entgegenstellten, den zweifelhaften Ruhm gebracht, Frankreich gegenüber dem Reich im Vertrauen auf die antimilitaristischen Kräfte der SPD zu schwächen. Die Sozialdemokraten schickten aber nicht nur die französische „Bruderpartei“ in die pazifistische Irre, sondern agierten auch als aktivistischer Vorposten deutscher Interessen auf dem internationalen Parkett. Zu Beginn der zweiten Marokkokrise verweigerte die deutsche Delegation bei der Internationale mit Rückendeckung Bebels einer französischen Initiative zu einer Konferenz der sozialistischen Parteien der betroffenen Länder die Zustimmung, forderte sie aber ihrerseits, als die deutschen Interessen durch die Parteinahme Englands für die französische Seite gefährdet schienen.

Den sozialdemokratischen Ehrgeiz in Bezug auf nationale Zuverlässigkeit verdeutlicht Wilhelm Liebknecht recht anschaulich, der 1899 an den französischen Sozialisten kritisiert, daß deren Kampagne für Dreyfus „das nationale Gefühl verletzt und zu stürmischem Protest aufgestachelt (habe) – und sie hat die Armee populär gemacht, dem Militarismus zu einem Triumpf verholfen.“ (4)

Garant des Friedens

Die damalige sozialdemokratische Partei hielt sich selbst, und mit ihr tat das auch auch Curt Geyer, für den Garanten des Friedens. Noch am 30.7.1914 veranstaltete sie eine Demonstration „für den Frieden“ mit „riesiger, alles Gewohnte überschreitender Beteiligung.“ Es wurden Parolen wie „Nieder mit dem Krieg, wir wollen Frieden“ gerufen. „Wohl hätte man diesen Abend als Stütze der Anschauung ansehen können, daß die Massenreaktion eine Revolution gegen den Krieg sein würde.“ Aber diese Hoffnung von Curt Geyer, daß das „Klassenbewußtsein der Arbeiter (...) sich als stärker erweisen würde“ als der Nationalismus, erfüllte sich nicht. Im Vorfeld des 1. August lehnte Geyer „den Gedanken, daß die Massen den Krieg bejahen könnten, geradezu mit Entrüstung ab.“ Solche Gedanken wurden z.B. vom Privatsekretär des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg, Kurt Riezler, geäußert. (5) Am 31.7. wies der Generalstab die Generalkommandos an, nichts gegen die Sozialdemokraten zu unternehmen, da die Regierung sich der Unterstützung durch die Sozialdemokratie im Kriege gewiß sei (S. 30). Zwei Tage nach der Friedensdemonstration, am 1. August wurde die Mobilmachung verkündet und die Kriegsbegeisterung brach los.

Curt Geyer fand sich, erschrocken über den siegreichen proletarischen Nationalismus, in der sozialdemokratischen Kriegs-Opposition, nahm aber keine eindeutige Haltung zu den Kriegszielen des Kaiserreiches ein. Zwar lehnte er diese ab, wollte sich aber nicht die Niederlage des kaiserlichen Systems vorstellen, weil damit auch die Niederlage „des deutschen Volkes“ verbunden sei. So saß er im ersten Kriegsjahr über einer Arbeit zur Geschichte Indiens unter besonderer Herausarbeitung der Verbrechen des englischen Kolonialismus und Imperialismus, die in Fortsetzungen in der Leipziger Volkszeitung erschien. (6)

Geyer trat gegen den Kriegskurs der SPD auf und in die USPD ein, wurde 1920 Mitglied der KPD, 1921 Austritt als Antibolschewist, was eine prowestliche Orientierung zur Folge hatte, 1922 trat er wieder der SPD bei, wo er zum rechten Flügel gehörte. Er war von 1920–24 Reichstagsabgeordneter und leitete bis zu seiner Emigration das Innenressort des *Vorwärts*.

Die Hauptströmung der Sozialdemokratie erhoffte sich vom Eintritt in den Krieg an der Seite der Monarchie ihre Beteiligung an einer nationalen Demokratie. „Die gewaltige Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei stand hinter Moltke und Hindenburg, der gewaltige politische und wirtschaftliche Organisationsapparat der Partei und ihrer Presse mit einer Auflage von mehr als einer Million, haben sich der Aufgabe gewidmet, die Moral der Truppen in den Schützengräben zu verstärken.“ (S. 74) Mit diesem Noske-Zitat zeigt Geyer den Beitrag der Sozialdemokraten zur Mobilisierung. In der Außenpolitik wurden die Kontakte zu anderen sozialistischen Parteien für die deutsche Kriegsführung eingesetzt. Geyer zitiert Scheidemanns *Memoiren eines Sozialdemokraten*: „Die Vorgänge in Belgien, besonders die Zerstörung von Löwen, hatten ungeahnte Wirkungen zur Folge. Die Wirkungen bestanden in einem Aufschrei der Empörung im neutralen Ausland und in der moralischen Isolierung Deutschlands. Namhafte Sozialdemokraten übernahmen nun von Bethmann-Hollweg den Auftrag, auf die Sozialisten in neutralen Ländern einzuwirken, um den Ring der moralischen Isolierung zu durchbrechen. (...) Der eigentliche Zweck unserer Delegationen war der, unsere Genossen der neutralen Länder zu bitten unter allen Umständen ihre Presse neutral zu halten“ (S. 74). Doch ging es nicht nur um die von Scheidemann genannten „neutralen Länder“ wie Holland, Schweden, Italien, Rumänien, „Konstantinopel“ und Bulgarien. Ebenso versuchten Noske in Belgien selbst und Erhard Auer im besetzten Nordfrankreich Sozialisten für die „Gleichschaltung“ zu gewinnen. Gleichzeitig entfachten die Führer der nationalen Sozialdemokratie wie Friedrich Stampfer u.a. einen Propagandafeldzug für die Sozialdemokratie im Krieg und die nationale Demokratie.

Geyer bezeichnet es als eine „nationalistische Legende“ (S. 88), daß die Sozialdemokratie in der zweiten Kriegshälfte zur Stimmführerin der kriegsmüden Massen geworden sei. Die Massen seien damals zwischen Kriegsmüdigkeit und Endsiegstimmung schwankend gewesen. Die kriegsmüden, in politische Lethargie verfallenden Massen waren keine stetig wachsende Größe. Die Stimmung schwankte vielmehr auf und ab, dem Gand der Ereignisse folgend. Die Sozialdemokratie folgte dem Kurs Bethmann-Hollwegs, der seine Politik auf die Formel brachte, daß Deutschland keine „Eroberungen“, aber „Sicherungen“ und „Grenzberichtigungen“ brauche und „stärker“ und „größer“ aus dem Krieg hervorgehen müsse (S. 91).

Das Kriegsreich wird neu

Aus der frühen Weimarer Republik schildert Geyer den Ruhrkrieg als Höhepunkt des Volksnationalismus, von dem auch die KPD erfaßt wurde (S. 140) und

den anschließenden kontinuierlichen Aufstieg der Rechten über die Politik der Revision des Friedensvertrages. Innerhalb der Arbeiterbewegung benennt er drei wesentliche außenpolitische Schulen. Bei ihnen stand jeweils die Revisionspolitik im Vordergrund, ob es um die Verständigung Kontinentaleuropas gegen England und den Großgläubiger USA ging (Sozialistische Monatshefte), das Bündnis mit Sowjetrußland gegen den westlichen Kapitalismus (Linksradikale) oder die Verständigung nach Westen mit Frankreich, England und dem Völkerbund mit der Forderung nach Gleichberechtigung für Deutschland (offizielle Sozialdemokratie) (S. 155ff.).

Für die entscheidenden Jahre der Weimarer Republik benennt Geyer es als eine große Schwäche der Führer der Parteilinken, daß sie wie gebannt auf die unmittelbaren Klassenauseinandersetzungen und auf die Frage des politischen Lohnes starrten, statt den Kampf mit dem „neuwerdenden Kriegsreich" aufzunehmen.

Eine Phase des „plebejischen Nationalismus" sieht Geyer nach der Wirtschaftskrise 1929. Gegen dessen Repräsentanten, Hitler, aber in Konkurrenz um die Führung, entstand mit ähnlichen Zielen im Hugenberg-Lager die eigentliche Opposition. Die Sozialdemokratie tritt als ständiger Förderer dieses Konservatismus auf, der programmatisch für die gleichen Ziele wie die NSDAP steht. Daß die SPD 1932 zur Wahl von Hindenburg aufruft, ist dabei nur eine von vielen Stationen. Die Gewerkschaften sind noch rückstandsloser in die Front der deutschen Arbeit eingeschwenkt (S. 236).

Die Sozialdemokratie ist nicht einfach untergegangen, sondern hat sich noch konstruktiv in die Endphase der Entstehung des Dritten Reiches eingebracht. Auf die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, also am 30. Januar 1933, wurde die letzte Phase eingeleitet, die in der folgenden Nacht mit der Mobilisierung der Massen begann. „Der Vergleich der Kundgebungen in der Nacht vom 30. zum 31. Januar 1933 mit den Volkskundgebungen am Mobilmachungstage 1914 hat sich allen Beobachtern aufgedrängt. (...) Es befestigte Hitler und die nationalsozialistischen Führer im Entschluß zum Staatsstreich." (S. 251) (7) Die Zerstörung aller Parteien neben der NSDAP stützte sich auf eine „nationalistische Grundstimmung des Volkes in allen seinen Klassen". Die erste außenpolitische Krise der Diktatur anläßlich internationaler Entrüstung nach terroristischen NS-Ausschreitungen und antisemitischen Pogromen, führte zur Bildung einer Einheitsfront für Hitler, an der die Sozialdemokratische Partei aus freiem Entschluß teilnahm. Die kommunistische Fraktion war ausgestoßen. Von 120 sozialdemokratischen Abgeordneten waren 70 anwesend, die anderen in der Emigration, auf der Flucht oder im KZ. Die Prager Exil-SPD versuchte zwar noch die Genossen von der Abstimmunmg für Hitler abzuhalten, weil sie sonst ihre Legitimationsgrundlage als Antifaschisten im Ausland als gefährdet ansah, doch war dem kein Eerfolg beschieden. Am 17. Mai 1933 bekam Hitler einstimmig ein Vertrauensvotum des Reichstages, in dem die internationale Gleichberechtigung Deutschlands als Lebensfrage der Nation bezeichnete wurde.

In der Außenpolitik glaubte die Sozialdemokratie Hitler überrunden zu können. Als Hitler im Mai 33 nach Aufforderung durch den französischen Ministerpräsidenten erklärte, die bestehenden Verträge zu den deutschen Ostgrenzen zu respektieren, sahen Sozialdemokraten ihre Stunde der Kritik gekommen. Für die Kritik an Hitlers Erklärung zitiert Geyer sich selbst aus dem Sommer 1933: „Hitler hat damit nicht nur auf eine Aufrollung der Korridorfrage verzichtet, sondern sich sogar noch verpflichtet, Polen im Besitz des Korridores zu schützen". (S. 273)

Rücksichtsvoller als mit sich geht Geyer in seinem Buch mit ehemaligen USPD-Genossen um. So erwähnt er z.B. Hilferdings Intervention nicht, die am Tage nach der Reichstagsresolution vom 17.5.33 den Internationalen Gewerkschaftsbund in Paris vom Warenboykott gegenüber Deutschland abzuhalten versucht, und zwar mit dem Hinweis, daß sonst Hitler eine billige Ausrede habe, wenn er das Arbeitslosenproblem nicht zu lösen vermöge. (8)

Im Parteivorstand

Geyer ging 1933 ins Exil nach Prag und redigierte dort mit Friedrich Stampfer die SoPaDe-Zeitung *Neuer Vorwärts*. 1937 flüchtete er nach Paris und wurde 1938 in den sozialdemokratischen Parteivorstand kooptiert. Als Parteivorstandsmitglied schrieb er noch als Antwort auf ein von Otto Bauer entwickeltes Konzept der illegalen Partei, das gegen die versöhnlerische Linie in der Sozialdemokratie gerichtet war, das Gegenkonzept der Partei, die die „Widerspiegelung der Sehnsucht breiter Massen" sein müsse und nicht eine sektenhafte unduldsame Elite. (9)

1941 flüchtete Geyer weiter nach London. Dort entwickelten er gegen die streng nationale sozialdemokratische Exil-Parteileitung in der SoPaDe und die Diskussion alliierter Kriegsziele seine antideutsche Positionen.

1942 verläßt Geyer den SoPaDe Parteivorstand, um selbst in eine „Sekte" zu gehen. Er schließt sich den antideutschen „Vansittartisten" an und arbeitet in der Fight for Freedom-Gruppe mit (siehe Erklärung im nebenstehenden Kasten). „Vansittarti-

Aus einer von Curt Geyer mitunterzeichneten Erklärung der Fight for Freedom-Gruppe (London) vom März 1942:

„(...) Die Unterzeichner sind, gestützt auf ihre Kenntnis der geschichtlichen Vorgänge, ihre eigene politische Tätigkeit und die Erfahrungen über das Verhalten des deutschen Volkes seit Beginn dieses Krieges folgender Anschauung: daß der deutsche aggressive Nationalismus die mächtigste politische Kraft im deutschen Volke darstellt, daß er schon vor 1914 und heute erst recht alle gesellschaftlichen Klassen und politischen Parteien erfaßt hat;
daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Führung der Gewerkschaften von 1914 bis 1918 eine wesentliche Stütze des Kriegswillens des deutschen Volkes waren.
Die Unterzeichner halten es für ihre Pflicht, vor Illusionen zu warnen, die von einem Teil der politischen Emigration in England und in Amerika verbreitet werden. Es ist eine Täuschung, wenn behauptet wird, daß die Massen des deutschen Volkes nur auf die Niederlage warten, um sich revolutionär für Frieden und Demokratie zu erheben, daß es wirksame illegale Organisationen in Deutschland gäbe, die für die Niederlage Deutschlands und eine Revolution arbeiten (...)
Die Unterzeichneten haben aus (...) Diskussion und aus ihren Erfahrungen die Schlußfolgerung ziehen müssen, daß sie den Kampf gegen den Nationalismus in der deutschen Arbeiterbewegung von vorn beginnen müssen. (...)
Im Organ (...) (*Die Arbeit*, herausgegeben von der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, Anm. K.N.) wurde die Zwangsorganisation der Deutschen Arbeitsfront ausdrücklich als ‚die rohe Form' für die ‚gewerkschaftliche Einheitsfront' mit folgenden Worten anerkannt: ‚Es wäre töricht, sie aus rein gefühlsmäßigen Erwägungen heraus völlig zu zerschlagen. Unsere Aufgabe muß es vielmehr sein, sie zu polieren und ihr den rechten Inhalt zu geben.' (...)
Bei Gelegenheit einer Round-Table-Konferenz in New York wurde das Prinzip der internationalen Kontrolle über Deutschland vertreten, um einen kommenden Krieg zu verhindern. Dazu erklärte das Mitglied der German Labor Delegation, Brauer, früher sozialdemokratischer Oberbürgermeister von Altona : 'If this system is to be imposed on the German people I would say: fight to the death, Germans; it is better than to accept this straitjacket.' (...)"

Aus: E. Matthias (Hg.), Mit dem Gesicht nach Deutschland, 1968, S. 538ff

sten“ wurden die Anhänger einer kleinen antideutschen Gruppe im englischen und amerikanischen Exil von ihren Gegnern genannt, weil sie zunächst als Verteidiger des englischen Lord Vansittart an die Öffentlichkeit getreten waren. Dieser arbeitete als Berater der englischen Regierung. Er vertrat Anti-Appeasement-Positionen und plädierte für die dauerhafte Eindämmung Deutschlands. Vansittart versuchte unter Rückgriff auf antipreußische Argumentationen, in seinem 1941 erschienen Buch *Black Records* nachzuweisen, daß der NS ein folgerichtiges Produkt der deutschen kriegerischen Geschichte sei und diese einen deutschen Volkscharakter geprägt habe. Vansittart sah klar den Beitrag der deutschen Arbeiterbewegung zum deutschen Imperialismus. Was Geyer an Vansittart schätzte war, daß Vansittarts Interpretation der deutschen Geschichte „ohne falsche Sympathie“ auf mehr „Tatsachen“ beruhe und seinen eigenen „Erfahrungen“ mehr entspreche als andere.

Das „andere Deutschland“

Die Exil-Sozialdemokratie brachte ihre Politik auf die Kurzformel „für Deutschland – gegen Hitler“. (10) Sie verstand sich als das „andere Deutschland“ und hoffte auf eine international anerkannte Sprecherstellung bei Verhandlungen über Deutschland. Diese Sprecherstellung versuchte sie als Repräsentantin des Widerstandes in Deutschland zu rechtfertigen; auch mit zu erwartendem Volksaufstand oder gar der Revolution gegen Hitler. In der jüdischen New Yorker Exilzeitung *Aufbau* vom 19.5.44 schrieb Walter Mehring darüber, „Wie billig ist es – und wie einträglich –, Kriminalschmöker mit Sherlock Holmes, der deutschen Untergrundbewegung und Memoiren zu erfinden“. (11) Der deutsche Widerstand mußte zu diesem Zweck aufgeblasen, die Revolution gegen Hitler zu diesem Zweck erst erfunden werden. Das Verbindende der Anhänger des „anderen Deutschland“ war ein Junktim zwischen antifaschistischer Revolution und einem nationalen Selbstbestimmungsrecht nach der Niederlage. Daß eine Revolution gegen Hitler nicht zu erwarten war, durfte deshalb nicht wahr sein.

Die Anhänger des „anderen Deutschland“, zu denen Geyer als Chefredakteur des *Neuen Vorwärts* 1940 noch gehörte, betrachteten sich in der Regel als die rechtmäßigen Repräsentanten Deutschlands, da das deutsche Volk nicht mehr frei sprechen könne. Sie agierten wie die nationale Auslandsrepräsentanz eines Landes unter einer „Fremdherrschaft“. (12) Ihnen war der Terror des Regimes sichtbarer Beweis für die Existenz einer mächtigen Gegnerschaft zum NS.

Kurt Tucholsky schrieb dazu kurz vor seinem Selbstmord: „Man ist so verprügelt worden, wie seit langem keine Partei, die alle Trümpfe in der Hand hatte (...) Nun muß, auf die lächerliche Gefahr hin, daß das ausgebeutet wird, eine Selbstkritik vorgenommen werden, gegen die Schwefellauge Seifenwasser ist (...), stattdessen (...) sehe ich da etwas von ‚Wir sind das bessere Deutschland‘ und ‚Das da ist gar nicht Deutschland‘ und solchen Unsinn.“ (13)

Die Kritik des „anderen Deutschland“ war zentral für antideutsche Positionen. Die bezogen sich auf ihren Gegenstand nur noch negativ unter dem Aspekt der Eindämmung und der radikalen Veränderung.

Unter Kommunisten sind antideutsche Positionen kaum entstanden, da sie in der Regel mit prowestlichen Vorstellungen verknüpft waren. Berührungspunkte gab es, soweit diese die Kritik an der Vorkriegspolitik der Sozialdemokratie und das Zentrum betrafen, z.B. bei Paul Merker im mexikanischen Exil. (14)

Kriegszieldiskussion

Im englischen und amerikanischen Exil wurden über die Kriegsziele der Alliierten und die Behandlung Deutschlands nach der zu erwartenden Kapitulation heftige Auseinandersetzungen geführt. „Re-education“, „De-Industrialisierung“, Teilungs- und Annexionspläne und ihre Fürsprecher wurden heftigst angegriffen. Jede Beschneidung deutscher Einflußbereiche wurde mit dem Argument abgelehnt, daß damit auch ein späteres demokratisches Deutschland geschwächt sei. Die Fight for Freedom-Gruppe verteidigte dagegen Maßnahmen zur Eindämmung Deutschlands.

Nachdem unter Sozialdemokraten verstanden wurde, daß sie weder das alliierte Kriegsziel der bedingungslosen Kapitulation, noch die anschließende Besetzung verhindern konnten, gingen sie davon aus, daß ein „ungerechtes Friedensdiktat“ nicht zu verhindern sei und stritten für einen „weichen Frieden“. An diesem Punkt schwenkten weite Kreise im Exil um in die Propagierung einer „Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes“. Das Bekenntnis zur deutschen Gemeinschaft beinhaltete auch wieder den Willen zur Revision der Kriegsergebnisse. In der sozialdemokratischen Emigration endete damit auch das antifaschistische Selbstverständnis und das Verständnis, im politischen Exil zu leben. Zur Richtlinie ihres Handelns wurde die „territoriale, volkliche und politische Weiterexistenz des Vaterlandes“. (15) Für sie endete damit der Zustand, im Kampf für die Nation isoliert zu sein.

Curt Geyer gab nach dem Krieg die antideutsche Zeitung *German Affairs* in London heraus. Darin unterrichtete er das englische Publikum über nationalistische Tendenzen im Nachhitlerdeutschland. In der Ausgabe vom 10.2.1948, S. 10 steht z.B.: „Ende Januar protestierten die Gewerkschaften in Bayern und Baden-Württemberg mit Generalstreiks gegen die Lebensmittelknappheit. Die Forderungen waren in beiden Ländern die gleichen. Darunter war auch die folgende: ‚Deportation aller unsozialen Elemente in Arbeitslager.‘ Hier ist die Antwort der bayrischen Regierung: ‚Eine Deportation von unsozialen Elementen in Arbeitslager auf Veranlassung der Verwaltung kommt angesichts grundsätzlicher Einwände der Militärverwaltung gegen jeden Eingriff in persönliche Freiheitsrechte nicht in Frage.“

Karl Nele

Anmerkungen:

1) Seitenangaben im Text beziehen sich auf dieses Buch
2) vgl. Eike Hennig, Bürgerliche Gesellschaft und Faschismus in Deutschland, Ffm 1977, S. 66ff.
3) Wilfried Knauer, Die Kritik französischer Sozialisten an der deutschen Sozialdemokratie zur Zeit der II. Internationalen 1889–1914, in: Wilhelm Alff (Hg.), Deutscher Sonderweg von Europa 1862–1945, Ffm/Bern/NY 1984, S. 128f
4) Knauer a.a.O. S. 140
5) Curt Geyer, Die revolutionäre Illusion, Zur Geschichte des linken Flügels der USPD, Stuttgart 1976, S. 41ff.
6) Geyer, Die revolutionäre Illusion a.a.O. S. 46
7) Ob Geyers Interpretation der nationalen Mobilisierung am 30.1.33 plausibel ist, konnte ich noch nicht verifizieren. Einige Quellen bestätigen seine Sicht, aber die gesamte große Geschichtsschreibung richtet den Blick ausschließlich auf die organisierten Massenaufmärsche.
8) Sitzungsprotokoll der Reichstagsfraktion der SPD am 10.6.33 in: Vierteljahresheft für Zeitgeschichte (VjH) 2/1956 S. 189
9) Otto Bauer, Die illegale Partei und Curt Geyer, Die Partei der Freiheit in: Kurt Klotzbach (Hg.), Drei Schriften aus dem Exil, Berlin/Bonn 1974
10) Erich Matthias (Hg.), Mit dem Gesicht nach Deutschland, Düsseldorf 1968, S. 7
11) Karl O. Paetel, Zum Problem einer Deutschen Exilregierung in: VjH 3/1956, S. 294
12) vgl. Joachim Radkau, Die Exil-Ideologie vom „anderen Deutschland“ und die Vansittartisten in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu *Das Parlament*, B 2/1970, S. 31ff.
13) Zitiert nach Radkau a.a.O. S. 35
14) „Wegen dieser Feststellungen Lord Vansittarts können ihn nur Leute bekämpfen, die sich noch immer scheuen, aus dem furchtbaren Bankrott ihrer Politik Lehren für die Zukunft zu ziehen“. *Freies Deutschland* (Mexico-City) 7.6.44 in: Hans-Albert Walter, Deutsche Exilliteratur 1933–1950 Bd. 4, S. 273
15) Werner Röder, Die Deutschlandpläne der sozialdemokratischen Emigration in Großbritannien 1942–1945 in: VjH 1/1969, S. 72ff.

ARBEITERSTIMME

Zeitschrift für marxistischeTheorie undPraxis
4x im Jahr, Heft DM 5.- / Abo DM 25.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 113: 25. Jg., September 96, 36 S
- Gehen die DGB-Demonstrationen ins Leere?
- Der große Lauschangriff
- Ist der Neoliberalismus unabwendbar?
- Textilarbeiterstreik in Gaziantep / Türkei
- England: Die üblen Methoden des Tony Blair

Nr. 112: 25. Jg., Juni 96, 44 S.
- Massenmord an Kommunisten in Indonesien
- Zum DGB Programmentwurf
- Internationale Rentiersökonomie und nationale Wettbewerbsstaaten
- Geschichte: DDR-Bürgerrechtsbewegungen
- England: Sozialisten und die Labour Party

Nr. 111: 25. Jg., März 96, 54 S.
- Zu den Massenstreiks in Frankreich
- Gewerkschaften: Das Bündnis wird zur Falle
- Überraschender Wahlausgang in Österreich
- Zukunft der Arbeit - Arbeit der Zukunft
- Jahressteuergesetz 96
- Tarifrecht im Öffentlichen Dienst
- Der "Radikalismus der Mitte"
- Über die Klassenkämpfe zwischen Proletariat und Bauernschaft (Diskussionsbeitrag)

Nr. 110: 24. Jg., Dezember 95, 52 S.
- IG Metall Weichenstellung ins Nichts
- Zu den Wahlen in Berlin und Bremen
- Unsere Jahreskonferenz 95; Beiträge: Fünf Jahre nach dem Anschluß Entwicklung in der PDS Die Linke und die innenpolitische Situation Standortdisziplin bis zur Selbstaufgabe?
- Zur Geschichte der sozialistischen Arbeiterbildung in Deutschland
- Streiks in der Türkei

Nr. 109: 24. Jg., September 95, 42 S.
- Deutschland im Krieg
- IG Metall: Ganz ohne Rückgrat am flexibelsten
- Der Zusammenbruch des kapitalistischen Finanzmarkts?
- Die Stalinperiode und der Begriff "Stalinismus" im Streit der Kommunisten
- England: Widerstand gegen die Rechtsentwicklung

Nr. 108: 24. Jg., Juni 95, 44 S.
- Das Atommonopol zementiert das Weltmachtstreben der USA
- Der ÖTV-Tarifabschluß
- Zum Gewerkschaftsverständnis der Gruppe
- Anmerkungen zum PDS-Parteitag
- An den Fronten des Spanischen Bürgerkriegs
- Sozialismus - wie weiter?
- Berichte aus England

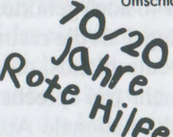
Nr. 107: 24. Jg., März 95, 46 S.
- Deutsche Mitschuld am Tschetschenienkrieg
- Tarifrunde der IG-Metall 1995
- Zum Parteitag der PDS
- Die Krise des globalen Finanzmarkts
- Die Labour Partei nach Blackpool
- Sozialismus - wie weiter ?

Register: 1981 - 1989, 1.50 DM
1971 - 1975, 1976 - 1981, 1.50 DM

Bestellungen bitte an:
Gruppe Arbeiterstimme
T. Gradl, Postfach 910307, 90261 Nürnberg

Die erste umfangreiche Aufarbeitung
der Geschichte der Roten Hilfe — von vor siebzig Jahren und seit der Wiedergründung vor zwanzig Jahren
Die Broschüre umfaßt 64 Seiten A4. Sie enthält viele historischen Fotos und hat einen vierfarbiger Umschlag





Vorwärts und nicht vergessen...

Bestellbedingungen:
Einzelbestellungen 8,– DM plus 2,– DM Porto (= 10,– in Scheinen oder Briefmarken)
ab 5 Exemplare Widerverkäuferrabat 25 %
Dann gilt eine Versandkostenpauschale von 5,– DM



Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444, 24125 Kiel
Telefon und Fax: (04 31) 7 51 41

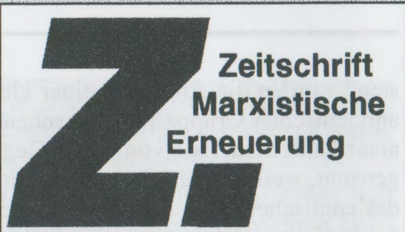
clock work

zusammen für befreiung kämpfen

clockwork nr.43

★ *zur solidarität mit dem kampf in chiapas*
★ *knastkämpfe in der türkei und in kurdistan*
★ *gespräch mit esther bejarano*
★ *kriminalisierung des kurdischen befreiungskampfes durch die brd-justiz*
★ *zur aktualität von lenins imperialismus-analyse*

einzelexemplare für 3dm in briefmarken und abobestellungen bei
clockwork,postfach1205
55002 mainz



Zeitschrift Marxistische Erneuerung

8. Jahrgang, Nr. 28, Dezember 1996, 272 Seiten

Leisewitz / Reusch - Heinz Jung zum Gedenken / Jung - Klassen und Geschichte / Wendl - Ende der Solidarität?

Ökologie-Aspekte:
O'Connor - Zweiter Widerspruch / Weiß - Umweltpolitik / Jecht/Hiedl- Gold / Dolata - Gentechnik / Cezanne - Sustainable Development / Hüttner -„Abwicklung des Nordens" / Bömer - ökosozialer New Deal

Historikerstreit:
Klundt - Goldhagen-Kontroverse / Pätzold - Zehn Jahre danach / Wiegel - Geschichtsrevisionismus

Und: Collmer - Hegels Dialektik (II) / Sauermann - Klaus Holzkamps Lerntheorie / Tesch - Wohnungsmarkt / Fricke - Rache und Willkür / Iwanow - Sozialismus

Sowie Berichte und Rezensionen

Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Versand); im Abo: 54,- (4 Hefte/Jahr incl. Versand). Älteres Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: über den Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt:
Z-Vertrieb, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M.
Tel. 069 / 7392934

Lob der Faulheit



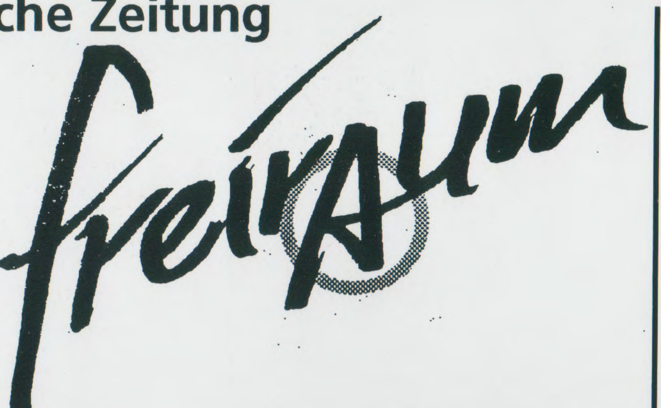
- DinA6
- 288 S.
- Fadenheftung
- Übersichtliches Kalendarium
- Adressenverzeichnis
- Serviceteil
- DM 12,80
- Wiederverkaufsrabatt

- **›Das war nicht immer so‹ – Der Siegeszug der Arbeit**
- **›Verfluchte Arbeit‹**
- **›Vor einer Jugendrevolte...‹**
- **Computereinsatz in der Arbeitswelt**
- **›Konsum macht frei...‹**
- **Über Lafargue's Schrift ›Das Recht auf Faulheit‹**
- **›work out‹**
- **›Wer sich nicht wehrt, kommt an den Herd‹ – Frauenarbeit in der BRD**
- **Subsistenzökonomie oder Industrialisierung? u.v.m.**

Endspiel um Arbeitsplätze

GRASWURZELKALENDER '97
Verlag Graswurzelrevolution • PF 100744 • 28007 Bremen oder Fax: 0711/6400147

anarchistische Zeitung



Kontaktadresse:
Café Schädel
Preysingstraße 18
81667 München

Freiraumtreff:
sonntags ab 16.00
im Schädel



Aus dem Inhalt:

- Rechtsextremisten entdecken den Computer
- Thule Netz ○ Stormfront
- Staatliche Gegenmaßnahmen
- Was bringt der Rechner den Rechten ?

52 Seiten - 6.50 DM (inkl. Porto)
Bestelladresse:
Antifa Do.Nord, c/o Taranta Babu, Humboldtstr. 44, 44137 Dortmund, e-mail: Antifa Do.Nord@anarch.free.de
Lieferung nur gegen Vorauszahlung - bar, in Briefmarken oder auf unser Konto: Geschichtswerkstatt Dortmund, Stichwort **Highway**, Kto.-Nr. 3010375603, Dortmunder Volksbank, BLZ 44160014. Für WiederverkäuferInnen werden Rabatte eingeräumt.

AutorInnenkollektiv für Nestbeschmutzung

UNRAST

Schweigepflicht. Eine Reportage.

Der Fall Schneider und andere Versuche nationalsozialistische Kontinuitäten der Wissenschaftsgeschichte aufzudecken

276 S.– 2-farb. engl. Broschur – 24,80 DM
ISBN 3-928300-47-4
2. Auflage erscheint 5. November



Schweigepflicht berichtet von der Enttarnung des ehemaligen SS-Hauptsturmführers Hans Ernst Schneider, der seine als NS-Wissenschaftler begonnenen Arbeiten als Rektor der TH Aachen unter seiner neuen Identität "Hans Schwerte" weiterführen konnte.
Bei ihrer Recherche stießen die AutorInnen auf noch heute funktionierende Nazistrukturen und reaktionäre Seilschaften quer durch alle Wissenschaftsbereiche, quer durch die Universitäten der Bundesrepublik Deutschland.

UNRAST-Verlag – Postfach 8020 – 48043 Münster
Tel (0251) 666293 — Fax (0251) 666120

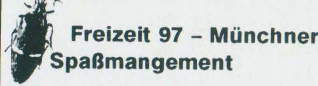
Es muß nicht immer *GLADIO* sein.



*Geheime **CIA Waffenlager** in Österreich • Verdrängte Geschichte der österreichischen **Remilitarisierung** • Europäische **NATO**-Putschtruppen • Gladio-Agenten und deutsch-österreichische **Naziterroristen***

120 Seiten geb. • öS 85/DM 12/SFr 11 + Versand • Rabatt für WiederverkäuferInnen

BESTELLUNGEN AN: ZOOM, Schottengasse 3a/I/59, A-1010 Wien
Tel.: ++43-1-535 11 06, Fax: ++43-1-532 74 16, e-mail: ZOOM@thing.or.at



Hysterieblatt für die absteigenden Mittelschichten

Der mobile Schlagbaum-Kontrollen ohne Grenzen

Freizeit 97 – Münchner Spaßmangement



Jetzt neu: – das Internet!

Klasse! – Prima Leben ohne zu sparen

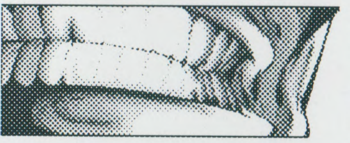
Angebote vergleichen:
Kunstpark Ost, Multiplex-Kino, Hauptbahnhof, Mikropolitik II, Tourismus, Tauben füttern, Dokumentarfilm, Haare schneiden, Singen mit den Merricks, Begehren mit Lacan



Frühjahr 1997
Ab Februar bei: zweite hilfe - Daiserstr. 34 D-81371 München - Tel 089-74 79 12 78 Fax 089 74 79 12 77 (Probeheft incl. Versand für 7 Mark in Briefmarken)



ZÄHNE ZUSAMMEN-BEISSEN !!





KAUFEN!

ZEITUNG FÜR ANTIFASCHISMUS UND MEHR

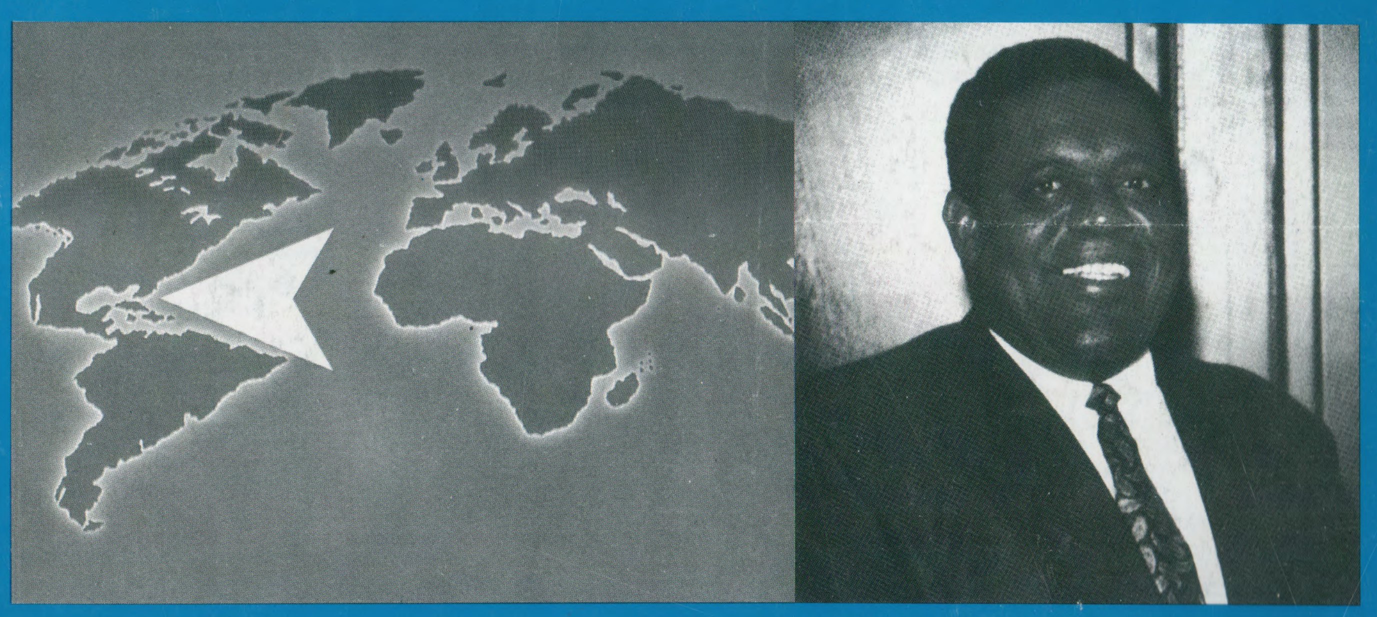
BEZUGSBEDINGUNGEN: Einzelexemplar: 25 öS, im Ausland 5 DM. 4-Nummernabo 100 öS und im Ausland 20 DM. Förderabo (4 Nummern) ab 500 öS. Spenden erwünscht und notwendig. Die Bezahlung erfolgt im voraus in bar oder in Briefmarken und zur Sicherheit im doppelten Umschlag: Der innere Umschlag enthält Begehr, Adresse und Bezahlung und wird mit H. Mader beschriftet und in das zweite Kuvert gesteckt, das mit der Adresse ÖH-GRUWI, Postfach 101, 1096 Wien beschriftet und ausreichend frankiert abgeschickt wir.

Lotta DURA erscheint vierteljährlich mit einem Umfang von ca. 36 Seiten.
Faschistische Schläger, rassistische Schreibtischtäter, Braunzonen dieser Gesellschaft stehen im Blickpunkt unserer Recherche, doch ebenso sollen Diskussionen über antifaschistische Theorie und vor allem Praxis nicht zu kurz kommen.

Inhalt der 6. Nummer:
Schwerpunkt BURSCHENSCHAFT

- Werwolf-Terror
- Was Rechte schreiben
- Linker Antisemitismus

und mehr.



Elected in 1992, Prime Minister Hubert A. Ingraham has achieved significant private-sector growth and restored public confidence in the government's leaders.